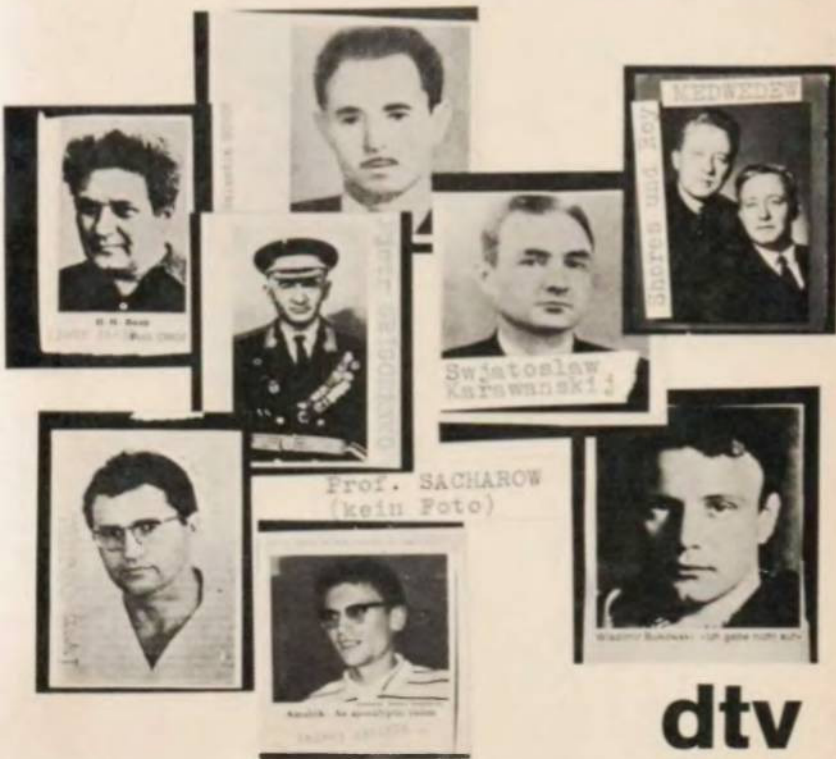


Borys Lewytskyj: Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972

Analyse und Dokumentation



dtv

Das Buch

Daß Schriftsteller und Künstler in der Sowjetunion sich nach Stalins Tod immer wieder von den Maßregelungen der Partei zu befreien suchten, ist im Westen in vielen dokumentarischen Veröffentlichungen belegt. Aber nur wenige Eingeweihte wußten, daß seit etwa zehn Jahren andere oppositionelle Gruppen mehr und mehr in den Vordergrund rücken. Es sind vor allem Wissenschaftler und Angehörige der technischen Intelligenz, die sich gegen die Herrschaftsmethoden des sowjetischen Establishment auflehnen. Daraus auf einen Zerfall des Systems schließen zu wollen, wäre allerdings völlig verfehlt. Zwar sind zum Beispiel auch religiöse, nationale und sogar faschistische Gruppierungen erkennbar. Die wesentlichsten Aktivitäten innerhalb der sowjetischen Opposition gehen jedoch von marxistischen und leninistischen Organisationen und von der Demokratischen Bewegung aus, deren Repräsentant der bekannte Kernphysiker A. D. Sacharow ist. Hier sind tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse in Gang gekommen. Borys Lewytzkyj, einer der besten Kenner der sowjetischen Szene, erläutert die tieferen Zusammenhänge auf dem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund. Er analysiert die oppositionellen Gruppen und Publikationen und legt eine Dokumentation der wichtigsten Programme, Thesen, Erklärungen, Memoranden und Artikel vor, Dokumente, die bisher bei uns unveröffentlicht waren und aus sowjetischen Untergrundpublikationen stammen. Die wichtigsten Vertreter der Opposition werden in kurzen biographischen Porträts vorgestellt. Eine Aufstellung der politischen Häftlinge und eine Bibliographie beschließen den Band.

Der Autor

Borys Lewytzkyj, 1915 in Wien geboren, Ukrainer, studierte in Lemberg, lebt heute in München. Seine Analysen und Bücher behandeln fast ausschließlich die inneren Probleme der Sowjetunion und sind auch in englischer, französischer, italienischer und japanischer Übersetzung erschienen. Lewytzkyj ist einer der bedeutendsten Vertreter der soziologisch orientierten Sowjetforschung. Jüngste Veröffentlichungen: »Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Porträt eines Ordens«, 1967; »Die Gewerkschaften der Sowjetunion«, 1970; »Die sowjetische Nationalitätenpolitik nach Stalins Tod (1963–1970)«, 1970; »Marschälle und Politik«, 1971.

Borys Lewytskyj:
Politische Opposition
in der Sowjetunion 1960–1972
Analyse und Dokumentation

Deutscher
Taschenbuch
Verlag



Gewidmet der Jugend, die sich im Rahmen der Amnesty International der edelsten Aufgabe hingibt, jenen Menschen zu helfen, die in Ost und West aufgrund ihrer Überzeugung Verfolgungen und Leiden ausgesetzt sind.

Originalausgabe

Juni 1972

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
München

Umschlaggestaltung: Celestino Piatti

Gesamtherstellung: C. H. Beck'sche Buchdruckerei,
Nördlingen

Printed in Germany • ISBN 3-423-00832-6

Inhalt

Vorwort	9
-------------------	---

I

Die politische Opposition – ein Produkt der sowjetischen Wirklichkeit

Die Vorgeschichte	17
Konflikte mit der Intelligenz und den Facheliten.	18
Samisdat	23
Die ›Chronika tekuschtschich sobytij‹	25
›Ukrainskyj Wisnyk‹	26
›Polititscheskij dnewnik‹	27
›Ischod‹	28
›Obschtschestwennyje problemy‹	28
Aufgaben und Funktion von Samisdat.	29
Samisdat als Forum für Meinungsaustausch und Polemiken	32
Die soziale Herkunft der Oppositionellen	34
Illegale Organisationen	35
Die Verhafteten – soziologisch gesehen	39
Taktik der Opposition	42
Das Vorgehen von Parteibürokratie und KGB	43
Stellenwert, Möglichkeiten und Aussichten der Opposition	45

II

Oppositionelle Gruppen und Strömungen

Die Menschenrechtsbewegung	53
Kommunistische und marxistische Zirkel und Organisationen	57
<i>Der Bund der Kommunarden</i>	58
<i>Die Partei der wahren Kommunisten</i>	63
<i>Die marxistische Partei neuen Typs</i>	64
<i>Der Bund der Patrioten Rußlands</i>	65
<i>Die Russische Sozialistische Partei</i>	66
<i>Der Demokratische Bund der Sozialisten</i>	66
<i>Der Ukrainische Arbeiter- und Bauernbund</i>	67
Die Demokraten Rußlands, der Ukraine u. des Baltikums	68
<i>Das Leningrader Programm</i>	76

<i>Der Kampfbund für politische Rechte</i>	79
Der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung	81
Faschistische Gruppen	87
<i>Die russischen Patrioten</i>	88
<i>Die Gruppe um die Zeitschrift »Wetsche«</i>	91
Die stalinistische Widerstandsgruppe	93
Opposition gegen die Nationalitätenpolitik der Partei	95
<i>Der jüdische Widerstand.</i>	99
<i>Kampf der Krimtataren um ihre nationale Autonomie.</i>	103
<i>Die Bewegung der Völker von Mescheti für eine Rückkehr in ihre Heimat</i>	107
Opposition in der Ukraine	109
<i>Die Ukrainische Nationale Front</i>	114
<i>Das Ukrainische Nationale Komitee</i>	115
<i>Armenische oppositionelle Gruppe um die Zeitschriften »Im Namen des Vaterlandes« und »Der Leuchtturm«</i>	115
<i>»Baltische Föderation«</i>	116
<i>Nationale Opposition in Mittelasien</i>	117

III

Dokumentation

Appell der Professoren an die Parteiführung	121
Programm der demokratischen Bewegung der Sowjetunion	136
Der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung	176
Das jüdische Problem in der UdSSR	189
S. Lipkin: Der Bund	196
Reportage aus einem Reservat namens Berija	198
Eingabe des Dichters und Übersetzers Swjatoslaw Josypowjtsch Karawanskyj an den Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR	205
Appell von siebzehn Mitgliedern der Kommunistischen Partei Lettlands an die Internationale Kommunistische Bewegung	215
Die Frage der Neubildung der Republik der Wolgadeutschen	231
An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Von überlebenden Kindern von Kommunisten, die durch Stalin grundlos Repressalien ausgesetzt waren	236

Zwei Schlußworte vor Gericht: Wladimir Konstantinowitsch Bukowskij (Januar 1972) und Walentyn Jakowlewytsh Moros (November 1970)	239
Andersdenkende in den speziellen psychiatrischen Kliniken	244

IV

Bedeutende Persönlichkeiten der Opposition

Pjotr Grigorjewitsch Grigorenko	257
Andrej Dmitrijewitsch Sacharow	261
Pjotr Ionowitsch Jakir	262
Alexandr Issajewitsch Solshenizyn	263
Andrej Alexejewitsch Amalrik	265
Wladimir Konstantinowitsch Bukowskij	266
Iwan Michajlowitsch Dsjuba	268
Alexandr Sergejewitsch Jesenin-Wolpin	269
Swjatoslaw Josypowytsh Karawanskyj	270
Alexej Jewgrafowitsch Kosterin	272
Shores Alexandrowitsch Medwedew	274
Walentyn Jakowlewytsh Moros	275
Rewolt Iwanowitsch Pimenow	277
Wjatscheslaw Maxymowytsh Tschornowil	279

V

Namensliste von 670 politischen Gefangenen	283
--	-----

VI

Bibliographie	327
-------------------------	-----

In den sechziger Jahren ließen sich in der Sowjetunion Konflikte und Spannungen beobachten, die aus mehreren Gründen eine nähere Betrachtung verdienen. Nach Stalins Tod waren es Schriftsteller und Künstler – teils wie Ilja Ehrenburg der älteren Generation angehörend, doch überwiegend jüngere Menschen –, die im Gefolge des bekannten »Tauwetters« und anderer Ereignisse nach dem XX. Parteitag (1956) forderten, einen Schlußstrich unter die terroristischen Ausschreitungen, die bürgerlichen und kulturellen Knebelungen der Jahre des Stalinismus zu ziehen. Die Maßnahmen gegen die Sicherheitsorgane, in deren Verlauf auch einige der Hauptverantwortlichen für den Terror hart bestraft bzw. erschossen wurden, die postume Rehabilitierung vieler unschuldig Liquidierter, die Freilassung von Konzentrationslagerinsassen – diese (allerdings unvollständige und inkonsequente) Abrechnung mit der Vergangenheit rief weitere Erwartungen und Hoffnungen wach. Der Wille der jungen Intelligenz, die ganze Wahrheit über die Vergangenheit zu erfahren und zugleich auch ihre Forderung nach Garantien dafür, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nie mehr wiederholen könnten, waren charakteristisch für jene Zeit. Schriftsteller und Künstler waren dabei natürlich vor allem interessiert, ihren eigenen Bereich von den kleinkarierten Maßregelungen der parteiamtlichen Zensoren und von der phantasielosen Schablone des sogenannten sozialistischen Realismus zu emanzipieren. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre strebte diese Woge des Erwachens und der Erneuerung einem Höhepunkt zu. Verwundert konnte man feststellen, daß sich die rebellierende schöpferische Intelligenz in allen Unionsrepubliken zu Wort meldete. In dieser Zeit fanden in Moskau die berühmt gewordenen (später verbotenen) Dichterlesungen statt, zu denen Zehntausende von Menschen zusammenströmten; unter freiem Himmel wurden am Denkmal Majakowskijs Gedichte deklamiert. Jewgenij Jewtuschenkos kritische und aufrüttelnde Gedichte rissen die Zuhörer hin, in Mittelasien erregte Olschas Sulejmenow mit seiner Gedichtsammlung »Meine Anschrift: Asien« Aufsehen, in der Ukraine schloß sich zur gleichen Zeit eine Gruppe von Künstlern und Dichtern als »Schestydesjatnyki« (Die der sechziger

Jahre) zusammen, um sich schon durch diesen Namen mutig und stolz von der Vergangenheit abzusetzen.

Doch dann kam die Reaktion des Establishments – Chruschtschow marschierte auch hier an der Spitze. Der Partei- und Regierungschef trommelte Treffen der Partei- und Staatsführung mit der schöpferischen Intelligenz zusammen, sein Ideologe Iljitschew umriß die geltende Parteilinie und die von der Partei gesetzten Grenzen, die nicht überschritten werden durften (Dezember 1962 und März 1963). Chruschtschows Dogmen lauteten: das Problem des Stalinismus ist bei uns gelöst, wir haben ihn in verschiedenen Parteidokumenten verurteilt; Antisemitismus gibt es bei uns nicht, auch keine nationale Unterdrückung; das literarische wie das kulturelle Leben überhaupt haben ausschließlich dem Aufbau des Kommunismus zu dienen, d. h. es gelten die Normen des sozialistischen Realismus, andere Richtungen können nicht geduldet werden; Zensur und Leitung durch die Partei sind deren unverzichtbare Steuerungsmechanismen; wir können nicht gestatten, daß Schriftstellerverbände zu Interessenvertretungen werden, sie sind und bleiben Transmissionsriemen der Parteiführung! Dieser harte Kurs bediente sich auch entsprechender repressiver Methoden, die vom Publikationsverbot bis zu Verhaftungen und Verurteilungen reichten. Es sei hier nur an den Leningrader Schriftsteller Josif Brodskij erinnert, der Anfang 1964 zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde und dem man u. a. vorwarf, er habe seine Werke im Westen veröffentlichen lassen.

Hier ist zu betonen, daß die Rückkehr zu repressiven Methoden noch in Chruschtschows Amtszeit fiel. Seine Behauptung: »Bei uns gibt es keine politischen Gefangenen!« war eine Lüge, denn junge Intellektuelle begannen die sogenannten Besserungs-Arbeits-Kolonien mit verschärftem Regime zu füllen. Der einzige Grund ihrer Verfolgung: sie dachten anders.

Neben der literarischen Opposition traten seit etwa 1960 immer stärker auch andere Gruppen auf den Plan und begannen bald, Schriftsteller und Künstler in den Hintergrund zu drängen. Das Schwergewicht verlagerte sich mehr und mehr auf Wissenschaftler und auf die technische Intelligenz, unter ihnen viele Partei- und Komsomolmitglieder. Es bildeten sich Zirkel, von denen einige die klare Tendenz zur Bildung politischer Parteien erkennen ließen. Damit setzte die zweite Entwick-

lungsphase einer außerparteilichen Opposition in der Sowjetunion ein.

Diese vielfältige und vielschichtige Auflehnung gegen das überaltete und erstarrte Establishment und gegen seine überholten Herrschaftsmethoden soll im vorliegenden Buch näher untersucht und dargestellt werden.

Die literarische Opposition bei dieser Darstellung von der politischen zu trennen, war eine pragmatische, aus zwei Gründen erforderliche Entscheidung. Zunächst einmal hätte eine gemeinsame Behandlung beider das ganze Bild – vor allem den gesellschaftlichen Hintergrund – vollkommen verzerrt. Zum anderen würde damit die sehr wichtige Frage ausgeklammert, weshalb Ende der fünfziger und noch zu Anfang der sechziger Jahre die Literaten an »vorderster Front« in der kritischen Welle figurierten, desgleichen natürlich auch ganz oben auf der Liste der Opfer der Repressalien, weshalb dann aber später das Engagement dieser Gruppe in den politischen Auseinandersetzungen kaum mehr wahrnehmbar wurde. So richtig diese Scheidung methodisch auch ist, so wurde doch besonders Mitte der sechziger Jahre deutlich, daß eine wachsende Solidarität der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz mit den Repressalien ausgesetzten Schriftstellern zustande kam. Am eklatantesten zeigte sich dieses Phänomen im Protest von 224 Personen, ausgelöst durch eine Aktion von Pawel Litwinow, dem Enkel des bekannten Diplomaten Maxim Litwinow, und Larissa Daniel. Sie wandten sich an den Obersten Sowjet der UdSSR wegen der Repressalien gegen die 1967 verhafteten Ginsburg, Galanskow und Dobrowolskij, Frau Laschkowa und andere. Mit ihren farbigen Publikationen, wie »Sintaksis«, »Feniks I«, später »Feniks II«, »Bumerang« usw., trugen sie sehr viel zum Gärungsprozeß vor allem unter der studentischen Jugend bei. Die Trennung beider Oppositionsströmungen sollte es ermöglichen, näher auf die jüngste Entwicklung einzugehen und bestimmte Aussagen präziser zu fassen.

In den sechziger Jahren nahm auch der Widerstand verschiedener religiöser Gruppen gegen ihre Verfolgung zu, wobei Baptisten, Katholiken des byzantinischen Ritus und Intellektuelle, die der orthodoxen Kirche angehören, besonders zu erwähnen sind. Ihre Forderungen reichen in den politischen Bereich hinein, denn zumeist geht es ja um den Status einer Gruppe bzw. Kirche innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. Auf sie wurde in der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen.

Wir beschränken uns hier auf den Hinweis, daß ihre Bemühungen von Samisdat unterstützt werden und daß die von ihnen verbreiteten Schriften in sehr großer Zahl zirkulieren. Deren Inhalt reicht von Informationen über Prozesse und andere Repressalien bis hin zu theoretischen Abhandlungen. In diesem Zusammenhang verdient auch eine der interessantesten Persönlichkeiten, Anatolij Emanuilowitsch Lewitin-Krasnow, erwähnt zu werden. 1915 geboren, wurde er durch zahlreiche Veröffentlichungen über die russische orthodoxe Kirche und über die Orthodoxie überhaupt bekannt. 1949-56 war er im Konzentrationslager. Später schloß er sich der Menschenrechtsbewegung an und gehört zu deren führenden Köpfen. Boris Wladimirowitsch Talantow, geb. 1901, ist ebenfalls ein bemerkenswerter Vertreter dieser Gruppe. Er hat zahlreiche Artikel und umfangreichere Abhandlungen über religiöse Themen veröffentlicht. Im Juni 1969 wurde er verhaftet und später zu 3 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Er starb am 4. Januar 1971 im Gefängnis, kurz nach einem einstündigen Gespräch mit seinem Sohn Gleb.

Vorauszuschicken ist schließlich noch, daß das Bestehen einer innersowjetischen Opposition keineswegs als ein Symptom für den drohenden baldigen Verfall oder gar Zerfall des sowjetischen Systems gedeutet wird. Wichtig ist das Phänomen dagegen als Indikator für tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, für ein verändertes Denken und Handeln, vor allem der Intelligenz.

Die Studie basiert ausschließlich auf Dokumenten aus sowjetischen Untergrundpublikationen. Auswahlkriterium war dabei die Devise: Lieber weniger, dafür aber zuverlässiges Material.

Im ersten Teil der Arbeit wird versucht, dem Leser eine allgemeinverständliche Einführung in das gesellschaftliche Leben der Sowjetunion zu geben, ihm zu erläutern, welche Mechanismen dem Entstehen und der Eigendynamik der Bewegungen zugrunde liegen, wie sie arbeiten und welche Zielvorstellungen sie verfolgen. In diesem Teil soll auch das Verhalten des Regimes – vor allem der Sicherheitsorgane – geschildert und analysiert werden.

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich dann mit den einzelnen politischen Bewegungen und Organisationen.

Der dritte Teil enthält Dokumente, die aus einem umfangreichen Material ausgewählt wurden. Die Auswahl soll dem

breiten Spektrum der innersowjetischen Opposition gerecht werden, so wurden nicht nur Auszüge aus Programmen aufgenommen, sondern auch öffentliche Briefe und Auszüge aus theoretischen Artikeln.

Darauf folgt eine Darstellung der bedeutendsten Persönlichkeiten der innersowjetischen Opposition.

Der fünfte Teil enthält eine Aufstellung politischer Häftlinge mit kurzen Angaben zur Person. Anhand dieser Liste wurde eine Analyse im ersten Teil der Arbeit erstellt, doch um des größeren Informationsgehaltes und um einer stärkeren Anschaulichkeit willen wird auch die Liste selbst aufgenommen. Nicht zuletzt ist sie auch ein »hommage« für die verfolgten Andersdenkenden.

Es wurde versucht, die Bibliographie möglichst vollständig zu gestalten. Sie zeigt, daß in den angelsächsischen Ländern eine sehr reichhaltige Literatur zu unserem Thema vorliegt. Mit Freude stellten wir inzwischen fest, auch in Deutschland kein Pionier mehr zu sein. Die Untersuchung der politischen Opposition in der Sowjetunion als eines gesellschaftlichen Phänomens ist Gegenstand ernsthafter wissenschaftlicher Forschung im Westen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang eine Konferenz an der McMaster University in Hamilton/Kanada, die sich am 22. und 23. Oktober 1971 mit den verschiedenen Aspekten der Opposition in der Sowjetunion beschäftigte. Sie wurde von den Professoren P. J. Potichnyj, R. H. Johnston, D. Novak und L. Shein organisiert.

Im Westen sind verschiedene Kreise auf die Verbreitung von Untergrundinformationen spezialisiert, sie legen dabei sehr strenge Maßstäbe an, so daß die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der von ihnen veröffentlichten Dokumente gewährt ist. Hier ist als erste die Alexander-Herzen-Foundation in Amsterdam zu nennen, die von Karel Van Het Reve, Professor für russische Literatur an der Universität Leiden, geleitet wird. Er war vor kurzem ein Jahr lang als Korrespondent einer holländischen Zeitung in Moskau. Auch die Hilfsorganisation Amnesty International befaßt sich mit der Opposition in der Sowjetunion, allerdings primär unter dem Aspekt der Unterstützung der von Repressalien heimgesuchten Personen. Ein führender Mitarbeiter der Organisation, Peter Reddaway (London), hat einige fundierte Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht.

Die Bibliographie zeigt die wichtigsten westlichen Verlage

an, die inzwischen Dokumente der Opposition veröffentlichten, es handelt sich vor allem um amerikanische und englische Häuser. Auch einige im Westen in russischer, ukrainischer und polnischer Sprache erscheinende Periodika bringen regelmäßig Samisdat-Dokumente. Besonders zu erwähnen sind hier ›Posew‹ (Frankfurt), ›Sutschasnist'‹ (München), ›Ukrainske slovo‹ (Paris), der Verlag »Prolog« (New York). ›Problems of Communism‹ (New York) veröffentlicht regelmäßig Analysen und Dokumente. Verschiedene Artikel sind in den deutschen Zeitschriften ›Monat‹ und ›Osteuropa‹ erschienen. Artikel und Analysen über die Opposition erscheinen ständig in führenden westlichen Tages- und Wochenzeitungen wie ›New York Times‹, ›Observer‹ u. a. Radio Liberty (München) registriert die Samisdat-Werke in einer systematisch geführten Samisdat-Liste, zwischen 1968 und Februar 1971 zählt diese Liste 558 Titel.

Ich bedanke mich bei allen, die mir bei der Beschaffung des Materials und im Verlauf der Arbeit mit Rat und Tat zur Seite standen. Besonders danke ich für wertvolle Vorschläge den Herren Professoren V. S. Holubnychy (New York), Wolfgang Leonhard (Yale) und P. Potichnyj (Hamilton). Für die Übersetzung der Dokumente aus dem Russischen danke ich Frau Christl Grunwald-Merz.

München, im November 1971

Borys Lewytzkyj

I

Die politische Opposition – ein Produkt der sowjetischen
Wirklichkeit

Die Vorgeschichte

In der Sowjetunion waren die sechziger Jahre durch die letzte Phase der Herrschaft Chruschtschows und die Etablierung seiner Nachfolger – geführt vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew – geprägt. Über die Unterschiede zwischen diesen beiden Herrschaftsphasen gibt es viele ernsthafte Untersuchungen und auch zumindest ebenso viele spekulative Deutungen. Die »Schuld« an solchen meist irreführenden Interpretationen liegt vor allem in der schillernden Persönlichkeit Nikita Sergejewitsch Chruschtschows. Seine Ermunterungen kurz nach Stalins Tod, seine Rede auf dem XX. Parteitag (1956), in der er die Verbrechen Stalins enthüllte, seine Erkenntnis der Reformbedürftigkeit des sowjetischen Systems – einschließlich des daraus resultierenden übersteigerten Hanges zu Reformen – und viele andere an seine Person geknüpfte Erscheinungen stehen selbstverständlich in offenem Gegensatz zu dem, was seine Nachfolger repräsentieren und bieten. Seine Inkonsequenz und eine gehörige Portion von forschem Dilettantismus verurteilten seine Reformen ebenso zum Scheitern wie seine Theorie, das sowjetische System habe sich seit Lenin ohne Abweichungen und Entartungen kontinuierlich vorwärts entwickelt. Der Stalinismus stand nach seiner Deutung weder mit dem System noch mit der Gesellschaft in Wechselwirkung, sondern war ausschließlich das Produkt der persönlichen Fehler Stalins gewesen und hatte auch keine wesentlichen Störungen beim planmäßigen Aufbau des Kommunismus herbeigeführt. Eine zwangsläufige Folge dieser bewußt oberflächlichen und personalisierten »Vergangenheitsbewältigung« war, daß im Herrschaftsbereich keinerlei grundsätzliche Verbesserungen und Reformen für nötig erachtet wurden. Chruschtschow erklärte und erhob zahlreiche Institutionen und Normen, die sich in Stalins despotischem Herrschaftssystem etabliert hatten, zu »leninschen« und für jede sozialistische Gesellschaft verbindlichen Bestandteilen, die seines Erachtens nur der weiteren Vervollkommnung bedürften. Den Mut, sie abzuschaffen, selbst als ihre Dysfunktionalität ganz offensichtlich wurde, konnte und wollte er nicht aufbringen. Daher blieb die Abrechnung mit dem Stalinismus auf halber Strecke stehen und war nicht mehr als Stückwerk.

Konflikte mit der Intelligenz und den Fachleuten

Auf der anderen Seite meldeten sich aus der Gesellschaft – zum Teil auch aus der Partei – Kräfte zu Wort, die sich mit solchen Halbheiten nicht zufriedengeben wollten. Chruschtschows Politik nährte die allgemeine Unruhe bei jenen, die vergebens wirksame Garantien gegen einen Rückfall in die stalinschen Schreckensjahre verlangt hatten. Hier liegen die Wurzeln für tiefreichende Konflikte zwischen Chruschtschow und der Parteiführung auf der einen und der schöpferischen Intelligenz auf der anderen Seite.

Der Rückfall von Chruschtschows zunächst groß angekündigter forcierter Dezentralisierung und Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken in den alten Superzentrismus und in eine systematische Beschneidung der Rechte der Republiken verstärkte während seiner letzten Herrschaftsjahre die Unzufriedenheit der Intelligenz in den Republiken noch weiter, er vertiefte die bereits schwelenden und aufbrechenden Spannungen.

Der gleiche Chruschtschow, der mit einem Kreuzzug gegen die Willkür der Sicherheitsorgane und mit einem Aufruf zur Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit begonnen hatte, wurde selbst Anfang der sechziger Jahre zum Verfechter eines harten Kurses, zu dessen Wesensmerkmalen Verfolgungen Andersdenkender ebenso gehörten wie die unablässige Betonung der alleinigen Autorität der Partei auf allen Gebieten.

Hier brachte denn sein Sturz im Herbst 1964 auch keinerlei Veränderungen, im Gegenteil, seine Nachfolger führten diesen von ihm eingeschlagenen Kurs nur verstärkt und konsequenter weiter.

Schon gegen Ende von Chruschtschows Herrschaft zeigte sich, daß die sowjetische Gesellschaft auf dem Weg der Modernisierung voranschreitet: der wissenschaftlich-technische Fortschritt, das stark wachsende Potential von Hochschulabsolventen, neue Informationsbedürfnisse und -kanäle ließen ihre Auswirkungen überall erkennen. Es bildeten sich wissenschaftliche, technische, künstlerische und andere Elitegruppen heraus, die dank ihrer Ausbildung und Stellung qualifiziert waren, als Fachleute ihres Gebietes ein eigenes kompetentes Urteil über den besten Weg in die Zukunft abzugeben. Der in der Stalinzeit etablierte Führungsstil der Partei, gekennzeichnet

durch ausgeprägte Tendenz zu Bevormundung, zum Herrschen mittels Direktiven und Befehlen, zur autokratischen Steuerung und, was in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bedauerlicherweise erneut festgestellt werden mußte, auch durch eine erneut wachsende Tendenz zur Bespitzelung, dieser traditionelle Führungsstil mußte zwangsläufig auf den Widerstand der Facheliten stoßen und auf Schritt und Tritt Konflikte mit ihnen hervorrufen. Es war daher auch nicht verwunderlich, daß gerade in diesem Zeitraum die zweite Welle der Opposition von den Facheliten getragen wurde.

Die Flut von Repressalien, die nach Chruschtschows Sturz stark answoll, löste bei diesen Gruppen Widerstand und Proteste in einem Ausmaß aus, das die Parteiführung nicht erwartet hatte.

Die Untergrundpublikation ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ (Chronik der laufenden Ereignisse) und verschiedene einzeln erscheinende Veröffentlichungen registrierten die Protestbriefe, die vor allem Unterschriften von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Angehörigen anderer Gruppen der Intelligenz trugen. Registriert werden Protestbriefe an die sowjetischen Partei- und Staatsbehörden, wie der ›Brief der neunzig Mathematiker‹ (Protest gegen die Zwangseinweisung des Mathematikers A. S. Wolpin in eine Nervenklinik) oder ein Brief aus Obninsk, dem naturwissenschaftlichen Forschungszentrum in der Nähe von Kaluga, wo 1955 das erste sowjetische Atomkraftwerk den Betrieb aufnahm, den 170 Wissenschaftler unterzeichnet hatten. Samisdat verbreitete auch einen ›Nowosibirsker Brief‹, der die Unterschriften mehrerer Wissenschaftler trägt, die der bekannten Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Nowosibirsk angehören. Weiter zu erwähnen ist der ›Brief der Achtzig‹, ebenfalls von Wissenschaftlern unterzeichnet. Als 1965 und 1966 in der Sowjetukraine eine große Zahl von Prozessen gegen Angehörige der Intelligenz stattfand, wandten sich 134 ukrainische Intellektuelle an die Partei- und Staatsführung der UdSSR, unter ihnen zahlreiche bekannte Naturwissenschaftler. Wir beschränken uns auf wenige Angaben, denn ein vollständiges Verzeichnis sämtlicher Protestbriefe wäre allein schon aus Platzgründen nicht angebracht.

Zur Veranschaulichung seien jedoch die Mathematiker und Naturwissenschaftler genannt, die die ›Chronika‹ Nr. 1 vom 30. April 1968 unter 91 Angehörigen der sowjetischen Intelli-

genz aufzählte, die verschiedenen Repressalien ausgesetzt waren. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen bzw. ihres Postens enthoben – allein aus dem Grund, weil sie Protestbriefe unterzeichnet hatten. Unter diesen 91 Personen finden sich: Archangelskij, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und Professor an der Moskauer Staatsuniversität; Michail Belezkyj, ein Kiewer Mathematiker; Nikolaj Williams, Mathematiklehrer am Institut für chemische Präzisionstechnologie; Alexej Gladkij, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und Mitarbeiter am Mathematischen Institut der Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Nowosibirsk, Mstislaw Grabar, Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und Dozent an einem Institut für Luftfahrttechnologie; A. Gurwitsch, Doktor der biologischen Wissenschaften und Mitarbeiter an einem Institut für experimentelle Medizin; Kirill Iljitschew, Physiker am Institut für Kybernetik der Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; Alexandr Kon, Physiker am Institut für die Physik der Atmosphäre; Irina Kristi, Mathematikerin am Institut für theoretische und experimentelle Physik; Alexandr Kronrod, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und Leiter des Laboratoriums für Computermathematik an einem Institut für theoretische und experimentelle Physik; Lidija Kronrod, eine Mathematikerin, die an einem Pädagogischen Institut unterrichtete; Pawel Litwinow, Physiker am Institut für chemische Präzisionstechnologie; Walerij Pawlintschuk, Physiker am physikalisch-energetischen Institut in Obninsk; Wladimir Rodionow, Doktor der biologischen Wissenschaften am Institut für Biochemie an der Akademie der medizinischen Wissenschaften; Natalja Romanowa, Mathematikerin am Institut für die Physik der Atmosphäre; Abram Fet, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und beschäftigt am Institut für Mathematik der Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften; Sergej Fomin, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften und Professor an der Moskauer Staatsuniversität; Galina Schestopal, Kandidatin der physikalisch-mathematischen Wissenschaften, tätig an einem Pädagogischen Institut; Schichanowitsch, Mathematiker, ein Kandidat der pädagogischen Wissenschaften, der an der Abteilung für mathematische Linguistik der philologischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität unterrichtete; Schtengel, vom Institut für Automationssysteme; Grigorij Jab-

lonskij, Chemiker am Institut für Katalyse der Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften; Isaak Jaglom, Mathematiker und Doktor der pädagogischen Wissenschaften, tätig an einem Pädagogischen Institut; Raisa Berg, Doktor der biologischen Wissenschaften und Genetikerin am Institut für Molekularbiologie der Sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften; Lew Kwatschewskij, ein Leningrader Chemiker.

Es sei nochmals betont, daß es sich hier nur um eine Zusammenstellung der Naturwissenschaftler handelt, die in der ersten Nummer der ›Chronika‹ unter den Repressalien ausgesetzten Unterzeichnern von Protestbriefen verzeichnet wurden. Doch gilt dies Beispiel stellvertretend für viele, denn Naturwissenschaftler haben in allen anderen Listen von Verfolgten den gleichen hohen Anteil.

Die Partei versuchte, in verschiedenen Wissenschaftszentren Säuberungen durchzuführen. Im berühmten »Akademgorodok« bei Nowosibirsk gab das Akademiemitglied R. Sagdejew die Parole aus: »Raus mit ihnen aus der Akademie, sollen sie gefälligst Bleibarren schleppen!« In Nowosibirsk löste man auch die Abteilung für mathematische Linguistik an der Universität wieder auf, da einige Professoren ihren Protest geäußert hatten.

1967 und 1968 zeitigten einige internationale Entwicklungen und Erscheinungen weitreichende Auswirkungen auf die sowjetische Gesellschaft. Im Juni 1967 siegte Israel im Sechstagekrieg, woraufhin die Parteibürokratie eine regelrecht hysterische Anti-Israel-Kampagne startete, die in den Republiken mit einer starken jüdischen Bevölkerungsgruppe stark antisemitische Züge hatte. Die Auswirkungen davon waren doppelter Natur. So verstärkte sich einerseits der Widerstand der sowjetischen Juden, die das Recht auf Auswanderung nach Israel verlangten, andererseits versuchten die Juden mit allen Mitteln, Israel gegen Anschuldigungen in der sowjetischen Presse zu verteidigen. Diese Aktionen wurden also auch von Angehörigen der jüdischen Intelligenz getragen, die sich nicht als Zionisten bezeichneten, und von vielen nichtjüdischen Intellektuellen, vor allem in Moskau, Leningrad und in der Ukraine, unterstützt. Dies löste eine Bewegung unter der jüdischen Intelligenz aus, die sehr mannigfaltige Ziele verfolgte. Der russische Samisdat stellte sich voll und ganz in deren Dienst.

Bis in ihre Grundfesten wurde die sowjetische Intelligenz dann im darauffolgenden Jahr durch die bekannten »Ercig-

nisse« in der Tschechoslowakei erschüttert. Die Invasion wurde als ein »aggressiver Akt« verurteilt und auf vielfältige Weise gegen sie protestiert. Alle diese Äußerungen zu registrieren, ist auch hier allein schon aus Raumgründen unmöglich. So beschränken wir uns hier auf die ersten Reaktionen auf die Verleumdung der tschechoslowakischen Reformer. Am 26. Juli 1968 schrieb der Lagerarbeiter Anatolij Martschenko – Autor einer der informativsten Beschreibungen über die Lage in den Besserungs-Arbeits-Kolonien mit verschärftem Regime, »Moi poskasanie« (Meine Aussagen) – einen Protestbrief an die Redaktionen der tschechoslowakischen Zeitungen »Rude Pravo«, »Prace« und »Literarny listy«. Er wurde zwei Tage darauf verhaftet. Freunde Martschenkos, unter ihnen General a. D. Pjotr Grigorenko und der Enkel des bekannten Diplomaten Litwinow, Pawel Litwinow, versuchten in einem offenen Brief, die Bürger der Sowjetunion über die eigentlichen Gründe von Martschenkos Verhaftung aufzuklären. Fünf Mitglieder der KPdSU – A. Kosterin, S. Pisarew, P. Grigorenko, W. Pawlentschuk und I. Jachimowitsch – schrieben am 29. Juli 1968 an die Botschaft der Tschechoslowakei und sagten dem Kurs der Reformer ihre Unterstützung zu.

Nach der Invasion organisierte die Partei Versammlungen, in denen zur Billigung dieses Schrittes aufgefordert wurde. Wie die »Chronika« berichtete, haben sich vor allem bei solchen Versammlungen in wissenschaftlichen Instituten viele der Stimme enthalten, als Beispiel dafür nennt sie das Institut für die internationale Arbeiterbewegung, das Institut für russische Sprache, einen Lehrstuhl der Moskauer Staatsuniversität, das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, das Institut für Philosophie und das Institut für Radiotechnik und Elektronik, alle in Moskau. Flugblätter, in denen die Invasion verurteilt wird, verbreitete Samisdat. Am 25. August 1968 um 12.00 Uhr veranstalteten 7 Personen einen Sitzstreik auf dem Roten Platz und wurden alle – bis auf Natalja Gorbnewskaja – festgenommen. In einem Brief an verschiedene westliche – vor allem kommunistische – Zeitungen berichtete sie dann über den Verlauf dieser Manifestation. Sicherheitsbeamte in Zivil hätten ausgerufen: »Das sind alles Juden! Verprügelt diese Antisowjetschiki!« Da sie ihr dreijähriges Kind bei sich hatte, wurde sie nicht verhaftet, aber – wie sie sagt – im Polizeiwagen geschlagen.

Auch andere Entwicklungen im Jahre 1968 verliehen den

Konflikten zwischen der Parteibürokratie und der Intelligenz eine neue Ausrichtung. A. D. Sacharow, weltbekannter Atomwissenschaftler und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, verfaßte im Juni 1968 seine ›Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und intellektuelle Freiheit‹, eine Abhandlung, die zunächst von Samisdat und später im Westen in allen Weltsprachen verbreitet wurde. Sacharow geht darin kritisch und detailliert den Mängeln des Sowjetsystems nach, die es daran hindern, den Anforderungen der heutigen Zeit in vollem Umfang gerecht zu werden.

Samisdat veröffentlichte wenig später eine Denkschrift von Intellektuellen aus der Estnischen SSR, die in ihren Forderungen weit über Sacharow hinausging. Diese Forderungen lassen sich in den folgenden sieben Punkten zusammenfassen: für Minderheitsgruppen das Recht, ihre Vorstellungen und Meinungen zu verbreiten und zu verteidigen; Entbürokratisierung des sowjetischen Systems und öffentliche Kontrolle des gesamten Verwaltungsapparates; der Oberste Sowjet der UdSSR soll ein Forum für echte Diskussionen werden, statt eines Akklamationsinstruments der Parteiführung; an Wahlen sollen verschiedene Parteien teilnehmen können; Amnestie für alle politischen Häftlinge; das Recht der nichtrussischen Völker auf eine souveräne Staatsführung; Gleichheit für alle sozialen Gruppen und Schichten.

Die Parteiführung hat selbst dazu beigetragen, daß sich unter den Intellektuellen Fronten herausbildeten, und zwar durch ihre drakonischen Repressalien, durch ihre mangelnde Bereitschaft, sich einer Diskussion zu stellen, durch ihre permanenten Bedrohungsgefühle gegenüber allem, was mit neuen Ideen und Zielen verbunden ist.

Samisdat

Eine entscheidende Rolle bei diesen Prozessen spielte das Untergrundpublikationssystem Samisdat (Selbstverlag). Samisdat als solches war für die Sowjetunion nichts Neues, denn selbst in den Jahren des Stalinterrors wurden literarische und politische Schriften auf diesem Weg verbreitet, das geschieht z. T. handschriftlich (in Blockschrift, um eine Identifizierung des

Schreibers zu verhindern), z. T. hektographiert, z. T. aber auch, wie seit etwa 1971, im Photodruck. Anfang der sechziger Jahre wurden von Samisdat vor allem literarische Werke verbreitet. Der italienische Kommunist Giuseppe Boffa berichtet in seinem Buch ›Dopo Crusciov‹ (Nach Chruschtschow) davon, daß zahlreiche Memoiren aus den Jahren des Stalinterrors zirkulierten. Die Repressalien gegen Schriftsteller gaben einen Anstoß für Samisdat, verbotene Werke zu verbreiten. Es wird auch behauptet, daß Solshenizyns in der Sowjetunion nicht erschiener Roman ›Krebsstation‹ in Samisdat eine höhere Auflage erzielt habe als in manchen westlichen Ländern. Bereits Mitte der sechziger Jahre verlagerte sich allerdings der Schwerpunkt auf die Politik.

Die Verbreitungsweise von Samisdat ist sehr einfach. Überall in der Sowjetunion finden sich Gruppen, vor allem Schüler und Studenten, die die Manuskripte vervielfältigen und dazu auch die erforderlichen Ausrüstungen und Materialien organisieren, verbreitet werden sie wie Kettenbriefe. Für den westlichen Leser sei daran erinnert, daß es für den Sowjetbürger alles andere als leicht ist, eine Schreibmaschine oder ein Vervielfältigungsgerät zu erhalten. Und das nicht nur, weil sie zu den begehrten Mangelwaren gehören, sondern vor allem auch aus dem Grund, weil immer noch eine Verwaltungsanordnung aus der Stalinzeit in Kraft ist, wonach sämtliche in Gebrauch befindlichen Schreibmaschinen und ihre Nummer bei der Miliz registriert sein müssen. Da allerdings die Zahl der in Privatbesitz befindlichen Schreibmaschinen inzwischen doch recht beträchtlich ist, ist die beabsichtigte Überwachung einigermaßen schwierig. Für die Vervielfältigungsmaschinen gilt ein Gesetz von 1961, wonach nur die Miliz berechtigt ist, zu deren Erwerb und Bewahrung die Genehmigung zu erteilen. Eine solche Genehmigung erhalten daher fast nur Direktoren von Betrieben, Hochschulen oder andere Institutionen, wenn sie einen entsprechenden Antrag an die Miliz stellen und darin auch garantieren, daß mit den Geräten kein Mißbrauch getrieben wird. (Siehe z. B. ›Sowjetskoe administratiwnoe pravo – Osobennaja Tschast‹, 1966, S. 270, herausgegeben von der Leningrader Staatsuniversität.) Offiziell kann also kein Privatmann ein Vervielfältigungsgerät besitzen. Allerdings hat sich hier in der Praxis in letzter Zeit einiges geändert. Das Angebot an Schreibmaschinen und Vervielfältigungsgeräten hat zugenommen, darunter auch an modernen elektrischen Photoko-

piergeräten, die meist aus Polen oder der DDR stammen, aber auch die amerikanische Xerox kann ihren Markt ausdehnen. Während es schon seit Jahren nicht mehr möglich ist, über den Besitz an Schreibmaschinen Kontrolle zu behalten, bahnt sich die gleiche Entwicklung auch bei Vervielfältigungsgeräten an. Dies ist Samisdat sehr zugute gekommen.

Die ›Chronika tekuschtschich sobytij‹

Seit 1968 erscheint in Samisdat die ›Chronika tekuschtschich sobytij‹. Als einige westliche Korrespondenten in Moskau die erste Nummer bekamen, schrieben sie ganz richtig: »Die erste freie russische Zeitung seit der Oktoberrevolution ist erschienen.« Niemand wollte daran glauben, daß dieses Informationsbulletin jahrelang regelmäßig würde erscheinen können. Bis November 1971 erschienen insgesamt 20 Nummern. Die Herausgeber der ›Chronika‹ betonen, daß es sich dabei keineswegs um eine antisowjetische Publikation handele, sondern daß sie voll und ganz auf der Basis der Legalität stünden und nur durch Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit dazu gezwungen seien, diesen Weg zu beschreiten. Die ›Chronika‹ bemüht sich hinsichtlich ihrer politischen Linie streng um einen neutralen Standpunkt, identifiziert sich nur mit der Menschenrechtsbewegung, nicht jedoch mit politischen Bewegungen und Organisationen. Sie registriert Publikationen aller oppositionellen Gruppen, auch jener, mit denen sie in keiner Weise sympathisiert, wie z. B. die von Faschisten oder Stalinisten. Ihr Hauptanliegen ist es, alle Verstöße gegen die Gesetze und alle außergerichtlichen Repressalien gegen Andersdenkende zu registrieren. Sie veröffentlicht regelmäßig Gedächtnisprotokolle über die wichtigsten politischen Prozesse. Ihr sind die (nicht vollständige) Liste der Insassen der Besserungs-Arbeitskolonien mit verschärftem Regime und die Informationen über die Situation in diesen Lagern zu verdanken. Weiterhin berichtet die ›Chronika‹ über alle Neuerscheinungen in Samisdat. Zu erwähnen sind noch die Nachrufe auf verstorbene Oppositionelle. Der Moskau-Korrespondent der ›Neuen Zürcher Zeitung‹ schreibt über die ›Chronika‹: »Zwanzig bis dreißig einseitig beschriebene Blätter, dünnes Durchschlagpapier, im

Format rund 20 auf 30 Zentimeter. Die Blätter sind mit Maschine geschrieben. Bei Exemplaren aus oberen Durchschlägen ist der Text gut lesbar, bei unteren Durchschlägen oft schlecht. Bekannt sind einige Exemplare in Photokopien. Sie haben ein kleineres Format. Sie sind meist sehr schlecht lesbar, weil man schlechte Typoskripte zum Photokopieren verwendete. Die Blätter werden durch Büroklammern oder Heftklammern zusammengehalten« (NZZ vom 28. Juni 1970). Über die Zuverlässigkeit der ›Chronika‹ kann es keinerlei Zweifel geben.

›Ukrainskyj Wisnyk‹

Seit Januar 1970 erscheint im ukrainischen Samisdat der ›Ukrainskyj Wisnyk‹ (Der ukrainische Bote), der ähnliche Ziele wie die ›Chronika‹ verfolgt, sein Gebiet jedoch auf die zweitgrößte Sowjetrepublik, die Ukraine, beschränkt. Die ›Chronika‹ hat die sowjetische und die westliche Öffentlichkeit als erste über dieses Blatt informiert. Ende 1970 gelangten die beiden ersten Nummern des ›Ukrainskyj Wisnyk‹ in den Westen, bis Mitte 1971 waren es dann noch zwei weitere Nummern. Auch seine Herausgeber betonen im Vorwort der ersten Nummer ausdrücklich, keine antisowjetischen Ziele zu verfolgen. »Der ›Ukrainskyj Wisnyk‹ ist keinesfalls eine anti-sowjetische oder antikommunistische Veröffentlichung. Er ist seinem Inhalt und seinen Aufgaben nach ganz legal und verfassungsgemäß. Der ›Wisnyk‹ sieht die Kritik an einzelnen, an Organen und Institutionen bis hinauf zur höchsten Ebene aufgrund von ihnen begangener Fehler bei der Lösung innenpolitischer Probleme, besonders die Verletzung der demokratischen Rechte der Person und der Nation nicht als eine anti-sowjetische Tätigkeit an, sondern als ein durch sozialistische Demokratie und Verfassung garantiertes Prinzip, als eine Ehrenpflicht für jeden Bürger.« Die Herausgeber garantieren auch politische Neutralität gegenüber verschiedenen Gruppen.

Nach den vorliegenden ersten vier Nummern läßt sich der Charakter dieser Veröffentlichung genau beschreiben. Sie informiert eingehend über alle Arten von Repressalien, über politische Prozesse und über das Schicksal der Häftlinge, bringt die Texte von Protestbriefen, Memoranden und anderen ein-

schlägigen Dokumenten. Sie zeichnet sich dadurch aus, besonders genau all das zu registrieren, was sich in der Ukraine auf die Nationalitätenpolitik bezieht – die durchgreifende Russifizierung, die Unterdrückung selbst folkloristischer Veranstaltungen und Betätigungen, die betonte Benachteiligung von Ukrainern bei der Aufnahme in Hochschulen und bei der Besetzung von Führungsposten. Im Unterschied zur ›Chronika‹ veröffentlicht der ›Wisnyk‹ auch Gedichte und andere literarische Werke von Ukrainern, die keine Druckerlaubnis bekamen.

›Polititscheskij dnewnik‹

Offensichtlich gibt es noch weitere Untergrundpublikationen von der Art der ›Chronika‹ und des ›Wisnyk‹. Bernard Gwertzman von der ›New York Times‹ und Anthony Astrakhan von der ›Washington Post‹ berichteten im August 1971 über 11 Ausgaben, das Inhaltsverzeichnis einer 12. Ausgabe und einen längeren Artikel aus einer 13. Ausgabe des bisher unbekanntenen ›Polititscheskij dnewnik‹ (Politisches Tagebuch), die ihnen von mehr als 70 von Oktober 1964 bis Ende 1970 erschienenen Ausgaben zugänglich wurden. Dieses Material gelangte mittlerweile auch in den Westen – es füllt 570 dicht beschriebene Schreibmaschinenseiten. Es wird angenommen, daß sich ›Polititscheskij dnewnik‹ nur an einen kleinen Kreis von Intellektuellen, höchstwahrscheinlich auch von gehobenen Parteifunktionären, wandte. Es veröffentlichte eigene Artikel, dazu Artikel und Memoiren, Protokolle über nichtveröffentlichte Reden und Gespräche von Politikern, informierte über verschiedene Samisdat-Publikationen. Daneben brachte es Artikel aus der offiziellen Presse, die unter bestimmten Gesichtspunkten ausgewählt wurden. Es behandelte gesellschaftliche, aber auch außenpolitische Probleme (siehe Dokumentation ›Die Frage der Neubildung der Republik der Wolgadeutschen‹).

›Ischod‹

Eine regelmäßig erscheinende Samisdat-Publikation ist ›Ischod‹ (Exodus) mit sorgfältig und detailliert zusammengestellten Informationen über Prozesse und andere Repressalien gegen Juden, über die Schwierigkeiten, die den Auswanderungswilligen gemacht werden. Eingehend berichtet ›Ischod‹ über Protestaktionen gegen verschiedene Behörden, veröffentlicht Briefe, Memoranden und andere Dokumente. Auch ›Ischod‹ definiert sich nicht als antisowjetisch, sondern als eine Publikation, die unter Beachtung der in der Sowjetunion geltenden Gesetze die Menschenrechte der sowjetischen Juden verteidigt. Behauptungen, es handele sich hierbei um eine »zionistische« Publikation, sind falsch. Unter den Auswanderungswilligen sind neben religiösen Gruppen auch Kommunisten und Komsomolzen, die sich vom Zionismus distanzieren.

›Obschtschestwenyje problemy‹

›Obschtschestwenyje problemy‹ – Gesellschaftliche Probleme, das ist der Titel der Sammelbände, die sich mit den Menschenrechten und der Rechtspflege befassen und in denen verschiedene wissenschaftliche bzw. populärwissenschaftliche Abhandlungen über Rechtsfragen veröffentlicht werden. Bis Ende 1971 sind 12 solche Sammelbände erschienen. Hauptredakteur ist W. N. Tschalidse. In jedem Sammelband wird sein Name genannt und die Moskauer Telefonnummer 2417932 angegeben. Eine Herausgabe dieser Samisdat-Publikation wird in französischer, englischer und russischer Sprache auf die Initiative der Zeitschrift ›Revue des Droits de l'Homme/Human Rights Journal‹ erfolgen.

Aufgaben und Funktion von Samisdat

Betrachtet man alle hier erwähnten regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen des Samisdat und auch seine übrigen Publikationen, dann kann man es als seine erste Aufgabe bezeichnen, über die eigene Gesellschaft zu informieren und deren einzelne Bereiche kritisch zu untersuchen. Die sowjetische Gesellschaft – darunter verstehen wir die einzelnen Nationen und die in dynamischer Entwicklung befindlichen sozialen Gruppen – befindet sich im Übergangsprozeß von einer isolierten zu einer informierten Gesellschaft, einer heiklen und schwierigen Phase, die Probleme aufwirft, die im Westen keine Parallele haben. Die Entwicklung unter Stalins despotischem Herrschaftssystem führte zur Isolation – einem ganz bewußt anvisierten Ziel der damaligen Führung. Für dieses Ziel wurden alle erdenklichen repressiven Maßnahmen in Gang gesetzt. Sie reichten von einfacher Zensur bis hin zu Verhaftungen und Liquidierungen. In den fünfziger Jahren wurde dann immer klarer, daß die Isolation nicht länger aufrechtzuerhalten war, denn es bildeten sich ständig neue Informationskanäle heraus. Hier sind vor allem die Kontakte der Wissenschaftler und technischen Experten zu Kollegen aus aller Welt zu nennen, bei denen internationale Konferenzen und Begegnungen ebenso wirksam wurden wie die Notwendigkeit, westliche Fachpublikationen auszuwerten. Die rasche Verbreitung des Transistorradios hat es der Bevölkerung in wachsendem Umfang ermöglicht, westliche Sender zu empfangen. Einige sowjetische Soziologen und Pädagogen bekennen, daß die Jugend besonders gerne BBC, Stimme Amerikas, Radio Freies Europa, Liberty, Deutsche Welle, Radio Belgrad, Peking und nicht zuletzt auch Radio Tirana hört. Die Bemühungen, die Bevölkerung in der alten Isolation zu halten, sind also zunehmend mehr zum Scheitern verurteilt.

Auf der anderen Seite erhebt die Partei nach wie vor, ja seit Chruschtschows Sturz sogar noch verstärkt, den Anspruch auf vollständige Kontrolle und Manipulation des Verhaltens wie des Bewußtseins der Öffentlichkeit. Sie greift dabei zu den traditionellen Kontrollinstrumenten der Zensur, einer Überwachung der ausländischen Zeitschriftenabonnements – die von den westlichen kommunistischen Parteien herausgegebenen Publikationen und die reinen Fachveröffentlichungen nicht

ausgenommen –, führt weiterhin einen »Index« verbotener Literatur. Dem Biologen Shores Medwedew verdanken es die sowjetischen Wissenschaftler, daß die Öffentlichkeit über diese Probleme informiert und damit auch eine Grundlage für eingehende Diskussionen geschaffen wurde. Seine Arbeit »Die internationale Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und nationale Grenzen. Das Briefgeheimnis ist gesetzlich garantiert« wurde auch im Westen bekannt.

Samisdat erfüllt also die wichtige Funktion eines Informationsmediums mit doppelter Aufgabe, und zwar einmal bezüglich der eigenen Gesellschaft und ihrer Schwächen, zum anderen über das »Draußen«. Beide an sich legitimen und nützlichen Aufgaben sind in den Augen der Parteibürokratie jedoch Verstöße, die eine »antisowjetische Gesinnung« beweisen. Auch das, wofür sich heute ein hochqualifizierter Wissenschaftler von Berufs wegen interessiert, muß ihm erst parteiamtlich »genehmigt« werden. Im Zusammenhang mit den brutalen Maßnahmen gegen den Leningrader Mathematiker Pimenow brachte Samisdat einen Artikel von Jewgenij Smirnow, in dem der frühere Leningrader Parteichef Tolstikow, später Botschafter in der Volksrepublik China, heftig kritisiert wird. So heißt es darin: »Für sie (Anm. d. Verfassers: die Tolstikows) ist der, der es wagte, sich nicht für das zu interessieren, wofür zu interessieren ihm von oben gestattet ist, keiner der ihren, mit ihm sollte man kein langes Federlesen machen, einerlei ob er Newton oder Einstein ist.«

Wir müssen uns hier auf eine globale Behandlung der von Samisdat herausgebrachten gesellschaftskritischen Studien, einen knappen Überblick über einige Schwerpunkte beschränken. Hauptansatzpunkt für die Kritik ist der Herrschaftsstil der Partei mit seinen Unterdrückungsmechanismen gegen alle Andersdenkenden, gegen alle neuen, von der Parteilinie abweichenden oder in sie noch nicht integrierten Gedanken. Übereinstimmung und Akklamation zu erreichen, dieses Ziel wird mit allen erlaubten und unerlaubten Methoden verfolgt. General a. D. Grigorenko schrieb in seinem Brief an den Vorsitzenden des KGB, Ju. B. Andropow: »Aus dem Marxismus-Leninismus folgt weiter, daß eine solche »Einmütigkeit« des Volkes eine offensichtliche Anormalität, eine pathologische Erscheinung in der Entwicklung des gesellschaftlichen Organismus darstellt. Dieser ist schwer krank. In ihm herrschen keine normalen Bedingungen für einen Kampf der Meinungen,

folglich auch nicht für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Diagnose kann nur lauten – eine veraltete schwere Form von Totalitarismus.«

Andere Analysen üben heftige Kritik an der Rolle, die der Intelligenz innerhalb des Systems zugewiesen wird. Herausragende Wissenschaftler, unter ihnen viele Kommunisten, weisen darauf hin, daß die traditionellen Versuche, Wissenschaften der Norm der »Parteilichkeit« zu unterwerfen, dysfunktional und äußerst schädlich sind, sie brandmarken die Praxis, Wissenschaftler nicht als Partner, sondern als Vollzugsbeamte der Parteibürokratie zu behandeln. Auch hier war es Shores Medwedew, der am Beispiel der Ereignisse im wissenschaftlichen Leben des Forschungszentrums Obninsk minuziös aufzeigte, wie das alles im Alltag aussieht.

Gesetzlichkeit und Wahrung der Menschenrechte, zu denen sich die Sowjetunion offiziell bekennt, sind Anliegen, denen sich Samisdat mit leidenschaftlicher Anteilnahme widmet. Es veröffentlicht Studien und regelmäßig erscheinende Publikationen (z. B. »Gesellschaftliche Probleme«), prangert gleichzeitig anhand von Hunderten von Beispielen das Verhalten der KGB-Beamten und der Gerichtsorgane an. Ein Fall unter vielen ist der in »Chronika« Nr. 19 vom April 1971 erwähnte einer Gruppe von 56 auswanderungswilligen Juden. Das Empfangszimmer des Obersten Sowjet der UdSSR wollten sie so lange nicht verlassen, bis sie die Ausreisegenehmigung erhielten. Ihnen schlossen sich Juden aus anderen Städten an, so daß es am Schluß 149 Personen waren. Am Morgen des 11. März 1971 suchte sie ein gehobener Funktionär aus der Parteizentrale, Dumin, auf. Dazu die »Chronika«: »Auf die Bemerkung, die Sowjetunion habe doch die Konvention über die Abschaffung aller Formen von Rassendiskriminierung ratifiziert und somit den Bürgern das Recht zuerkannt, frei über ihren Wohnsitz zu entscheiden, die Auswanderung ins Ausland inbegriffen, sagte Dumin: »Sie wissen doch, daß dieses Dokument für das Ausland angenommen wurde und auf dem Territorium der Sowjetunion kein Gesetz ist.«

Weitere Schwerpunkte der Kritik sind die Nationalitätenpolitik sowie die Verfolgung von Gläubigen und Sekten.

Mit Ausnahme der Veröffentlichungen rechtsgerichteter Gruppen und des WSCHSON sind im Samisdat fast keine Dokumente erschienen, die eine Rückkehr zum Kapitalismus propagiert hätten. Prowestliche Anklänge sind darauf zurück-

zuföhren, daß Vergleiche im sozialen und wirtschaftlichen Bereich für die Sowjetunion ungünstig ausfallen. Für diese Mißstände wird die Bürokratie mit ihren überholten Herrschaftspraktiken verantwortlich gemacht, die meisten Vorschläge von Samisdat stellen *Korrektive an einer sozialistischen Gesellschaft* dar.

Samisdat als Forum für Meinungsauustausch und Polemiken

Wie wir noch sehen werden, verfolgt die Parteibürokratie mit besonderer Härte jene Kräfte in der Partei selbst, die von marxistischen Positionen aus das sowjetische System kritisieren. Bis zu einem gewissen Grad wurde Samisdat zum Ventil für einen Meinungsauustausch unter Marxisten, es verbreitete Arbeiten aus deren illegalen Kreisen, z. B. das Programm der »Marxistischen Partei neuen Typs« aus Rjasan: »Der Verfall des Kapitals« oder »Staat und Sozialismus«, eine Arbeit, die von Studenten und Wissenschaftlern an der Universität Gorkij zusammengestellt wurde; der Zwillingbruder von Shores Medwedew, Roy Medwedew, veröffentlichte eine längere Studie über den Stalinismus (nach Pressemeldungen von Ende Oktober 1971 beschlagnahmte das KGB Hunderte von Seiten seiner Unterlagen). Seine Studie über die Industrialisierung der Sowjetunion gelangte 1971 in den Westen und soll 1972 bei Macmillan in London erscheinen. Verschiedene anonyme Arbeiten kritisieren das sowjetische Wirtschaftssystem aus marxistischer Sicht, desgleichen das bürokratische Herrschaftssystem. P. M. Egides, Doktor der philosophischen Wissenschaften und bis Ende 1969 Hochschullehrer in Rostow, ist Autor des Manuskriptes »Über die Hauptrichtungen des Sozialismus« und wurde aufgrund dieser von Samisdat verbreiteten Studie in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Der Kiewer Literaturkritiker Iwan Dsjuba verfaßte eine Studie »Internationalismus oder Russifizierung«, in der er von »leninischen Positionen« aus die heutige Nationalitätenpolitik kritisiert. Eine der bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen, die im Samisdat verbreitet wurde und auch im Westen bekannt ist, ist die Arbeit »Der russische Weg zum Sozialismus und seine Resultate«, deren Autor höchstwah-

scheinlich der bekannte sowjetische Wirtschaftswissenschaftler ungarischer Abstammung Jc. S. Varga ist (gestorben 1964). Dies sind nur einige wenige Beispiele über die von Samisdat verbreiteten Arbeiten.

Daneben veröffentlicht es auch Beiträge zu Meinungs-
tausch und Polemiken über verschiedene Einzelprobleme. Hier sei der Meinungs-
austausch über die Taktik der oppositionellen
Intelligenz und über ihre Aussichten erwähnt. Ein Beispiel für
die Polemik auf den Seiten von Samisdat-Veröffentlichungen
ist die Antwort von W. Gusarow, Sohn eines früheren Ersten
Gebietssekretärs der KPdSU in Tula, der an einem Theater in
Frunse als Schauspieler tätig war, auf das Manifest der russi-
schen Faschisten ›Slowo Nazii‹ (Wort der Nation), die er
›Slowo o Swobode‹ (Wort über die Freiheit) überschrieb.
Darin urteilte er vernichtend über die rechtsradikale Unter-
grundorganisation.

Besonders verdienstvoll ist, daß Samisdat längere Arbeiten
und Dokumente zur Geschichte der KPdSU veröffentlicht.
Durch die Veröffentlichung eines Briefes des ehemaligen
Menschewiken Michail Jakubowitsch an den Generalstaats-
anwalt der UdSSR wurden bisher völlig unbekannte Fakten
über den geheimnisumwitterten Prozeß gegen die Mensche-
wiken im Jahre 1931 bekannt. Pjotr Jakir hat in verschiedenen
Arbeiten die Verbrechen Stalins enthüllt. Der Historiker
L. Petrowskij leistete einen wertvollen Beitrag zur Geschichte
des Stalinismus, als Samisdat seinen Brief an das ZK der
KPdSU mit Durchschlag an das Parteiorgan ›Kommunist‹ ver-
öffentlichte. Soweit einige Beispiele für viele.

Samisdat veröffentlichte auch einige westliche Arbeiten,
deren Anzahl allerdings sehr viel geringer ist als die der eigen-
en. Zu nennen sind hier als Autoren der Pole Leszek Kola-
kowski, der englische Philosoph Bertrand Russell, der deutsche
Schriftsteller Heinrich Böll, der englische Historiker Robert
Conquest; besonders zahlreich sind die Arbeiten verschiedener
Autoren aus der Tschechoslowakei, die der Reformbewegung
angehörten. Sehr verbreitet ist auch die Arbeit eines politischen
Flüchtlings aus der Sowjetunion, A. Awtorchanows ›Techno-
logija wlasti‹ (Technologie der Macht). Aus Berichten über
Prozesse erfahren wir, daß es auch Bemühungen gab, die Be-
völkerung nicht nur über die Ereignisse in der Tschecho-
slowakei zu informieren, sondern auch über China und
Jugoslawien.

Die soziale Herkunft der Oppositionellen

Aus dem bisher Gesagten wurde schon deutlich, daß die Intelligenz den Kern der Opposition darstellt, hier wiederum ist der Anteil der Spitzenwissenschaftler ganz beträchtlich. Unter jenen, die gegen die Willkür protestieren, sind Persönlichkeiten wie die Physiker A. D. Sacharow, Pjotr Kapiza, Jc. Tamm, M. A. Leontowitsch, der Biologe B. L. Astaurov, W. F. Turtschin, W. Tschalidse, die Brüder Roy und Shores Medwedew, Rewolt Pimenow, Boris Zukerman und viele andere hervorzuheben. Es sei nochmals daran erinnert, daß es sich hier um Persönlichkeiten handelt, die voll und ganz auf dem Boden der Legalität stehen, also um keinerlei Untergrundkämpfer. Bei diesen liegt allerdings – wie später zu zeigen sein wird – der Anteil der Intelligenz ebenfalls außerordentlich hoch. Dem Ansehen der hier genannten Professoren und vieler ihrer Kollegen ist es zu danken, daß sich in der sowjetischen Gesellschaft eine Gruppe herauskristallisierte, die zwar nicht sehr zahlenstark ist, aber im In- und Ausland hohe Autorität genießt. Sie setzen sich mit ihrem Protest und mit ihrer Hilfe mutig ein und gebieten dem Establishment Einhalt. Diese Gruppe von Spitzenwissenschaftlern konnte bereits kleinere Erfolge erzielen, es sei hier nur an die Freilassung des gesunden Shores Medwedew aus einer psychiatrischen Spezialklinik erinnert. Ihre Stimme war auch nicht zu überhören, als sie seit Chruschtschows Sturz immer wieder vor einer Rehabilitierung Stalins warnten.

Die ingenieurtechnischen Kader sind ein zweites Rekrutierungsfeld der Opposition, die neben den Studenten einen sehr hohen Anteil stellen. Rehabilitierte Insassen der stalinschen Konzentrationslager fallen zwar quantitativ nicht sehr ins Gewicht, doch engagieren sie sich in diesen Fragen sehr stark. Samisdat verzeichnet immer wieder, daß sie, obwohl rehabilitiert, noch immer in einer relativ unsicheren Situation leben, so macht die Parteibürokratie gar keinen Hehl daraus, daß sie von ihr nicht für vertrauenswürdig erachtet werden. Samisdat berichtet davon, wie ein Parteifunktionär vor ihnen warnte: »Idealisieren Sie auf keinen Fall die ehemaligen Konzentrationslagerinsassen!«

Außerordentlich aktiv sind die Kinder von Stalin-Opfern, sie stellen die mutigsten Organisatoren der außerparteilichen Opposition.

Eine eigene Gruppe ist die Intelligenz in den Unionsrepubliken. Im Unterschied zur russischen Opposition wird sie auch sehr stark von Arbeitern unterstützt. Was Gruppen wie die Krimtataren, die Völker von Mescheti und nicht zuletzt auch die Juden angeht, so kann man von einer solidarischen Front sprechen, zu der sich alle sozialen Gruppen und Schichten zusammenschlossen.

Der Anteil der einzelnen sozialen Gruppen an der Opposition spiegelt sich in den Unterschriften unter die zahlreichen Proteste. In seiner Arbeit ›Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?‹ hat Andreij Amalrik versucht, die Berufsstruktur zu untersuchen. Von 800 Personen, die verschiedene Einzel- oder Sammelbriefe unterschrieben hatten, war bei 38 der Beruf unbekannt, bei den übrigen ergab sich folgende Aufteilung:

Wissenschaftler	45%
Künstler	22%
Ingenieure und Techniker	13%
Verlagsangestellte, Lehrer, Ärzte und Juristen	9%
Arbeiter	6%
Studenten	5%

Amalrik hat dabei noch nicht den von 134 Personen unterzeichneten Kiewer Brief analysiert, der folgendes Bild ergibt:

Wissenschaftler	43%
<i>davon: Mathematiker und Naturwissenschaftler</i>	31%
Schriftsteller und Künstler	35%
Arbeiter	25%
Journalisten	6%
Studenten	5%
andere	11%

Auch hier also ein sehr hoher Anteil von Wissenschaftlern und – wie in anderen nichtrussischen Unionsrepubliken auch – ein erhöhter Anteil der Arbeiter.

Illegale Organisationen

Die illegalen Organisationen sind aus der Opposition in der Sowjetunion nicht auszuklammern. Sie zu klassifizieren ist deshalb schwierig, weil man kaum exakt sagen kann, ob es sich

jeweils um eine tatsächlich bestehende Organisation handelt oder nur um eine relativ lose Gruppe oder einen Diskussionszirkel mit Tendenz zu festeren Organisationsformen. Ungeachtet dessen haben in den letzten zehn Jahren verschiedene Gruppen bewußt den Weg in die Illegalität gewählt und sich z. T. zu Kampfmethoden entschieden, die bis zum bewaffneten Widerstand reichen.

Zunächst einige Worte über illegale kommunistische bzw. marxistische Kreise, die in den sechziger Jahren entstanden und sich betätigten. Auffallend hart reagierten Parteibükratie und Sicherheitsorgane gegen Gruppen, die sich aus Kommunisten und Komsomolzen rekrutierten und ihre Tätigkeiten vor allem in Partei und Komsomol entfalteten. Es handelte sich dabei, wie noch zu zeigen sein wird, um Gruppen, die allein schon aufgrund ihrer Überzeugung keineswegs die Grundlagen des Sozialismus und des Sowjetstaates bedrohen, sondern sich ganz im Gegenteil voll und ganz zu Prinzipien bekennen, die »aus Lenins Lehre« folgen. Sie rekrutieren sich fast ausschließlich aus kritischen Angehörigen der jüngeren Generation, deren Hauptanliegen sich in einigen Punkten zusammenfassen lassen: der Stalinismus läßt sich nicht auf die Persönlichkeit Stalins reduzieren, sondern er war eine gesellschaftliche Entwicklungsphase mit tiefreichenden Deformationen; unter Chruschtschow kam es zu keiner Entstalinisierung des sowjetischen Systems, der Terror wurde zwar abgemildert, doch sind die wichtigsten Institutionen und Herrschaftsmethoden beibehalten worden; Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion ist eine Demokratisierung des Systems, zu der vor allem ein ständiger Austausch der Funktionäre bis zu den höchsten Posten hinauf gehört; keine Manipulation der Wahlen durch die Parteibükratie, sondern echte Bestimmung durch die jeweiligen Wähler, völlige Umkehrung der Abhängigkeitsverhältnisse – nicht mehr das Volk soll von den Funktionären abhängig sein, sondern diese vom Volk. Von einer kleinen stalinistischen Gruppe in Moskau abgesehen, sind keine Anzeichen dafür erkennbar, daß es die Stalinisten unter den heute herrschenden Verhältnissen nötig hätten, in den Untergrund zu gehen. Zwar sympathisieren einige Gruppen mit China und rechnen Maos Person den Aufschwung des ganzen Volkes zugute, doch wurde nichts von einer organisierten maoistischen Organisation bekannt. Die zerschlagenen marxistischen bzw. kommunistischen Gruppen

standen deutlich unter dem Einfluß der Reformgedanken in der Tschechoslowakei, mit offener Sympathie für den jugoslawischen Weg zum Sozialismus. Sicher kommt es der Wahrheit am nächsten, wenn wir diese Gruppen zusammenfassend Anhänger eines »humanistischen Marxismus« nennen. Gerade diese Gruppen sind es, die, wie oben betont, von der Parteibürokratie und den Sicherheitsorganen am schärfsten verfolgt und am radikalsten zerschlagen werden. Da im nächsten Kapitel die einzelnen anderen Gruppen genauer behandelt werden, sei hier nur einiges über zwei von ihnen gesagt.

Zunächst einige Bemerkungen über die »Bewegung der Demokraten Rußlands, der Ukraine und des Baltikums«. Es handelt sich hier um keine Organisation, schon gar nicht um eine illegale, doch nimmt diese Bewegung in der sowjetischen außerparteilichen Opposition in jeder Hinsicht eine besondere Stellung ein. Während ein Flügel der »Demokraten« ganz bewußt auf dem Boden der Legalität steht, tendiert ein zweiter dahin, sich durch seine stark strukturierte Tätigkeit und Organisation abzusondern. Dieses Gebilde ist vor allem durch ein fest umrissenes Programm charakterisiert, dessen Hauptpunkt ein anderes Gesellschaftsmodell als das sowjetische ist. Dieser Flügel wird ohne Zweifel zu einem großen Teil von Intellektuellen getragen, wobei die Geistes- und Sozialwissenschaftler in der Überzahl zu sein scheinen. Die Demokraten versuchen zwar, die Grenze zur Illegalität nicht zu überschreiten, doch ist dies unter den herrschenden Umständen praktisch ein Ding der Unmöglichkeit. Von allen hier behandelten Gruppen entfalten die Demokraten die regste Aktivität. Samisdat veröffentlichte neben ihren programmatischen Dokumenten auch verschiedene Studien, die eine liberal-demokratische Interpretation der sowjetischen Wirklichkeit versuchen. Ein klares Bild dieser komplexen Gruppe wird dem Leser durch den Abschnitt im zweiten Kapitel und durch das in der Dokumentation wiedergegebene Programm der Demokraten vermittelt.

Die nationale Opposition hat zwei Gesichter. Sie versucht einmal auf rein legaler Basis Verbesserungen zu erzielen, zum anderen aber auch durch Untergrundorganisationen ihre Ziele durchzusetzen. Die nationalen Spannungen haben in den sechziger Jahren stark zugenommen. Im Zusammenhang mit dem Kampf der Krimtataren um ihre nationale Autonomie kam es zu beträchtlichen Unruhen in Mittelasien. Unter den Häftlingen der Besserungs-Arbeits-Kolonien sind sehr viele Usbeken, die

unter der Parole »Russen raus aus Usbekistan!« im Mai 1969 protestiert hatten. Fast gleichzeitig veranstalteten in Usbekistan lebende Tadshiken Massendemonstrationen, da sie sich weigerten, in ihre Pässe als Nationalität »Usbeken« eintragen zu lassen, eine Demonstration, die sich keineswegs gegen die Usbeken richtete, sondern gegen die »russische Verwaltung«. Während die Krimtataren eine geradezu großartige Organisation aufgebaut haben, scheint dies bei den Völkern Mittelasiens nicht der Fall zu sein. Die spontanen Massenaktionen von 1969 waren allerdings nur möglich, weil sich Intellektuelle an ihre Spitze stellten.

Illegale Organisationen mit ausgeprägt nationalistischem Charakter oder solche, die gewaltsame Methoden propagieren bzw. verwenden, werden von den Sicherheitsorganen mit der gleichen Härte bekämpft wie die Opposition aus den Reihen von Partei und Komsomol. Solche organisierten Gruppen gab es in den sechziger Jahren in den baltischen Republiken, in der Moldau, in der Ukraine und in den transkaukasischen Republiken. Es ist nicht leicht, Näheres über die Programme dieser Organisationen zu sagen, denn es fehlen Dokumente, doch sind sie sicher nicht alle unter dem Terminus »nationalistisch« zu subsumieren. Die »Baltische Föderation« trat für einen übernationalen Staatenbund der drei baltischen Republiken ein. Moldauische Gruppen plädierten für einen Anschluß an Rumänien. Sicherlich war die Idee des moldauischen Imkers Ja. W. Odobescu kein Einzelphänomen, der in einem Brief an die Parteiführung den Anschluß an Rumänien als die einzige Möglichkeit gegen die Russifizierung der Moldauer bezeichnet hatte. Die Antwort auf diesen Vorschlag war sieben Jahre Besserungs-Arbeits-Kolonie. Die in Armenien liquidierten Gruppen (»Im Namen des Vaterlandes«) verfochten höchstwahrscheinlich nur ein sehr bescheidenes Programm, sie setzten sich für mehr Rechte und Möglichkeiten für die nationale Kultur und Sprache, für eine Eindämmung der Russifizierung und andere »kleine Schritte« ein.

Seit 1966 stieg die Zahl der Insassen der Besserungs-Arbeits-Kolonien sprunghaft an. Nach Angaben eines führenden Mitarbeiters von Amnesty International, Peter Reddaway, schätzt man 1971 ihre Zahl anhand detaillierter Informationen auf etwa eine Million.

Unter der Annahme, daß mindestens die Hälfte von ihnen aufgrund ihres religiösen Engagements verfolgt wurden, entspricht die verbleibende Zahl von 500000 Inhaftierten den Informationen, die inoffiziell in den Westen gelangten. Zu ihnen gehört auch der kleine Teil von Häftlingen stalinscher Konzentrationslager, die bis heute nicht rehabilitiert wurden.

Das von Samisdat veröffentlichte Material ermöglichte es, ein Verzeichnis von Verurteilten zu erstellen, die zwischen 1960 und 1971 aus politischen Gründen verurteilt wurden. Es handelt sich um 670 Personen, über die zum großen Teil auch nähere Angaben vorliegen. Sie sind insoweit als repräsentativ zu betrachten, als sie in Prozessen verurteilt wurden, die zumeist von der ›Chronika‹ bzw. ›Ukrainskyj Wisnyk‹ und anderen Samisdat-Publikationen registriert worden sind. Es sei nochmals daran erinnert, daß die innerpolitische Opposition zwar auch verschiedene illegale Organisationen erfaßt, die wichtigste Rolle in dieser Opposition jedoch die Einzelpersonen spielen, darunter viele bekannte Persönlichkeiten aus der Wissenschaft. Mehrere von ihnen wurden aufgrund von angeblichen Verstößen gegen Gesetze zum Schutze des Staates verurteilt. In der Liste der Insassen der Besserungs-Arbeits-Kolonien (s. S. 40) überwiegt ihre Zahl.

Bei der Gesamtzahl der in der Sowjetunion Verhafteten handelt es sich also überwiegend um Vertreter der Intelligenz. Von den 461, deren Beruf bekannt ist, sind 307 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker, Lehrer und andere, darunter auch außerordentlich viele Studenten. 87 sind Arbeiter und nur 5 Kolchosbauern bzw. Sowchosarbeiter. Die sehr niedrige Zahl der Vertreter der Landbevölkerung bestätigt den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahre. Im Gegensatz zu den dreißiger Jahren kommen heute die akuten Konflikte in den Städten zum Ausbruch, genauer gesagt zwischen Intelligenz und Establishment. Das Dorf ist dagegen, was auch viele Beobachter und Touristen bestätigen, politisch passiv und konfor-

Aufteilung der politischen Häftlinge nach Berufen¹

	UdSSR	davon			
		RSFSR	Ukraine	Usbekistan	andere
Wissenschaftler	44	29	9	—	6
<i>darunter Aspiranten</i>	3	2	1	—	—
wissenschaftliches Hilfs- personal	15	9	1	1	4
Ingenieure	66	33	10	13	10
Techniker und Kon- strukteure	3	2	1	—	—
Hochschullehrer	6	3	1	1	1
Lehrer	30	7	11	6	6
Ärzte	7	4	2	1	—
Architekten	3	3	—	—	—
Juristen	8	5	3	—	—
Journalisten	5	2	2	—	1
Studenten	76	46	11	5	13
Schriftsteller und Dichter	33	24	5	1	3
Literaturkritiker	2	1	1	—	—
Künstler	9	5	3	—	1
Armeceangehörige	10	10	—	—	—
Milizangehörige	3	1	2	—	—
Facharbeiter	54	14	6	25	8
<i>darunter Kraftfabrer</i>	13	1	—	9	3
Arbeiter	33	6	18	4	5
Kolchosbauern und Sowchosarbeiter	5	1	2	—	2
Angestellte	23	4	2	9	8
landwirtschaftliche Spe- zialisten	4	—	—	1	3
Invaliden	5	5	—	—	—
andere	17	5	8	2	2
Berufe unbekannt	209	60	83	20	29
	670	279	181	89	102

¹ In den Angaben über die Unionsrepubliken sind die 19 Personen, deren Prozeß- bzw. Verhaftungsort unbekannt ist, nicht enthalten. Einzeln aufgeführt wurden nur die Unionsrepubliken, in denen die Zahl der Verhafteten besonders hoch ist.

mistisch. Diese Ereignisse sind ein Indiz dafür, daß die innerpolitische Opposition bei weiten Bevölkerungskreisen weder Einfluß noch größeres Echo findet.

Auch in allen Republiken überwiegen die Vertreter der Intelligenz. Ebenfalls ist die hohe Zahl der Studenten für alle Republiken typisch, wenn sie auch in der Russischen Föderation am stärksten ist. Deutliche Unterschiede zeigen sich beim hohen Anteil der Arbeiter in der Ukraine und Usbekistan (wobei es sich in Usbekistan nicht um Usbeken, sondern um Krimtataren handelt). Dies ist ein Beweis dafür, daß sich die

nationale Opposition auf breitere soziale Schichten stützt als andere oppositionelle Strömungen und Gruppen.

Hält man sich vor Augen, daß von den 241,7 Mill. Gesamtbevölkerung der Sowjetunion (nach der Volkszählung vom Januar 1970) 130,1 Mill. oder 57% in der Russischen Föderation leben, so ist der Anteil der Verhafteten in den nichtrussischen Republiken bedeutend höher als in der RSFSR.

Aufteilung der politischen Häftlinge nach Altersgruppen¹

Jahrgang	UdSSR	davon			
	RSFSR	Ukraine	Usbekistan	andere	
1880-1900	1	—	—	1	
1901-1910	17	9	—	3	
1911-1920	24	2	7	8	
1921-1930	57	18	23	4	
1931-1940	179	65	46	30	
1941-1950	109	63	7	24	
nach 1951	9	5	2	2	
unbekannt	274	117	96	30	
	670	279	181	102	

¹ Siehe Anmerkung S. 40.

Von den 390 in der gesamten Sowjetunion Verhafteten, deren Alter bekannt ist, sind 297 nach 1931 geboren, unter ihnen wiederum 118 nach 1941. Diese Altersstruktur ist im allgemeinen auch für alle Unionsrepubliken typisch. Die Jugend ent-

Aufteilung der politischen Häftlinge nach Volkszugehörigkeit¹

	UdSSR	davon			
	RSFSR	Ukraine	Usbekistan	andere	
Ukrainer	160	5	152	2	
Krimtataren	119	26	9	—	
Juden	80	51	6	21	
Russen	32	27	1	3	
Letten	22	—	—	22	
Armenier	20	1	1	18	
Litauer	13	—	—	13	
Esten	8	—	—	8	
Moldauer	4	—	—	4	
Georgier	3	1	—	2	
Polen	2	1	—	1	
Osseten	1	1	—	—	
Tscherkessen	1	—	—	—	
Finnen	1	1	—	—	
unbekannt	204	165	12	8	
	670	279	181	102	

¹ Siehe Anmerkung S. 40.

richtet den Besserungs-Arbeits-Kolonien also einen sehr beträchtlichen Tribut. In »Meine Aussagen« bestätigt Martschenko, daß der Anteil der Jugend in den Lagern von Jahr zu Jahr wächst.

Manchen wird die niedrige Zahl von Russen unter den Inhaftierten überraschen. Während sie in der »legalen« Opposition einen sehr hohen Anteil stellen, machen sie bei den hier Betrachteten mit 32 einen außerordentlich kleinen Teil aus. Es ist zwar anzunehmen, daß unter den 204 Personen, deren Nationalität unbekannt ist, der Anteil der Russen höher liegen dürfte. Doch selbst unter der Voraussetzung, daß er außerordentlich hoch ist, bliebe der Anteil der russischen Häftlinge noch immer weit unter dem Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung. Das Nationalitätenproblem nimmt also unter den Quellen innenpolitischer Spannungen und Konflikte einen umfangreichen Platz ein. Die Repressalien gegen die nationale Opposition sind sehr viel drastischer als die gegen Oppositionelle mit anderen Motiven.

Taktik der Opposition

Die Taktik der illegalen Gruppen und Organisationen richtet sich nach ihren unmittelbaren Zielen und Möglichkeiten. Die außerparteiliche Opposition aber hat in den letzten Jahren eine regelrechte Strategie ausgearbeitet.

Zunächst unterstützt bzw. initiiert sie Briefe von Einzelpersonen oder von Gruppen an Partei- und Staatsbehörden bzw. an die Parteispitze selbst. Dies wurde allerdings schon in den fünfziger Jahren und in anderer Form auch in der Stalin-Zeit praktiziert. Neu sind zwei Momente, und zwar zunächst einmal die Fülle und sodann die große Zahl von Unterschriften unter diesen Briefen (im Falle der Proteste der Krimtataren waren es bis zu 60000). Mit derartigen Briefen werden die Behörden auf allen Ebenen eingedeckt, von der Gebietsebene aufwärts bis zur Unionsspitze. Da die Behörden aber meist auf solche Briefe nicht reagiert haben, höchstens im schlimmsten Fall das KGB zu Hilfe riefen bzw. in Betrieben und Institutionen Disziplinarverfahren einleiteten, entschloß sich die Opposition zum nächsten Schritt. Sie ließ solche Briefe durch

Samisdat verbreiten, appellierte an die Öffentlichkeit im eigenen Lande und nicht zuletzt auch im Ausland.

Auffallend ist, daß ein wichtiger Teil der Opposition bei den westlichen kommunistischen Parteien Unterstützung und Hilfe sucht. Samisdat hat mehrere derartige Gesuche verbreitet, die an Parteiorgane wie ›L'Unità‹, ›L'Humanité‹ u. a. gerichtet waren. Auch an die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (1969) wurden solche Bittschriften adressiert.

Zu nennen sind noch direkte Eingaben an die Vereinten Nationen, vor allem an die Menschenrechtskommission. Der 20. Jahrestag der Menschenrechtskonvention im Jahre 1968 diente als Anlaß, gerade diese Form besonders zu fördern.

Unter Berücksichtigung aller innen- und außenpolitischen Bedingungen dürfen die bescheidenen Erfolge, die die Opposition erzielen konnte, nicht unterschätzt werden. Westliche Kommunisten, vor allem die italienischen, stellten sich auf die Seite der Opposition und zeigten sich davon beeindruckt, wie viele Oppositionelle sich auf den bekannten Brief Togliattis beriefen, in dem er die Verlangsamung der Demokratisierungsprozesse in der Sowjetunion angeprangert hatte. Viele Dokumente wurden von westlichen Presseagenturen in extenso weitergegeben und in führenden Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Dies ist unbestreitbar ein großer Erfolg.

Das Vorgehen von Parteibürokratie und KGB

Auch für manchen Kenner der Situation ist ein Phänomen wie die innersowjetische Opposition nicht ohne weiteres verständlich. Man fragt sich nicht zu Unrecht, wie es kommt, daß die Polizei in einem Staat wie der Sowjetunion solche Phänomene duldet und nicht dagegen vorgeht. Solche Fragen gehen teilweise darauf zurück, daß man Veränderungen, weniger innerhalb des Systems als in der Gesellschaft, nicht berücksichtigt und so auch nicht verstehen kann, daß die Bedeutung, die der Terror innerhalb Stalins despotischem Herrschaftssystem gewinnen konnte, vorbei ist. Das heißt allerdings noch lange nicht, daß nun auch das Ende des Polizeiregimes da sei, sondern nur, daß ihm gewisse Grenzen gesetzt sind. Diese Grenzen

folgen nicht nur aus der Tatsache, daß heute die Gesetze strikter eingehalten werden müssen als in der Vergangenheit.

Das KGB sieht der Opposition auch heute keineswegs tatenlos zu, das oben Gesagte bestätigt das Gegenteil. Eine halbe Million politischer Häftlinge sind ein ebenso makabrer Beweis dafür wie die erschütternde Wahrheit, daß die meisten von ihnen Jugendliche sind, die lange nach der Oktoberrevolution geboren wurden, sowjetische Schulen und Hochschulen besucht haben und die vorrevolutionäre Vergangenheit nur vom Hörensagen und aus ihren Schulbüchern kennen.

In den letzten zehn Jahren haben sich die Sicherheitsorgane auf Geheiß der politischen Führung entschlossen, zu einem barbarischen Abschreckungsmittel Zuflucht zu nehmen: Nämlich geistig vollkommen gesunde Menschen in psychiatrische Spezialkliniken einzuweisen, sie Ärzten auszuliefern, die zugleich KGB-Mitarbeiter sind, und »Behandlungsmethoden« anzuwenden, die das Opfer zum körperlichen und geistigen Zusammenbruch bringen. Solche Methoden waren bereits unter Stalin gang und gäbe gewesen. In einem erschütternden Bericht über seinen eigenen Aufenthalt in einer psychiatrischen Spezialklinik, »Wer ist hier wahnsinnig?«, beruft sich Shores Medwedew auf Berichte von S. P. Pisarew, wonach sich in solchen Kliniken, in den Gefängnissen von Kasan und Leningrad Hunderte von Menschen befanden, bis sie 1956 rehabilitiert wurden. Sie waren aus politischen Gründen und anhand von »Gutachten« des berüchtigten Serbskij-Instituts für gerichtliche Psychiatrie in Moskau eingewiesen worden. Medwedew: »Aus den Krankenhäusern wurden sie aufgrund ihrer Rehabilitierung entlassen.«

Obwohl die Öffentlichkeit in Ost und West über diese Praktiken Bescheid weiß, lassen sich die Sicherheitsorgane und die Parteibürokratie nicht davon abbringen, noch immer mit diesen brutalen Mitteln ihre Einschüchterungspolitik zu betreiben.

Einige Samisdat-Veröffentlichungen, vor allem »Ukrainskyj Wisnyk«, haben Gewißheit darüber gebracht, daß das KGB seinen eigenen Samisdat betreibt, daß es Briefe und Memoranden lancierte, um so bestimmte Gruppen von Intellektuellen zu diffamieren. Ende 1969 und Anfang 1970 wurde z. B. ein Brief in Umlauf gesetzt, der angeblich von politischen Häftlingen aus der Mordwinischen ASSR stammte. Darin »bitten« diese die ukrainische Intelligenz, doch »einige Herren unter die Lupe

zu nehmen, die sich als Anführer der nationalen Bewegung ausgeben, und ihnen grundsätzlich zu antworten: Sind sie unseres und Ihres Vertrauens würdig? Kann man auf sie bauen? Die Tatsachen, die durch dicke Mauern und Stacheldraht hindurch zu uns gelangten, beweisen nämlich etwas anderes.« Da es aber dem KGB auch hier nicht gelingt, den gestelzten Behördenton und die denunziatorische Art abzustreifen, sind derartige Falsifikate meist auf den ersten Blick als solche zu erkennen.

Es ist selbstverständlich, daß das KGB versucht, die gesamte Opposition ständig unter genauester Überwachung und Kontrolle zu halten, um dort, wo es das für opportun hält, zum Angriff überzugehen.

Verzichtet wird hier auf eine nähere Schilderung der zum Teil brutalen Behandlung der Häftlinge, der verschiedenen Schikanen und Demütigungen und der gesetzeswidrigen Praktiken im Laufe der Ermittlungen. Hierzu liefern Samisdats-Veröffentlichungen eingehende Darstellungen.

Stellenwert, Möglichkeiten und Aussichten der Opposition

Eine objektive und nüchterne Betrachtung der Opposition muß man säuberlich von Spekulationen darüber trennen, inwieweit das sowjetische System vom Zusammenbruch bedroht ist oder sein könnte. Es ist allerdings eine wichtige Aufgabe, die Opposition hinsichtlich ihres Potentials an sympathisierenden, engagierten und organisierten Anhängern und Mitarbeitern, hinsichtlich ihrer Einfluß- und Aktionsmöglichkeiten, hinsichtlich ihrer »Überlebenschancen« zu untersuchen.

Dabei müssen wir offensichtlich zu einem bereits mehrfach angesprochenen Problem zurückkehren: Warum wird die Opposition bis heute relativ »geduldet«, warum haben es die Sicherheitsorgane bisher vermieden, auf der ganzen Front zuzuschlagen?

Die Funktion des Terrors in der sowjetischen Gesellschaft ist heute eine ganz andere als im despotischen Herrschaftssystem Stalins, vor allem auf dem Höhepunkt des Blutbades, der »Jeshowschtschina«. Heute müssen Partei und Sicherheitsorgane Faktoren berücksichtigen, über die sie sich früher einfach hinwegsetzen konnten – hier sei an erster Stelle die

öffentliche Meinung im In- und Ausland genannt. Die Herrschenden können es sich heute einfach nicht mehr leisten, die Intelligenz gegen sich aufzubringen oder gar zu enthaupten, wie dies in den dreißiger Jahren einfach in Kauf genommen wurde. Man darf nun allerdings nicht ins andere Extrem verfallen und meinen, die gesamte sowjetische Intelligenz befände sich im Lager der Opposition, denn nur allzuoft wird – auch in hier vorgelegten Dokumenten – beklagt, daß sich die Intelligenz einen eigenen Modus vivendi gesucht und geschaffen habe, sich politisch passiv und opportunistisch verhalte und ihr eigentliches Leben im privaten Kreise führe. Diese Einstellung und diese Verhaltensweisen sind aber keine »typischen« Merkmale der Intelligenz, sondern sie wurden ihr durch die herrschenden Umstände und Normen direkt und indirekt aufgezungen. Wenn wir also heute an der Spitze des Widerstandes und der Protestbewegungen Topwissenschaftler wie Sacharow, Kapiza, Medwedew und Turttschin finden, so zeigt sich hierin ein Doppeltes. Einmal geben auch in den Facheliten nicht die mausgrauen Durchschnittstypen den Ton an, sondern die hochqualifizierten Spitzenkräfte, und zweitens sind gerade sie es, die den Mut aufbringen, die Interessen und Forderungen eben dieser Elite als einer sozialen Gruppe zu formulieren und zu verfechten. Gerade hier gerät das Regime in ein beinahe auswegloses Dilemma. Kann es sich, im Zeitalter des technischen Fortschritts und der Automation, im technologischen Wettlauf mit den USA und anderen Industriegiganten leisten, gerade die wissenschaftliche Elite auszuschalten? Kann es das Risiko eingehen, die Solidarität der vielen mit den wenigen, die sich exponieren, herauszufordern? Wird sich nicht jener namenlose Nowosibirsker Physiker, der jahrelang politisch im Elfenbeinturm lebte und auf allen Parteiversammlungen pflichtgetreu Beifall klatschte, in einer wirklich kritischen Situation auf die Seite eines Sacharow schlagen, der seine wahren Interessen vertritt? Die Solidarität innerhalb der Eliten hat unter den Bedingungen des sowjetischen Herrschaftssystems einen ganz spezifischen Charakter, denn Verhalten und Aktivität von Sacharow, dem »Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe«, wurzeln ja in der gleichen Erkenntnis, aus der auch die Passivität der schweigenden Mehrheit resultiert. Die Klagen der aktiven Opponenten über die Passivität der Mehrzahl ihrer Kollegen, über deren Abgleiten in Anpassung und Konsumdenken sind zwar verständlich, die Aktivität der intellektuellen

Minorität ist aber nur deshalb möglich, weil sie sich nicht allein zu fühlen brauchen, sondern hinter sich eine tragfähige soziale Gruppe als Basis wissen.

Für das Verhalten der Sicherheitsorgane gegenüber der Opposition gibt es noch weitere Gründe. Ein nicht zu unterschätzendes Motiv ist z. B. die Tatsache, daß die meisten aktiven Opponenten Kinder der gehobenen Parteibürokratie – also des eigentlichen Establishments – sind. Ein radikales Durchgreifen stieße hier auf ganz erhebliche Barrieren.

Ein weiterer Grund für die abwartende Haltung der Sicherheitsorgane liegt darin, daß sie sich so die Möglichkeit schaffen wollen, bestimmte Gruppen und Entwicklungen zu steuern. Auch dieses Metier geht ja mit der Zeit und arbeitet heute nicht mehr mit blindem Terror. Diese Politik der Beobachtung und Steuerung schließt aber keineswegs aus, daß die Sicherheitsorgane nicht gegebenenfalls doch mit Gewaltmitteln zuschlagen, wenn es ihnen zweckmäßig erscheint.

Das KGB hält dieses Katz-und-Maus-Spiel auch deshalb für legitim, weil politische Organisationen – nicht nur in der Sowjetunion – erst dann gefährlich werden können, wenn sie imstande sind, die Massen zu mobilisieren. Es gibt aber keinerlei Anzeichen dafür, daß irgendeine Strömung der außerparteilichen Opposition in weiteren Kreisen der Arbeiter- und Bauernschaft größeres Interesse oder gar politisches Engagement hervorrufen konnte. Solange das so bleibt, braucht das KGB nicht Alarm zu blasen.

Es sei nochmals daran erinnert, daß es der Opposition trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, einen Erfolg zu erzielen, der nicht hoch genug bewertet werden kann: sie konnte die Weltöffentlichkeit über jene informieren, die im Rahmen der Legalität in Opposition stehen; sie konnte Ziele und Programme mitteilen; sie konnte über Gefängnisse, Strafkolonien und die Praxis der Zwangseinweisung in Nervenkliniken aufklären. Was so erreicht wurde, wird weiterhin durch den Trend gestärkt, daß sich die Sowjetunion nicht – wie es im Interesse der Parteibürokratie läge – vom weltweiten Kommunikationsprozeß abschirmen oder abkapseln läßt, sondern durch intensivierte Kontakte auf allen Ebenen und zwischen den verschiedensten Gruppen unaufhaltsam in diesen Prozeß hineingezogen wird.

Schließlich darf auch ein psychologisches Moment nicht übersehen werden, das den repressiven Methoden gewisse

Grenzen setzt. An der Macht ist nach wie vor eine Generation, die für Stalins despotisches Herrschaftssystem mitverantwortlich und durch schwere Verbrechen aus jener Zeit persönlich belastet ist. Allein im Interesse ihrer Selbsterhaltung war diese Generation daher nicht an einer konsequenten Abrechnung mit dem Stalinismus interessiert. Als Führungsgremium der zweiten Weltmacht und des »ersten sozialistischen Staates« können sie es sich aber auch nicht leisten, ein Verhalten an den Tag zu legen, das sie dem Vorwurf aussetzen würde, Stalins Verbrechen und Terrorpraktiken fortzusetzen.

Das hier Gesagte ist kein Ausdruck von Zweckoptimismus. In der ganzen Arbeit werden ausreichende Beweise dafür gebracht, daß die Terrormaschinerie noch immer läuft, daß Andersdenkende, Vertreter der nationalen Intelligenz und religiöser Gemeinschaften verfolgt werden, und schließlich ist, wenn die glaubwürdigen Daten der vollen Wahrheit entsprechen, die Tatsache, daß in Besserungs-Arbeits-Kolonien eine Million Menschen schmachten, erschreckend genug. Mit dem hier Gesagten sollte nur auf das hingewiesen werden, was die Manövrierfähigkeit der Sicherheitsorgane einschränkt und den Spielraum der Opposition erweitert.

Es sei hier nochmals ausdrücklich betont, daß man die Opposition als ein Produkt des sowjetischen Systems sehen und werten muß. Nicht ernst zu nehmen sind hingegen Behauptungen, Emigrantenkreise hätten diese Bewegung angefacht. Eher trifft das Gegenteil zu, der Opposition drohen von dort her Gefahren. Die Sicherheitsorgane arbeiten in dieser Richtung und warten nur darauf, den Oppositionellen Kontakte mit Emigranten nachzuweisen und entsprechend anzulasten. In Prozessen wird von seiten der Staatsanwaltschaft sehr oft versucht, den Abdruck der Artikel in westlichen antikommunistischen Emigrantenzeitungen zugunsten der Anklage zu verwenden. Als Beispiel sei erwähnt, daß Grigorenko vom KGB vorgeworfen wurde, daß seine Materialien in »Posew«, dem Organ einer militanten russischen antikommunistischen Organisation, veröffentlicht wurden. In einem Brief an den KGB-Chef Andropow erklärte dazu Grigorenko: »Was diese Zeitung betrifft, so habe ich nie Mitteilung dorthin gegeben, doch nicht unter dem Aspekt der Gesetzlichkeit oder der Gesetzeswidrigkeit eines solchen Aktes, sondern aus ethisch-moralischen Motiven. Mir als Kommunisten widerstreben zutiefst die Veröffentlichungen von Organisationen, deren Ziel

die Wiederherstellung von Großgrundbesitz und kapitalistischer Ordnung in meinem Vaterland ist.«

Weitere Gefahren seitens der Emigranten sind anderer Art. So erklärte ein »Führer« einer nationalistischen Emigranten-Organisation, hinter allen oppositionellen Gruppen, Protesten und Streiks in der Ukraine stecke seine Organisation. Der bedauernswerte Fanatiker hätte für eine solche Bemerkung eigentlich eine Auszeichnung des KGB verdient. . .

Für den größten Teil der Emigranten war die Entstehung der Opposition in der Sowjetunion eine Überraschung. Sie sind auf die mutige Haltung der Oppositionellen sehr stolz und stellen sich als Aufgabe, Informationen über diese Entwicklung im Westen zu verbreiten. Nur in einigen Ausnahmen, und es handelt sich meistens um extreme Gruppen, messen sie sich das Recht zu, an die Opposition in der Sowjetunion Ratschläge und Belehrungen zu erteilen. Dem bereits erwähnten »Posew« ist hoch anzurechnen, daß er die Materialien der Opposition unverfälscht verbreitet. Gleichzeitig jedoch kann man in dieser Zeitschrift sehr oft heftige Kritik an einigen Programmpunkten der Opposition finden (besonders in Fragen der Demokratie und der Nationalitätenpolitik), aber auch Belehrungen, wie man z. B. die »antikommunistische Front« in der Sowjetunion »besser organisieren könnte« (ein Wunsch dieser Emigranten an religiöse Gruppen: sie sollten sich endlich dem politischen Kampf anschließen). Doch werden diese Kommentare und Empfehlungen von der säuberlichen Wiedergabe der Informationen getrennt.

Die Frage nach den Chancen der Opposition in den kommenden Jahren führt in den Bereich des Spekultativen, denn hier wirken die vielfältigsten Faktoren und Entwicklungstrends in der Sowjetunion selbst wie auf der Weltbühne überhaupt mit. Die Stärke der Opposition beruht darauf, daß sie sich zum Fürsprecher von Wahrheit und Gerechtigkeit macht und ihre Programme und Ziele keineswegs umstürzlerisch und utopisch formuliert, sondern sie an den elementarsten zwischenmenschlichen und zwischennationalen Beziehungen orientiert. Ihre Forderungen sind daher: die Duldung Andersdenkender, Demokratisierung, Anerkennung der Menschenrechte, Beseitigung von Chauvinismus und Antisemitismus, Recht der Nationen auf Entfaltung und Eigenständigkeit. Von der Erfüllung dieser doch eher bescheidenen Forderungen wird es nicht zuletzt abhängen, ob die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben wird.

II Oppositionelle Gruppen und Strömungen

Die Menschenrechtsbewegung

Die Menschenrechtsbewegung ist in der Geschichte der Sowjetunion ein absolut neues Phänomen. Angehörige verschiedener sozialer Schichten, vor allem aber Intellektuelle, berufen sich auf die in der Verfassung der UdSSR wie in den Gesetzen garantierten Menschenrechte und fordern, daß sie nicht länger nur auf dem Papier stehen sollen. Diese Bewegung war zunächst nur eine Reaktion auf den Machtmißbrauch der Herrschenden, auf die Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und die gesetzeswidrigen Praktiken des KGB. Aber bereits diese Proteste stellten ein Politikum dar, denn die Bewegung versuchte auf diese Weise, die nach dem XX. Parteitag (1956) erzielten Errungenschaften zu erhalten und zu erweitern, auch wenn diese nur zögernd und inkonsequent gewährt worden waren.

Ihre Parole hieß: Jeglicher Restalinisierung, besonders in der Rechtspflege, Widerstand entgegenzusetzen und mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß die Sowjetunion zu einem modernen Rechtsstaat wird. Nachdem jedoch ihren Versuchen, Angeklagten zu Hilfe zu kommen, von offizieller Seite mit der Behauptung begegnet wurde, die Strafverfolgung vollziehe sich völlig im Einklang mit den sowjetischen Gesetzen, brach für die Bewegung Mitte der sechziger Jahre ein klar erkennbarer neuer Abschnitt an. Es ging nicht mehr allein darum, auf die Befolgung der geltenden Gesetze zu achten, sondern auch um den Versuch, dehnbare Straftatbestände (wie z. B. »antisowjetische Propaganda«) aus den Gesetzen zu entfernen und menschenrechtswidrige Gesetze ganz zu beseitigen.

Von Anfang an berief sich die Bewegung auf die 1948 von der UNO beschlossene »Internationale Charta der Menschenrechte«. Als im Dezember 1968 anläßlich des zwanzigsten Jahrestages der Charta in aller Welt das Jahr der Menschenrechte proklamiert wurde, unternahm die Bewegung in der Sowjetunion eine besonders intensive Aufklärungsaktion, so wurde z. B. der Text der Charta durch Samisdat in hoher Auflage im ganzen Land verbreitet. 1968 erschien zum ersten Mal die »Chronika tekuschtschich sobytij«, und zwar mit der Überschrift: »Am 10. Dezember 1968 sind es 20 Jahre, seit die UNO-Vollversammlung die Menschenrechtscharta annahm. Am 10. De-

zember beginnt auf der ganzen Welt das Jahr der Menschenrechte.« Seitdem hat die Propagierung der auch von der Sowjetunion unterzeichneten Menschenrechtscharta viel zur Stärkung des Rechts- bzw. Unrechtsbewußtseins in der sowjetischen Bevölkerung beigetragen. Eine regelrechte Flut von Gesuchen um Prüfung bzw. Intervention ergoß sich direkt an die Menschenrechtskommission. Dutzende solcher Dokumente gelangten auf verschiedenem Wege an den Adressaten. Sie stammen von den unterschiedlichsten Gruppen, z. B. von religiösen Gemeinschaften, von den Krimtataren oder auswanderungswilligen Juden. Familienangehörige und Freunde der hinter verschlossenen Türen abgeurteilten politischen Häftlinge wandten sich an die Menschenrechtskommission, und auch Gesuche von den Häftlingen selbst wurden bekannt.

Der General a. D. Grigorenko versuchte, eine echte Menschenrechtsorganisation zu gründen. Nach seiner Verhaftung bildete sich 1969 eine sogenannte »Iniziatiwnaja gruppa po saschtschite praw tscheloweka« (Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte). Zu ihren führenden Köpfen gehörten neben dem Ingenieur Henrych Altunjan aus Charkow, einem ehemaligen Major der sowjetischen Streitkräfte und Mitglied der KPdSU, die Mathematikerin T. Belikanowa, die Dichterin N. Gorbanewskaja, der Taschkenter Arbeiter M. Dshemilew, der Biologe S. Kowalew, der Ökonom W. Krasin, der Mathematiker A. Lawut, der Spezialist für Kirchenfragen A. Lewitin, der Übersetzer Ju. Malzew, der Kiewer Mathematiker L. Pljuschtsch, der wissenschaftliche Mitarbeiter G. Podjapolskij, der Linguist T. Chodorowitsch, der Historiker P. Jakir und der Übersetzer A. Jakobson.

Im Mai 1969 rief die Initiativgruppe die UNO-Menschenrechtskommission an und führte Klage, daß in der Sowjetunion Bürger aufgrund ihrer Überzeugung Repressalien ausgesetzt würden und daß den Juden das Recht auf Auswanderung nach Israel verweigert werde, sie protestierte gegen die politischen Prozesse, in denen Krimtataren und Bewohner der baltischen Republiken wie auch der Ukraine vor Gericht standen. Daraufhin entschlossen sich Sicherheitsorgane und Staatsanwaltschaft, gegen die Gruppe vorzugehen. Die wichtigsten Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet und verurteilt. Am 26. November 1969 fand in Charkow ein Prozeß gegen Henrych Altunjan statt, der 17 Jahre in den Streitkräften gedient hatte und mit 4 Medaillen ausgezeichnet worden war.

Nach einer 15stündigen Verhandlung, über die der im ukrainischen Samisdat erscheinende ›Ukrainskyj Wisnyk‹ recht eingehend berichtete, wurde er zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft führte drei Delikte an: Unterzeichnung verschiedener Gesuche an die Menschenrechtskommission; Altunjans Proteste gegen die Intervention in der Tschechoslowakei und schließlich seine Proteste gegen die Verfolgung von auswanderungswilligen Juden.

Den Sicherheitsorganen und der Staatsanwaltschaft gelang es allerdings auch durch diese Maßnahmen nicht, die weitere Tätigkeit der Menschenrechtsbewegung zu verhindern. Gesuche an die Menschenrechtskommission häufen sich zusehends, wobei es sich meist um Dokumente handelt, die von vielen Personen – oft unter Angabe ihrer Privatadresse – unterzeichnet sind, aber häufig auch von Einzelpersonen verfaßt werden.

Seither veröffentlicht Samisdat auch immer mehr juristische Untersuchungen über Mängel in der sowjetischen Rechtspflege, über Widersprüche zwischen der Menschenrechtscharta und der sowjetischen Praxis. Hier sind vor allem zwei Autoren zu nennen – A. S. Wolpin und W. N. Tschalidse.

Ende 1970 begann mit der Gründung des »Komitet praw tscheloweka w SSSR« (Menschenrechtskomitee in der UdSSR) eine neue Phase der Menschenrechtsbewegung. Diesem Komitee gehören die Physiker A. D. Sacharow (Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR), A. N. Twerdochlebow und W. N. Tschalidse an. Zu Experten wurden A. S. Wolpin und B. I. Zukerman bestellt, zu Korrespondenten ehrenhalber wurden A. A. Galitsch und A. I. Solshenizyn ernannt.

In einer ersten Erklärung hieß es, das Menschenrechtskomitee sei eine schöpferische Vereinigung, die nach den geltenden sowjetischen Gesetzen und nach den Prinzipien und Statuten des Komitees tätig sei. Weiter wird darin eine »beratende Mitarbeit bei Organen der Staatsmacht zur Schaffung und Anwendung der Menschenrechtsgarantien« ebenso als Ziel genannt wie die »schöpferische Hilfe für jene, die konstruktiv die theoretischen Aspekte des Menschenrechtsproblems und dessen Spezifik in einer sozialistischen Gesellschaft erforschen«, und schließlich »die Rechtsaufklärung, vor allem die Verbreitung von Dokumenten über die Menschenrechte im Völkerrecht und im sowjetischen Recht«.

Verpflichtend für das Komitee sind die Prinzipien der Menschenrechtscharta, die anerkannte Spezifik des sowjetischen Rechts und die Berücksichtigung der gewachsenen Traditionen und tatsächlichen Schwierigkeiten des Staates auf diesem Gebiet. Das Komitee erklärt sich bereit, mit gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen und mit internationalen nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, sofern sie in ihrer Tätigkeit auf den Prinzipien der Vereinten Nationen basieren und der Sowjetunion keinen Schaden zufügen wollen.

Über den tatsächlichen Status des Komitees innerhalb des sowjetischen Systems läßt sich noch nichts sagen, doch wurden bisher keine Repressalien bekannt. Dafür mögen einerseits das hohe Ansehen und die große Popularität der Initiatoren ausschlaggebend gewesen sein. Andererseits wird bei der Tätigkeit des Komitees auf das strengste die Einhaltung der geltenden Gesetze und volle Öffentlichkeit beachtet. Die zentrale Figur scheint Professor Sacharow zu sein, der bereits durch verschiedene Interventionen auf höchster Ebene bekannt wurde, die er zugunsten unschuldig Verhafteter und in Irrenanstalten Festgehaltener unternahm. Besonders gegen die Praxis der politischen Prozesse hinter verschlossenen Türen hat er schon mehrfach die Initiative ergriffen. Sobald das Komitee davon erfährt, daß wieder ein solcher Prozeß bevorsteht, wendet es sich an die zuständige Gerichtsverwaltung mit der Bitte, einen Beobachter des Komitees zuzulassen.

Zu den bedeutendsten Aktionen des Komitees gehört die systematische Veröffentlichung von Rechtspflegeartikeln. Bis Mitte 1971 erschienen 12 Ausgaben ›Obschtschie problemy‹ (Allgemeine Probleme), die sich mit der Rechtslage des sowjetischen Bürgers befaßten. Unter den Autoren sind die bereits erwähnten Wolpin und Tschalidse hervorzuheben. Diese Veröffentlichungen werden durch Samisdat verbreitet. (Die in Paris erscheinende Zeitschrift ›Revue des Droits de l'Homme/ Human Rights Journal‹ kündigte die Veröffentlichung aller Ausgaben von ›Obschtschie problemy‹ in französischer Sprache an.)

Die Menschenrechtsbewegung unterscheidet sich deutlich von verschiedenen Gruppen mit rein politischen Zielen, sie hat aber große Bedeutung für den Fortschritt in der sowjetischen Rechtspflege gewonnen, indem sie das Bewußtsein für Recht und Unrecht in der Bevölkerung schärfte und durch ihre

internationalen Vorstöße die sowjetische Praxis gegenüber politischen Verfolgten günstig beeinflussen konnte. Professor Sacharow wurde zu einem Symbol, ja zur Verkörperung der Hoffnung für die Opfer des Unrechts. Richtungweisend ist auch, daß dank des Komitees zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion systematisch kritische Untersuchungen über Theorie und Praxis der Rechtspflege erstellt und verbreitet werden. Hier meldet sich von seiten der Gesellschaft deutlich ein Korrektiv zu den herrschenden Machtorganen zu Wort, dessen Verbesserungsvorschläge frei von jeglicher Ideologie, sachlich und wohlfundiert sind. Hier wird ernsthaft versucht, die Beziehungen zwischen Bürger und Staat humaner zu gestalten und gegenüber den allgegenwärtigen Rechten des Staates endlich auch die Interessen des einzelnen zu formulieren und zu verteidigen.

Kommunistische und marxistische Zirkel und Organisationen

Zielvorstellung von Gruppen, die sich in den sechziger Jahren in verschiedenen Städten vor allem unter Studenten bildeten und sich als marxistisch bzw. kommunistisch bezeichneten, war bei den einen, die Partei von innen her »auf den rechten Weg des Marxismus-Leninismus zurückzuführen«, bei den anderen die Bekämpfung des Stalinismus und aller Versuche der Restalinisierung, schließlich bei wieder anderen Gruppen von Parteimitgliedern und Komsomolzen, und zwar besonders nachdem das »Testament« Togliattis 1964 in der »Prawda« veröffentlicht worden war, eine »Genesung« der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Angehörige der letzteren, die über die internationale kommunistische Bewegung in der Sowjetunion Informationen verbreiten wollten, wurden u. a. auch dafür verurteilt, daß sie Flugblätter über die KP Chinas und die jugoslawischen Kommunisten in Umlauf gebracht hatten. Gegen sie griffen die Sicherheitsorgane besonders drakonisch durch, und zwar gelegentlich noch bevor sie überhaupt zu einer politischen Organisation werden konnten. Gegen die Mitglieder wurden sehr harte Strafen verhängt; die Parteibürokratie demonstrierte damit nachdrücklich ihren Unwillen, in einer »auf leninschen Prinzipien« aufbauenden Kaderpartei

eine linke Opposition zu dulden. Ein Merkmal dieser Gruppen war ihre Berufung auf Lenins Lehre, von der sich die gegenwärtige Theorie und Praxis der Partei entfernt habe. Einige Gruppen bezeichneten sich selbst als Marxisten, distanzierten sich aber vom Leninismus. (Über die Bedeutung der von General a. D. Grigorenko gegründeten Gruppe »Kampfbund für die Wiederherstellung des Leninismus« siehe »Bedeutende Persönlichkeiten der Opposition« S. 257.)

Der Bund der Kommunarden

Der »Sojus Kommunarow« (Bund der Kommunarden), nach der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift »Kolokol« (Die Glocke) auch »die Gruppe um Kolokol« genannt, war eine der interessantesten und fand auch bei der Bevölkerung – hier vor allem wieder bei der Jugend – großen Anklang. Sie agierte vor allem unter Leningrader Intellektuellen, hauptsächlich Studenten der dortigen Hochschulen. Berichte in der »Chronika tekuschtschich sobytij« über die Prozesse gegen Angehörige des »Bundes der Kommunarden« zeigen ein Bild der wichtigsten Führer und damit auch der ganzen Gruppe.

Wadim Gajenko, über den keine genaueren Angaben vorliegen, wurde im Sommer 1965 zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, Ljudmila Klemanowa zu 3 Jahren. Walerij Ronkin, Chemieingenieur, Absolvent des Leningrader technologischen Instituts, leitete 1963/64 eine aus Studenten rekrutierte Patrouille der Volksmiliz gegen Hooligans (Halbstarke) und gehörte zu den Hauptorganisatoren des Kreises und den Herausgebern der Zeitschrift »Kolokol«. 1965 wurde er zu 7 Jahren Freiheitsstrafe und 3 Jahren Verbannung verurteilt. Etwa im Sommer 1965 verurteilte das Leningrader Stadtgericht Sergej Moschkow zu 4 Jahren und Walerij Smolkin zu 3 Jahren Freiheitsstrafe. Das Leningrader Stadtgericht verhängte in einem Prozeß, der vom 24. bis zum 26. Juli 1969 dauerte, gegen Ju. I. Fedorow (geb. 1936) 6 Jahre Freiheitsstrafe. Fedorow war Komsomolfunktionär auf Rayonsebene und später Untersuchungsbeamter im Innenministerium gewesen und stand im Range eines Kapitäns der Miliz. 1965 hatte das gleiche Gericht Sergej Chachajew, Absolvent des Leningrader technologischen Instituts, Ingenieur und neben Ronkin einer der wichtigsten Führer des »Bundes der Kommunar-

den«, zu 7 Jahren Freiheitsstrafe und 3 Jahren Verbannung verurteilt.

Diese Organisation rekrutierte sich ausschließlich aus Komsomolzen, berief sich auf die Positionen des Marxismus-Leninismus, sagte »negativen Erscheinungen in der sowjetischen Wirklichkeit« den Kampf an; und es ist sicher kein Zufall, daß sie auf eine Studentenpatrouille der Volksmiliz zurückging, in der Ronkin und Chachajew leitend tätig waren. Häufig hatten sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt, wenn sie gegen bewaffnete Verbrecher, Betrunkene oder Halbstarke vorgingen, und wurden in Leningrader Komsomolzeitungen dafür seinerzeit auch mehrfach gelobt. Diese jungen Idealisten wollten aber nicht nur auf Leningrads Straßen Ordnung schaffen, sondern diskutierten auch über die verschiedensten Probleme der sowjetischen Gesellschaft. Besonders wachsam waren sie gegenüber Gefahren, die von seiten der Stalinisten drohten. Übereinstimmend stellten sie in verschiedenen Bereichen eine Pervertierung des Marxismus fest und setzten sich für einen »wahren Marxismus« ein. Es bildete sich ein Diskussionszirkel heraus, dem man wohl einen Namen verlieh und der auch eine Zeitschrift herausgab, der jedoch nie zu einer regelrechten Organisation wurde. Als dieser Zirkel zerschlagen wurde, gehörten ihm mehr als 250 Mitglieder an.

Samisdat verbreitete einen auch im Westen bekannt gewordenen Artikel des Schriftstellers Jurij Daniel, mit dem Ronkin persönlich befreundet war, mit dem Titel »Über eine Revision der Bestrafungspolitik«. Daniel erwähnt darin verschiedentlich Ronkin und den »Bund der Kommunarden«, charakterisiert die beiden führenden Köpfe der Gruppe als »Menschen mit einem gut entwickelten sozialen Instinkt und einem beizeiten geweckten Interesse am Gesellschaftsleben«. Beide hätten sie schnell gespürt, wie dringend die Sowjetunion der Abkehr vom Stalinismus bedürfe, und ihre Gedanken zunächst in einigen Artikeln niedergelegt. Den Kreis, der sich um sie bildete, nannten sie »Sojus Kommunarow«, von der Zeitschrift »Kolokol« seien allerdings nur zwei Nummern erschienen. Bei dem Bund habe es sich um keine konspirative Organisation gehandelt, sondern, wie Daniel ihn charakterisiert: »Es war ein Kreis von Freunden aus der Studentenpatrouille, die sich zu nicht-offiziellen Aktionen entschlossen und im Interesse ihrer Selbsterhaltung Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Um nichts weiter sonst. In keinem Land Westeuropas, wo die

Marxisten in aller Ruhe die Macht, das bestehende System und alle Parteien kritisieren können, ebenso wie überhaupt jeder jeden, hätte der ›Bund der Kommunarden‹ irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen treffen müssen. . . Bei uns jedoch mußten sie die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen; später haben Marxisten eine Gruppe von Komsomolzen verhaftet. War das nötig? Nein. Wenn sich das KGB nach der Aufdeckung des ›Bundes der Kommunarden‹ auf ein Verbot und Überwachungsmaßnahmen beschränkt hätte, dann könnte heute Walerij Ronkin seine Frau und seine Tochter ernähren, doch sie brachten es fertig, Ronkin und Chachajew zu je sieben Jahren (dazu drei Jahre Verbannung) zu verurteilen.«

Daniel hebt besonders hervor, daß der »Bund der Kommunarden« keine antisowjetische Organisation war und den Sowjetstaat keineswegs erschüttern oder gar vernichten wollte und daß er keinerlei Agitation gegen die Sowjetmacht betrieben habe. In den Augen der Parteibürokratie war jedoch eine Gruppe Andersdenkender innerhalb des Komsomol oder der Partei, die ständig Zulauf bekam und sich zu organisieren begann, eine viel stärkere Gefahr als solche Gruppen, die außerhalb der Partei agieren.

Die Gruppe um ›Kolokol‹ galt bei antikommunistischen Gruppen und Organisationen als »konformistisch«, ein Vorwurf, der durch die Zivilcourage und das Problembewußtsein der Herausgeber des Blattes wohl hinreichend widerlegt wurde.

Aus ›Kolokol‹ sind nur einige Artikel in den Westen gelangt, aus denen im folgenden einige Auszüge das politische Profil der Gruppe skizzieren sollen. Ihre Mitglieder waren außerordentlich feinfühlig, wenn es darum ging, eine Aufwertung Stalins aufzuspüren, und verurteilten sie sofort. Unter dem Datum vom Mai 1965 brachte ›Kolokol‹ einen Artikel ›Lavieren oder eine Wende‹, in dem mit Besorgnis registriert wurde, daß Breshnew am 8. Mai 1965 in seinem Vortrag anläßlich des 20. Jahrestags des Sieges über Deutschland Stalins Namen »als Namen des großen Führers chrfürchtig« erwähnte und die Anwesenden dies mit stürmischem Beifall quittierten. Nach einem kurzen Rückblick auf die Versuche zur Rehabilitierung Stalins heißt es dann in diesem Artikel: »Wir haben es also mit einem ganz bestimmten politischen Kurs zu tun. Zunächst wurden hier nur die ersten Schritte getan und Stalin nicht auf einmal verurteilt. Zuerst strich man 1953-55 das Epitheton ›Stalinsch‹ aus vielen früher üblichen Wortver-

bindungen: ›Stalinsche Verfassung‹, ›Stalinsche Fünfjahrespläne‹, ›Stalinsche Falken‹ usw. Dann, nach dem XX. Parteitag, wurde Stalin des Machtmißbrauchs, schwerer Fehler und der Nachlässigkeit beschuldigt, weil mit seinem Namen Schurken wie Jeshow und Berija gedeckt wurden. Ein Jahr später fing dann Chruschtschow sogar an zu erklären, daß ungeachtet aller Fehler ›Gott jeden Kommunisten so sein lassen möge, wie Stalin war‹. Erst auf dem XXII. Parteitag, im Jahre 1961, wurde schließlich gesagt, daß Stalin und seine Helfershelfer (Molotow, Malenkow und Kaganowitsch) selbst Todesurteile unterzeichnet hatten und für all das Furchtbare verantwortlich waren, was in jenen Jahren geschah, anstelle des Wortes ›Fehler‹ tauchte nun das Wort ›Verbrechen‹ auf.

Jetzt ist der umgekehrte Gang der Ereignisse möglich: von der Anerkennung Stalins tatsächlicher Verdienste und dem Vergessenlassen seiner Verbrechen bis hin zu seiner vollen und vorhaltlosen Rehabilitierung.

Wäre eine solche Rehabilitierung nur von historischem Interesse und ließe sie sich nur auf eine weitere Manipulation mit seiner stummen Asche reduzieren, so wäre das nicht so schlimm. Doch die ersten Schritte zur Rehabilitierung Stalins dienen durchaus nicht der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit. Sie dienen vielmehr gerade dem Ziel, über das Demitschew spricht: Dieser Versuch, das bürokratische Regime insgesamt zu rehabilitieren, ist der Versuch, seine früheren Verbrechen zu maskieren und ihm den Anstrich der Wohlständigkeit zu geben.

Gleichzeitig wollen damit die neuen Führer des Landes ihre Vergangenheit rechtfertigen, die Vergangenheit als zuverlässige stalinsche Kampfgenossen derer, die ihre Karriere in den Parteisäuberungskommissionen von 1934 bis 1936 begannen und die freigewordenen Stellen der den stalinschen Repressalien von 1937–39 zum Opfer Gefallenen einnahmen.

Die Sache kann aber auch noch viel ernster ausgehen. Wir schrieben bereits, daß sich unter der herrschenden bürokratischen Spitze eine bemerkenswerte Tendenz zu einem ›harten Kurs‹ abzeichnet und daß verstärkt nach einer ›starken Persönlichkeit‹ Ausschau gehalten wird. Unter diesen Bedingungen sind alle Erzählungen von Stalins Verdiensten objektiv gesehen ein Nährboden für die Vorbereitungsmaßnahmen einer Rehabilitierung nicht allein Stalins selbst, sondern auch der stalinschen Herrschaftsmethoden – der Methoden, mit

deren Hilfe die Bürokratie hofft, ihre heutigen ernsten Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn dieses Land dann erneut in den Bann des Terrors und der Gesetzlosigkeit geschlagen wird, so kann es daraus nur die politische Aktivität der Massen retten, vor der sich die aufs neue aufgetauchten Anhänger der Diktatur fürchten.«

Unter dem Titel »Sie herrschen im Lande« befaßt sich in der gleichen Nummer ein Beitrag mit dem Parteiideologen M. A. Suslow. Darin werden nach biographischen Angaben verschiedene Zitate aus dessen Artikeln wiedergegeben, die ein bezeichnendes Licht auf diesen Mann werfen, z. B. auf sein »Haupttalent«, sich stets der geltenden Linie und den herrschenden Machtverhältnissen anzupassen. So war er unter Stalin ein getreuer Stalinist und hatte ihn als »unseren Führer und Lehrer, eine Koryphäe der Wissenschaft«, als »unseren väterlichen und geliebten Genossen Stalin« gefeiert und den »wohltätigen Einfluß seiner genialen Ideen« beschworen. Noch 1964, neun Monate vor Chruschtschows Sturz, hatte er von diesem zu rühmen gewußt: »Nikita Sergejewitsch ist es, der an der Spitze dieser bemerkenswerten Prozesse steht, die in unserer Partei und im Lande nach dem XX. Parteitag in Gang kamen, und der den erfolgreichen Weg der Sowjetmenschen zum Kommunismus sicherte... Er drückt die geheimsten Gedanken und Hoffnungen der Sowjetmenschen aus. Die leninsche Linie, die unsere Partei verfolgt, ist nicht vom ZK, nicht von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow zu trennen.« Die Skizze über Suslow endet mit einer bissigen Entlarvung seines Stils: »Besonders herzerreißend klingen diese Worte heute, wo wir wissen, daß kaum neun Monate ins Land gingen, bis Suslow einen neuen Vortrag gebar, in dem bereits von der Verantwortungslosigkeit, Prahlerei und dem Abenteuerertum des ehemaligen Leninisten und heutigen Rentners N. S. Chruschtschow die Rede war. Wir wissen nicht, welche neuen Vorträge Michail Andrejewitsch heute vorbereitet. Doch wir sind fest davon überzeugt, daß diese genauso wissenschaftlich und grundsätzlich sein werden wie all seine früheren Arbeiten, wie er selbst und seine Kampfgenossen – die toten wie die lebenden – sind.«

Diese beiden Artikel sind von einer skeptischen und hochmoralischen Einstellung der jungen Leute gegenüber dem Establishment in der Partei geprägt, sie gehen vor allem mit jenen Parteiführern streng ins Gericht, die sich während der

Stalin-Zeit mit schweren Hypotheken belastet und überhaupt durch ihre schier grenzenlose Anpassungs- und Manövrierfähigkeit jegliche Glaubwürdigkeit eingebüßt haben.

Nichts weist darauf hin, daß sich die Anhänger dieser Gruppe inzwischen neu formiert hätten. Die Tatsache, daß einer der führenden Köpfe nicht schon zusammen mit den Hauptangeklagten bereits 1965, sondern erst 1969 verurteilt wurde, könnte bedeuten, daß in Leningrad Teile der Gruppe weiterbestanden. Eine andere Möglichkeit wäre die, daß dieser Mann, Ju. I. Fedorow, aufgrund seiner Stellung im Innenministerium, bessere Möglichkeiten hatte, sich zu schützen bzw. zu tarnen. Gleichzeitig steht jedoch fest, daß der »Bund der Kommunarden« und ihr »Kolokol« heute noch unter den Komsomolzen vom Nimbus des Heldenhaften umgeben werden. Dies hängt wohl mit den beiden Führerpersönlichkeiten Ronkin und Chachajew zusammen. In den Besserungs-Arbeits-Kolonien, wo sie ihre Strafen verbüßen, beteiligen sie sich an allen Aktionen, die zugunsten anderer Sträflinge unternommen werden; so machte Ronkin bei vielen Hungerstreiks mit und hat zusammen mit fünf weiteren Häftlingen das Präsidium des Obersten Sowjets der Russischen Föderation aufgefordert, eine Kommission von Deputierten in die Lager zu entsenden, die sich an Ort und Stelle von den Lebensbedingungen und der Behandlung der Inhaftierten ein Bild machen soll. Ronkin wurde zusammen mit seinem Freund Daniel 1969 in das Gefängnis von Wladimir gebracht; 1972 soll er entlassen werden und anschließend drei Jahre in der Verbannung leben.

Die Partei der wahren Kommunisten

Der Aktionsbereich der »Partija istinnych kommunistow«, ebenfalls einer marxistischen Studentengruppe, blieb auf die Stadt Saratow beschränkt. Die Berichte in »Chronika tekuschtschich sobytij« weisen sie als aktiv und mobil aus, dem Stalinismus habe sie einen bedingungslosen Kampf angesagt. Chef dieser Partei war der Student am Saratower Juristischen Institut Senin. Er wurde in einem Prozeß, der vom 5. bis zum 13. Januar 1970 stattfand, zu 7 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht verhängte je 6 Jahre über den Jurastudenten Kirikin, den Absolventen der Fakultät für Körperkultur der Saratower Universität und Gymnastiktrainer Kulikow, über

den Studenten an der Historischen Fakultät dieser Universität Romanow und über Fokejew, einen Abendstudenten der gleichen Universität. Alle sind 1942 geboren.

Über diese Studentengruppe fehlen leider nähere Angaben, doch handelt es sich wohl um einen Diskussionskreis, der versuchte, weitere Studenten zu gewinnen. Die sehr harten Strafen lassen vermuten, daß hiermit eine drakonische Abschreckung gerade Komsomolzen treffen sollte.

Die marxistische Partei neuen Typs

Die »Marksistskaja Partija nowogo tipa«, in der »Chronika« auch als »Rewoljuzionnye marksisty« bezeichnet, setzte sich, wie die Partei der wahren Kommunisten, aus Komsomolzen zusammen. Im Gegensatz zu den Saratowern konnten sie sich aber von einem Diskussionskreis zu einer organisierten Bewegung weiterentwickeln. Mitte 1969 wurden 13 führende Köpfe verhaftet und im Februar 1970 zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt.

Geleitet wurde diese Gruppe von Jurij Weniaminowitsch Budka (geb. 1947), Jude, Dreher im Rjasaner Landmaschinenbetrieb und Fernstudent am Rjasaner Radiotechnischen Institut. Er hatte die von Samisdat verbreitete Broschüre »Sakat Kapitala« (Der Verfall des Kapitals), eine Art Programm dieser Gruppe, verfaßt. Während er zu 7 Jahren Freiheitsstrafe und anschließender zweijähriger Verbannung verurteilt wurde, verhängte das Rjasaner Gebietsgericht gegen seinen Bruder Walerij (geb. 1950), Student am Rjasaner Radiotechnischen Institut, drei Jahre Freiheitsstrafe; gegen Oleg Frolow (geb. 1948) 6 Jahre Freiheitsstrafe und 3 Jahre Verbannung, auch er war Student der gleichen Lehranstalt. Simonas Aronowitsch Griljus (geb. 1945) war nach seinem Studium am Rjasaner Radiotechnischen Institut Ingenieur in Klaipeda (Litauen), wo er auch Mitte 1969 verhaftet wurde. Im Prozeß vor dem Rjasaner Gebietsgericht im Februar 1970 wurde er zu 5 Jahren Freiheitsstrafe und zu drei Jahren anschließender Verbannung verurteilt. Der herzkrankte Ewgenij Martimonow, ein weiterer Student der Rjasaner Lehranstalt, erhielt 3 Jahre Freiheitsstrafe, ebenso wie Semen Michajlowitsch Saslawskij (geb. 1948), ein jüdischer Student des Instituts. Neben Budka galt Oleg Michajlowitsch Senin (geb. 1947) als Führer der Gruppe,

er war Ermittlungsrichter bei der Rjasaner Staatsanwaltschaft und wurde, wie Budka, zu 7 Jahren Freiheitsstrafe und 2 Jahren anschließender Verbannung verurteilt. Zu 6 Jahren Freiheitsstrafe und 2 Jahren Verbannung wurde in Saratow das KP-Mitglied Walentin Iwanowitsch Kirikow (geb. 1942), Jurastudent, verurteilt. Die gleiche Strafe wurde gegen Alexandr Iwanowitsch Romanow (geb. 1948) verhängt, der in Saratow Geschichte studiert hatte. Dmitrij Georgiewitsch Kulikow, Ingenieur und Physiker am Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für seismischen Gerätebau in Saratow, erhielt 5 Jahre, Wiktor Bobrow (geb. 1947), Jurastudent in Saratow, 4 Jahre, Michail Georgiewitsch Fokcew (geb. 1947), Biologiestudent an der Saratower Universität, 3 Jahre und Alexandr Jefimowitsch Utschitel (geb. 1949), der in Petrosawodsk Geschichte studiert hatte, 4 Jahre.

Die »Marxistische Partei neuen Typs« war in verschiedenen Städten der Sowjetunion tätig. Während des Prozesses wurden über 20 Zeugen vernommen, darunter einige Studenten und Ingenieure aus Riga, Saratow, Leningrad und Kiew. Auch zahlreiche Berichte über die Beschlagnahmung der Budka-Broschüre »Der Verfall des Kapitals« in verschiedenen Landesteilen bestätigt nur, daß dieses Werk sehr viel gelesen wurde. Während des Prozesses wurden folgende »Beweise« von der Staatsanwaltschaft vorgebracht: Die Arbeit Budkas »Der Verfall des Kapitals«; »Dero'or« (altjüdisch: »Posaunen der Freiheit«), eine Studie über die Rolle der Persönlichkeit in der modernen Gesellschaft; »Marxismus und Hexenmeister«, eine Studie über die Ereignisse in der Tschechoslowakei; eine populäre Inhaltswiedergabe der Arbeit »Verfall des Kapitals«. Außerdem gelten als Beweise die beschlagnahmten Schreibmaschinen und Fotoapparate. Diese Gruppe hat einen ausgesprochen internationalen Charakter, ihr gehörten Russen, Juden und Ukrainer an. Ein Teil der Dokumente war in russischer und ukrainischer Sprache verfaßt.

Der Bund der Patrioten Rußlands

Der »Sojus patriotow Rossii« bezeichnete sich als einen marxistischen Kreis und hat vor allem an der Moskauer Staatsuniversität eine rege Aktivität an den Tag gelegt, um mündlich und mit Flugblättern seine Gedanken zu verbreiten. Die außerordent-

lich harten Strafen gegen seine Führer bestätigen, daß das Establishment hier eine große Gefahr witterte. Die Gruppe wurde zwar bereits Ende der fünfziger Jahre liquidiert, wird hier aber registriert, da sie nach ihrer ganzen Ausrichtung in die Reihe der Bewegungen gehört, die dann vor allem in den sechziger Jahren an sowjetischen Hochschulen entstanden. Das Moskauer Stadtgericht verurteilte im Februar 1958 den Aspiranten Lew Krasnopewzew, den Studenten N. G. Obuschenkow, den Aspiranten Leonid Rendel, die Studenten Seminenko, Tscheschkow und Menschikow zu je 10 Jahren Freiheitsstrafe. Diese Gruppe ist auch deshalb an dieser Stelle zu nennen, weil diese ausgesprochen harten Urteile abschreckend auf die spontan entstandene kritische Welle unter den Studenten der verschiedenen Hochschulen des Landes wirken sollten.

Die Russische Sozialistische Partei

Die »Rossijskaja Sozialistitscheskaja Partija« war in Leningrad aktiv, und wie aus Samisdat-Publikationen bekannt wurde, hat sie ihr »Manifest der Russischen Sozialistischen Partei« sehr weit verbreitet; es gelangte jedoch noch nicht in den Westen. Die Gruppe wollte sich offensichtlich vom Kommunismus distanzieren. Das KGB zerschlug sie. Nur ein Mitglied des Führungszentrums (»Rukowodjaschtschij zentr«) ist namentlich bekannt, und zwar der Ende 1969 zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Orientalist Eruand Lalajan.

Der Demokratische Bund der Sozialisten

Der »Demokratitscheskij sojus sozialistow«, in einigen Samisdat-Ausgaben auch als »Ukrainische marxistische Gruppe in Odessa« bezeichnet, war überwiegend eine Organisation von Studenten. Einer der Führer dieser jungen Leute, Nikolaj Dragosch, früher Direktor einer Schule, wurde 1965 zu 7 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Ein Mitarbeiter der Gruppe, Nikolaj Andrejewitsch Tarnawskij (geb. 1940), unterrichtete an der Schule, deren Direktor Dragosch war, und wurde im gleichen Prozeß zu 7 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Beide wurden, nach den neuesten Informationen aus der »Chronika«, im Mai 1971 entlassen.

Von den Staatssicherheitsorganen war ihnen nicht nur vorgeworfen worden, eine illegale Organisation gegründet, sondern auch die im Zeitungsformat gedruckte Broschüre »Prawda narodu« (Die Wahrheit dem Volke) herausgegeben zu haben. Mit ihnen zusammen wurden auch einige Studenten verurteilt, die meisten vom Institut der Künste in Kischinew. Sie erhielten überwiegend 6 Jahre Freiheitsstrafe, wurden aber schon 1968 begnadigt. Da der Prozeß in der Moldau stattgefunden hatte, ist anzunehmen, daß die Gruppe nicht in Odessa, sondern in dieser Republik ihre Tätigkeit entfalten wollte.

Der Ukrainische Arbeiter- und Bauernbund

Der »Ukrainskyj robotnytscho-seljanskyj sojus« wurde von jungen Intellektuellen, vor allem Juristen, gegründet, um einer unabhängigen Ukrainischen Republik mit kommunistischer Gesellschaftsordnung den Weg zu bereiten.

In einem Prozeß vor dem Lemberger Gebietsgericht wurden gegen seine Führer drakonische Strafen ausgesprochen, obwohl die Gruppe über das Stadium des Diskutierens und der Vorbereitung nicht hinausgekommen war. Die harten Urteile sind wohl dadurch zu erklären, daß es das Ziel der Gruppe war, auf verfassungsmäßigem Wege die Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion zu erreichen.

Der führende Kopf der Gruppe war Lew Grigorjewitsch Lukjanenko (geb. 1927), Absolvent der Juristischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität, Rechtsanwalt und Funktionär der KPdSU auf Gebietsebene. Im Januar 1961 wurde er verhaftet und in einem Prozeß vor dem Lemberger Gebietsgericht vom 16. bis zum 20. Mai gleichen Jahres zum Tod durch Erschießen verurteilt. Der Oberste Gerichtshof der Ukrainischen SSR milderte das Urteil auf 15 Jahre Freiheitsstrafe. Lukjanenkos engster Mitarbeiter, sein Kollege Iwan Aleksejewitsch Kandyba (geb. 1930), wurde im gleichen Prozeß zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. 11 Jahre erhielt der Absolvent der Lemberger Parteihochschule Stepan Martynowitsch Wirun (geb. 1932), der im Parteiapparat verschiedene gehobene Posten bekleidet hatte. 10 Jahre Freiheitsstrafe wurden gegen den Meliorationsingenieur Alexandr Semenowitsch Libowitsch (geb. 1935) verhängt.

Swjatoslaw Karawanskyj, eine legendäre Figur der ukraini-

schen Widerstandsbewegung, hat in einem vom ukrainischen Samisdat veröffentlichten Gesuch an den Schriftstellerverband der Ukraine die Gruppe um Lukjanenko in folgenden Worten charakterisiert: »Im Lager Dubraw ist auch die Gruppe Intellektueller aus der Stadt Lemberg – S. Wirun, M. Lukjanenko, I. Kandyba und andere Organisatoren des »Ukrainischen Arbeiter- und Bauernbundes«. Zu deren Programm gehört die volle Erhaltung der sozialistischen Errungenschaften in der Ukraine und die Gewährung größerer politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit für die Ukrainische SSR innerhalb eines Systems einer sozialistischen Völkergemeinschaft. Für diese Sünde wurden sie 1961 verurteilt. . . Es erhebt sich die Frage – wofür wurde diese Gruppe verurteilt? Garantiert nicht die Verfassung der UdSSR den Unionsrepubliken das Recht, die UdSSR zu verlassen? Wie kann man Menschen für Taten verurteilen, die absolut nicht im Widerspruch zur Verfassung der UdSSR stehen? Liegt hier nicht ein Widerspruch vor, der Willkür und Ungesetzlichkeit den Weg ebnet?« (»Lycho z rozumu« – Verstand schafft Leiden – Paris 1967, S. 157).

Bei der Zerschlagung der Gruppe spielte Wasyl Luzkiw eine verhängnisvolle Rolle. Durch seine Aussagen belastete er Lukjanenko während der Verhandlung sehr stark. Vom KGB war ihm für seine erlogenen Behauptungen Straffreiheit versprochen worden. Nachdem er jedoch trotzdem zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, wandte er sich mit Briefen und Beschwerden an verschiedene Behörden und enthüllte darin eingehend seine Rolle im Verlauf der Ermittlungen und des Prozesses. Zeitweise wurde er als »psychisch krank« in Nervenheilstalten, später dann in einer Besserungs-Arbeits-Kolonie in der Mordwinischen ASSR festgehalten.

Die Demokraten Rußlands, der Ukraine und des Baltikums

Zu den bedeutendsten Gruppen der außerparteilichen Opposition gehören die »Demokraty Rossii, Ukrainy i Pribaltiki«, eine Bewegung unter der liberalen Intelligenz verschiedener Nationen, die ihre Aktivität vor allem unter Wissenschaftlern an Hochschulen – hier wieder besonders unter Geistes- und

Gesellschaftswissenschaftlern – entfalten. Die »Demokraten« haben 1969 ein umfangreiches »Programm der demokratischen Bewegung der Sowjetunion« herausgebracht, das, von Samisdat verbreitet, auch in den Westen gelangte (siehe S. 136). Samisdat veröffentlichte 1970 ein »Memorandum der Demokraten an den Obersten Sowjet der UdSSR über die illegale Machtergreifung durch die Führung der KPdSU und deren verfassungswidrige Tätigkeit«. Einige Anhänger der Bewegung veröffentlichten daneben verschiedene ideologisch-programmatische Analysen, als deren interessanteste die von K. Wolnyj, »Intelligenz und demokratische Bewegung«, zu erwähnen ist, die 1970 in Moskau erschien. Im augenblicklich unter der sowjetischen Intelligenz zu beobachtenden Gärungsprozeß spielen die »Demokraten« die wichtigste Rolle.

Die Bewegung hat keine festen organisatorischen Strukturen. Wie Wolnyj mitteilt, bestehen zwei Richtungen. Die sogenannte liberale hat ein 14-Punkte-Programm aufgestellt, sie erachtet eine Demokratisierung von System und Gesellschaft unter der Führung der KPdSU für möglich. Verfechter dieser Richtung vermeiden peinlichst alle ungesetzlichen Aktionen und agieren strikt auf dem Boden der Legalität: An ihre schonungslose Kritik an den Zuständen in der Sowjetunion knüpfen sie die These, es sei im ureigensten Interesse der Sowjetunion und der Partei, das System von Grund auf zu reformieren und zu demokratisieren. Der Kernphysiker A. D. Sacharow wird als Repräsentant dieser liberalen Richtung bezeichnet.

Die zweite, die »radikale« Richtung, hat ihre Vorstellungen in dem »Programm der demokratischen Bewegung der Sowjetunion« niedergelegt. Sie möchte alle oppositionellen und reformfreudigen Kräfte um sich vereinigen, mit dem Ziel, in der Sowjetunion eine freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung mit sozialer Gebundenheit des Eigentums zu errichten.

Ihr konkretes taktisches Vorgehen wird dadurch bestimmt, daß sie von vornherein jegliche Revolution und jegliche Gewaltaktion ablehnen, und zwar nicht allein aus ethischen Gründen, sondern aus der Überzeugung heraus, daß wahrer Fortschritt nur in einem komplexen Wandel der Gesellschaft auf lange Sicht erreichbar sein kann.

Die Parteibürokratie ist ihrer Ansicht nach in eine prekäre Situation geraten, weil sie aus historisch objektiven Gründen ohne die Intelligenz keinen Schritt mehr vorwärts tun kann.

Wenn sich aber diese Intelligenz – also Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure und viele andere Experten – ihrer historischen Chance bewußt wird, dann kann sie aufgrund ihrer Position und Unentbehrlichkeit die Führung zu Zugeständnissen zwingen.

Ihre stärksten Verbündeten sehen die Demokraten in zwei anderen relativ umfassenden Strömungen, einmal in der nationalen Befreiungsbewegung der nicht-russischen Völker, zum anderen im ständig sich verstärkenden Kampf der Gläubigen um ihre Rechte. Die somit sehr günstig eingeschätzte Lage veranlaßt die Demokraten gelegentlich zu regelrecht euphorischen Perspektiven. So hat z. B. auch die »Chronika tekuschtschich sobytij« die folgende Äußerung Wolnyjs kritisiert: »... Schließlich stellen die Angehörigen der Bewegung selbst Hauptkampftrupp und Gefechtsstärke der Demokratie. Ihre Gesamtzahl (bei weitem nicht alle, selbst nicht die, über die Angaben vorliegen) umfaßt ungefähr 270000 Menschen. Ihr Führungsaktiv zählt 20000, das ständige Fußvolk 180000 und sporadische Teilnehmer 70000. Nicht mit rechnen wir dabei jene Millionen von Menschen, die der religiösen und nationalen Bewegung angehören, die schlichten Sympathisierenden.«

Die »demokratische« Bewegung spiegelt ganz bestimmte Strömungen innerhalb der sowjetischen Intelligenz. Wolnyj geht auch auf die Geschichte der politischen Bewegungen in Rußland ein, in denen stets die Intelligenz die entscheidende Rolle gespielt habe, so daß für ihn die Geschichte zugleich die Geschichte der verschiedenen Strömungen innerhalb der russischen Intelligenz ist; er spricht von den »Demokraten« als der »fünften Strömung der Intelligenz«. In seiner Chronologie stellten die *Dekabristen* die erste Strömung dar. Im Dezember 1825 versuchten sie mit einem überstürzten Aufstand nach dem Tod von Alexander I. eine Verfassung für Rußland zu erzwingen. Wolnyj betont, daß unter ihnen zwei Richtungen bestanden: Die »Gemäßigten« strebten eine konstitutionelle Monarchie an mit Abschaffung der Leibeigenschaft, Beibehaltung des Großgrundbesitzes und der Zuteilung eines kleinen Stück Bodens an die Bauern. Die »Radikalen« wollten dagegen eine demokratische Republik in Rußland errichten. Wolnyj sieht die Ursache ihres Scheiterns in ihrer Unentschlossenheit und in der Passivität des Volkes.

Eine weitere »Strömung der Intelligenz« waren dann für Wolnyj die *Narodniki*, die Volkstümler, die in der zweiten

Hälfte des 19. Jahrhunderts eine große Anhängerschaft gewinnen konnten. Damals bekämpften sich innerhalb der Intelligenz Slawophile und Westler auf das erbittertste und trugen somit zur Anregung wie zur Politisierung des geistigen Klimas bei. In verschiedenen Zirkeln wurde oft anlässlich literarischer Werke rege und ausgiebig diskutiert. Unter dem Einfluß von Bakunins sozialistischem Anarchismus riefen einige Narodniki die Bauern zum Aufstand und zur Abschaffung der Autokratie auf, während diese mit Hilfe von Repressalien aller Art versuchte, die Narodniki niederzuringen. Für Rußlands revolutionäre Bewegung hatten die Narodniki eine nicht zu überschätzende Bedeutung.

Als dritte Bewegung der Intelligenz verzeichnet Wolnyj die »Semstwo-Aktivisten« (Semskie dejateli). Von den Terroraktionen der Narodniki enttäuschte Intellektuelle suchten andere Mittel und Wege, um den Interessen des Volkes zu dienen. Sie bedienten sich des Semstwo, einer lokalen Selbstverwaltungsorganisation, die vor allem für den Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen) zuständig war. Während der beiden großen Hungersnöte von 1891 und 1897 setzte sich die Intelligenz sehr für das notleidende Volk ein, vor allem waren es Ärzte und Rechtsanwälte, doch sei auch an den engagierten Einsatz Leo Tolstojs erinnert. Auf der gesetzlichen Basis des Semstwo konnten die »Semskie dejateli« schließlich auch Streikende unterstützen und sogar selbst Streiks organisieren. Nach Wolnyjs Darstellung waren sie es, die die Bildung einer Art Parlament, der Duma, im Jahre 1905 erzwangen. Er räumt zwar ein, daß diese »unvollkommen« gewesen sei, rühmt sie jedoch trotzdem in sehr begeisterten Worten, sie, »die eine neue glänzende Seite in der Geschichte schrieb... Sie hat künftigen Generationen ein Vermächtnis des gewaltlosen Kampfes, ein Vermächtnis unblutiger Siege hinterlassen«.

Die vierte »Strömung der Intelligenz« waren in Wolnyjs Klassifizierung die *Sozialrevolutionäre* im Zeitraum von 1905 bis 1917. Ihre soziale Basis stellten die Bauern; sie strebten eine demokratische Republik, die Sozialisierung von Grund und Boden mit kostenloser Nutzung durch die Bauern an und propagierten den Terror gegen die Monarchie. Bei der Februarrevolution spielten die Sozialrevolutionäre eine wichtige Rolle, konnten aber aufgrund verschiedener Umstände nicht an die Macht kommen, obwohl – wie Wolnyj behauptet

ter – die Massen hinter ihnen standen. Die Ursache für das Scheitern dieser Partei, die nach der Februarrevolution von 1917 der Regierung angehörte, sieht er darin, daß die Bauern den Boden nicht erhielten, den Arbeitern die versprochene Mitbestimmung vorenthalten und in den Städten keine Ordnung geschaffen wurde, daß sie sich insgesamt als schwach erwies. Hinzu kam schließlich auch noch, daß sie den nicht-russischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht verweigerte und sich für ein einiges und unteilbares Rußland einsetzte.

Der Bolschewismus ist für Wolnyj kein Phänomen der russischen Intelligenz, sondern markiert deren Untergang. Was die Bolschewiken mit ihrer Bildungspolitik versuchten, bezeichnet er als »Massenproduktion von Halbgebildeten«. Die einseitige Ausrichtung der Intelligenz ist seiner Ansicht nach eine Folge der eindeutigen Priorität militärischer Erwägungen und der Bevorzugung der angewandten Wissenschaften. Eine Intelligenz im eigentlichen Sinne des Wortes habe sich erst später gebildet, gegen sie war denn auch der Terror Stalins, vor allem der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende, gerichtet. Die berüchtigte Sjdanowschtschina drohte dem gesamten kulturellen Leben den Atem abzuschneiden. Mit dem quantitativen und qualitativen Aufblühen der Intelligenz verstärkt sich auch der Kampf gegen sie, obwohl sich das Regime heute anderer Formen und Methoden bedient als seinerzeit Stalin. Zur heutigen Lage schreibt Wolnyj: »Unter Breschnew vollzieht sich erneut der Versuch, unter dem Vorwand des Kampfes gegen »ideologische Diversanten« einen inneren Krieg gegen die Intelligenz zu führen.« Die sechziger Jahre stehen für ihn im Zeichen der »fünften Welle der Befreiungsbewegung der Intelligenz«.

Die Demokraten verbuchen jeden Protest und jede freiheitliche Aktion auf ihr eigenes Konto, denn nicht organisatorische Zugehörigkeit ist für diese Bewegung das entscheidende Kriterium, sondern die geistige Verwandtschaft. So gesehen befinden sie sich in einer besseren Lage als politische Gruppen, die sowohl ein fest umrissenes Programm als auch das Ziel haben, sich zu organisieren. Dazu Wolnyj: »Die demokratische Bewegung ist das Kind der jungen Intelligenz, das das KGB mit allen Mitteln schon in der Wiege ersticken möchte. Allein 1969 wurden noch vor Jahresablauf 160 Angehörige der Bewegung verhaftet.«

Wie gesagt, sieht Wolnyj die Chancen der Demokraten sehr

positiv und vielversprechend. Die Demokraten stehen aber, ebenso wie die anderen Kreise, Gruppen und Organisationen, der Passivität der breiten Massen gegenüber und – was fast noch schlimmer ist – einer zunehmenden Spießigkeit und Anpassungsbereitschaft innerhalb der Intelligenz selbst. Verbündete, wie z. B. religiöse Gruppen, zeichnen sich zwar durch ein entschlossenes Verhalten und große Opferbereitschaft aus, doch ist sehr fraglich, ob die Behauptung Wolnyjs, die engagierten Gläubigen machten 15–20 Prozent der sowjetischen Bevölkerung aus, mehr ist als Zweckoptimismus. Die Bewegung der nationalen Intelligenz der nicht-russischen Völker ist ähnlich emotional und idealistisch motiviert, doch spielen hier eine ganze Reihe von die Solidarität mit anderen Gruppen hemmenden Faktoren eine beträchtliche Rolle. Hier sei nur an das ständig wachsende Mißtrauen der mittelasiatischen Völker erinnert. Aber auch die baltische und ukrainische Intelligenz hegt eine gewisse Skepsis gegenüber allen »Befreiungsprogrammen« aus russischer Hand.

Lenins pragmatische Frage ›Was tun?‹ bleibt für die Demokraten zugunsten rosiger Zukunftsperspektiven im Hintergrund. Das z. T. naiv anmutende Vertrauen in die »freie Marktwirtschaft«, die Verherrlichung und Verharmlosung der Verhältnisse vor allem in den Vereinigten Staaten, die in das Programm der Demokraten eingingen, muß vor allem als Kritik am eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gesehen werden. Sie betonen immer wieder, daß es ihm, trotz der gewaltigen vom Volk jahrzehntelang aufgebrachten Opfer, im Vergleich zu den modernen westlichen Industriestaaten nicht gelungen ist, menschenwürdige Daseinsbedingungen zu schaffen. Einige Behauptungen beruhen auf einfacher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, und gewisse Thesen, z. B. die über den Kolonialismus, gehören zu den schwächsten Punkten des Programms. (Da diese Punkte mit der innenpolitischen Strategie der Bewegung nichts zu tun haben, wurden sie in den in der Dokumentation wiedergegebenen Text nicht aufgenommen.)

Die außenpolitischen Zielvorstellungen der Bewegung werden im Programm nach denen gegenüber kapitalistischen Ländern und denen gegenüber den sozialistischen Ländern unterschieden. Bezüglich der ersteren gilt: Verzicht auf die Doktrin des militanten Kommunismus, Umgestaltung der UdSSR in ein friedliches demokratisches Land mit einer huma-

nitären Außenpolitik; Versöhnung und Annäherung mit den kapitalistischen Ländern, wobei die Konvergenz beschworen wird; vollständige Abrüstung und offene Inspektion durch die UNO auf dem Gebiet der UdSSR, der USA und der anderen Mächte; Deutschlands Wiedervereinigung zu einem friedlichen demokratischen Staat; Überprüfung der Nachkriegsgrenzen durch eine UNO-Schiedskommission; Öffnung der Grenzen zur Ein- und Ausreise der Bürger und Erschließung von Kanälen zur freien Informationsübermittlung. Gegenüber den sozialistischen Ländern werden neben absoluter Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten und dem Truppenabzug auch politisches Selbstbestimmungsrecht und die unverletzliche Freiheit, sich durch eine Volksabstimmung die Wirtschafts- und Sozialordnung zu wählen, aufgezählt; zu den sozialistischen Ländern sollen friedliche und demokratische Beziehungen unterhalten, ihnen Handelsfreiheit ohne Staatsmonopol, eine Öffnung der Grenzen und der Informationskanäle gewährt werden; eine UNO-Schiedskommission soll in strittigen Gebietsfragen und bei der Revision ungerechter Verträge entscheiden.

In letzter Zeit haben nun die Demokraten mit einem weiteren programmatischen Dokument Aufsehen erregt, das eigentlich jeder, der sich für die heutige Lage in der sowjetischen Gesellschaft interessiert, kennen muß. Samisdat veröffentlichte das bereits erwähnte »Memorandum an den Obersten Sowjet der UdSSR über die illegale Machtergreifung durch die Führung der KPdSU und deren verfassungswidrige Tätigkeit«. Es trägt das Datum vom 5. Dezember 1970. Die Autoren analysieren bis ins Detail jeden einzelnen Artikel der heute geltenden Verfassung. Das Memorandum gliedert sich wie die Verfassung in 13 Hauptkapitel und 146 Artikel. Samisdat fügte dem Dokument eine Abschrift der geltenden Verfassung mit den jüngsten Veränderungen und Ergänzungen nach dem Stand von 1970 bei.

In der Präambel des Memorandums bekennen sich die Demokraten »zum Prinzip der friedlichen evolutionären Demokratisierung der gesellschaftlichen Beziehungen im Lande«. Sie fordern vom Obersten Sowjet eine öffentliche Diskussion ihres Dokumentes und die Bildung einer Kommission, die die verfassungswidrige Tätigkeit der Parteiführung untersuchen soll. Obwohl sie die Verfassung von 1936, die nach wie vor gilt, nicht für vollkommen halten, schreiben

sie: »Die Einhaltung der Verfassung von 1936 wäre in der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen ein gewaltiger Schritt nach vorne, sie würde Kräfte der Gesellschaft freisetzen und die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit und die Erhöhung des Lebensstandards der Gesellschaft bedeuten.«

Die Autoren geben sich aber keinen Illusionen darüber hin, daß ihrem Memorandum Erfolg beschieden sein könnte, und sagen auch deutlich, daß die Partielite ihr Dokument mit Schweigen übergehen werde. Sie warnen aber gleichzeitig: »Die Politik des Verschweigens ist ein Zeichen der politischen Schwäche und der Unpopularität der KPdSU. Politische Diskussionen fürchten nur jene Parteien, die politisch bankrott sind.«

An diesem Dokument fällt auf, daß es von einem »Koordinationsrat der demokratischen Bewegung der Sowjetunion« spricht, einer Institution, über die keine weiteren Informationen vorliegen. Die Bildung dieses Koordinationsrates muß allerdings nicht bedeuten, daß sich die führenden Persönlichkeiten der Bewegung entschlossen haben, für die Bewegung straffere organisatorische Formen zu wählen.

An dieser Stelle kann das Memorandum nicht detaillierter besprochen werden, einmal wegen seines Umfangs (ohne den Verfassungstext sind es mehr als 50 Seiten) und zum anderen wegen der vielschichtigen Komplexität seines Inhalts. Es seien nur einige Punkte erwähnt, die zugleich die Vorstellung der Bewegung klarer hervortreten lassen. Sie widmen auch hierin der Stellung und den Aufgaben der Intelligenz in der sowjetischen Gesellschaft große Aufmerksamkeit. Sie protestieren z. B. dagegen, daß die Partielite die Intelligenz nicht als Klasse anerkennt, sondern als eine Schicht sieht, die jeglicher selbständigen politischen Kraft beraubt und nur Dienerin anderer Klassen sei. Sie habe kein Recht auf intellektuelle Freiheit, kulturelle Traditionen seien zerstört worden und würden weiterhin zerstört, Intellektuelle würden häufig verschiedenen körperlichen und geistigen Repressalien ausgesetzt, ihre Kinder hätten nur beschränkten Zugang zu Hochschulen. Selbst die technische Intelligenz werde schlecht entlohnt. Die Intelligenz sei die Schicht, die vom Staatssicherheitskomitee und anderen Institutionen am gründlichsten überwacht werde. Gleichzeitig bemühe sich die Parteibürokratie mit mehr oder weniger primitiven Methoden, Arbeiter- und Bauernschaft gegen die Intelligenz aufzuhetzen, auf sie die Verantwortung

für die eigenen Mißerfolge abzuwälzen und sie in jeder erdenklichen Weise in Mißkredit zu bringen. In diesem Dokument wie auch in den anderen Arbeiten der Demokraten wird eine scharfsinnige Analyse der gesellschaftlichen Beziehungen und Konflikte geliefert (siehe dazu das Schlußkapitel des in der Dokumentation wiedergegebenen Programms der Bewegung).

Erwähnt sei daneben noch die Analyse der Nationalitätenpolitik. Die Demokraten gehören unter der russischen Intelligenz zu den wichtigsten Gruppen, die eine betont antichauvinistische Einstellung verkünden und sowohl die Russifizierung als auch die Kolonialisierung der nicht-russischen Unionsrepubliken auf das schärfste verurteilen. Sie greifen auch den wieder in Blüte stehenden Antisemitismus an.

Für eine Charakterisierung gerade dieser fortschrittlichen Einstellung sind auch einige Passagen aus der bereits erwähnten Arbeit von K. Wolnyj »Intelligenz und demokratische Bewegung« aufschlußreich, der übrigens als Motto das Zitat des Dichters und Philosophen Dmitrij Sergejewitsch Mereshkowskij vorangestellt ist: »Ich liebe die Freiheit mehr als die Heimat – haben doch Sklaven keine Heimat. Und wenn Russe zu sein hieße, Sklave zu sein (oder ein Unterdrücker), so möchte ich nicht Russe sein.«

Die Beurteilung der Demokraten durch verschiedene Angehörige der Opposition ist recht unterschiedlich. So äußert sich z. B. der Historiker Andreij Amalrik recht pessimistisch über die »liberale Ideologie« und ihr Endziel, in der Sowjetunion eine demokratische Gesellschaftsordnung zu errichten. Demgegenüber meint eine der markantesten Persönlichkeiten aus diesen Kreisen, Pjotr Jakir, die Demokraten hätten in letzter Zeit ihren Einfluß erweitern und für ihre Ideen Anhänger finden können.

Die beiden im folgenden getrennt behandelten Gruppen gehören ihren Vorstellungen nach eigentlich zu dieser Bewegung, werden aber aus sachlichen Gründen jeweils für sich behandelt.

Das Leningrader Programm

Unter diesem Begriff verzeichnet Samisdat die Broschüre »Wremja ne shdjut – nascha strana nachoditsja na poworotnom punkte istorii« (Die Zeit wartet nicht – Unser Land steht an

einem Wendepunkt der Geschichte). Autoren sind der Hochschullehrer S. Sorin und der Ingenieur N. Alexejew aus Leningrad. Die Broschüre wurde seit Ende 1969 in der Sowjetunion verbreitet und gelangte auch in den Westen. Beide Autoren stehen unter dem Einfluß der Gedanken der demokratischen Bewegung und versuchen in ihrer Arbeit, die jüngste Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zu analysieren. Auffallend ist die Besorgnis der Autoren, die Sowjetunion könne einen Krieg entfesseln und sei – wie im Falle der Tschechoslowakei – bereit, auch anderswo eine mißliebige Entwicklung abzuwürgen. Sie sind ausgesprochen antimilitaristisch eingestellt.

Die heutigen Herrschaftsstrukturen in der Sowjetunion charakterisieren sie mit folgenden Worten: »Partei und Staatsapparat bilden in unserem Lande eine reale und grundlegende politische Kraft. Die höchste Schicht dieser Pyramide bildet der Apparat der Nomenklatura-Funktionäre, deren Spitze das ZK der KPdSU, das Politbüro des ZK, die Sekretäre und die ZK-Abteilungsleiter bilden. Daran schließt an: die Generalität, der Apparat von Innenministerium und Staatssicherheitskomitee und die gehobenen Schichten des Sowjetapparates.«

»Nomenklatura-Posten« sind in Partei- und Staatsapparat, in gesellschaftlichen Organisationen und auch im Wissenschaftsbereich jene Stellen, die von der Partei mit ausgewählten Funktionären, sogenannten »Nomenklatura-Funktionären« besetzt werden. Dieses gesetzwidrige Machtinstrument bildete sich unter Stalin, als während der Industrialisierungsphase überall Fachkräfte knapp waren und von der Partei nur an ganz bestimmten Schwerpunkten eingesetzt werden sollten. Im Gefolge der bürokratischen Entartung des Systems wurde dieser Mechanismus nicht nur beibehalten, sondern auch dahingehend ausgeweitet, daß bestimmte Posten nur noch mit besonders ausgewählten Funktionären besetzt werden, obwohl inzwischen längst für alle Stellen genügend qualifizierte Kader zur Verfügung stehen. Die Autoren schildern die Atmosphäre, in der diese Kaste lebt und arbeitet, in der ein besonderer »Geist« herrscht – »der Geist der Macht«: »Das wichtigste Privileg dieser Leute ist es, über andere Menschen, ohne ihnen gegenüber in irgendeiner Weise verantwortlich zu sein, zu verfügen.« Sie werden besonders hoch bezahlt, profitieren von allen Privilegien der herrschenden Oligarchie, z. B. können sie in den »geschlossenen Geschäften« einkaufen, die mit

Waren von guter Qualität, auch mit Importwaren, bestückt sind, ihnen stehen besondere Kliniken und aus dem Ausland importierte Arzneimittel zur Verfügung. Das Heer der Nomenklatura-Funktionäre ist für die Autoren eine »echte herrschende Klasse«, die mit demokratischen Mitteln nicht entmachtet werden kann, da sie außerhalb jeglicher Kontrolle durch das Volk und durch die verfassungsmäßigen Volksvertreter steht. Sie wird auch für die wirtschaftlichen Mißstände im Lande verantwortlich gemacht. Nach einer interessanten Analyse der Ursachen dieser Mißstände kommen die Autoren zu dem Ergebnis, eine Wirtschaftsreform in der Sowjetunion sei ohne politische Veränderungen nicht möglich: »Die Autonomie wirtschaftlicher Einheiten beschneidet die Privilegien des Apparates in den Ministerien und ZK-Abteilungen, die gewohnt sind, sich bis ins letzte Detail mit allem zu befassen.« Die Autoren meinen aber auch, daß eine Beschränkung des »Wirtschaftsabsolutismus« zugleich die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft fördern werde.

Die Befürchtung, die sowjetische Führung könne auf eine Militarisierung des Landes aus sein, und zwar nicht nur um ihres Sicherheitsbedürfnisses willen, sondern auch aus imperialistischen Erwägungen heraus, gründet nicht nur auf den Ereignissen in der Tschechoslowakei, sondern auch auf Beobachtungen, wie in der Sowjetunion selbst die Rolle der Militärs verstärkt werden soll. Nach Meinung der Autoren war das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht von 1967 der Startschuß für diese Entwicklung. Die Parteiführung ist andererseits bestrebt, bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als sei ihre Politik wissenschaftlich begründet und ausgewogen; doch »an der Spitze sitzen Berufsbürokraten«, von denen man weiß, daß ihre höchste Maxime ist, die eigene Macht zu erhalten. »Aber nicht alle legen sich darüber Rechenschaft ab, wie sehr unsere Führer desinformiert sind, in welchem Maß sie gar nichts begreifen. Zum niedrigen kulturellen Niveau kommt bei ihnen noch der fehlende Kontakt zum wirklichen Leben, zur Welt, die sich außerhalb ihrer Kabinette, Sitzungssäle und Regierungsdataschen befindet. Natürlich kommen viele Berater und Referenten zu ihnen und halten Vorträge. Die Referenten wissen aber, daß sie »sich selbst« nichts zuleide tun, ihren Platz, ja sogar ihren Kopf nicht riskieren dürfen.«

Diese Kritik an der sowjetischen Gesellschaft ist ebenso fundiert und glänzend geschrieben wie die entsprechenden

Dokumente der Demokraten. Nicht sehr überzeugend ist allerdings das Rezept, was geschehen solle, um die politischen Verhältnisse zugunsten einer Demokratisierung zu ändern. Der Wunschkatalog – unabhängige Gewerkschaften, Anerkennung von Rolle und Funktion der Fachintelligenz, freie und echte Wahlen usw. – enthält keine Hinweise darauf, wie man zu seiner Verwirklichung gelangen könnte. Die Analyse endet mit der Forderung, man solle Proteste organisieren und die Massen politisieren, jeder Sowjetbürger sollte wissen, »für wen er arbeitet«, und mit Hilfe solcher Aktionen sollte die Oligarchie systematisch unter Druck gesetzt werden. Ähnlich wie der überwiegende Teil der »Demokraten« glauben die Autoren an den Erfolg: »Um so mehr, wenn sich am Kampf alle jene beteiligen, die für den Staat sehr wichtig und unentbehrlich sind. Unter solchen Bedingungen verstärkt sich unbedingt die Position der gemäßigten Kreise, sogar in den herrschenden Schichten... So viel Passivität und blindes, verhängnisvolles Vertrauen müssen bei den Herrschenden das Gefühl vollständiger Unbestrafbarkeit erzeugen. Von uns hängt viel mehr ab, als es scheinen mag. Die Völker der Sowjetunion können Herren im eigenen Hause sein.«

Dieses »Leningrader Programm« ist schärfer in seiner Analyse und auch näher an der konkreten Alltagsproblematik orientiert – gerade im Zusammenhang mit den Fragen, die durch den technischen Fortschritt und die Automation in den Vordergrund rücken; man spürt hier, daß die Autoren Gedanken und Zielvorstellungen ausdrücken, die gerade unter der technischen Intelligenz verbreitet sind. Doch auch sie sind allerdings ratlos, wenn es darum geht, einen Weg aufzuzeigen, den archimedischen Punkt zu finden, an dem man den Hebel für die erforderlichen Veränderungen ansetzen müßte.

Der Kampfbund für politische Rechte

Der »Sojus bor'by za polititscheskie prawa« ist in der jüngsten Geschichte der Sowjetunion allein schon deshalb ein einmaliges Phänomen, weil sich hier eine Gruppe von Offizieren der baltischen Flotte entschloß, in den Kampf um die politischen Rechte einzugreifen. Sie bildeten im Gegensatz zur demokratischen Bewegung eine relativ straffe Organisation, die nicht nur in Leningrad und im baltischen Raum Anhänger suchte, son-

dern auch in Chabarowsk, Baku, Perm und auch in Polen. Der wichtigste Führer dieser Organisation war Gennadij Wladimirowitsch Gawrilow, Militäringenieur und Offizier der baltischen Flotte. Er wurde im Mai 1969 in Reval verhaftet und in einem Prozeß vor dem Militärgericht des Baltischen Militärbezirkes zu 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Mit ihm verhaftet und zu 2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde Alexej Kosyrew, von Beruf Militäringenieur und Offizier der baltischen Flotte wie Paramonow.

Paramonow wurde ebenso wie der Lehrer am Revaler Polytechnischen Institut Sergej Soldatow in einer psychiatrischen Klinik festgehalten. Die »Chronika tekuschtschich sobytij« hat über den Prozeß gegen Angehörige des »Kampfbundes für politische Rechte« berichtet, dessen erste Aufgabe der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte gewesen sei. Für diese Zwecke wurde eine Druckerei eingerichtet, es war geplant, dort die illegale Zeitschrift »Demokrat« herzustellen. Das KGB versuchte, im Verlauf der Ermittlungen nachzuweisen, daß Gawrilow der Autor eines »Offenen Briefes an die Bürger der Sowjetunion« sei, der mit G. Alexejew unterzeichnet war. Die Verhaftungen fanden im Mai 1969 statt, und zwar in einer Stadt bei Reval und in der Nähe von Kaliningrad; der Prozeß dauerte bis zum 31. 8. 1970 und wurde vor dem Militärgericht des Baltischen Militärbezirkes durchgeführt. Unter den Hunderten von Zeugen waren auch einige aus Polen.

Die »Chronika« veröffentlichte auch ein Protokoll des Verhörs von Soldatow, das anhand von Notizen erstellt worden war. Daraus ergibt sich, daß die Verhafteten mit führenden Demokraten in Verbindung standen.

Die Gruppe um Gawrilow wurde zerschlagen, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß eine Nachfolgeorganisation besteht. Sie hat aber gezeigt, daß auch unter den Offizieren der Streitkräfte bestimmte Gruppen die Notwendigkeit einer Demokratisierung nicht nur erkannt haben, sondern auch bereit sind, hierfür ein persönliches Risiko auf sich zu nehmen.

Der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung

Der »Wserossijskij sozial-christianskij sojus oswoboshdenija naroda« (der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung, abgekürzt WSCHSON) gehört in vieler Hinsicht zu den interessantesten politischen Organisationen der sechziger Jahre. Entstanden etwa 1964 in Leningrad, gehörten ihm Mitte 1965 erst etwa 10 Personen an. Als jedoch im Februar und März 1967 das KGB zum entscheidenden Schlag gegen den Bund ausholte, zählte er mehr als 200 aktive und treu ergebene Mitglieder. Damals wurden etwa 60 Personen verhaftet, und zwar zumeist in Leningrad, wo der WSCHSON seinen Sitz hatte, darüber hinaus aber auch in Tomsk, Irkutsk, Petrosawodsk und in anderen Städten. Im November 1967 fand vor dem Leningrader Stadtgericht zunächst der Prozeß gegen die vier Gründungsmitglieder statt. Vom 14. März bis zum 5. April 1968 wurde ebenfalls in Leningrad in einem zweiten Prozeß gegen 17 weitere Mitglieder verhandelt. Über beide Prozesse liegen eingehende Informationen vor.

Entscheidend für die geistige Ausrichtung wie auch für den Arbeitsstil des Bundes waren zunächst die Persönlichkeiten der Gründungsmitglieder, dann aber auch, wer sich dem Bund im weiteren anschloß. Es sei mit den vier Gründungsmitgliedern begonnen.

Igor Wjatscheslawowitsch Ogurzew, wahrscheinlich 1938 geboren, war als Übersetzer aus dem Japanischen tätig; er wurde zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ein zweites Gründungsmitglied, Michail Juchanowitsch Sado, ebenfalls wohl 1938 geboren, war Orientalist und erhielt 13 Jahre Freiheitsstrafe. Das dritte Mitglied, Jewgenij Alexandrowitsch Wagin (geb. 1938), war Literaturwissenschaftler und sollte an der Herausgabe von Dostojewskijs Werken mitwirken. Er wurde zu zehnjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Das vierte Gründungsmitglied schließlich, Boris Awerotschkin (wahrscheinlich 1940 geboren), war Jurist. Bei ihm lautete der Urteilsspruch auf 8 Jahre Freiheitsstrafe.

Im zweiten Prozeß erhielt Wjatscheslaw Platonow (geb. 1941) mit 7 Jahren die höchste Freiheitsstrafe. Er war Orientalist und Kandidat der historischen Wissenschaften. Zu 6 Jahren Freiheitsstrafe wurde im gleichen Prozeß der an der Leningrader Universität lehrende Kunsthistoriker Nikolaj Wiktoro-

witsch Iwanow, geboren 1937, verurteilt. Die gleiche Strafe wurde gegen den Mittelschuldirektor Leonid Borodin, geboren 1938, ausgesprochen.

Der Chemiker Anatolij Ijewlew (geb. 1937), Absolvent der Leningrader Universität, wurde zu 2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, der Schlosser Michail Konosow (geb. 1937), Dichter und Fernstudent am Gorkij-Literaturinstitut, zu 4 Jahren, zu 3 Jahren und 6 Monaten der Absolvent der Leningrader Universität Sergej Ustinowitsch (geb. 1938) und zu je 3 Jahren Jurij Busin (geb. 1936), Absolvent des Leningrader Landwirtschaftsinstituts, Walerij Nagornyj (geb. 1943), Ingenieur am Leningrader Institut für Feinmechanik und Optik, Alexandr Miklaschewitsch (geb. 1935), Absolvent des Leningrader Landwirtschaftsinstituts, und Jurij Baranow (geb. 1938), Absolvent des Leningrader Instituts für Filmingenieure. Zweieinhalb Jahre Freiheitsentzug lautete das Urteil für den Ingenieur Georgij Nikolajewitsch Botschewarow (geb. 1935), Absolvent der Leningrader Universität, zwei Jahre für den Wirtschaftswissenschaftler Wladimir Iwojlow (geb. 1937), ebenfalls Absolvent der Leningrader Universität. Er hatte in der westsibirischen Gebietshauptstadt Tomsk einen WSCHSON gegründet. Zwei Jahre Freiheitsentzug wurde auch gegen den Chemiker Wladimir Weretenow (geb. 1936), Absolvent der Leningrader Universität, verhängt; je ein Jahr und zwei Monate gegen den Mechaniker Olgerd Sobak (geb. 1938) und gegen den Bibliothekar Stanislaw Konstantinow (Geburtsjahr nicht bekannt).

Eine von Samisdat verbreitete Analyse dieser Organisation (siehe S. 176) enthält interessante Angaben über 29 führende Mitglieder des WSCHSON. 26 von ihnen können ein gründliches Studium des Marxismus-Leninismus nachweisen (18 haben eine abgeschlossene und 8 eine unvollendete Hochschulbildung). Zum Hochschulstudium gehört in der Sowjetunion zwangsläufig auch die jahrelange Pflichtbeschäftigung mit Marxismus-Leninismus, ja 15 der 18 waren sogar berechtigt, an Hochschulen Gesellschaftswissenschaften zu lehren. Hochinteressant ist auch der Hinweis, daß fast alle Mitglieder des WSCHSON aus »orthodoxen sowjetischen Familien« stammten, also aus einem Elternhaus, in dem der Kommunismus und seine Werte nicht in Frage gestellt wurden, aus dem sie also ganz bestimmt keine Anregung für eine oppositionelle Orientierung erhalten haben können. In diesem Dokument, das

höchstwahrscheinlich von einem bzw. mehreren guten Kennern der Situation innerhalb des WSCHSON verfaßt wurde, möglicherweise auch von einem Mitglied, das der Verhaftung entgehen konnte, heißt es u. a.: »Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß jeder Angehörige dieser Organisation fast zur gleichen Zeit (1952–56) individuell ein inneres Erlebnis der religiösen Wahrnehmung der marxistischen Dogmen hatte. Macht man sich mit den Ermittlungs- und Gerichtsmaterialien vertraut, dann zieht die Tatsache unsere Aufmerksamkeit auf sich, daß der Grad von Extremismus eines jeden Angehörigen der Organisation direkt von der Tiefe und der Art und Weise seines früheren Glaubens an die Ideale des Kommunismus abhängt.«

Hierin liegt das, was diese Gruppe entscheidend von allen übrigen abhebt: sie rekrutierte sich aus Kindern des sowjetischen Establishments, bei dem der Marxismus alles andere ist als eine lebendige und leistungsfähige Denk- und Erkenntnis-methode, sondern im Gegenteil in Gestalt des Marxismus-Leninismus eine dogmatisch erstarrte Staatsreligion, die sich in alltäglichen rituellen Beschwörungen und Zitaten, in permanenter Furcht vor eigenständigem »ketzerischen« Denken äußert; bei dem er, kurz gesagt, zu einer selbstverständlichen alltäglichen Pflichtübung herabgesunken ist. Einmalig ist das Phänomen WSCHSON insofern, als sich der Bund im Gegensatz zu allen anderen Gruppen, die auf die Erstarrung des Marxismus zur Staatsreligion mit der Forderung nach Denk- und Verhaltensfreiheit, nach Demokratie reagieren, selbst wiederum als einen religiösen Orden empfand. Läßt man dies außer acht, so wird weder das Programm noch das Vorgehen des WSCHSON verständlich.

Im Statut heißt es: »Der Bund zur Volksbefreiung ist eine überparteiliche, militärisch-politische Geheimorganisation; er gründet sich auf Gleichgesinnte, die eine Befreiung des Vaterlandes vom tyrannischen, totalitären Joch anstreben und die Errichtung einer sozial-christlichen Ordnung wollen.«

Die Organisation war um strikt konspiratives Vorgehen bemüht und bediente sich des sogenannten »Troika-Systems«, d. h. eine Grundzelle umfaßte drei Mitglieder, von denen jedes einen nächst Höheren kannte und selbst nach unten eine neue »Troika« organisierte und leitete. Die höchste Leitung der Organisation blieb ihnen somit unbekannt, doch konnte man sich schriftlich – über die Hierarchie nach oben – an sie wenden.

Konzipiert war ein Aufbau nach militärischen Organisationsprinzipien, also nach Bataillons, Regimentern und Korps sowie kleineren Formationen. Da sich jede Zelle auf die militärische Machtübernahme vorbereiten sollte, galt es auch, sich zu bewaffnen bzw. Waffen zu horten. Zugleich wurde nicht nur das Leben in der Organisation, sondern auch das Privatleben unter die Maxime »christlicher Prinzipien« gestellt. Es handelte sich also um den Versuch, einen bewaffneten religiösen Orden zu schaffen, der den Marxismus-Leninismus nicht nur mit einer neuen Religion konfrontieren, sondern ihn auch mit Waffengewalt vernichten sollte.

Zu den Aufgaben der Mitglieder gehörte auch eine gewisse Propaganda unter der Bevölkerung. Als typische Intellektuelle wählten sie dabei eine sehr originelle Methode, die den sowjetischen Sicherheitsorganen sehr viel Kopfzerbrechen bereitete und, wie von verschiedener Seite bekannt wurde, auch sehr gut funktionierte. Die Mitglieder sollten private Bibliotheken einrichten; viele Übersetzer und Wissenschaftler, die auch in Bibliotheken kamen, die gemeinhin verschlossen sind, sorgten dafür, daß Bücher, die verschiedene soziale Probleme unter »christlichen« Aspekten behandeln, und westliche kritische Analysen über die Sowjetunion übersetzt oder vervielfältigt wurden. Mit diesen Privatbibliotheken wollte man den offiziellen Bibliotheken Konkurrenz machen und verlich die Bücher an Bekannte und Freunde. In einigen Quellen ist davon die Rede, daß man auch besonderen Wert darauf legte, Bibliothekare in öffentlichen Bibliotheken zu gewinnen und mit deren Hilfe interessante Werke in die Regale dieser Bibliotheken zu bringen. Samisdat berichtet von der Gründung einer ideologischen Abteilung, die sich mit der Propagierung der eigenen Ideen zu befassen hatte.

WSCHSON führte keineswegs die christlich-sozialen Traditionen in Rußland fort. Mit Philosophen wie Berdjajew hatte er wenig zu tun, er kann auch nicht mit anderen militanten religiösen Organisationen verglichen werden, sondern war ein Produkt der sowjetischen Gegenwart, was für Politiker und Soziologen, aber auch für Psychologen außerordentlich interessant ist. Die Einstellung gegenüber den Kommunisten war keine rational fundierte, sondern entsprang vor allem moralisch-religiösen Wertvorstellungen. So wurde der Bolschewismus als eine Erscheinung angesehen, die dem »ethischen Prinzip der Geschichte widerspricht«, und sein Zusam-

menbruch daher als objektive Notwendigkeit erwartet. Der Antikommunismus dieser Gruppe war weniger politisch und sozial motiviert als durch ethische Forderungen, und daher war eine antikommunistische Aktivität für sie auch ein höchst sittliches Tun, zu dem die Sowjetbürger aufgerufen waren. Was darunter zu verstehen war, wurde präzise formuliert: »Die Befreiung der Völker vom kommunistischen Joch kann nur mit Hilfe eines bewaffneten Kampfes erreicht werden.«

Wir sahen bereits, daß der Organisation kein langes Bestehen beschieden war. Ihr Programm war weder ausgereift noch vollständig, viele Formulierungen führten zu Mißverständnissen. Das Modell einer »christlichen Gesellschaft«, so wie es der Organisation vorschwebte, sollte auf drei Prinzipien basieren: auf der »Christianisierung« der Politik, der Wirtschaft und der Kultur.

Höchster Wert und Ausgangspunkt für die Wirtschaft sollte der Mensch sein, ein von ihr – vor allem von der staatlichen Wirtschaft – unabhängiges Wesen. Jeder habe ein »Recht auf Boden« – zu realisieren durch eine »Personalisierung des Eigentums an Grund und Boden durch gesetzgeberische Mittel«. Ein kapitalistisches System wird nicht propagiert. Man versucht vor allem, sich vom Staats Eigentum zu lösen, während das, was und vor allem wie es geschehen soll, verschwommen und unpräzise bleibt. Dem Staat sollen nur die Wirtschaftsfunktionen zukommen, die mit Landesverteidigung, Außenhandel, Transport-, Post- und Fernmeldewesen zusammenhängen.

Die »Christianisierung« der Kultur soll alle zwischenmenschlichen Beziehungen – wiederum in nicht näher definierter Weise – auf »christlicher Basis« neu durchdenken und gestalten. Da man mit Hilfe solcherart organisierter Gruppen ein Zukunftsmodell der christianisierten Gesellschaft zu erreichen glaubte, wurden nicht nur bestimmte Lebens- und Verhaltensweisen gefordert, sondern auch eine »Christianisierung« der Mitglieder selbst, von denen erwartet wurde, daß sie sich voll und ganz zum Christentum bekennen.

Alles was hierüber bekannt wurde, läßt allerdings keine Rückschlüsse darauf zu, inwieweit es sich hier um christliche Weltanschauung ganz allgemein oder um die Orthodoxie handelt, was allerdings für den WSCHSON auch zweitrangig war. Das Hauptproblem war dagegen, daß Menschen, die bisher in atheistischem Geist erzogen und von diesem geprägt waren, nun zum christlichen Bekenntnis übergehen sollten.

Dieser Glaubensakt als solcher scheint ein detailliertes Aufzählen der einzelnen Glaubensinhalte zunächst einmal in den Hintergrund gedrängt zu haben. Es darf auch nicht überschen werden, daß zu den Führern der Gruppé erstaunlich viele Orientalisten gehörten. Die wichtigsten von ihnen sind Wjatscheslaw Platonow, der nur wenige Tage nach seiner Rückkehr von einem Forschungsprojekt in Äthiopien verhaftet wurde, und Michail Juchanowitsch Sado, der zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen nachweisen kann. Die Vermutung liegt nahe, daß die eingehende Beschäftigung mit den östlichen Kulturen und Religionen eine Hinwendung zu mehr mythischen Gedanken und eine Abwendung von materialistischen Überzeugungen förderte.

Unter dem Einfluß des »orientalistischen« Führungskerns dieser Gruppe bildete sich eine gewisse Verschmelzung des Christentums, des Buddhismus und der tibetischen Religion als ideologische Grundlage des WSCHSON heraus. Es fällt auf, daß er die Kirche als Organisation ablehnt, andererseits aber für einen »theokratischen Staat« tibetanischer Richtung eintritt, in dem quasi die weisen Philosophen über Macht verfügen und aufgrund »moralischer Gesetze« diese auch ausüben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das auf Troika basierende konspirative Aufbauprinzip des WSCHSON ein Versuch war, die bekannten chinesischen Geheimbünde aus dem 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nachzuahmen.

Das auf S. 176 wiedergegebene Dokument zeigt in interessanter Weise die Ursachen des Scheiterns des WSCHSON. Die Informationen aus dem Samisdat liefern allerdings keinerlei Indizien dafür, daß andere Organisationen versucht hätten, den WSCHSON weiterzuführen, so daß man annehmen muß, daß die Organisation völlig zerschlagen wurde.

Es ist bekannt, daß die Angehörigen der Gruppe in den Besserungs-Arbeits-Kolonien ein beträchtliches Ansehen genießen, was auf ihr würdiges Verhalten und ihren nachdrücklichen Einsatz für besonders schikanierte Lagerinsassen zurückzuführen sein dürfte. Platonow z. B. nahm an einem Hungerstreik teil, mit dem Häftlinge gegen die Verlegung des Schriftstellers Jurij Daniel und des Mitglieds des »Sojus Kommunarow« Walerij Ronkin ins Gefängnis von Wladimir protestierten. Die Angehörigen der Gruppe unterstützen auch alle Aktionen gegen die Verletzung der Menschenrechte.

Es war dem KGB schon nach relativ kurzer Zeit gelungen,

seine Agenten in den WSCHSON einzuschleusen. Alexandr Gidonij war bis in den Kern der Organisation vorgedrungen und dann auch während der Prozesse einer der wichtigsten Zeugen der Anklage. So militant sich die Gruppe auch gebärdete, erfolgreiche Verschwörer waren ihre Mitglieder nicht. Doch war dies nicht der einzige Grund für ihr Scheitern, die oben genannte Analyse gibt noch weitere, innere Gründe an.

Zunächst sah der WSCHSON im Bolschewismus kein Produkt der historischen Entwicklung, das auch in der russischen Geschichte und Mentalität verwurzelt ist, während ihn Nikolaj Berdjajew gerade unter diesem Aspekt untersucht hatte. Für die Gruppe war der Bolschewismus nicht mehr als ein geschichtlicher Zufall, etwas Fremdes im russischen Volk. Man glaubte, durch eine gewaltsame Vernichtung seines Machtapparates bereits eine »echte russische Entwicklung« zu ermöglichen. Mit Recht sehen die Kritiker hierin eine Simplifizierung des bolschewistischen Systems.

Einen zweiten Fehler beging die Organisation bei der Einschätzung der Lage in der Sowjetunion, was allerdings weitgehend ein Ergebnis der »Zufallstheorie« vom Bolschewismus war, ebenso des Glaubens, »das echte Rußland« sei leicht für seinen Sturz zu gewinnen.

Als dritter Fehler wird dem WSCHSON schließlich »Voluntarismus« in seinem Vorgehen vorgeworfen, wozu gehört, daß kein detailliertes politisches Programm und keine rationalen Zukunftsvorstellungen vorlagen.

Faschistische Gruppen

Die »Chronika tekuschtschich sobytij« berichtete häufig über die Tätigkeit russischer nationalistischer, faschistischer und militant-slawophil ausgerichteter Gruppen, die für ein »einiges unteilbares Rußland« mit einer autoritativen, zentralistischen, dem russischen »Geist« gemäßen Gesellschaftsordnung kämpften. In jüdischen Untergrundpublikationen aus der Sowjetunion war des öfteren darüber geklagt worden, daß diese Gruppen antisemitische Flugblätter und Broschüren verbreiten. Erstaunlicherweise wurden keinerlei Repressalien des KGB gegenüber diesen Gruppen bekannt. Aus den verfügba-

ren Dokumenten geht hervor, daß die Initiatoren es verstanden haben, eine gemeinsame Sprache mit chauvinistischen und zentralistisch orientierten Elementen in der Parteibürokratie zu finden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß diese Gruppen von bestimmten einflußreichen Kreisen als Gegengewicht zu den demokratischen geduldet, ja sogar gefördert werden.

Die russischen Patrioten

Die ›Chronika‹ berichtete erstmals in ihrer Nummer 17 vom Dezember 1970 über das Erscheinen eines Manifestes der russischen Patrioten, ›Slowo nazii‹ (Das Wort der Nation), das sie mit folgenden Worten kommentierte: »Die Autoren polemisieren verbissen mit in- und ausländischen Liberalen, die sie der Vaterlandslosigkeit, der Kraftlosigkeit und der objektiven Verderblichkeit ihrer Ziele und Anschauungen bezichtigen. ›Die russischen Patrioten‹ kämpfen für die Reinheit der weißen Rasse, die durch eine ›chaotische Hybridisierung‹ verderbt werde, für Rußlands Wiedergeburt (das große, einige und unteilbare Rußland) und für eine nationale Religion.«

Das Dokument ›Slowo nazii‹ selbst war Mitte 1971 in den Westen gelangt, so daß man sich anhand dieser Quelle ein deutliches Bild von der Ideenwelt und vom politischen Profil der Gruppe machen konnte. Das Manifest beginnt mit einem historischen Exkurs, der bis zurück zum Kampf zwischen Athen und Sparta reicht. Ziel dieser Überlegungen ist der Nachweis, daß die Demokratie nicht die natürliche Lebensweise des Menschen sein könne, sondern zwangsläufig zu verschiedenen Entartungen führen müsse. Nur eine »sich auf nationale Traditionen stützende starke Regierung« könne das verhindern, doch habe es in Rußland nie eine solche starke Regierung gegeben. Im Gegenteil: »Eine Unzahl höchst raffinierter Bemühungen wurde darauf gerichtet, unter der Flagge der Notwendigkeit von Veränderungen der russischen Lebensweise den Boden zu entziehen und nach westlichem Muster ein untypisches Rußland daraus zu machen.« Doch sei dies daran gescheitert, daß das Volk anders dachte und eine starke zentralisierte Macht verlangte, die in der Lage wäre, ein unabhängiges Rußland gegen alle Angreifer zu schützen. Von entscheidender Bedeutung waren die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg, und zwar nicht nur in Rußland selbst, son-

dern auch im Westen. Was den Westen angeht, so sehen die Autoren Hitler als Ergebnis der »Kränkung der nationalen Würde des deutschen Volkes«, sein Regime habe jeglicher Entartung einen erbarmungslosen Kampf angesagt: »Er war aber nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen, denn er ließ sich überhaupt nicht von den Rassenkriterien leiten, die er verkündete, sondern von einem engen nationalistischen Egoismus, indem er auch Völker für nicht vollwertig erklärte, die auf dem gleichen Entwicklungsniveau wie die Deutschen standen. Als Reaktion darauf wurde Deutschland von einer Welt gerechten gemeinsamen Hasses verschlungen.«

In der Entwicklung seit der Oktoberrevolution sehen die »russischen Patrioten« allerdings auch einige positive Trends. So nehmen sie z. B. die Sowjetunion gegen Vorwürfe in Schutz, sie sei eine Kolonialmacht, in ihr fehle die Demokratie. Ironisch erwähnen sie die vielen Tränen, die darüber vergossen worden seien, daß es in der Sowjetunion keine Demokratie gebe, alles Kritiken an die Adresse der »bürokratischen Elite«. Positive Ergebnisse der fünfzigjährigen Entwicklung des Sowjetstaates seien: ein straff zentralisierter Staat, das Vorhandensein einer privilegierten Schicht, eine zentralisierte Wirtschaftsplanung und nicht zuletzt ein funktionierender Repressionsapparat. Zu jedem Punkt bringen die »Patrioten« zwar ihre eigenen Wunschvorstellungen vor, doch betreffen diese keine grundsätzlichen formalen Veränderungen am bestehenden System, sondern nur inhaltliche. Hauptforderung ist und bleibt: alles hat den russischen Traditionen gemäß zu sein.

Bei der Behandlung des nationalen Problems in der Sowjetunion formulieren die »Patrioten« ihren Standpunkt sehr eingehend. Die russische Nation ist in ihren Augen im Vergleich zu den nichtrussischen Völkern und deren Republiken unterprivilegiert. Da Belorussen und Ukrainer in Wirklichkeit nur Teil des russischen Volkes seien, begeht die Sowjetregierung einen unverzeihlichen politischen Fehler, wenn sie von der »belorussischen Nation« und der »belorussischen Sprache« spricht. Was die Ukraine angeht, so räumen die »Patrioten« ein, daß dort zwar »eine starke nationalistische Bewegung« bestehe, diese habe jedoch vollständig unrealistische Ziele. Das beginne allein schon bei einer Überprüfung der Grenzen, die den Wegfall aller Gebiete mit russischer oder mit stark russifizierter Bevölkerung zur Folge hätte. Eine Ukraine ohne die Krim, die Gebiete Charkow, Donezk, Lugansk und Saporoshe

bzw. Odessa, Nikolajew, Cherson, Dnjeppetrowsk und Sumy sei aber gar nicht mehr lebensfähig, und schließlich müsse man ja auch noch mit den Ansprüchen der Polen im Westen rechnen. Die Ukraine stünde schließlich mit leeren Händen da wie weiland der verlorene Sohn. Die durch die Russifizierungs- und Kolonialisierungspolitik geschaffenen Fakten werden zum Argument dafür umgemünzt, z. B. die zu einem großen Teil russifizierten Unionsrepubliken Kasachstan und Kirgisien selbst als russischen Boden zu fordern.

Besonders billig werden die transkaukasischen Republiken behandelt, die das Manifest in bestem völkischen Jargon kurzerhand als »ungeheures Parasitengewächs auf dem Körper des Landes« apostrophiert. Die Autonomen Republiken auf dem Territorium der RSFSR schließlich seien eine reine Fiktion.

Auch das Judenproblem darf nicht fehlen und wird ebenfalls auf die Weise gelöst, daß das, was eigentlich zu beweisen wäre, gleich in die Beweisführung selbst eingeht. Die Klage der Juden, von den Russen als Minderheit unterdrückt zu werden, sei völlig aus der Luft gegriffen, da es ihnen dank ihrer »nationalen Vetternwirtschaft« gelungen sei, fast das gesamte Gebiet von Kultur und Wissenschaft zu monopolisieren. Eine höhnische Polemik liegt in der Frage, wie viele »russische Demokraten« noch übrigblieben, wenn man bestimmte strenge Maßstäbe anlegte.

Der Abschnitt Innenpolitik schließt mit der Behandlung des Religionsproblems, wobei weniger die Lage und die Rechte der Kirche interessieren als vielmehr die Beschwörung des ewigen Kampfes zwischen Gott und Teufel, um so die eigene Position zu untermauern: Der Teufel von heute hat seine Hörner unter einer Beatle-Frisur versteckt und versucht, verschiedene christliche Kirchen zu zersetzen, indem er »die Ideologie der jüdischen Diaspora – Egalitarismus und Kosmopolitismus – predigt« und den Prozeß der »Vermischung des Blutes« in aller Welt vertiefe. Da es das Christentum als Weltreligion nicht gebe, sondern nur nationale Varianten, müsse die russische orthodoxe Kirche in einem nationalen Staat eine entscheidende, würdige Rolle spielen.

Die Ausführungen zur Außenpolitik sind demgegenüber sehr kurz und dürftig: Ende der Auseinandersetzung zwischen Ost und West; gemeinsame Präventivmaßnahmen Rußlands, der USA und Indiens gegen China; gemeinsame Politik Rußlands und der westlichen Länder gegenüber den Entwicklungs-

ländern, ohne Vorherrschaftsansprüche. Der interessanteste Punkt betrifft die UNO: »Liquidierung dieser ohnmächtigen Organisation, die außerstande ist, auf der Welt Ordnung zu schaffen, und ihr Ersatz durch ein Bündnis der zivilisierten Länder mit Rußland und den vereinigten angelsächsischen Ländern.«

Die »Patrioten« sprechen sich offen gegen die Demokratie aus, die keine Heilung bringe, sondern die Krankheit nur vertiefe. »Weniger wichtig für uns ist, ob die Demokratie über die Diktatur siegt, als vielmehr eine ideologische Umorientierung der Diktatur, eine Art ideologischer Revolution. Eine solche Revolution könnte unblutig vonstatten gehen wie der Sieg der Christen im römischen Imperium. Doch ihr Ziel wäre diesmal das entgegengesetzte.«

Das Manifest endet mit folgenden Aufrufen: »Es lebe der Sieg der christlichen Zivilisation über das gegen sie rebellierende Chaos! Es lebe das große, einige und unteilbare Rußland! Gott mit uns!«

Weitere Kommentare zu diesem Dokument sind eigentlich überflüssig, doch die Existenz und die Tätigkeit einer solchen Gruppe unter den Bedingungen des bürokratischen Herrschaftssystems darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Allein schon das zitierte Programm zeigt, welche Taktik die Gruppe eingeschlagen hat. Sie wendet sich an die offizielle politische Elite von heute, gerade an jenes Heer von Nomenklatura-Funktionären, Partei- und Staatsbürokraten, die von den Demokraten, aber auch von marxistischen oppositionellen Kräften angegriffen werden. Von den Denkweisen dieser Schicht weichen die Vorstellungen der »Patrioten« im Grunde genommen nur durch ihre überspitzten Formulierungen ab. Da ihre Ideologie und ihre Einstellung aber, wie der Kiewer Literaturkritiker Iwan Dsjuba einmal sagte, die des traditionellen chauvinistischen Bürgertums fortführt, brauchen sie sich durch das Programm der »Patrioten« in keiner Weise bedroht zu fühlen, sondern es muß ihnen sogar imponieren.

Die Gruppe um die Zeitschrift »Wetsche«

Die »Chronika tekuschtschich sobytij« berichtete, daß im Januar 1971 die erste Nummer der Zeitschrift »Wetsche« herauskam, das Organ einer Gruppe, die die Traditionen der Slawophilen fortsetzen will und jede Orientierung nach Westen

ablehnt und bekämpft. »Wetsche«, das ist der Name der alt-russischen Volksversammlung in Stadt und Land. Während diese Institution von den Nationalisten idealisiert und als typische Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsform gefeiert wird, haben die marxistischen Historiker der Pokrowskij-Schule längst darauf hingewiesen, daß die Bauern vollkommen rechtlos waren, da die »Wetsche« nur ein Herrschaftsinstrument der Mächtigen gewesen sei.

Die »Chronika« bemerkt ganz richtig, daß zwischen »Wetsche« und »Slowo nazii« gewisse Unterschiede bestehen. Während letztere eine politische Erklärung darstellt, die Rassismus, Despotie und Großmachtchauvinismus predige, sei der Nationalismus von »Wetsche« keine politische Ideologie, sondern eine bestimmte Einstellung zur russischen Geschichte und Kultur sowie zur Orthodoxie. Einige der Artikel in der ersten Nummer hatten antisemitischen Charakter. Einige westliche Zeitungen haben den Inhalt dieser Nummer ziemlich eingehend resümiert; bisher ist das Dokument aber noch nicht in den Westen gelangt.

Wie die »Chronika« berichtete, ist im Mai 1971 die 2. Nummer von »Wetsche« erschienen, deren verantwortlicher Redakteur, W. N. Osipow, erklärt habe, »Wetsche« sei keineswegs eine illegale Publikation und lehne auch die These ab, sie sei »äußerst chauvinistisch«. Die gleiche Quelle informiert auch über den Inhalt der Nummer: die Artikel befassen sich mit historischen Themen, polemisieren gegen die sexuelle Revolution und registrieren bestimmte Ereignisse in Form von Chroniken, z. B. Verfolgungen von Gläubigen.

Die Gruppe um »Wetsche« führt die Traditionen einer extremen Gruppe fort, die sich als »Slawophile« bezeichnete und nach Chruschtschows Sturz unter Komsomolzen Anhänger gefunden hatte. Diese Gruppe konnte Einfluß auf die Komsomolzeitschrift »Molodaja gwardija« gewinnen und machte sie 1968 zu ihrem Sammelbecken. Zu ihrem Chefideologen gehörte W. Tschalmajew, dessen Artikel Kosmopolitismus, Amerikanismus, Konsumdenken anprangerten und die Kräfte des russischen Bodens wiederbeschworen. Die Gruppe figuriert daher auch als »Potschwenniki« (von »potschwa«, der Boden). Allein schon die Tatsache, daß sich die Potschwenniki ganz legal in einem Komsomolorgan etablieren und von dort aus monatelang ihre Propagandatätigkeit ganz offen durchführen konnten, ist bezeichnend für Verhalten und Einstellung der

Parteibürokratie. In der Nr. 2 von ›Wetsche‹ wird allerdings berichtet, daß ein gewisser Ju. D. Iwanow seinen Posten verlor, weil er »slawophile Sympathien auf den Seiten von ›Molodaja gwardija‹ zum Ausdruck brachte«. Die Auswüchse des Chauvinismus in der Komsomolzeitschrift haben seinerzeit nicht nur zu schweren Konflikten im Inland geführt, z. B. zu ausgedehnten Polemiken mit der Redaktion der Zeitschrift ›Nowyj Mir‹, sondern auch unter westlichen Kommunisten und Intellektuellen Empörung ausgelöst. Diese Reaktionen bewogen Parteichef Breshnew schließlich dazu, für ›Molodaja gwardija‹ einen gedämpften Kurs zu verordnen.

Die ›Chronika‹ vom 10. November 1971 berichtete über das Erscheinen der dritten Nummer von ›Wetsche‹. Als wichtigster Artikel wird genannt: ›Das Haus, das wir bauen‹, in welchem die Umweltprobleme behandelt werden, die eine Katastrophe für die Menschheit heraufbeschwören können. Andere Artikel befassen sich mit der Geschichte der Slawophilen in Rußland. M. Antonow schreibt über die Entwicklung des russischen nationalen Selbstbewußtseins. Seine These lautet: »Nur eine Vereinigung des orthodoxen Christentums mit dem Leninismus kann eine adäquate Weltanschauung des russischen Volkes ergeben, eine Synthese der jahrhundertalten Erfahrungen des Volkes.« In dieser Nummer erklärte der Herausgeber und Chefredakteur von ›Wetsche‹, W. Osipow, daß er seine Verhaftung oder andere Schwierigkeiten erwarte, obwohl nach seiner Meinung ›Wetsche‹ dem sowjetischen staatlichen und gesellschaftlichen System loyal gegenüberstehe. Ende 1971 kursierten in Moskau Gerüchte über die Verhaftung Osipows, die allerdings nicht bestätigt wurden.

Die stalinistische Widerstandsgruppe

Seit 1953 stießen die nicht sehr konsequenten Entstalinisierungsversuche Chruschtschows stets auf den Widerstand der Stalinisten. So konnte bekanntlich eine relativ starke Gruppe von Parteiführern bis 1957 im Präsidium des ZK der KPdSU und im Zentralkomitee alle Reformen und Versuche der »Vergangenheitsbewältigung« sabotieren. Nachdem es ihr nicht gelungen war, Chruschtschow zu stürzen, wurden

schließlich die Angehörigen der »partei feindlichen Gruppe« um Malenkov, Molotow und Kaganowitsch aus der Partei entfernt und aller Posten enthoben. In allen Apparaten, Verlagen und wissenschaftlichen Institutionen, aber auch im Schulwesen konnten Stalinisten ihre Positionen halten und von dort aus agieren. Sie haben allerdings auch versucht, organisierten Widerstand gegen die Parteiführung zu leisten. Aus Protest gegen die Entstalinisierung von 1956 war der Wirtschaftswissenschaftler A. Fetisow 1968 aus der KPdSU ausgetreten und im März des gleichen Jahres zusammen mit 7 weiteren Mitgliedern der Gruppe verhaftet worden. Als »psychisch Kranke« wurden sie in Nervenheilanstalten in Kasan und Leningrad festgehalten. Ein interessanter Umstand ist die Tatsache, daß sich die Anhänger der Gruppe vor allem aus Mitgliedern des Verbandes der Architekten der Sowjetunion rekrutierten. Sie haben daher ihre Vorstellungen auch unmittelbar auf die Stadtplanung übertragen.

Die »Chronika« berichtete in ihrer Nummer 2 vom April 1969 über diese Gruppe: »Die Ideen von Fetisow und seinen Anhängern sind eine Kritik am sowjetischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen System aus der Position des extremen Totalitarismus und Chauvinismus. Die historische Menschheitsentwicklung wird in den Arbeiten von Fetisow als Kampf zwischen Ordnung und Chaos dargestellt, wobei sich das Chaos im europäischen Volk inkarnierte, Europa zweitausend Jahre lang mit Unordnung überschwemmte, während nur der germanische und der slawische Urquell diesen Weg nicht beschritten: die totalitären Regime Hitlers und Stalins werden von Fetisow und seinen Gesinnungsgenossen als historisch notwendige und positive Erscheinungen gewertet. In das Wirtschaftsprogramm der Gruppe gingen insbesondere ein: die Entindustrialisierung des europäischen Teils der UdSSR, Verlagerung der Industrie und Massenumsiedlung von Arbeitern nach Sibirien, Wiedererrichtung patriarchalisch-gemeindlicher Ordnungsprinzipien auf dem Territorium des europäischen Rußlands. Dieses Programm nahm in den Plänen der jungen Architekten Gestalt an: in ihren Bauprojekten ist eine Enturbanisierung und die Rückkehr zur Landgemeinde vorgesehen. Einer von ihnen gründete darauf seine Dissertation, doch als sich der Wissenschaftliche Rat des Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur dagegen aussprach, ihm einen Grad zu verleihen, erklärte er, das sei ausschließlich

deshalb passiert, weil im Wissenschaftlichen Rat »nur Juden« seien. Auch Fetisow selbst ist für seine antisemitischen und antiintellektuellen Aussprüche bekannt. Kurz vor seiner Verhaftung trat er 1968 aus der Partei aus, zum Zeichen seines Protestes gegen die Entstalinisierung, während zugleich die demokratische Intelligenz die Gefahr einer Wiedergeburt des Stalinismus spürte; Fetisow mußten diese Versuche, die Vergangenheit zu restaurieren, schwach und inkonsequent erscheinen.

Seine Ideen beeindruckten unterschiedliche Kreise und hinterließen Nachwirkungen bei einem gewissen Teil der technischen Intelligenz, die mit Hilfe der Kybernetik, der Systemtheorie usw. eine Technokratie errichten wollte, ebenso wie bei jenem Teil der slawophilen humanistischen Intelligenz, dessen Slawophilentum in Chauvinismus übergeht; aber auch bei den Halbgebildeten, die nach schlichten und starken Mitteln zur Veränderung der Welt dürsten, fanden seine Ansichten Zustimmung.

Doch wie immer auch die Ideen der Stalinisten um Fetisow ausschauen mögen, man darf nicht vergessen, daß vier Menschen gemäß Artikel 70 tatsächlich für ihre Anschauung angeklagt wurden und sich unter entsetzlichen Bedingungen in psychiatrischen Spezialkliniken befinden, d. h. in Kerkern, wo sie von ihren Ansichten zwangsweise geheilt werden sollen.«

Opposition gegen die Nationalitätenpolitik der Partei

Die Sowjetunion ist ein Vielvölkerstaat, der sich in 15 Unionsrepubliken untergliedert: die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die Ukrainische, Belorussische, Usbekische, Kasachische, Georgische, Aserbeidshanische, Litauische, Moldauische, Lettische, Kirgisische, Tadshikische, Armenische, Turkmenische und Estnische SSR. Darüber hinaus weist der Sowjetstaat noch 20 Autonome Republiken, 8 autonome Gebiete und 10 nationale Kreise auf. Bei der Volkszählung von 1970 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 242 Mill. 129 Mill. Russen gezählt. Seit der Oktoberrevolution haben die Nationalitätenprobleme nicht aufgehört, eine wichtige Rolle zu spielen. Ihre Bedeutung wurde von Lenin voll er-

kannt, und er konnte auch trotz des Widerstandes der großrussischen chauvinistischen Kräfte in der Partei im Parteiprogramm und bei der Konzeption des Staatsaufbaus die Gleichberechtigung aller Nationen und Völkerschaften verankern.

In der späteren Entwicklung, vor allem unter den Gegebenheiten von Stalins despotischem Herrschaftssystem, waren zwei Dinge für das Schicksal der Nicht-Russen entscheidend. Im Gefolge eines perfektionistischen Zentralisierungswahnes büßten die Unions- und Autonomen Republiken immer mehr Rechte ein, die auf Unionsministerien und andere zentrale Institutionen übergingen. Die Zahl der im Kompetenzbereich der Republiken verbliebenen Ministerien war außerordentlich gering, diese betrafen fast nur noch kulturelle Belange und Wirtschaftsfragen von zweitrangiger Bedeutung.

Noch folgenreicher war die zweite Entwicklung – die Allianz der Parteibürokratie mit chauvinistischen Kräften, die in der zweiten Phase der Stalinherrschaft, während der sogenannten Shdanowschtschina, ihren Kulminationspunkt erreichte. Seither konnten sich im Parteijargon Schlagworte wie »der ältere russische Bruder«, »die selbstlose Hilfe des großen russischen Volkes« und andere Verherrlichungen der Russen etablieren. Obwohl Lenin gefordert hatte, außerhalb der Russischen Föderation solle die jeweilige nationale Sprache Amtssprache sein und Russisch nur als Kommunikationsmedium in einem multinationalen Staat dienen und die in anderen Republiken eingesetzten Russen sollten die dortige Sprache erlernen, verlief die Entwicklung genau entgegengesetzt. Russisch wurde zur »zweiten Muttersprache« erhoben, zum »einzigem Zugangsweg« zu den kulturellen Schätzen und Werten der ganzen Welt. Überall wurden Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache bevorzugt; Russen, die außerhalb ihrer Heimatrepublik leben, lehnen es ab, die Sprache ihrer Gastrepublik zu erlernen. Der seit der Zarenzeit zu beobachtende Trend, daß sich die Russen gerade in Städten – vor allem in Mittelasien – ansiedeln, hat sich zunehmend verstärkt. 1959 lebten 16,3 Millionen Russen außerhalb der Russischen Föderation, 1970 waren es bereits 21,3 Millionen, also fast ein Drittel mehr, was keinesfalls allein mit dem natürlichen Bevölkerungszuwachs erklärt werden kann. Sowjetische Demographen, unter ihnen auch viele russische Wissenschaftler, warnen schon seit Jahren vor derartigen Migrationsströmen.

Die Wanderungsbewegungen richten sich ja meist auf Republiken, die selbst ausreichende, ja oft sogar überschüssige Arbeitskräfte aufweisen. In der Russischen Föderation dagegen, und zwar nicht nur in ihren östlichen Rayons, sondern auch in den Industriezentren Moskau und Leningrad ist ein deutlicher Arbeitskräftemangel spürbar. In den 11 Jahren, die zwischen den Volkszählungen von 1959 und 1970 lagen, übersiedelten mehr als 1,5 Millionen Russen nach Mittelasien, mehr als eine Million in die Ukraine und mehr als eine Viertelmillion in die baltischen Republiken. Diese vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sinnlose und sogar schädliche Migrationspraxis, die rein politisch motiviert ist, wird in der Parteiliteratur als eine »fortschrittliche Entwicklung« gefeiert, da sie der »Internationalisierung« der Sowjetunion diene.

Nach Lenins Tod war vom Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus keine Rede mehr, es fiel nur gelegentlich der Ausdruck »Großmachtchauvinismus« (welikodershawnyj schowinism), der in bewußt verschwommener Weise Großmachtsansprüche der Russen gegenüber den anderen Sowjetvölkern kritisieren sollte.

Unter Stalins Herrschaft erreichte die Mißachtung und Verletzung der nationalen Rechte ihren Höhepunkt, als ganze Völkerschaften zwangsumgesiedelt und ihrer nationalen Autonomie beraubt wurden. Von besonders harten Schlägen wurde die jüdische Minderheit heimgesucht, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihr gesamtes eigenständiges kulturelles Leben einbüßte. Die Blüte der jüdischen Intelligenz wurde nach einem Prozeß im Gefolge der vom KGB abgekarteten und aufgebauten »Krim-Affäre« hingerichtet. An antisemitische Instinkte in der Bevölkerung zu appellieren, gehörte zu den primitiven Methoden, mit denen während der Shdanowschtschina »Kosmopoliten«, »unpatriotische Elemente« und »bürgerliche jüdische Nationalisten« verfolgt wurden. Die von Stalins Sicherheitsorganen konstruierte »Mord-Ärzte-Affäre« wurde von generellen Anschuldigungen gegen »zionistische Verschwörer« begleitet.

Bis heute blieb das Nationalitätenproblem ein entscheidendes Dilemma in der sowjetischen Gesellschaft. Häufig wird es mit Termini wie »separatistische Bestrebungen« simplifiziert und abqualifiziert, in Wirklichkeit geht es um die nach wie vor ungeklärten Prinzipien des Zusammenlebens, um die unbefriedigenden Beziehungen zwischen den Völkern in einem

multinationalen Staat, um die Reaktion auf eine systematisch betriebene Russifizierung und Entnationalisierung der nicht-russischen Völker und das Recht auf die staatliche Eigenständigkeit. Die heutige Entwicklung hat mit den Idealen und Zielvorstellungen der Oktoberrevolution nichts mehr gemein. Unter Chruschtschow wurde zwar versucht, wenigstens die größten Ausschreitungen zu beseitigen und ihre Folgen wiedergutzumachen, Völker wurden rehabilitiert und einigen von ihnen auch ihre nationale Autonomie zurückgegeben. Eine grundsätzliche Veränderung in der Alltagspraxis ist jedoch nicht eingetreten.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache ist das Nationalitätenproblem für alle oppositionellen Gruppen ein wesentlicher Bestandteil ihrer Programme und Zielvorstellungen. Abgesehen von stalinistischen und faschistischen Vereinigungen fordern alle russischen Gruppen (der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung ausgenommen) eine Korrektur der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Antisemitismus verurteilen sie auf das schärfste und bekämpfen ihn, mit nicht-russischen Gruppen pflegen sie enge Kontakte. Charakteristisch ist auf der anderen Seite gerade für die sechziger Jahre ein überraschendes Wiederaufleben des nationalen Selbstbewusstseins, das sich u. a. darin manifestiert, daß verschiedene oppositionelle politische Parteien das nationale Problem in den Vordergrund rücken. Ein wichtiges Ereignis war in diesem Zusammenhang die von dem Kiewer Literaturkritiker Iwan Dsjuba 1965 angefertigte Studie »Internationalismus oder Russifizierung?«, eine Analyse der geltenden Nationalitätenpolitik der KPdSU vom marxistischen Standpunkt aus. Diese Arbeit wurde zunächst von Samisdat in ukrainischer Sprache verbreitet, dann in verschiedenen Veröffentlichungen des russischen Samisdat sehr gelobt und später im Westen in verschiedenen Sprachen, darunter in Englisch und Italienisch, herausgebracht. Trotz einer Verleumdungskampagne gegen Iwan Dsjuba hat es die Partei nicht gewagt, ihn verhaften und vor Gericht stellen zu lassen.

Nachstehend werden die wichtigsten nationalen Oppositionsgruppen genannt, die von den Sicherheitsorganen im Verlauf der sechziger Jahre zerschlagen wurden. Über die Programme dieser Gruppen und über die Prozesse gegen sie haben die »Chronika tekuschtschich sobytij«, der »Ukrainskyj Wisnyk« und andere Samisdatveröffentlichungen eingehend informiert.

Die Entwicklung der sowjetischen Juden im Verlauf der sechziger Jahre stellt einen eigenen Komplex dar. Nach Stalins Tod wurden die Auswüchse des Terrors gegen die jüdische Intelligenz beseitigt und die Opfer der Krim-Affäre posthum rehabilitiert. Es zeichneten sich gewisse – wenn auch recht unscheinbare – Verbesserungen auf kulturellem Gebiet ab. Charakteristisch und erfreulich war es, daß Ende der fünfziger Jahre die oppositionell eingestellten Schriftsteller, besonders die Angehörigen der jüngeren Generation, den Antisemitismus angriffen. Es mag hier genügen, an das auch im Westen bekannte Gedicht ›Babij Jar‹ von Jewgenij Jewtuschenko zu erinnern. Chruschtschows Maßnahmen gegen rebellierende Schriftsteller und Künstler haben in der Praxis die antisemitischen Kräfte gestärkt, seine ständig wiederholte Beteuerung »Bei uns gibt es keinen Antisemitismus« ging einher mit dem Bemühen, dieses ganze Problem der öffentlichen Diskussion zu entziehen und gleichzeitig nachzuweisen, daß man ja gar nicht gegen die Juden, sondern »nur« gegen den Zionismus sei. Dieses Klima gestattete das Erscheinen einiger ausgesprochen antisemitischer Veröffentlichungen. Das Machwerk des Ukrainers T. K. Kitschko ›Judaismus ohne Beschönigung‹ zum Beispiel, das 1963 erschien, löste auch in kommunistischen und anderen linken Kreisen im Westen lebhaften Protest aus.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Entwicklung im jüdischen Bevölkerungsteil seit Stalins Tod zu beschreiben, sondern wir wollen uns darauf konzentrieren, die stürmische Entwicklung in den sechziger Jahren darzustellen, die weltweites Aufsehen erregte. Die Diskriminierung der Juden hat in erstaunlicher Weise das jüdische Nationalbewußtsein wieder aufleben lassen, wie es in der sowjetischen Geschichte wohl einmalig ist. Während einerseits die Diskriminierung wuchs, wuchs zugleich auch die Solidarität mit Israel, der Stolz auf diese in Liedern besungene »Oase der jüdischen Freiheit«. Einer der wichtigsten Gründe, die Lenin dafür angegeben hatte, daß die Juden keine Nation bilden – weil sie nämlich kein eigenes Territorium hätten –, ist ja inzwischen längst hinfällig geworden. Als dann 1967 Israel im Sechstagekrieg siegte und die drohenden sowjetischen Waffen vernichteten und sogar erobern konnte, war der Boden für den offenen Wider-

stand der sowjetischen Juden längst bereit. Als die sowjetische Presse nach der arabischen Niederlage eine großangelegte Hetzkampagne gegen Israel startete, mußte es das Regime erleben, daß ein Teil der jüdischen Bevölkerung – unterstützt von den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften – gegen diesen Propagandafeldzug protestierte und sich erstmals offen auf die Seite Israels schlug. Auf diesem Hintergrund kam es zwar nicht zur Herausbildung einer Organisation, doch wurde eine Bewegung erkennbar, die drei Ziele verfolgte. Sie wandte sich zunächst gegen die Diffamierung Israels; forderte eine Verbesserung der kulturellen und politischen Position der Juden in der Sowjetunion, und schließlich – das vielleicht wichtigste Anliegen – verlangte sie von den Behörden, unterstützt von der Weltöffentlichkeit, die Ausreise für auswanderungswillige Juden. Samisdat solidarisierte sich voll und ganz mit diesen Zielen.

Die Glorifizierung Israels und die Sehnsucht nach diesem Land spricht auch aus einem Gedicht von S. Lipkin, das dank eines kühnen Husarenstücks in das Organ des Schriftstellerverbandes der RSFSR, »Moskwa«, Nr. 12/1968 geriet (siehe Dokumentation, S. 196).

Hier können nicht einmal die wichtigsten Ereignisse im Zusammenhang mit den Auswanderungsbemühungen der Juden aufgezählt werden, denn es handelt sich um Hunderte von Petitionen, Protesten, Eingaben an die UNO-Menschenrechtskommission, Briefen an den Obersten Sowjet, an das ZK und an die Regierung, Demonstrationen auf offener Straße, Sitzstreiks usw. Dies alles nicht nur in Moskau und Leningrad, sondern auch in vielen anderen Teilen der Sowjetunion. Hierbei verdienen die mutigen Aktionen der georgischen Juden besonders erwähnt zu werden.

Die »Chronika tekuschtschich sobytij« registrierte den Versuch einer Selbstverbrennung des jüdischen Studenten Ilja Rips aus Riga. Im Samisdat wurde ein Flugblatt der jüdischen Studenten der Stadt Riga mit folgendem Text verbreitet:

»Wir Studenten-Juden aus Riga wenden uns an die Studenten Israels, der USA, Englands und der ganzen Welt mit einem Hilferuf!

Gestern, am 13. April 1969, hat sich unser Freund Iljuscha Rips – Student der Fakultät für Physik-Mathematik an der Lettischen Staatsuniversität – am Fuße des Freiheitsdenkmals

in Riga selbst angezündet. Auf der Brust Iljuschas war ein Plakat mit dem Protest gegen die Diskriminierung unseres Volkes, gegen die Entziehung der Rechte auf Auswanderung nach Israel befestigt. In Flammen, vor Schmerz sich kaum auf den Beinen haltend, lief Ilja die Hauptstraße entlang und rief: »Laßt uns nach Israel!« Die vorbeigehenden Matrosen rissen ihn zu Boden, erstickten mit Füßen die Flammen und schlugen ihn brutal zusammen. Die herbeigeeilten Milizsoldaten warfen den mißhandelten und verbrannten Jungen in einen Wagen und brachten ihn fort. Bis heute ist sein Aufenthaltsort unbekannt: wahrscheinlich befindet er sich im internen Gefängnis des Komitees für Staatssicherheit.

Ilja Rips drückte aus, was die Hunderttausende russischer Juden fordern! Unterstützt uns! Das Schweigen ist verbrecherisch! Protestiert!«

Weltweit bekannt wurde der Leningrader Flugzeugentführer-Prozeß im Dezember 1970, in dem die Hauptfigur, der 43jährige Mark Dymschitz, ein verdienter Pilot, und der 31jährige Edward Kusnezow zunächst zum Tode verurteilt wurden. Kusnezow, in dessen Paß als Nationalität »Russisch« vermerkt ist, erklärte während des Prozesses demonstrativ: »Ich bin Jude!« Samisdat veröffentlichte genaue Gedächtnisprotokolle über die Verhandlung, aus denen hervorgeht, daß die Angeklagten Würde und Haltung zeigten und sich in ihrem Schlußwort zu Israel bekannten. So sagte z. B. Anatolij Altman: »Heute, am Tag, wo sich mein Schicksal entscheidet, fühle ich mich sehr wohl und gleichzeitig ist mir auch sehr schwer: ich drücke die Hoffnung aus, daß Israel Frieden erreichen wird, ich sende Dir, meinem Vaterland, einen Gruß, Schalom alechem! Friede Dir, mein Israel.« Arie Lejb erklärte: »Ich möchte nochmals erklären, meine Tätigkeit war nicht gegen die sowjetische Sicherheit gerichtet, ich habe nur ein einziges Ziel – in Israel zu leben, das ich als meine Heimat betrachte, als die Heimat, wo seinerzeit mein Volk als Nation entstand und wo sich der jüdische Staat und die jüdische Kultur entwickelten, wo die Menschen meine Sprache sprechen, wo meine Verwandten und die mir Nahestehenden leben.«

In einem Protokoll wird davon berichtet, daß nach der Urteilsverkündung unter den Anwesenden Tumulte ausbrachen. Während die »offiziell« Anwesenden wie üblich dem Urteilsspruch Applaus spendeten, wurde gefragt: »Warum dem

Tod applaudieren?» Und als es militärisch knapp darauf hieß: »So muß es sein!«, riefen die Familienangehörigen: »Kinder, wir werden auf Euch warten, wir alle kommen nach Israel!«, »Israel mit uns, die ganze Welt mit uns!«, »Israel haj!«, und von einer Ecke aus begann jemand Israels Nationalhymne zu singen, in die die übrigen einstimmten. Die Rufe nach Ordnung wurden erst befolgt, nachdem sich die Forderung der Angeklagten und ihrer Angehöriger durchgesetzt hatte, »dem Tod keinen Beifall zu zollen«.

Dieser Prozeß löste unter den sowjetischen Juden ein lebhaftes Echo aus, von allen Seiten kamen Protestbriefe und Gnadengesuche. Die Todesurteile wurden unter dem Druck der öffentlichen Meinung in aller Welt aufgehoben.

Das Akademiemitglied A. D. Sacharow schrieb an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR: »Die Todesurteile und die drakonischen Repressalien seitens des Gerichts legen kein Zeugnis von der Macht des Staates ab. Sie dienen nicht den Interessen des internationalen Friedens, der Demokratie, Toleranz und Rechtsordnung. Ich rufe alle Menschen in den USA, in der Sowjetunion und in aller Welt auf, gegen Ungerechtigkeit, Terror und Unterdrückung, ohne Rücksicht darauf, wo immer sie stattfinden, einzutreten.«

In den letzten vier Jahren erschienen im Samisdat verschiedene Veröffentlichungen über Israel und über das jüdische Problem in der Sowjetunion. Ein programmatisches Dokument, »Das jüdische Problem in der UdSSR – Thesen«, findet sich in der Dokumentation. Erwähnenswert ist auch R. A. Medwedews Studie »Der Nahostkonflikt und das jüdische Problem in der Sowjetunion«. Samisdat veröffentlichte einige Nummern von »Ischod« (Exodus), worin Dokumente über die Auswanderungsbemühungen der sowjetischen Juden gesammelt werden. »Ischod« bringt auch Gedächtnisprotokolle von Prozessen gegen Juden, besonders aus Republiken mit einer großen jüdischen Minderheit. Es handelt sich um Hunderte von Gerichtsverfahren, die zumeist auf der Anklage wegen »antisowjetischer Propaganda« fußen, deren eigentlicher Anlaß aber vor allem die Auswanderungsbemühungen oder Proteste gegen Diskriminierungspraktiken sind.

Obwohl das jüdische Problem einen ganz speziellen Charakter hat, ist es doch zu einem Prüfstein der sowjetischen Nationalitätenpolitik geworden, denn der jüdische Widerstand läßt sich ja keineswegs nur auf den Wunsch reduzieren, eine

Auswanderungsgenehmigung zu erhalten. Auch die Juden, die in der Sowjetunion bleiben wollen, sollen eine ausreichende Zahl von eigenen Schulen, Theatern, Verlagen usw. erhalten, und jede Diskriminierung ihnen gegenüber sowie der Druck auf Assimilierung soll aufhören. Die Partei soll gezwungen werden, ihre Einstellung gegenüber dem Menschen als Individuum und gegenüber den verschiedenen Nationen zu überprüfen und endlich von den Hypothesen der Stalinzeit zu befreien. Gerade aus diesem Grund findet die jüdische Opposition in breiten Schichten der sowjetischen Bevölkerung so große Unterstützung.

Kampf der Krimtataren um ihre nationale Autonomie

Die Krimtataren gehörten zu den Völkern, die auf Stalins Veranlassung während des Zweiten Weltkriegs zwangsausgesiedelt und ihrer nationalen Autonomie entkleidet wurden. Als 1967 der fünfzigste Jahrestag der Oktoberrevolution begangen wurde, traf man in den Siedlungsgebieten der Krimtataren, die überwiegend in der Usbekischen SSR liegen, Vorbereitungen dafür, den 25. Jahrestag der Vertreibung aus ihrer Heimat mit Anklagen und Demonstrationen zu »feiern« und durch verschiedene Aktionen die sowjetische wie die Weltöffentlichkeit auf das ihnen angetane Unrecht hinzuweisen. Erst am 5. September 1967 war auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR das Volk der Krimtataren rehabilitiert worden, ohne allerdings zugleich auch das Recht auf Rückkehr in die Heimat und auf Wiederherstellung seiner nationalen Autonomie zu erhalten. Mit dieser halben Maßnahme gaben sich die Krimtataren nicht zufrieden. An ihren neuen Wohnorten begannen sie, sich zu organisieren, wählten in demokratischen Verfahren Mandatsträger und gaben diesen den Auftrag, ihre Interessen gegenüber den sowjetischen Behörden zu vertreten. Dabei ist erstaunlich, daß nicht die ältere Generation, der die Vertreibung noch unmittelbar in der Erinnerung haftete, die Führung im Kampf übernahm, sondern die jüngere, die z. T. gar nicht mehr in der Heimat ihrer Väter geboren wurde. Unter diesen Jungen sind viele Wissenschaftler und Ingenieure, aber auch Krankenschwestern und Arbeiter. Trotz energischer Maßnahmen seitens der usbekischen Behörden, besonders der Sicherheitsorgane, trotz des Eingreifens der

Parteibehörden und aller sonstigen Aktionen war diese Bewegung nicht mehr aufzuhalten. Erstaunlich war auch, daß sich die meisten krimtatarischen Partei- und Komsomolmitglieder mit der Bewegung solidarisch erklärten und eine Reihe von Memoranden und Aufrufen an die Parteiführung richteten, die von vielen »Krimtataren-Kommunisten« unterschrieben waren. Die Krimtataren organisierten sich auch in anderen Gebieten, wo nur kleinere Gruppen von ihnen wohnten bzw. studierten, hierbei ist die Bildung einer Vertretung der Krimtataren in Moskau besonders zu erwähnen, die sich aus ausgewählten Mandatsträgern zusammensetzte. Die Krimtataren veranstalteten Sammlungen, um das Geld für verschiedene Aktionen zu beschaffen, vor allem zur Finanzierung von Delegationen von Mandatsträgern nach Moskau.

Der Kampf der Krimtataren um die Wiederherstellung ihrer nationalen Autonomie wird auch von der russischen und ukrainischen Intelligenz unterstützt. Hierbei ist die Aktivität des Generals a. D. Grigorenko und des im November 1968 verstorbenen Altkommunisten Alexej Jewgrafowitsch Kosterin besonders hervorzuheben. In der Sowjetukraine wandten sich einige Wissenschaftler – unter ihnen die Enkelin des Dichters Iwan Franko, die Kandidatin der philologischen Wissenschaften Sinowja Franko – an ukrainische und Moskauer Behörden, mit der Bitte, aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution die auf Lenins besonderen Wunsch hin gegründete Autonome Republik der Krimtataren neuzubilden. Samisdat bot den Krimtataren die Möglichkeit, ihre verschiedenen Dokumente in russischer, aber auch in tatarischer Sprache zu verbreiten. Es gelang den Krimtataren, auch die öffentliche Meinung im Westen für ihren Kampf zu gewinnen.

Etwa 1967 begannen einzelne Krimtataren auf eigene Faust auf die Krim zurückzukehren. Bis zu ihrer Rehabilitierung konnten tatarische Aussiedler die Orte, die ihnen zugewiesen worden waren, nicht verlassen, ja mehr noch, sie waren verpflichtet, sich alle 14 Tage bei der Miliz zu melden. Nachdem diese knebelnde Maßnahme mit der Rehabilitierung abgeschafft worden war, benutzten einige Angehörige dieses Volkes ihre neugewonnene relative Freiheit dazu, sich in die alte Heimat zu begeben, um sich dort niederzulassen. Ihre Hoffnungen waren auch dadurch genährt worden, daß die Krim zu den nicht sehr dicht besiedelten Gebieten gehört. In der Sowjetukraine, zu deren Territorium die Krim gehört, läuft seit

Jahren eine Werbekampagne, um freiwillige Ansiedler für die Krim zu gewinnen, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Dennoch ließen es die zuständigen Behörden nicht zu, daß sich die Krimtataren ansiedelten, sie errichteten Internierungslager und brachten die unerwünschten Ansiedler nach Usbekistan zurück. Nach der Samisdat-Veröffentlichung ›Polititscheskij dnevnik‹ (Politisches Tagebuch) konnten sich nicht mehr als 150 Familien von Krimtataren auf der Krim niederlassen. Der Bürgerrechtler S. P. Pisarew, der im ›Politischen Tagebuch‹ einen Abriss ›Aus der Geschichte der Krimtataren‹ brachte, berichtete darüber, wie örtliche Behörden und chauvinistische Kräfte ihre negative Haltung begründet hätten: Auch wenn die Krimtataren 1944 unschuldig gewesen seien, so seien sie doch aufgrund der späteren Ereignisse zu Feinden von Russen und Ukrainern geworden, man solle sie möglichst weit von der Krim entfernt halten.

Am 21. April 1968 kam es in Tschirtschik in der Nähe von Taschkent zu Zwischenfällen, über die auch westliche Zeitungen näher berichteten. Krimtataren hatten sich versammelt, um Lenins Geburtstag zu feiern und seiner für das dankend zu gedenken, was er für ihr Volk getan hatte. Miliz- und Militäreinheiten kreisten die Versammelten ein und versuchten sie gewaltsam auseinanderzudrängen. Dabei wurden etwa 300 Personen verhaftet, eine daran anschließende Verhaftungswelle erstreckte sich auf alle Gebiete, in denen Krimtataren angesiedelt worden waren. Im Mai 1968 entsandten die Krimtataren eine Delegation nach Moskau, die der Parteiführung ein Bittgesuch um die Wiederherstellung der nationalen Autonomie überreichte. Alle Delegationsmitglieder wurden verhaftet und nach Taschkent abgeschoben. Die vier Anführer der Bewegung wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das brutale Durchgreifen in Tschirtschik entmutigte die Tataren jedoch nicht. In einem Brief von Ju. B. Osmanow an den Generalsekretär des ZK und an das Politbüro der KPdSU hieß es, seit der Rehabilitierung der Tataren hätten mehr als 10 Prozesse gegen gewählte Mandatsträger stattgefunden. Auf alle Proteste hätten die Behörden stereotyp geantwortet: »Hören Sie auf zu schreiben, sonst werden Sie sitzen! Hören Sie auf, sich an die Partei zu wenden, sonst werden Sie sitzen! Hören Sie auf, Heimat und Gleichberechtigung zu fordern, sonst werden Sie sitzen!«

Hier ist es nicht möglich, einen Überblick über die wichtig-

sten Protestaktionen, Verhaftungen und Verurteilungen zu geben. Erinnert sei aber an den Prozeß vom 1. Juli 1969 gegen 10 führende Krimtataren, in dem der General a. D. Grigorenko als Zeuge der Verteidigung auftreten wollte. Unter den Angeklagten waren eine 23jährige Krankenschwester, ein 54jähriger Elektriker, der Lehrer Ismail Jasydsew, der sich bei der Verteidigung von Sewastopol den Titel eines Helden der Sowjetunion erworben hatte, und nicht zuletzt auch die beiden Physiker Rollan Kadiew und Iset Chairow, die – obwohl erst 29 und 31 Jahre alt – bereits beträchtliche wissenschaftliche Erfolge erzielt hatten. Chairow gehörte der Partei an.

Zu nennen ist auch ein von sechzigtausend Krimtataren unterzeichnetes Memorandum an das Präsidium des XXIV. Parteitages der KPdSU (1971). Allein schon die große Zahl von Unterschriften spiegelt die gute Organisation und das starke Gemeinschaftsgefühl dieses Volkes. Auch in diesem Dokument werden die Rückkehr in die Heimat und die Wiederherstellung der nationalen Autonomie gefordert. Dabei werden auch 32 der wichtigsten Briefe, Memoranden und andere Dokumente erwähnt, die an das ZK und das Politbüro der KPdSU, an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und an den Ministerrat gerichtet waren und Tausende von Unterschriften trugen. Besonders zu verweisen ist auf drei »kollektive Briefe« krimtatarischer Kommunisten (mit 500, 700 bzw. 350 Unterschriften) und auf einen kollektiven Brief von krimtatarischen Partisanen mit 95 Unterschriften.

Aus der Dokumentation geht hervor, daß dem Präsidium des XXIII. Parteitages (1966) »Briefe des Volkes« mit 131 000 Unterschriften überreicht wurden! Auch an die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterbewegung wandten sich die Krimtataren mit der Bitte um Hilfe und überreichten ein Memorandum mit zwölftausend Unterschriften.

Die »Chronika« berichtete über das Memorandum an das Präsidium des XXIV. Parteitages, in dem es u. a. geheißen hat: »Mit größtem Schmerz berichten wir dem Parteitag, daß zahlreiche Briefe und Memoranden von Krimtataren an die höchsten Partei- und Sowjetorgane jahrelang unbeantwortet blieben, daß sie totgeschwiegen und ignoriert werden, obwohl das Gesetz verlangt, daß auf sie eingegangen wird.«

Die Anliegen werden in fünf Punkten formuliert: Rückkehr in die Heimat; das Leninsche Dekret vom 18. Oktober 1921 wieder in Kraft zu setzen, in dem die Schaffung einer auton-

men Republik beschlossen worden war; Rehabilitierung aller aus der Partei ausgeschlossenen Krimtataren; Entlassung aller Vertreter der Bewegung der Krimtataren aus dem Gefängnis und deren volle Rehabilitierung; alle jene, die die Geschichte der Krimtataren verfälschten, sollen zur Verantwortung gezogen werden.

In einem in den Westen geschmuggelten Film der Menschenrechtsbewegung sagte Sirana Mussajewa als Vertreterin der Krimtataren: »Trotz der Rehabilitierung unseres Volkes durch den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 5. September 1967 dürfen wir nicht auf die Krim zurückkehren. Wer an unserer nationalen Bewegung teilnimmt, der kommt ins Gefängnis, wird von Beruf und Universitätsprüfungen ausgeschlossen und in Lager gebracht. Das alles in diesem ›menschlichsten, demokratischsten Land«, der Sowjetunion.«

Die Bewegung der Völker von Mescheti für eine Rückkehr in ihre Heimat

Ein ähnliches Schicksal wie die Krimtataren erlitten auch die Volksgruppen aus dem früheren Mescheti im südlichen Georgien. Vom 2. bis ins 13. Jahrhundert hatte dies Gebiet zum Fürstentum Samzche-Saatabago gehört. Im 16. Jahrhundert wurde es von den Türken erobert, und 1829 kam sein nördlicher Teil an Rußland. Die verschiedenen Völkerschaften dieses Raumes wurden Mohammedaner und gerieten unter den Einfluß der türkischen Kultur. Sie wurden im November 1944 mit einigen armenischen und kurdischen Stämmen nach Mittelasien und Kasachstan deportiert. Allerdings erklärten damals die Behörden – anders als bei den übrigen Zwangsumsiedlungen – es handele sich nur um eine kriegsbedingte Vorsichtsmaßnahme, da die Deutschen anrückten. Doch die Umsiedlung verlief wie die der Krimtataren und der Völker des nördlichen Kaukasus. In Usbekistan starben mehr als fünfzigtausend Angehörige der Völker von Mescheti an Hunger und Kälte.

1956 wurden sie auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR rehabilitiert, allerdings ohne das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat zu erhalten. Statt dessen wurde ihnen gestattet, aus Mittelasien und Kasachstan in die Mugansker Steppe in Aserbeidshan überzusiedeln, ein Gebiet, das er-

geschlossen werden soll, aber aufgrund seiner ungünstigen klimatischen und sonstigen Bedingungen für Ansiedler wenig Anziehungskraft hat. Viele machten von diesem Angebot Gebrauch.

Wie die Krimtataren erwiesen sich auch die Mescheti-Völker als gute Organisatoren einer nationalen Bewegung. Gewählte Vertreter reisten mehrfach nach Moskau und wandten sich an Partei- und Staatsbehörden in Georgien, ihrer früheren Heimat. Familien, die auf eigene Faust in die alte Heimat zurückkehrten, wurden und werden aufgrund einer persönlichen Anordnung des Ersten Sekretärs des ZK der KP Georgien, W. P. Mshawanadse, zurückgeschickt.

1964 fand, höchstwahrscheinlich in Kirgisien, eine Versammlung der gewählten Vertreter der Völker von Mescheti statt, die ein provisorisches Organisationskomitee zur Befreiung (wremmenyj organizazionnyj komitet oswoboshdenija) mit dem Geschichtslehrer Enwer Odabaschew, Offizier a. D., an der Spitze bildete. Als er am 23. März 1966 zusammen mit einem gewissen Isetow zu Verhandlungen mit den georgischen Behörden nach Tiflis reiste, provozierten die Sicherheitsorgane eine Schlägerei. Odabaschew wurde zunächst verhaftet und dann wegen »geringfügigen Hooliganentums« zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Am 26. August 1969 erschien in Moskau eine Delegation von 120 Vertretern der Völker von Mescheti, sie wurde vom ZK-Funktionär Muralew empfangen. Nachdem ihre Forderungen kategorisch zurückgewiesen wurden, warfen die Delegationsmitglieder aus Protest ihre Pässe auf den Tisch und unterschrieben Erklärungen, fortan auf die sowjetische Staatsbürgerschaft zu verzichten. Am Tag darauf wurden sie bei einer Razzia festgenommen und an ihre Wohnorte zurückgeschickt. Die Auseinandersetzungen mit den Behörden und die Repressalien von deren Seite gipfelten in einer Verzweiflungstat des Provisorischen Befreiungskomitees: Eine von Enwer Odabaschew geführte Delegation richtete am 6. April 1970 an die Botschaft der Türkei in Moskau die Bitte, den Völkern von Mescheti, die die Sowjetunion verlassen wollten, die Möglichkeit zur Ansiedlung in der Türkei zu bieten. Am 2. Mai 1970 fand im Rayon Saatly in der Aserbeidshanischen SSR die »6. Volksversammlung« statt, die diesen Schritt billigte. Die Vorschläge an die sowjetische Regierung lauteten, entweder eine Meschetisch-Türkische ASSR oder ein autonomes Gebiet mit dem Zentrum in Achalziche in der Georgi-

schen SSR zu bilden. Bei Ablehnung dieser Wünsche wurde um das Recht gebeten, in die Türkei auszuwandern. Am 21. März 1971 wurde der sowjetischen Regierung ein Dokument über zahlreiche gesetzeswidrige Übergriffe und die Beleidigung der nationalen Gefühle der Mescheten zugesandt. Alle diese Informationen stammen aus der »Chronika tekuschtschich sobytij«, die auch vermerkt, daß der Kampf dieser Völker fort dauert.

Die »Chronika« vom 10. 11. 1971 berichtet über die Verhaftung des Vorsitzenden des Provisorischen Organisationskomitees zur Befreiung der Völker von Mescheti, Enwer Odabaschew, am 7. August 1971. Schon am 24. August wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Im September wurde auch sein Stellvertreter, M. Nijasow, verhaftet.

Opposition in der Ukraine

Die Ukraine, zweitwichtigste Unionsrepublik, hat nach der Volkszählung von 1970 47,1 Mill. Einwohner, davon 35,3 Mill. Ukrainer. Die gleiche Volkszählung hat auch bestätigt, daß die Ukraine neben Mittelasien das bedeutendste Auswanderungsziel für Russen ist. Die Ukraine hat einen hochentwickelten Stand in der Industrialisierung erreicht, viele Zweige sind dabei von gesamtsowjetischer Bedeutung. Sie weist ein reges wissenschaftliches und kulturelles Leben auf.

Die nationalen Konflikte reichen noch in die Anfänge der bolschewistischen Bewegung zurück. Unter den ukrainischen Bolschewiken setzten sich starke Kräfte für eine weitreichende Autonomie der Ukraine ein und verfolgten konsequent einen antizentralistischen Kurs. Es sei hier nur auf die prominentesten Vertreter dieser Richtung hingewiesen, so z. B. auf M. Skry'pnyk, der im Juli 1933 aus Protest gegen Stalins Nationalitätenpolitik Selbstmord beging und erst nach dem XX. Parteitag rehabilitiert wurde. Eine große Rolle in der Literatur der dreißiger Jahre spielte M. Chwylowyj, der die Konzeption vertrat, die Zukunft der Ukraine läge nicht im Bündnis mit Rußland, sondern sie müsse sich nach Westen wenden. Während der »Jeshowschtschina« wurde auch die ukrainische Intelligenz auf das härteste von den Verfolgungen heimgesucht. Während des Krieges kam eine nationalistische Partisanenbewegung zustande, die erst Anfang der fünfziger

Jahre endgültig liquidiert wurde. Die Ukraine erlebte nach Stalins Tod eine gewisse Auflockerung, vor allem auf kulturellem Gebiet. Doch bereits in den sechziger Jahren verschärfen sich erneut die Konflikte.

Eine Welle von Prozessen, vor allem gegen Angehörige der jüngeren Intelligenz, riß seit 1960 nicht mehr ab. Ein neues Phänomen war, daß sich viele Angehörige der ukrainischen Intelligenz zu Wort meldeten, sich mit den Verhafteten solidarisierten und an die ukrainische, und an die Moskauer Parteiführung wandten. Die meisten dieser Dokumente wurden von Samisdat bzw. vom ›Ukrainskij Wisnyk‹ veröffentlicht. Einen Brief von 1968 an Partei- und Staatsführung unterzeichneten 134 Personen, darunter bekannte Wissenschaftler und Schriftsteller. Auf diesen Brief hin veranlaßten die Sicherheitsorgane eine Reihe von Repressalien, die bis 1969 anhielten. Viele Wissenschaftler verloren ihre Posten, wurden vorzeitig pensioniert bzw. arbeitslos. Doch trotz aller repressiven Maßnahmen kam es zu immer neuen Protesten.

Der ›Ukrainskij Wisnyk‹ berichtet über die Fortdauer der Protestaktionen in Form von Briefen an verschiedene Behörden. 1967 z. B. wurde ein von 64 Kiewer Ukrainern unterzeichneter Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, und den Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, P. Je. Schelest, gerichtet. Es handelte sich um Proteste gegen die gewaltsame Zerstreung einer friedlichen Demonstration am 22. 5. 1967 am Taras-Schewtschenko-Denkmal in Kiew. Eine starke Protestwelle löste die Verurteilung des ukrainischen Historikers Walentyn Moros aus, der im November 1970 zu 6 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Besserungs-Arbeitslager und 5 Jahren Verbannung – insgesamt zu 14 Jahren Freiheitsstrafe wegen antisowjetischer Tätigkeit verurteilt worden war.

Mit dem Erscheinen des sozialkritischen Romans ›Sobor‹ (Die Kathedrale) des Kiewer Schriftstellers Oles Hontschar standen die Unruhen im Industriezentrum der Ukraine, Dnjepropetrowsk, im Jahre 1968 in Zusammenhang. In den Gebietszeitungen ›Sorja‹ und ›Prapor junosti‹ erschienen über diesen Roman begeisterte Rezensionen. Die chauvinistischen Kreise aus dem Parteiapparat organisierten eine Gegenaktion unter der Parole »Die Arbeiterklasse von Dnjepropetrowsk lehnt ›Sobor‹ ab«. Sie entschlossen sich sogar zu Repressalien gegen führende Journalisten, Wissenschaftler und Studenten.

Dadurch aber kristallisierten sich die Fronten noch schneller heraus. 1968 richtete eine Gruppe der »schöpferischen Jugend aus Dnjepropetrowsk« im Namen der ukrainischen Bevölkerung einen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates der Ukrainischen SSR, W. W. Schtscherbyzkyj, den Kandidaten des Politbüros des ZK der KP Ukraine F. D. Owtscharenko (zuständig für Ideologie) und den Sekretär des Schriftstellerverbandes der Ukraine, D. Pawlytschko. Es ist ein erschütterndes Dokument, in dem das ganze Ausmaß der Russifizierung in Dnjepropetrowsk geschildert und gleichzeitig die Methoden enthüllt werden, mit denen arrogante, selbstherrliche und zynische Parteifunktionäre zusammen mit den Beamten des KGB die junge ukrainische Intelligenz terrorisieren und Repressalien aussetzen. Ihre Parole »Bist du nicht auf unserer Seite, dann bist du ein Nationalist« wurde vom KGB mit dem Satz ergänzt: »Du stehst unter dem Einfluß der bürgerlichen Propaganda.« In dem Brief wehren sich junge Ukrainer dagegen: »Nein, nicht die bourgeoise Propaganda, sondern die Wirklichkeit in Dnjepropetrowsk ist schuld daran.« Dann folgt die Liste der Schandtaten der russischen Chauvinisten in Dnjepropetrowsk und Umgebung. Die protestierende Jugend bezeichnet sich in diesem Brief als Schüler von Marx und Lenin, von Schewtschenko und Dobroljubow, als ein Produkt der sowjetischen Wirklichkeit und übernimmt gerade deswegen die Verteidigung der ukrainischen Kultur und Sprache und fordert eine radikale Kehrtwendung der Parteipolitik: »Wenn wir uns schon als Marxisten bezeichnen, so muß man die Praxis in Dnjepropetrowsk so ändern, daß sie den leninschen Normen und den sowjetischen Gesetzen entspricht und jene ukrainischen Bürger, die dem Marxismus-Leninismus treu sind, nicht verfolgt.« Dieser Brief wurde im Samisdat verbreitet und gelangte auch in den Westen. Die Konflikte in Dnjepropetrowsk, einer Stadt, in der der heutige Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breshnew, jahrelang Erster Gebietssekretär war, gipfelten in einem Prozeß im Jahre 1970 gegen die jungen Dichter Iwan Sokulskyj, der zu 4½ Jahren Lager, und Mykola Kultschynskyj, der zu 2½ Jahren Lager, sowie gegen den Assistenten des metallurgischen Instituts in Dnjepropetrowsk Wiktor Sawtschenko, der zu 2 Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. Nach dem Prozeß fand eine Säuberung unter Lehrern, Hochschulprofessoren und Partei- und Komсомolfunktionären statt.

Eines der bedeutendsten Ereignisse dieser Zeit war die Herausgabe einer Dokumentation durch Samisdat, die der Journalist Wjatscheslaw Tschornowil unter dem Titel ›Verstand schafft Leiden. Porträts von zwölf ‚Verbrechern‘‹ zusammengestellt hatte. Es handelt sich um Biographien, wichtige Briefe und andere Zeugnisse über 12 Angehörige der ukrainischen Intelligenz, die im Herbst 1965 verhaftet und im Frühjahr 1966 in verschiedenen Prozessen hinter verschlossenen Türen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Diese Dokumentation ist in den Westen gelangt und wurde zunächst in Paris in ukrainischer Sprache, später unter dem Titel ›The Chornovil Papers‹ in englischer Sprache in großen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

In der Ukraine zeigten sich bei der Intelligenz die gleichen Trends wie in der Russischen Föderation: ein stärkeres Maß an Selbstbewußtsein und Zivilcourage; der Mut, sich ohne Rücksicht auf negative Auswirkungen auf die eigene Karriere für eine gerechte Sache zu engagieren; der Mut, sich bei den Behörden wegen Ungerechtigkeiten und Willkürakten zu beschweren; der Versuch, gegen Servilität und Apathie in den eigenen Reihen anzugehen. Der Journalist Wjatscheslaw Tschornowil ist ein deutliches Beispiel für dieses seit Stalins Schreckensherrschaft unbekanntes Verhalten sowjetischer Intellektueller.

Hier sind auch der Historiker Walentyn Moros und der bereits erwähnte Kiewer Literaturkritiker Iwan Dsjuba zu nennen (siehe hierzu das Kapitel ›Bedeutende Persönlichkeiten der Opposition‹).

In bezug auf ihre Forderungen nach Geistesfreiheit und den Kampf gegen KGB- und Behördenwillkür überhaupt unterscheiden sich die ukrainischen Intellektuellen von den russischen ebensowenig wie in vielen anderen Korrekturvorschlägen am sowjetischen System. Für die ukrainischen Intellektuellen steht aber die Nationalitätenpolitik im Vordergrund, hierbei wiederum besonders der Kampf gegen Russifizierung und chauvinistische Überheblichkeit.

Zwischen den Oppositionellen in der Russischen Föderation und in der Ukraine bestehen enge Kontakte. Die russischen Samisdat-Veröffentlichungen unterstützen im allgemeinen die Forderungen der ukrainischen Intelligenz und informieren über die Situation in der Ukraine, die ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ übernimmt Informationen des ›Ukrainskyj Wisnyk‹.

Stärker als in anderen Republiken gibt es in der Ukraine neben einer am sowjetischen Recht orientierten Opposition auch einen radikalen, sich offen als illegal bezeichnenden Widerstand. Dies spiegelt sich in der Zahl der politischen Prozesse. Von 1960 bis 1970 fanden in verschiedenen Städten der Ukraine über 50 politische Prozesse statt, in denen über mehr als 100 Angeklagte – meist hinter verschlossenen Türen – zu Gericht gesessen wurde. In diesem Zeitraum wurden fünf Todesurteile ausgesprochen, die dann im Kassationsverfahren in fünfzehnjährige Freiheitsstrafen umgewandelt wurden, drei weitere Todesurteile wurden vollstreckt. Über viele Urteile ist nichts näheres bekannt, doch allein die übrigen ergeben zusammengerechnet über 600 Jahre Freiheitsstrafe. Ausdruck der angespannten Situation in der Ukraine sind auch Verzweiflungsakte wie Selbstverbrennungen. Die ›Chronika‹ berichtete, daß sich am 5. Dezember 1968 auf dem Kiewer Kreschtschatyk der Lehrer Wasilij Jemeljanowitsch Makucha aus dem Gebiet Dnjepropetrowsk im Alter von 50 Jahren selbst verbrannte. Makucha hatte zwei Kinder und war früher Häftling in einem Konzentrationslager gewesen. Er erlag im Kiewer Oktober-Krankenhaus seinen Verletzungen. Vor seinem Tode rief er aus: »Freiheit für die Ukraine!« Später berichtete die ›Chronika‹, daß am 10. Februar 1969 der Lehrer Nikolaj Berislawskyj, 55 Jahre alt und Vater von drei Kindern, versuchte, sich vor der Kiewer Universität selbst zu verbrennen. Auch er war Häftling in einem Konzentrationslager gewesen. Berislawskyj umgab sich mit Losungen zum Protest gegen die Russifizierung in der Ukraine. Er wurde gerettet, verhaftet und am 28. Mai 1969 zu 2 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Regelmäßig und systematisch berichtet der ›Ukrainskyj Wisnyk‹ über politische Verhaftungen, Prozesse und außergerichtliche Repressalien in der Ukraine. Trotz der Vielzahl von Prozessen gibt es nur über zwei vom KGB als politische Organisationen zerschlagene Gruppen nähere Angaben, nachdem die auf dem »Nationalkommunismus« fußende Gruppe um Lukjanenko bereits dargestellt wurde. Es sind dies die Ukrainische Nationale Front und das Ukrainische Nationale Komitee, über die nachstehend zu berichten ist.

Die Ukrainische Nationale Front

1967 fand in Iwano-Frankowsk ein Prozeß gegen Mitglieder der »Ukrainyskyj Nazionalnyj Front« statt, einer Untergrundorganisation, die eine eigene Zeitschrift, »Wolja i Batjkiwschtschyna« (Freiheit und Vaterland), herausgab. Geleitet wurde die Gruppe von dem Bergmann Nikolaj Katschur aus dem Donez-Becken. Ideologe der Gruppe war Dmitrij Kwezko, Absolvent der historischen Fakultät der Lemberger Universität. Er hatte als Geschichtslehrer an einer Schule gearbeitet. Verhaftet wurden auch der Schriftsteller Sinowij Krasiwskyj aus Morschina, der sich mit historischen Themen beschäftigte, dann Michail Djak, Milizleutnant im Gebiet Iwano-Frankowsk, Wasilij Kulynin, der nach seinem Wehrdienst als Dreher im Gebiet Lemberg gearbeitet hatte, Jaroslaw Lesiw, Sportlehrer an einer Schule im Gebiet Kirowograd, der Geschichtslehrer Grigorij Prokopowytch, der Lemberger Ingenieur Iwan Gubka und der Chorleiter Myroslaw Melen aus Morschina. Die drei letzten und Nikolaj Katschur waren bereits früher wegen Beteiligung am nationalen Widerstand verurteilt worden. Außer Kulynin (geb. 1943) und Lesiw (geb. 1945) waren die meisten Angehörigen der Gruppe um die vierzig Jahre alt. Über das Programm dieser Gruppe ist nichts Zuverlässiges bekannt, aus den Prozeßberichten war zu erfahren, daß ihre Führung »öffentliche Briefe« an das Präsidium des XXIII. Parteitages sandte und darin eine Änderung der Nationalitätenpolitik in der Ukraine forderte. In den Wäldern der Karpaten entdeckte die Gruppe zufällig 7000 Flugblätter, die von der mittlerweile liquidierten »Ukrainischen Aufständischen Armee« aus den Jahren 1947–49 stammten, und entschloß sich, diese demonstrativ unter der Bevölkerung zu verteilen, obwohl sie längst an Aktualität verloren hatten. Am eifrigsten wirkte an der Verteilung der Milizleutnant Djak mit.

Die »Ukrainische Nationale Front« hat allem Anschein nach strikt konspirativ gearbeitet, mit Zellen, denen nur drei bis fünf Personen angehörten, und lehnte eine Tätigkeit im Rahmen des Legalen von vornherein ab. Die drei wichtigsten Personen der Gruppe wurden zu folgenden Strafen verurteilt: Kwezko zu 15 Jahren Freiheitsstrafe (davon 5 Jahre Gefängnis) und zusätzlich zu 5 Jahren Verbannung; Krasiwskyj und Djak zu je 12 Jahren (davon 5 Jahre Gefängnis) und zu weiteren 5 Jahren Verbannung. Zwei weitere Angeklagte erhielten 5 Jahre Freiheitsstrafe.

Das Ukrainische Nationale Komitee

Das »Ukrainskyj Nazionalnyj Komitet« war vor allem in Stadt und Gebiet Lemberg tätig, auffallend ist sein »proletarischer« Charakter. Nur zwei der Angeklagten im Prozeß gegen die Gruppe, der vom 16. bis zum 23. Dezember 1961 in Lemberg stattfand, waren Angehörige der Intelligenz, alle übrigen waren Arbeiter, zwei Kolchosbauern. Unter den Verurteilten war auch ein Knabe.

Über Ziele und über das Programm des »Komitees« fehlen Angaben, doch die auch für die damalige Zeit sehr harten Urteile legen die Vermutung nahe, daß es sich in den Augen von Sicherheitsorganen und Staatsanwaltschaft hierbei um eine für die Sowjetunion außerordentlich »gefährliche« Gruppe gehandelt haben mußte.

Armenische oppositionelle Gruppe um die Zeitschriften »Im Namen des Vaterlandes« und »Der Leuchtturm«

In den Jahren 1969 und 1970 fanden in Armenien zwei große Prozesse gegen die oppositionellen Gruppen um die Zeitschriften »Wo imja Rodiny« (Im Namen des Vaterlandes) und »Paros« (Der Leuchtturm) statt. Führende Personen der ersten Gruppe, die im Prozeß vom Februar 1969 verurteilt wurden, waren A. U. Babajan, geb. 1915, ein Lehrer, der für seine Verdienste während des Großen Vaterländischen Krieges mit mehreren Orden und Medaillen ausgezeichnet und siebenmal verwundet worden war; O. M. Wasiljan, geb. 1936; G. R. Ekimjan, geb. 1936, und der Kraftfahrer S. Ch. Torosjan, geb. 1935. Alle vier wurden zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Sch. P. Gjunaschjan, geb. 1939, Ingenieur-Konstrukteur, wurde zu 4 Jahren und Aruschanjan zu 1 Jahr 6 Monaten Besserungs-Arbeits-Kolonie verurteilt. Aus dem kurzen Bericht über den Prozeß gegen diese Gruppe erfahren wir einiges über die Anklage: Herausgabe der illegalen Zeitschrift »Im Namen des Vaterlandes«, Verleumdung der Sowjetunion, Kritik an der Nationalitätenpolitik der Partei und der sowjetischen Führung, Verleumdungen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik; Verbreitung des Flugblattes »Man darf nicht mehr schweigen«, Propaganda für die Unabhängigkeit Armeniens. Die Zeitschrift »Im Namen des Vaterlandes« erschien in einer Auflage von 342 Exemplaren.

Im Februar 1970 fand der Prozeß gegen eine weitere Gruppe armenischer Oppositioneller statt, in dem folgende Urteile gefällt wurden: P. A. Ajrikjan, geb. 1949, Student des Polytechnischen Instituts in Jerewan – 4 Jahre Freiheitsstrafe; A. O. Aschikjan, geb. 1949, Student, und A. Z. Nawasardjan, geb. 1950, Motorist – je 2 Jahre Besserungs-Arbeits-Kolonie; R. S. Barsegow, geb. 1950, Schlosser, und A. Z. Chatschatrjan, geb. 1951, Student – je 6 Monate Freiheitsstrafe. Den Angeklagten wurde vorgeworfen: Gründung der illegalen Gruppe »Schand« (nach dem armenischen Schriftsteller Lewon Schand), deren Ziel der Kampf gegen die nationale Assimilierung Armeniens und die Vereinigung des sowjetischen und türkischen Armeniens in einem unabhängigen Staat war; Herausgabe und Verbreitung der Samisdatausgaben »Paros« (Der Leuchtturm) und eines »Programms und Statuts der Nationalen Einheitspartei«; eine Demonstration am Denkmal für die Opfer des Blutbades von 1915; Vorträge über die Geschichte des armenischen Volkes und über die sowjetische Nationalitätenpolitik; Anfertigung von Flugblättern mit Protesten gegen den russischen Chauvinismus, die von Schülern verbreitet wurden.

Im Prozeß erklärten die Angeklagten, daß sie zwar manchmal gegen die Gesetze verstoßen hätten, der Grund dafür sei jedoch ihre nationalpatriotische Überzeugung gewesen, so daß ihre Tat nicht als kriminell bezeichnet werden könne.

»Baltische Föderation«

1962 wurde von den Sicherheitsorganen die in den baltischen Republiken verbreitete Organisation »Baltische Föderation« aufgedeckt. Es gibt keine genaueren Angaben über das Programm und die Tätigkeit dieser Gruppe. Nicht bekannt ist z. B., ob ihr Ziel die Schaffung eines unabhängigen föderativen Staates der baltischen Republiken war oder ob sie Autonome Republiken innerhalb des Staatsgefüges der Sowjetunion anstrebten. Aus einigen Informationen ist nur bekannt, daß die Gründer dieser Organisation in der Föderation der baltischen Republiken die einzige Möglichkeit sahen, gegen die Russifizierung anzugehen und die Wirtschaft der baltischen Republiken gemäß ihrer nationalen Interessen zu entwickeln. Die wichtigsten Organisatoren dieser Gruppe waren: W. Ja.

Kalnin, geb. 1938, Journalist, U. W. Ofkints, geb. 1941, Kameramann im Rigaer Filmstudio, Ja. Ja. Rejnisks, geb. 1908, Arbeiter, S. R. Rosenberg, geb. 1943, Arbeiter, und K. E. Skujeniks, geb. 1936, Dichter. Auffallend ist, daß alle Angeklagten Letten waren.

Nationale Opposition in Mittelasien

Die ›Chronika‹ Nr. 3 vom 30. 7. 1969 veröffentlichte folgende Informationen über die Unruhen in Usbekistan Mitte 1969:

»Mitte Mai fanden in einigen Städten Usbekistans nationale Massenunruhen in Form von Versammlungen und Meetings statt unter der Parole ›Russen raus aus Usbekistan‹. Die Unruhen nahmen eine so scharfe Form an, daß Truppen nach Taschkent entsandt wurden. In Taschkent und anderen Städten wurden ca. 150 Personen festgenommen, die Mehrzahl wurde wieder entlassen, ca. 30 Personen bekamen 15 Tage Arrest ›wegen geringfügigen Hooliganentums‹. Nach unbestätigten Gerüchten befindet sich unter den Festgehaltenen die Tochter des Ersten Sekretärs des ZK der KP Usbekistans, Raschidow, und der Sohn eines der stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Usbekischen SSR.

Auch unter der zahlenmäßig starken tadshikischen Bevölkerung in Usbekistan finden Unruhen statt. In Buchara, wo sehr viele Tadshiken leben, wird in den neuausgestellten Pässen in der Rubrik ›Nationalität‹ statt ›Tadshike‹ ›Usbeke‹ eingetragen. Aber das Prinzip ›divide et impera‹ blieb unwirksam und die Empörung der tadshikischen Bevölkerung richtete sich nicht gegen die Usbeken, sondern gegen die Initiatoren dieser Neueinführung – die russische Verwaltung. Die Rache für die Verletzung des nationalen Gefühls nahm eine schreckliche Form an: es wurden 8 Morde verübt. Die Unruhen dauern an.«

III Dokumentation

Appell der Professoren an die Parteiführung
Ein Brief von den Professoren A. D. Sacharow, W. F. Turtschin und R. A. Medwedew an das ZK der KPdSU

Hier unterbreiten drei Wissenschaftler Vorschläge für eine grundsätzliche Reform von System und Gesellschaft, die sie im März 1970 als Brief an das ZK der KPdSU formulierten. Von Samisdat verbreitete Abschriften gelangten bald auch in den Westen, veröffentlicht wurden sie u. a. in der ›Neuen Zürcher Zeitung‹ vom 22. und 24. April 1970.

An das Zentralkomitee der KPdSU, L. I. Breshnew
An den Ministerrat der UdSSR, A. N. Kossygin
An das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, N. W. Podgornyj

Hochverehrte Genossen,
wir wenden uns an Sie in einer Frage von größter Wichtigkeit. Unser Land erreichte viel bei der Entwicklung der Produktion, in Erziehung und Kultur, bei der hauptsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, bei der Schaffung neuer sozialer Beziehungen zwischen den Menschen. Diese Errungenschaften haben historische Bedeutung; sie haben einen tiefen Einfluß auf die Lage in der ganzen Welt ausgeübt und eine feste Basis für den weiteren Aufbau des Kommunismus geschaffen. Aber es gibt auch ernste Schwierigkeiten und Fehler.

In diesem Brief wird ein Standpunkt dargelegt und entwickelt, der kurz in folgenden Thesen zusammengefaßt werden kann:

1. Es ist heute eine dringende Notwendigkeit, eine Reihe von Maßnahmen für die weitere Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens unseres Landes zu treffen. Diese Notwendigkeit entspringt, zum Teil, aus dem engen Zusammenhang von Problemen der techno-ökonomischen Entwicklung und der wissenschaftlichen Verwaltungsmethoden mit den Fragen der Informationsfreiheit, der Publizität und des Wettbewerbs. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus anderen innen- und außenpolitischen Problemen.

2. Die Demokratisierung soll zur Aufrechterhaltung und

Stärkung der sowjetischen sozialistischen Ordnung, der sozialistischen Wirtschaftsstruktur, unserer gesellschaftlichen und kulturellen Errungenschaften und der sozialistischen Ideologie beitragen.

3. Die Demokratisierung, die unter Führung der KPdSU in Zusammenhang mit allen Gesellschaftsschichten durchgeführt wird, soll die leitende Rolle der Partei im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft erhalten und festigen.

4. Die Demokratisierung soll schrittweise durchgeführt werden, um mögliche Komplikationen und Fehlschläge zu vermeiden. Gleichzeitig soll sie gründlich und tiefgreifend sein und konsequent sowie aufgrund eines sorgfältig ausgearbeiteten Programms durchgeführt werden. Ohne eine gründliche Demokratisierung wird unsere Gesellschaft die sich aufdrängenden Probleme nicht lösen und sich nicht normal entwickeln können.

Es gibt Gründe zu der Annahme, daß der in diesen Thesen ausgedrückte Standpunkt in gewissem Grade von einem bedeutenden Teil der sowjetischen Intelligenz und der Avantgarde der Arbeiterklasse geteilt wird. Dieser Standpunkt spiegelt sich auch in den Meinungen der Studenten und der Arbeiterjugend sowie in zahlreichen Diskussionen kleiner Zirkel. Aber wir halten es für zweckmäßig, diesen Standpunkt zusammenhängend in Form eines Briefes darzulegen, um eine umfassende und offene Diskussion der wichtigsten Probleme anzuregen. Wir bemühen uns um eine positive und konstruktive Einstellung, die für die Führung von Partei und Staat annehmbar ist und Mißverständnisse und unbegründete Befürchtungen entkräften soll.

Im Laufe der vergangenen Dekade tauchten in der Wirtschaft unseres Landes bedrohliche Zeichen von Unstimmigkeiten und Stagnation auf, wobei die Wurzeln dieser Schwierigkeiten weiter in frühere Perioden zurückreichen und grundsätzlichen Charakter haben. Ständig sinkt das Wachstumstempo des Volkseinkommens. Es wächst das Mißverhältnis zwischen den für eine normale Entwicklung benötigten und dem tatsächlichen Einsatz neuer Produktionskapazitäten. Es gibt zahlreiche Beweise für Fehler bei der Festlegung der technischen und ökonomischen Politik für Industrie und Landwirtschaft sowie für unzulässige Verschleppung von Entscheidungen über unaufschiebbare Probleme.

Defekte im System der Planung, der Rechnungsführung und des Anreizes führen oft zu Gegensätzen zwischen lokalen und nationalen Interessen. Als Folge davon werden Reserven zur Entwicklung der Produktion nicht entdeckt und ungenügend ausgenutzt und dadurch der technische Fortschritt verlangsamt. Aus diesen Gründen werden natürliche Reichtümer ungestraft und ohne Kontrolle zerstört: Abholzung von Wäldern, Verschmutzung des Wassers, Überschwemmung wertvollen Ackerlandes, Erosion und Versalzung fruchtbaren Bodens usw. Allgemein bekannt ist die chronisch ernste Lage der Landwirtschaft, besonders in der Viehzucht. Das Realinkommen der Bevölkerung hat in den letzten Jahren kaum noch zugenommen, Ernährung, medizinische Betreuung und die Dienstleistungen auf allen Lebensgebieten verbesserten sich nur langsam und unterschiedlich in den verschiedenen Landesteilen. Der Umfang mangelhafter Ware nimmt zu. Im Lande gibt es deutliche Zeichen einer Inflation.

Ganz besonders alarmierend für die Zukunft unseres Landes ist die Verlangsamung der Entwicklung des Erziehungswesens: unsere Gesamtausgaben für Erziehung sind dreimal geringer als in Amerika, und sie nehmen nur langsam zu. Auf tragische Weise nimmt der Alkoholismus überhand, und schon taucht die Gefahr der Rauschgifte bei uns auf. In vielen Gegenden des Landes nimmt die Kriminalität zu. In einer Reihe von Orten sind Symptome der Korruption festzustellen. In der Arbeit wissenschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Organisationen tritt immer mehr Bürokratismus, Amtsbeschränktheit, formalistische Einstellung gegenüber den eigenen Aufgaben und Fehlen von Initiative zutage.

Ein entscheidender Maßstab für den Erfolg ökonomischer Systeme ist bekanntlich die Arbeitsproduktivität. Und gerade damit ist es am schlechtesten bestellt. Nach wie vor ist die Arbeitsproduktivität bei uns um ein Mehrfaches niedriger als in den kapitalistischen Ländern, und ihr Wachstum hat sich stark verlangsamt. Diese Lage ist besonders beunruhigend, wenn man sie mit der in den wichtigsten kapitalistischen Ländern, besonders in Amerika, vergleicht. Durch die Einführung von Elementen staatlicher Planung und Intervention in ihrer Wirtschaft haben diese Länder die verheerenden Krisen überwunden, die früher die kapitalistische Wirtschaft heimgesucht hatten. Die umfassende Einführung von Automation und Computertechnik förderte ein rasches Wachstum der Arbeits-

produktivität und erlaubte die Überwindung gewisser sozialer Schwierigkeiten und Widersprüche, zum Beispiel durch Einführung von Arbeitslosenunterstützung, von Arbeitszeitverkürzung usw.

Wenn wir unsere Wirtschaft mit der Amerikas vergleichen, müssen wir feststellen, daß wir nicht nur quantitativ, sondern auch – was noch schlimmer ist – qualitativ im Rückstand sind. Je neuer und revolutionärer ein Wirtschaftszweig ist, desto größer ist bei ihm der Abstand zwischen Amerika und uns. Wir übertreffen zwar Amerika in Kohlenförderung, sind jedoch in der Produktion von Erdöl, Gas und Elektrizität zurückgeblieben; wir sind um das Zehnfache in der Chemie und unendlich weit in der Computertechnik zurück. Gerade dieser Rückstand ist ganz besonders entscheidend, da der Einsatz elektronischer Rechenmaschinen in der Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung ist und den Produktionsprozeß und die ganze Kultur radikal verändern kann. Diese Entwicklung wird richtig als zweite industrielle Revolution bezeichnet.

Übrigens ist der Umfang unseres Computerparks hundertmal kleiner als in Amerika, und was den Einsatz von Computern in der Volkswirtschaft anbelangt, ist der Abstand so groß, daß er gar nicht mehr zu messen ist. Wir leben in einem anderen Zeitalter.

Im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Erfindungen ist die Situation nicht viel besser. Hier ist ein Vorsprung für uns nicht in Sicht, eher umgekehrt. Am Ende der fünfziger Jahre war unser Land das erste der Welt, das einen Sputnik abschob und einen Menschen in den Weltraum sandte. Ende der sechziger Jahre haben wir den Vorsprung auf diesem Gebiet, wie auch auf vielen anderen Gebieten, verloren. Die ersten Menschen, die auf dem Mond landeten, waren Amerikaner. Diese Tatsache ist nur eine Bestätigung für den bestehenden und wachsenden Abstand zwischen uns und den westlichen Ländern auf der breiten Front der wissenschaftlichen und technologischen Arbeit.

In den zwanziger und dreißiger Jahren hat die kapitalistische Welt eine Periode von Krisen und Depressionen durchgemacht, während wir damals die durch die Revolution angefachte nationale Energie nutzten und in unerhörtem Tempo unsere Industrie schufen. Damals wurde die Losung ausgegeben: Amerika einholen und überholen! Und in den folgenden Jahrzehnten haben wir tatsächlich aufgeholt. Dann änderte sich

dieses Verhältnis. Es begann die zweite industrielle Revolution, und jetzt, anfangs der siebziger Jahre, müssen wir feststellen, daß wir Amerika nicht eingeholt haben und immer mehr zurückbleiben.

Warum das? Warum waren wir nicht die Pioniere der zweiten industriellen Revolution, und warum waren wir nicht fähig, diese Revolution gleichzeitig mit den kapitalistischen Ländern zu beginnen? Bietet unsere sozialistische Gesellschaftsordnung wirklich schlechtere Bedingungen als die kapitalistische für die Entwicklung der Produktionskräfte, und wird im wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus wirklich der Kapitalismus den Sieg davontragen?

Natürlich nicht! Die Wurzel unserer Schwierigkeiten liegt nicht in der sozialistischen Ordnung, sondern umgekehrt in jenen Besonderheiten und Verhältnissen unseres Lebens, die dem Sozialismus zuwiderlaufen und ihm feindlich sind. Die Wurzel liegt in den antidemokratischen Traditionen und Normen des gesellschaftlichen Lebens, die in der stalinistischen Zeit entstanden sind und die bis heute noch nicht völlig liquidiert worden sind. Zwangsmaßnahmen außerhalb der Wirtschaft, Begrenzung des Informationsaustauschs und der Gedankenfreiheit und alle anderen antidemokratischen Entstellungen des Sozialismus unter Stalin betrachtet man bei uns als den unvermeidlichen Preis für den Industrialisierungsprozeß. Man nimmt an, daß sie keinen nachteiligen Einfluß auf die Wirtschaft des Landes ausgeübt haben, auch wenn sie Folgen im politischen und militärischen Bereich und für das Schicksal breiter Bevölkerungsschichten und ganzer Nationalitäten hatten.

Wir lassen die Frage offen, ob diese Beurteilung der früheren Etappen in der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft zutrifft; die Verlangsamung der industriellen Entwicklung in den Vorkriegsjahren läßt eher das Gegenteil vermuten. Fest steht jedoch, daß mit dem Beginn der zweiten industriellen Revolution diese Erscheinungen zu einem entscheidenden ökonomischen Faktor und zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte unseres Landes geworden sind. Infolge der Ausdehnung und Komplexität des Wirtschaftssystems rücken die Fragen der Organisation und der Verwaltung in den Vordergrund. Diese Fragen können nicht mehr durch eine oder mehrere Personen gelöst werden, die an der Macht sind und »alles wissen«. Sie verlangen vielmehr die

schöpferische Teilnahme von Millionen Menschen auf allen Ebenen des Wirtschaftssystems sowie einen breiten Austausch von Informationen und Ideen. Dadurch unterscheidet sich die moderne Wirtschaft von der des alten Orients.

Indessen stößt der Austausch von Informationen und Ideen in unserem Land auf unüberwindliche Hindernisse. Wahrheitsgetreue Information über unsere Mängel und negative Erscheinungen werden unter dem Vorwand geheimgehalten, daß sie »von feindlicher Propaganda ausgenutzt werden könnte«. Der Austausch von Informationen mit dem Ausland wird beschränkt aus Angst vor dem »Eindringen feindlicher Ideologie«. Theoretische Entwürfe und praktische Vorschläge, die gewissen Leuten als zu kühn erscheinen, werden aus Angst vor einer »Unterminierung der Fundamente« diskussionslos im Keime erstickt. Es gibt bei uns unverhohlenes Mißtrauen gegenüber schöpferischen Denkern und kritischen, aktiven Persönlichkeiten. Unter diesen Bedingungen entsteht ein Klima, das nicht den Aufstieg jener fördert, die sich durch hohe berufliche Qualitäten und Hingabe an die Sache auszeichnen, sondern jener, die mit Worten ihre Treue zur Partei bekunden, in Wirklichkeit aber nur ihre eigenen Interessen verfolgen oder die passive Befehlsempfänger sind.

Die Beschränkung des freien Meinungs-austausches erschwert nicht nur eine Kontrolle der Führung und lähmt die Initiative des Volkes, sondern beschneidet selbst den mittleren Kadern Rechte und Information und macht aus ihnen passive Bürokraten. Selbst Spitzenbeamte erhalten nur unvollständige und manipulierte Informationen und sind der effektiven Verwendung ihrer Vollmachten beraubt.

Die Wirtschaftsreform von 1965 ist ein wichtiger und nützlicher Anfang zur Lösung der kardinalen Probleme unseres Wirtschaftslebens. Wir sind jedoch überzeugt, daß zur Lösung aller ihrer Aufgaben wirtschaftliche Maßnahmen allein nicht genügen. Außerdem können diese wirtschaftlichen Maßnahmen ohne gleichzeitige Reformen von Verwaltung, Informationswesen und Publizistik nicht richtig wirksam werden.

Das gleiche gilt auch für andere vielversprechende Ansätze, wie die Reorganisation der Betriebe als komplexe Produktionseinheiten mit selbständiger Betriebsführung, Rechnungslegung und Personalpolitik.

Welches der konkreten wirtschaftlichen Probleme wir auch herausgreifen, es drängt sich der Schluß auf, daß eine befriedi-

gende Lösung nur durch ein wissenschaftliches Herangehen an die Grundprobleme der sozialistischen Wirtschaft zu finden ist, wie denjenigen der Mitsprache im Verwaltungssystem, der Preisbildung ohne freien Markt, der allgemeinen Aufgaben der Planung und anderer: Man spricht bei uns gegenwärtig viel von der Notwendigkeit des wissenschaftlichen Herangehens an die Probleme der Verwaltung und Organisation. Das ist ohne Zweifel richtig. Nur durch ein wissenschaftliches Herangehen können die auftauchenden Schwierigkeiten bewältigt und die Möglichkeiten einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Leitung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts genützt werden. Aber das wissenschaftliche Herangehen setzt vollständige Information, vorurteilsfreie Denkweise und schöpferische Freiheit voraus. Solange solche Bedingungen nicht bestehen, nicht nur für ein paar Personen, sondern für die Massen, wird die Diskussion über wissenschaftliche Verwaltung bei uns leeres Gerede bleiben.

Unsere Wirtschaft läßt sich mit dem Verkehr an einer Straßenkreuzung vergleichen. Solange es nur wenige Autos gab, wurde der Verkehrspolizist leicht mit seiner Aufgabe fertig, und alles lief reibungslos. Jetzt aber nimmt der Fluß der Autos ständig zu, und Verkehrsstockungen mehren sich. Was ist in einer solchen Situation zu tun? Man kann die Autofahrer bestrafen und die Polizisten auswechseln, doch dies kann die Situation nicht verbessern. Die einzig mögliche Lösung ist eine Verbreiterung der Straßenkreuzung. Die Hindernisse, die eine Entwicklung unserer Wirtschaft aufhalten, liegen außerhalb von ihr im politischen und gesellschaftlichen Bereich, und alle Reformen, die diese Hindernisse nicht beseitigen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Überreste der stalinistischen Ära wirkten sich negativ auf die Wirtschaft aus, direkt durch Verhinderung eines wissenschaftlichen Herangehens an die Probleme von Organisation und Verwaltung, indirekt durch eine allgemeine Minderung des schöpferischen Potentials in allen Berufen. Unter den Bedingungen der zweiten industriellen Revolution erhält jedoch die schöpferische Arbeit eine immer größere Bedeutung für die Volkswirtschaft.

In diesem Zusammenhang muß man auch über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Staat und Intelligenz sprechen. Informations- und Schaffensfreiheit sind für die Intelligenz Voraussetzung ihrer Tätigkeit und ihrer gesellschaftlichen

Funktion. Das Streben der Intelligenz nach Erweiterung dieser Freiheiten ist legitim und natürlich. Der Staat aber versucht dieses Streben durch alle möglichen Restriktionen zu unterdrücken, wie administrativen Druck, Entlassungen und sogar gerichtliche Verfolgung. Dies erzeugt Spannungen, gegenseitiges Mißtrauen sowie völliges Unverständnis und verunmöglicht eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Partei- und Staatsapparat und den aktivsten, für die Gesellschaft wertvollsten Schichten der Intelligenz. Unter den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft, in der die Rolle der Intelligenz immer wichtiger wird, kann ein solcher Zwiespalt nicht anders denn als Selbstmord bezeichnet werden.

Ein großer Teil der Intelligenz und der Jugend begreift die Notwendigkeit der Demokratisierung und eines bedeutsamen und schrittweisen Vorgehens bei ihrer Durchführung, aber antidemokratische Maßnahmen können sie weder begreifen noch rechtfertigen. Wie kann man rechtfertigen, daß Menschen in Gefängnisse, Lager und Irrenhäuser gesteckt werden, nur weil sie Opposition machten, die sich völlig legal im Bereich der Ideen und Überzeugungen abspielt? In zahlreichen Fällen handelt es sich nicht einmal um Opposition, sondern bloß um Streben nach Information oder um mutige und vorurteilslose Diskussion wichtiger gesellschaftlicher Fragen. Es ist völlig unzulässig, einen Schriftsteller wegen seiner Werke einzusperren. Man kann solche absurden und schädlichen Schritte wie den Ausschluß des bedeutendsten und populärsten sowjetischen Dichters (= Solshenizyn), der in all seinen Werken zutiefst patriotisch und humanistisch ist, aus dem sowjetischen Schriftstellerverband oder die Zerschlagung der Redaktion von »Nowyj Mir«, die um sich die fortschrittlichsten Kräfte der marxistisch-leninistischen Richtung vereinigt hatte, nicht begreifen und rechtfertigen.

Es ist deshalb notwendig, auch wieder von ideologischen Fragen zu sprechen. Die Demokratisierung und eine Fülle von Information und Wettbewerb werden unserem ideologischen Leben – Gesellschaftswissenschaften, Kunst und Propaganda – wieder einen dynamischen und schöpferischen Inhalt geben und den bürokratischen, rituellen, dogmatischen, pompösen, heuchlerischen und mittelmäßigen Stil liquidieren, der heute darin vorherrscht.

Der Kurs auf Demokratisierung wird den Zwiespalt zwischen dem Partei- und Staatsapparat und der Intelligenz be-

seitigen. An die Stelle des gegenseitigen Unverständnisses wird eine enge Zusammenarbeit treten. Der Kurs auf Demokratisierung wird eine Welle des Enthusiasmus erzeugen, wie es ihn in den zwanziger Jahren gab. Die besten intellektuellen Kräfte des Landes werden für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme mobilisiert werden.

Die Einleitung der Demokratisierung ist ein schwieriger Prozeß. Ihr normaler Ablauf könnte auf der einen Seite durch individualistische und antisozialistische Kräfte bedroht werden, auf der anderen Seite durch Anhänger einer »Stärkung der Macht« und Demagogen faschistischen Typs, die durch Erreichung ihrer Ziele die ökonomischen Schwierigkeiten unseres Landes, das gegenseitige Unverständnis zwischen Partei- und Staatsapparat und Intelligenz sowie die in gewissen Kreisen unserer Gesellschaft vorhandenen spießbürgerlichen und nationalistischen Tendenzen ausnützen könnten. Wir müssen uns dabei aber völlig im klaren sein, daß es für unser Land keinen anderen Ausweg gibt und wir diese schwierige Aufgabe lösen müssen.

Die Einführung der Demokratisierung unter Initiative und Kontrolle der höchsten Organe wird ermöglichen, diesen Prozeß planmäßig durchzuführen und alle Ebenen des Partei- und Staatsapparats auf einen neuen Arbeitsstil umzustellen, der sich vom bisherigen durch größere Offenheit und freiere Diskussion aller Probleme unterscheidet. Ohne Zweifel wird die Mehrheit der Funktionäre, die ja in einem modernen und hochentwickelten Land aufgewachsen und erzogen worden sind, sich auf diesen neuen Arbeitsstil umstellen und rasch dessen Vorteile erkennen. Die Aussiebung einer kleinen Zahl von Unfähigen wird die Sache nur erleichtern.

Wir schlagen in dem folgenden Programmwurf eine Reihe von Maßnahmen vor, die im Laufe von vier, fünf Jahren verwirklicht werden könnten:

1. Erklärung der höchsten Partei- und Staatsorgane über die Notwendigkeit einer weiteren Demokratisierung und über Zeitablauf und Methoden ihrer Einführung. Veröffentlichung von Artikeln in der Presse, in denen die Probleme der Demokratisierung diskutiert werden.
2. Begrenzte Verbreitung von Informationen über die Lage des Landes und von theoretischen Arbeiten über gesellschaftliche Probleme, über die eine allseitige Diskussion

- noch nicht erwünscht ist, in Parteiorganen, Betrieben und Verwaltungsbehörden. Stufenweise Erweiterung des Zugangs zu diesen Materialien bis zur völligen Aufhebung der Begrenzung.
3. Breit angelegte Einrichtung von Industrieorganisationen, die über eine weitreichende Autonomie in den Fragen der Produktionsplanung, der technologischen Prozesse, der Materialversorgung und des Absatzes, der Finanzen und des Personals verfügen. Erweiterung dieser Rechte auf kleinere Produktionseinheiten. Wissenschaftliche Festsetzung und intensive Erforschung von Form und Ausmaß der staatlichen Lenkung.
 4. Beendigung der Störung ausländischer Radiosendungen. Freier Verkauf ausländischer Bücher und Zeitungen. Beitritt unseres Landes zur internationalen Urheberrechtskonvention. Stufenweise Erleichterung und Erweiterung des internationalen Tourismus nach allen Seiten innerhalb von drei bis vier Jahren, Erleichterung des Briefwechsels und andere Maßnahmen zur Intensivierung internationaler Kontakte, vor allem zu den Mitgliedsländern des COMECON.
 5. Eröffnung eines Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Anfangs begrenzte, später vollständige Veröffentlichung der Forschungsergebnisse über die Einstellung der Bevölkerung zu verschiedenen innen- und außenpolitischen Fragen und anderer soziologischer Materialien.
 6. Amnestie für politische Häftlinge. Verfügung der Veröffentlichungspflicht für Protokolle von allen politischen Prozessen. Gesellschaftliche Kontrolle in allen Gefängnissen, Lagern und psychiatrischen Kliniken.
 7. Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Funktion der Gerichte und der Staatsanwaltschaften sowie Absicherung ihrer Unabhängigkeit von Exekutive, lokalen Einflüssen, Vorurteilen und Beziehungen.
 8. Verzicht auf Eintragung der Nationalität in Pässen und amtlichen Formularen. Einheitliches Paßsystem für die Einwohner von Städten und Dörfern. Stufenweise Aufhebung des Systems amtlicher Paßvermerke, die gleichlaufend mit der Überwindung von wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten in den verschiedenen Landesteilen durchgeführt werden soll.
 9. Reform des Erziehungssystems. Erhöhung der Kredite für

Primar- und Mittelschulen, Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer, ihrer Selbständigkeit und ihres Rechts auf Experimente.

10. Annahme eines Gesetzes über Presse und Information, Zulassung neuer Presseorgane für gesellschaftliche Organisationen und Gruppen von Bürgern. Völlige Abschaffung der Zensur in jeglicher Form.
11. Verbesserung der Ausbildung leitender Kader, die moderne Verwaltungstechnik beherrschen sollen. Einführung einer Praktikantenzeit. Verbesserung der Information für leitende Kader aller Stufen, ihres Rechts auf Selbständigkeit, Experimente, freie Meinungsäußerung und deren Umsetzung in die Praxis.
12. Schrittweise Einführung der Praxis, an jedem Ort mehrere Kandidaten für die Wahlen von Partei- und Sowjetorganen auf allen Ebenen aufzustellen, auch bei indirekten Wahlen.
13. Erweiterung der Rechte der Sowjetorgane. Erweiterung der Rechte und der Verantwortung des Obersten Sowjets der UdSSR.
14. Wiederherstellung der Rechte der unter Stalin deportierten Nationalitäten und ihrer nationalen Autonomie sowie Erlaubnis zur Rückkehr an ihre angestammten Wohnsitze.
15. Maßnahmen zur Vergrößerung der Veröffentlichung der Arbeit leitender Organe, soweit dies die Staatsinteressen zulassen. Einsetzung von wissenschaftlichen Beratungsorganen bei den leitenden Organen auf allen Ebenen, denen hochqualifizierte Spezialisten der verschiedenen Fachgebiete angehören sollen.

Dieser Plan ist natürlich als ein Entwurf und Vorschlag zu betrachten. Es ist auch klar, daß er durch Pläne für wirtschaftliche und soziale Maßnahmen ergänzt werden muß, die von Fachleuten auszuarbeiten sind. Wir betonen außerdem, daß die Demokratisierung nicht allein von sich aus alle wirtschaftlichen Probleme zu lösen vermag, sie kann nur günstigere Voraussetzungen für ihre Lösung schaffen. Aber ohne Schaffung dieser Voraussetzungen können die wirtschaftlichen und technischen Probleme nicht gelöst werden. Von unseren ausländischen Genossen kann man den Vergleich der Sowjetunion mit einem starken Lastauto hören, dessen Fahrer mit einem Fuß mit aller Kraft auf das Gaspedal tritt, mit dem anderen gleichzeitig auf die Bremse. Die Zeit ist gekommen, die Bremse vernünftiger zu gebrauchen!

Der vorgelegte Plan zeigt nach unserer Meinung die Möglichkeit auf, ein Demokratisierungsprogramm zu entwerfen, das für Partei und Staat annehmbar ist und annähernd die Forderung nach Befriedigung der Bedürfnisse der Entwicklung des Landes erfüllt. Selbstverständlich werden eine breite Diskussion, gründliche wissenschaftliche, soziologische, wirtschaftliche und politologische Forschungen sowie die Praxis des Lebens Korrekturen und Ergänzungen bringen. Wichtig ist aber vor allem, wie der Mathematiker sagt, das »Theorem der möglichen Lösungen« aufzustellen.

Man muß auch die internationalen Auswirkungen eines solchen Demokratisierungsprogramms in unserem Land ins Auge fassen. Nichts kann unser internationales Ansehen und die kommunistischen Kräfte in der Welt derart stärken wie eine Demokratisierung, die zu einer Beschleunigung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts im ersten sozialistischen Land der Welt führen würde. Die Möglichkeiten der friedlichen Koexistenz und der internationalen Zusammenarbeit würden dadurch unzweifelhaft verbessert, die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts gestärkt, die Anziehungskraft der kommunistischen Ideen würde zunehmen und unsere internationale Lage sicherer werden. Selbstverständlich wäre es auch sehr wichtig, die moralische und materielle Position der Sowjetunion in Beziehung zu China zu stärken und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um indirekt, durch unser Vorbild und unsere technische und wirtschaftliche Hilfe, auf die Lage in diesem Land im Interesse der beiden Völker einzuwirken.

Eine Reihe richtiger und notwendiger außenpolitischer Aktionen unserer Regierung werden nicht in gebührender Weise verstanden, da die Bürger darüber nur unvollständig informiert werden. Früher gab es sogar Fälle ungenauer und tendenziöser Information, die das Vertrauen natürlich keineswegs förderten. Eines dieser Beispiele ist die Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer. Vor 50 Jahren leisteten die Arbeiter des kriegszerstörten Europa Hilfe an die Verhungerten im Wolgagebiet. Die Sowjetmenschen sind nicht egoistischer und hartherziger. Aber sie müssen davon überzeugt werden, daß unsere Ressourcen für wirkliche Hilfeleistungen und zur Lösung wichtiger Aufgaben benützt werden und nicht für den Bau pompöser Sportstadien oder für den Kauf amerikanischer Automobile für lokale Beamte. Die Situation der heutigen Welt, die Fähigkeiten und Aufgaben unseres Landes verlangen eine breite Beteiligung an

der Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Damit die öffentliche Meinung ein richtiges Verständnis für diese Fragen erhält, genügen nicht verbale Appelle, sondern Erklärung und Belehrung sind notwendig und dafür wieder volle Information und Demokratisierung.

Die sowjetische Außenpolitik ist in ihrer Grundorientierung eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit. Unvollständige Informationen erzeugen jedoch Unruhe und Spannungen. In der Vergangenheit gab es gewisse negative Erscheinungen in der sowjetischen Außenpolitik, wie Zeichen von Messianismus und übertriebenem Ehrgeiz, die den Schluß nahelegen, daß nicht nur der Imperialismus schuld an internationalen Spannungen war. Alle diese negativen Erscheinungen in der sowjetischen Außenpolitik sind eng mit den Problemen der Demokratisierung verknüpft, und dies in doppelter Weise.

Eine Quelle der verbreiteten Beunruhigung ist das Fehlen einer demokratischen Diskussion von solchen Fragen wie die Waffenhilfe an andere Länder, zum Beispiel an Nigeria, wo ein blutiger Krieg geführt wurde, über dessen Ursprung und Verlauf die sowjetische Öffentlichkeit nur wenig weiß. Wir beurteilen die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum israelisch-arabischen Konflikt als richtig und vernünftig, nur als zu wenig konkret in einzelnen Punkten. Jedoch beunruhigt uns die Frage, ob unsere Position nicht über dieses Dokument hinausgeht und etwas einseitig ist. Ist unsere Position zum Status von Westberlin realistisch? Ist es immer realistisch, ungeachtet der Schwierigkeiten in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen und der ersten Schwierigkeiten in der wirtschaftlich-technischen Entwicklung unseren Einfluß auf Gebiete fern unserer Grenze auszudehnen? Eine solche »dynamische« Politik mag vielleicht notwendig sein, sie sollte aber nicht nur mit den Grundprinzipien, sondern auch mit den realen Möglichkeiten unseres Landes übereinstimmen.

Wir sind überzeugt, die einzig realistische Politik im Zeitalter der Atomwaffen ist der Kurs auf Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, auf beharrliches Suchen nach möglicher Annäherung im wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Bereich, auf Verzicht, prinzipiellen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.

Wir drücken bei dieser Gelegenheit unsere Zustimmung zur Zweckmäßigkeit einseitiger oder gemeinsamer Erklärungen

der Atomkräfte aus, in denen sie darauf verzichten, als erste Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Die Demokratisierung wird das bessere Verständnis für Außenpolitik in der öffentlichen Meinung fördern und aus dieser Politik alle negativen Bestandteile entfernen helfen. Dies wird in der Folge auch einen »Trumpf« in den Händen der Gegner einer Demokratisierung zum Verschwinden bringen.

Was steht unserem Lande bevor, falls es nicht den Kurs auf eine Demokratisierung nimmt?

Es wird im Laufe der zweiten industriellen Revolution hinter die kapitalistischen Länder zurückfallen und schrittweise zu einer zweitklassigen Provinzmacht werden (die Geschichte kennt entsprechende Beispiele); die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden weiter zunehmen; die Beziehungen zwischen Partei- und Staatsapparat und Intelligenz werden noch angespannter werden; ein Bruch zwischen »Links« und »Rechts« droht; die nationale Frage wird sich verschärfen, und in den Unionsrepubliken wird die von unten ausgehende Bewegung für Demokratisierung immer mehr nationalistische Züge annehmen. Diese Aussichten sind noch bedrohlicher, wenn man die Gefahr eines chinesischen totalitären Nationalismus in Rechnung stellt (die wir in langer historischer Sicht als vorübergehend, in den nächsten Jahren aber als äußerst ernst betrachten müssen). Gegen diese Gefahr können wir uns nur behaupten, wenn wir den bestehenden wirtschaftlichen und technischen Abstand gegenüber China vergrößern oder zumindest behalten, die Zahl unserer Freunde in aller Welt vermehren und dem chinesischen Volk als Alternative Zusammenarbeit und Hilfe anbieten. Dies drängt sich auf, wenn man das zahlenmäßige Übergewicht dieses potentiellen Gegners, seinen militanten Nationalismus, die Ausdehnung unserer Grenzen und die geringe Besiedlung im Fernen Osten in Rechnung stellt. Wirtschaftlicher Stillstand, Absinken des Entwicklungstempos und Festhalten an einer unrealistischen und überambitiösen Außenpolitik auf allen Kontinenten könnten für unser Land katastrophale Folgen haben.

Hochverehrte Genossen!

Es gibt keinen anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten, in denen sich unser Land befindet, als einen Kurs auf Demokratisierung, der von der KPdSU nach einem sorgfältig ausgearbei-

teten Plan durchgeführt wird. Ein Umschwung nach rechts, das heißt ein Sieg der auf ein strengeres Administrieren, ein »Anziehen der Schraube«, gerichteten Tendenzen kann die Probleme nicht lösen, er würde sie nur bis zum Extrem vervielfachen und unser Land in eine tragische Sackgasse führen. Ein passives Abwarten würde schließlich das gleiche Resultat haben. Heute gibt es für uns noch die Möglichkeit, den richtigen Weg einzuschlagen und die dringend nötigen Reformen durchzuführen. In einigen Jahren könnte es zu spät sein. Es ist nötig, diese Lage im Maßstab des ganzen Landes zu erkennen. Es ist die Pflicht eines jeden, der die Ursachen dieser Schwierigkeiten und den Weg zu ihrer Überwindung erkannt hat, diesen Weg auch seinen Mitbürgern zu zeigen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer schrittweisen Demokratisierung ist der erste Schritt auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung.

19. März 1970

A. D. Sacharow
W. F. Turtschin
R. A. Medwedew

Programm der demokratischen Bewegung der Sowjetunion
Von Demokraten Rußlands, der Ukraine und des Baltikums,
UdSSR, 1969

Dieses Dokument wurde 1969 von Samisdat verbreitet, 1970 von der Herzen-Foundation Amsterdam und später von verschiedenen westlichen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Hier unwesentlich gekürzt.

»In all seinen Phasen entwickelt sich der Sozialismus bis hin zu den extremsten Konsequenzen, bis hin zur Sinnlosigkeit. Wenn dann aufs neue sich der Titanenbrust der revolutionären Minderheit ein Verzweiflungsschrei entringt, wenn dann erneut der Totenkampf anhebt, in dem der Sozialismus die Stelle des heutigen Konservatismus einnimmt und besiegt wird von einer künftigen, uns unbekanntem Revolution...«

A. I. Herzen, Werke (russ.), Genf, 1875-79, Bd. 5, S. 131

Vor mehr als hundert Jahren kam in Europa ein Gespenst auf – das Gespenst des revolutionären Kommunismus. Unter seiner Flagge sammelten sich Unglückliche, Bettler und Ausgebeutete aller Länder. Jahre vergingen, und das Gespenst verwandelte sich in eine schreckliche, vernichtende Kraft.

Und das ist nicht verwunderlich – der Kommunismus versprach, die Menschheit von allen gesellschaftlichen Geschwüren zu heilen: von der Not, der Ausbeutung, von nationaler Klassenungleichheit, von verheerenden Kriegen. . . Der Hauptfeind von Gerechtigkeit und Gleichheit wurde beim Namen genannt – das Privateigentum.

Die Kultur, der geistige Schatz der Gesellschaft, die sich historisch als eine Gesamtheit von Normen und Verhaltensmaßregeln herausgebildet hat, und tausendjährige Traditionen – sie wurden zu Mägden der Ausbeuter erklärt und der Abschaffung anheimgestellt.

Alles Alte wurde als verderbt und als zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geschaffen gebrandmarkt. Die Massen glaubten dem Gespenst und gerieten in Bewegung.

Unter dem Druck von Millionen, die sich zum Sturm auf die alte Gesellschaft rüsteten, stürzte das Russische Reich zusammen. Im Feuer der Klassenkämpfe verbrannten Millionen von Menschenleben, gingen ungeheure materielle und kulturelle Werte unwiederbringlich dahin.

Auf dem Boden des Russischen Reiches, der mit reichlich vergossenem Blut getränkt, durch Leichname gedüngt und von Blei zerschunden war, begann man mit der Errichtung des Gebäudes einer neuen Gesellschaftsformation – des sozialistischen Staates. Die Völker Rußlands, voll Enthusiasmus und religiösem Fanatismus, machten sich begeistert an den Aufbau einer neuen, harmonischen Gesellschaft.

Hungernd und nackt, in Frost und Hitze gaben sie im Namen einer lichten Zukunft, eines von den Propheten verheißenen irdischen Paradieses all ihre Kräfte hin. Um dieser lichten Zukunft willen fanden sich die Menschen mit Not, Mühsal, Ungerechtigkeit und Willkür ab – alles wurde für den Traum vom künftigen Glück hingegeben. Ergeben und ohne zu murren, erduldeten das Volk alles. . . Sogar die Grausamkeit, die so wenig mit den Prinzipien der Brüderlichkeit und der Gleichheit vereinbar und wie eine üppige giftige Blüte aufgeblüht war. 14 Millionen absolut unschuldiger Menschen verloren in den trüben Fluten der politischen Verfolgungen ihr Leben. Noch mehr Millionen starben auf den Schlachtfeldern bei der Verteidigung ihres Landes.

Ein halbes Jahrhundert der neuen Ära – der Ära des Kommunismus – ging ins Land. Es wurde Zeit, innezuhalten und mit nüchternen Augen um sich zu blicken. Um sich zu schauen und sich zu fragen: Haben sich die großen Hoffnungen unseres Volkes erfüllt? Welche Früchte trugen die unzähligen Leiden, die fieberhaften Anstrengungen und unermeßlichen Opfer unseres Volkes?

Wir sehen, daß die in den vergangenen Jahrzehnten erreichten Erfolge zu gering und unbedeutend sind, um dieses ungeheure Maß an Tränen, Not, Leiden, menschlichen Opfern und Blut zu rechtfertigen, das die Völker Rußlands hingaben. . . Wir sehen auch, daß die gesellschaftliche Entwicklung von einem Unheil ins andere gerät und deren zerstörerische Kraft mehr und mehr zunimmt. Hinfort erwartet uns ein noch schrecklicheres Anzeichen für die Katastrophe.

Wir erklären, daß der Löwenanteil an Schuld und Verantwortung hierfür auf unserer Gesellschaft, auf uns allen liegt. All das zwingt uns schmerzenden Herzens dazu, die alten geistigen Werte, die für unfehlbar erklärt worden waren, erneut zu überprüfen und die Lage – so wie sie ist – unvoreingenommen zu beurteilen.

I. Die Einschätzung der Weltlage

1. Der gegenwärtige gesellschaftlich-historische Zustand

Unser 20. Jahrhundert bringt die Menschheit heute in einen Zustand zunehmenden Wettbewerbs, sich verstärkender Feindschaft und einer weiteren Zuspitzung der Widersprüche zwischen ihren führenden Völkern.

Der Kampf der Supergroßmächte um nationale wie um wirtschaftliche Interessen und um eine Umverteilung des Besitzes an Territorien ist durch den gesamten Verlauf der historischen Entwicklung des vorigen Jahrhunderts vorherbestimmt und nimmt ständig an Wucht zu. Er führte zu einem weltweiten Gemetzel von nie dagewesenem Ausmaß. Von nationalistischem Enthusiasmus besessen und von chauvinistischem Taumel kopflos gemacht, traten die Völker in diesen Krieg ein. Doch der langwierige Charakter des Krieges, die großen Opfer und der wirtschaftliche Verfall führten zur Zerstörung der am stärksten undemokratischen und der reaktionärsten Regime. Auf den Ruinen des Russischen Reiches, des Deutschen Reiches und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wurden demokratische Republiken errichtet, neue Staaten gebildet. Ungeachtet ihrer Schwierigkeiten und Versuchungen zeigten sie ihre politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit. Anders lagen die Dinge im Osten Europas. Die kulturelle Rückständigkeit, politische Unreife und die Schwäche der demokratischen Kräfte der Gesellschaft, jedoch auch eine Reihe kardinaler politischer Fehler der Führung führten zum Untergang der Russischen Demokratischen Republik und zum Sieg extremistischer Kräfte. Die Macht ergriffen russische Kommunisten, ausgerüstet mit einer dem Anschein nach sehr verlockenden politischen Doktrin. In Rußland wurde die kommunistische Diktatur errichtet, die den Sturz der nichtkommunistischen Struktur anderer Länder und den Sieg des Kommunismus auf der ganzen Welt zum Ziel hatte. Die Machtübernahme im größten, volkreichsten und an Naturschätzen reichsten europäischen Reich durch politische Kräfte, die auch an den gewachsenen sozialen Prinzipien anderer Gesellschaften rütteln wollten – ungeachtet des Willens der Mehrheit von deren Bevölkerung –, beunruhigte die gesamte zivilisierte Welt und ließ sie auf der Hut sein. Das Auftauchen

einer neuen östlich-sozialistischen Macht in der Staatenfamilie ergoß einen neuen starken Strom des Hasses und der Feindschaft zwischen den Menschen in die Welt, und zwar ebenso im Inneren wie auch in den Beziehungen zwischen den Gesellschaften. Das militärisch-wirtschaftliche Potential des östlichen Sozialismus festigte sich, es entstand ein neuer schrecklicher Hort der Gewalt, die größte Gefahr schwebte über den aneinandergrenzenden politischen Staaten. Die politischen Folgen dieser wachsenden Bedrohung ließen nicht auf sich warten. Angesichts der inneren und äußeren Gefahr, entsetzt über die Schrecken der stalinschen Säuberungen und Kollektivierung, über die Unterdrückung der Demokratie und über den Hunger im östlichen sozialistischen Rußland, von eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erschüttert, sprach sich die deutsche Gesellschaft für eine starke Macht in Gestalt einer Person aus. In Deutschland wurde eine anti-demokratische nationalsozialistische Diktatur errichtet. Der östliche Strom der Gewalt erzeugte einen westlichen. Es bildeten sich zwei Lager – offen oder versteckt auf Weltherrschaft brennend und einander hassend –: Deutschland und Rußland. Doch der wachsende englisch-französische Widerstand zwang diese Weltmächte dazu, sich zeitweilig einander anzunähern und ein Geheimabkommen über die Teilung Europas miteinander einzugehen. Dieses Abkommen änderte die Kräfteverhältnisse zugunsten Deutschlands, und es begann der Zweite Weltkrieg, der die Eroberung fremder Territorien zum Ziele hatte. Die erste Etappe des Zweiten Weltkriegs begann mit der russisch-deutschen Teilung Polens und ging mit der Eroberung Frankreichs, Norwegens, Hollands, Belgiens, Jugoslawiens und Griechenlands durch Deutschland, mit der Eroberung Estlands, Lettlands, Litauens, von Teilen Bessarabiens und Finnlands durch Rußland weiter. Da Deutschlands entscheidende territoriale und Wirtschaftsinteressen im Osten lagen, markierte sein Angriff auf Rußland den Beginn der zweiten Kriegsphase.

Es bedurfte gigantischer Anstrengungen aller Weltmächte, um Deutschland und seine Verbündeten zu zerschlagen. Das siegreiche Rußland bemühte sich, alle Vorteile zu nutzen, die ihm aus seiner Lage zuteil wurden. Willkürlich krepelte es die Karte der von ihm eroberten Territorien um und schuf darauf ein System kommunistischer Vasallenstaaten. Der Zweite Weltkrieg verursachte das größte Blutvergießen aller

Zeiten und ging mit einer Massenvernichtung der friedlichen Bevölkerung auf beiden Seiten einher.

Doch kaum waren die Tränen der Witwen, der Mütter und der Waisen getrocknet, die nahe Angehörige verloren hatten, kaum waren die Brandstätten gekühlt, Asche und Rauch hinweg, als der dritte, nicht erklärte und vorläufig kalte Krieg begann. Erneut feiern Feindschaft und Haß Triumphe, erneut stehen sich zwei Todfeinde gegenüber, die sich verteidigen und angreifen, bereit, den tödlichen Schlag zu führen. Zwischen ihnen die Dritte Welt, die nicht weiß, auf wessen Seite sie sich auf ihrer Suche nach Vorteilen schlagen soll. Haß und Furcht zwingen dazu, die wissenschaftlich-technischen Bemühungen fieberhaft zu verstärken, den Löwenanteil nationaler Reichtümer für die Schaffung von ungeheuren und selbstmörderischen Waffengattungen zu vergeuden. . . Wir sehen, daß im Namen ideologischer Chimären zwischen den Menschen künstlich ein Abgrund aufgerissen wird, der bereit ist, sie zu verschlingen. . . Wir sehen, daß es auf der Welt fünf Plagen für die ganze Menschheit gibt, die die Spaltung zwischen West und Ost nicht nur nicht beseitigen, sondern sogar begünstigen und vertiefen:

1. Die *atomare* Gefahr, die die Menschheit mit Selbstausslöschung bedroht. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, das Wachstum der Produktivkräfte – sie dienen dem Haß und der Trennung, aber nicht dem Guten. In den Kernwaffenraketen haben Feindschaft und Schrecken Gestalt angenommen.
2. Die Gefahr für die *Ernährung* bedroht die Menschheit mit dem Hungertod. Hunger in Indien, China und anderen Ländern, Getreidekäufe der Sowjetunion in den USA 1964–65, Versorgungsstörungen in etlichen Städten der Sowjetunion – das alles ist eine Folge der Verschleuderung von natürlichen Ressourcen für den Rüstungswettlauf, von Nahrungsmittelreserven für politische Ziele und Abenteuer.
3. Die Gefahr der *Übervölkerung* bedroht die Menschheit mit Verfall. Aus ideologischen und sektiererischen Erwägungen werden Fakten der Genetik tendenziös entstellt, Rassen- und Sozialhygiene geleugnet, eine verantwortungslose Politik des Anreizes zum Kinderreichtum getrieben (Steuer für Kinderlosigkeit, Propaganda für Kinderreichtum).
4. Die Gefahr für die *Natur* bedroht die Menschheit mit dem Erstickungstod des natürlichen gewachsenen Milieus durch

Zivilisationsprodukte. In der Anspannung des Rüstungswettlaufes verausgaben die Länder ihre natürlichen Ressourcen, sie regulieren die der Natur zugefügten Schäden nicht und machen sie nicht wieder gut (Wälder, Kraftwerke, Kanäle usw.).

5. Gefahr für die *Information* bedroht einen Großteil der Menschheit mit Sterilität, denn sie können weder Informationen bekommen noch sich diese aneignen bzw. sie weiterleiten. Die Spaltung der Welt führt dazu, daß Untersuchungen parallel durchgeführt werden, daß man ihre Ergebnisse mit Geheimniskrämerei umgibt, sie verhindert den Verkehr zwischen den Völkern, verschließt Informationskanäle, fördert die Verbreitung verlogener und »vergifteter« Informationen; der Rüstungswettlauf führt zu einem Mangel an Mitteln, die der Einrichtung von Systemen der Informationsübermittlung dienen könnten.

Wir meinen:

- die Spaltung der Welt, die mit dem Auftreten des östlichen Sozialismus einsetzte, schafft entweder unmittelbar die Gefahr einer möglichen Ausrottung der Menschheit, ihrer Dekadenz, ihres Hungertodes, Erstickens und ihrer Unfruchtbarkeit oder sie trägt doch aktiv dazu bei;
- die aufgezeigten Gefahren nehmen nicht ab, sondern wachsen beständig und bedrohen das Leben künftiger Menschengeschlechter;
- der Kampf der gesamten Menschheit und *vor allem der sowjetischen Gesellschaft* gegen die Spaltung der Welt und die aufgezeigten fünf Gefahren ist unabdinglich.

(...)

3. *Das sozialistische Staatssystem*

In der Morgenröte ihres Entstehens erschienen die sozialistischen Gesellschaftsideale der unerfahrenen Menschheit wie ein Wunschraum, sie erweckten viele lichte Hoffnungen und riefen einen flammenden Enthusiasmus in breitesten Schichten der Menschheit für ihre Verwirklichung hervor. Der östliche Sozialismus, der in Rußland und in Ländern, die direkt oder

mittelbar von sowjetischen Truppen besetzt sind, aufgebaut wurde, bedeutete das Scheitern dieser Illusionen. Er erzeugte in den besten Köpfen und Herzen Unzufriedenheit und Ernüchterung, Empörung und Protest.

Warum?

Weil er die Stellung des Menschen in der Gesellschaft untergrub und ihm Eigentum, Rechte und Macht einschränkte oder ihn ihrer beraubte, d. h. alles dessen, was dem Menschen gestattet, sein Dasein und seinen Wert in der Welt zu behaupten. Darum, weil er die Verneinung der menschlichen Freiheiten – was in bestimmten Zeitabschnitten bis zur staatlichen Sklaverei ging – ebenso mit sich brachte wie einen dürftigen Wohlstand, der hinter der Mehrzahl der kapitalistischen Länder zurücksteht, während er zugleich Opfer im Überfluß und angestrengte Mühen eines 200-Millionen-Volkes im reichsten Land der Erde forderte. Deshalb schließlich, weil er die Laster des Kapitalismus in ungeheure Dimensionen führte. Der östliche Sozialismus hat lediglich die Form der gesellschaftlichen Übel des Kapitalismus gewandelt, dabei aber ihren Inhalt verstärkt.

Werfen wir einen Blick darauf, wie sich das gesellschaftliche Übel des Kapitalismus im Sozialismus wandelt:

1. Arbeitslosigkeit verwandelt sich in Zwangsarbeit. (Bis 1953 war es unmöglich, den Arbeitsplatz zu kündigen; Polizeimaßnahmen gegen jene, die nicht arbeiten, gegen die sogenannten »Tagediebe«; Verbot von Streiks und anderen Formen des wirtschaftlichen Kampfes usw.) Hinzu kommt noch eine verschleierte Arbeitslosigkeit (künstliche Beschäftigung der Menschen mit unproduktiven Tätigkeiten).
2. Eine erträgliche wohlhabende Armut wird zu unerträglicher und lebensbedrohender Armut (Hungersnot breiter Massen in den zwanziger und dreißiger Jahren; Versorgungsstörungen bei Nahrungsmitteln in Rußland 1964–65; das Auftreten von Spekulanten in der Stadt; der Durchschnittslohn des Arbeiters in den USA beträgt mehr als das Vierfache des sowjetischen; Schlangen in den Geschäften; »Versorgungsstockungen« usw.).
3. Die Kriminalität wächst (die UdSSR weist in den 50 Jahren die höchste Zahl von Inhaftierten in der Welt auf). Zu den Verbrechen einer Person gegen eine andere Person kommt das Verbrechen des Staates gegen die Person (von 1925 bis 1953 kamen, nach den Angaben von A. D. Sacharow,

- 14 Mill. Menschen durch politische Verfolgungen ums Leben).
4. Rassendiskriminierung wird zu politischer Diskriminierung (Menschen werden willkürlich nach politischen Kriterien, wegen ihrer Überzeugung und wegen der Äußerung ihrer Überzeugung verfolgt; Prozesse gegen Daniel und Sinjawschij, Litwinow und Bukowschij, Ginsburg und Galanskow, Gawrilow und eine Gruppe von Marineoffizieren usw.). Hinzu kommt die nationale Diskriminierung (Unterdrückung nationaler Hoffnungen; Verschleppung der Krimtataren, der Tschetschenen und Inguschen, der Kalmücken und der Wolgadeutschen; eine verächtliche Haltung gegenüber den baltischen Völkern, Ukrainophobie, Antisemitismus usw.) und die Klassendiskriminierung (eine gering-schätzig-e Einstellung zu den Bauern als besitzenden »Kulaken« und »Kulakensippen«), Beschneidung der Rechte von Vertretern der vorrevolutionären Intelligenz (Schädlinge), früherer Adliger und Kapitalisten (»eingeschworene Feinde«), der Geistlichen (»Parasiten der Gesellschaft«) usw.
 5. Überproduktionskrisen werden zu Mängelkrisen (permanenter Mangel an diesem oder jenem Industrie- oder Nahrungsmittelerzeugnis bei den größten natürlichen Reichtümern und der größten Arbeitsarmee auf der Welt).
 6. Kapitalistische Monopole werden zum alleinigen Monopol des Staatskapitalismus (unsinnige zentrale Planung, die die Wirtschaft in Fesseln geschlagen hält; wirtschaftliche Willkür; Voluntarismus in der Wirtschaftspolitik). Dazu kommt noch das politische Monopol des Staates, das politische Willkür schafft.
 7. Wirtschaftliche Expansion wird zu militärisch-politischer Expansion (Großmachtbestrebungen, Eroberung von angrenzenden Nationen – der Ukraine, Belorußlands, des Baltikums, Mittelasiens, der osteuropäischen Länder usw.). Dazu noch wirtschaftliche Expansionsbestrebungen (Ghana, Ägypten, Algerien, Kuba usw.).
 8. Kapitalistische Ausbeutung wird zu staatlicher. Das Joch der letzteren nimmt vielfach zu, z. B. gegen die Werk-tätigen wird neben der Wirtschafts- auch die politische Zwangsmaschine eingesetzt.

Daraus wird ersichtlich, daß der östliche Sozialismus die Arten des gesellschaftlichen Übels des Kapitalismus nicht einge-

schränkt, sondern vertieft und bereichert hat. Hierin liegt die negative Tendenz der sozialistischen Gesellschaft.

Wir meinen:

- Der östliche Sozialismus vernichtete viele positive soziale Werte und rief eine Reihe neuer unheilträchtiger gesellschaftlicher Übel ins Leben;
- nach einer mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden sozialistischen Entwicklung sind wir als Gesellschaft hinter den kapitalistischen Ländern zurückgeblieben:
 - a) nach dem Wohlstand des Volkes – um eine Generation,
 - b) nach menschlichen Freiheiten – um eine ganze Epoche;
- ein entschlossener Kampf der heutigen und künftigen Generation der sowjetischen Gesellschaft um einen dem Volke angemessenen Wohlstand und eine menschenwürdige Freiheit sind unabdinglich.

4. *Über die revolutionäre Weltbewegung*

1. In jeder sich fortschreitend weiterentwickelnden Gesellschaft ergibt sich die Notwendigkeit politischer, wirtschaftlicher und kultureller Veränderungen. Revolutionen als Formen gewaltsamer Veränderungen treten auf:
 - a) in politisch unreifen Gesellschaften, wo geistig vollwertige und moralisch gesunde Kräfte fehlen, die zügelnd wirken könnten;
 - b) in undemokratischen Gesellschaften, wo ein friedlicher Weg des Wandels, eines Wandels, der die historischen Notwendigkeiten diktiert, unmöglich ist.In einer demokratischen Gesellschaft mit ihren weitreichenden Möglichkeiten eines friedlichen und fließenden gesellschaftlichen Wandels entfällt die Notwendigkeit gewaltsamer Revolutionen gänzlich, und diese stellen ein *soziales Verbrechen* dar.
2. Eine Revolution ist vor allem ein Zerstörungsprozeß, je radikaler sie ist, um so stärker der Grad der Ablehnung früherer positiver Werte, der Vernichtung gesellschaftlicher Institutionen, des ungerechtfertigten Blutvergießens. Mit anderen Worten, die in Jahrhunderten gesammelte menschliche Erfahrung wird abgebrochen, es herrscht das Chaos. Doch der Revolutionssturm geht rasch vorbei, auf den

Trümmern der alten Gesellschaft muß eine neue Ordnung errichtet werden. Das erfordert:

- a) zu wissen, was und wie gebaut werden soll ... doch woher kann dies dem unwissenden Volk und seinen beschränkten, ehrgeizigen Demagogen bekannt sein, wenn sich selbst die Weisen dieser Welt darüber streiten?
 - b) Baumaterial zu haben ... doch woher es nehmen, wenn die alten Materialien aufgerissen, gebrandmarkt und verworfen wurden?
 - c) Erbauer zu haben ... sittlich hochstehende Menschen, die die Fähigkeit der Selbstbeschränkung und höchster Selbstdisziplin beherrschen. Nur solche Hände können eine vollkommene Gesellschaft errichten, doch schafft die Gewalt wirklich den sittlich hochstehenden und moralisch vollwertigen Menschen?
3. Gewalt, selbst wenn sie als Mittel für die erhabensten Zwecke angewandt wird, ist stets von ihren Folgen her verderblich. Gewalt verkrüppelt, ja tötet den Menschen in jeder Hinsicht, richtet die Gesellschaft zugrunde, raubt der Menschheit lichte Perspektiven, entweiht und korrumpiert jedes edle Ziel, in dessen Namen sie angewandt wird. Sie verdirbt den, der sich ihrer bedient, und jene, gegen die sie eingesetzt wird, denn sie animiert die räuberischsten Instinkte und erweckt die finstersten Leidenschaften der menschlichen Seele. Ergebnis der Gewalt ist der Verfall der Menschen, die Gesellschaft ist schlechter als die vorhergehende, versteckt sich dabei jedoch schamhaft hinter neuen, grell beschmierten Kulissen. Kurz gesagt, oft reißt man einen altmodischen und ungemütlichen Palast ab, um an seiner Stelle eine neue, zum Leben ungeeignete Hütte zu errichten.
4. Wir sehen mit eigenen Augen, daß die radikale Revolution vom Oktober 1917, die in dunkler, unglücklicher Zeit inmitten eines zurückgebliebenen Volkes siegte, politisch wie wirtschaftlich einen Schritt zurück bedeutete, denn sie beseitigte gesellschaftliche Freiheiten und bremste das Wohlstandswachstum, während zugleich die gemäßigttere und weniger gewaltsame Revolution in Deutschland und Österreich von 1918 politisch ein Schritt nach vorn war, denn sie vergrößerte die gesellschaftlichen Freiheiten.
5. Die Erfahrung aus allen Revolutionen war, daß auf die Welle der Zerstörung und des Losreißen vom alten gesellschaftlichen Boden zunächst eine Stabilisierung folgt, dann eine

Rückkehr oder ein Schritt hin zum Früheren. Die Entwicklung beginnt sogleich, doch die Verluste der Gesellschaft sind nicht wieder gutzumachen, die erbrachten Opfer wiegen die erzielten Ergebnisse nicht auf. Als Resultat einer radikalen Revolution ergibt sich ein seinem Wesen nach begreiflicher Verlauf, eine Umkehr der gesellschaftlichen Entwicklung, selbst wenn man gigantische Ziele anstrebt. Das zeigen heute alle fortschrittlichen Kulturvölker. Wir sehen daher nirgends das Aufflammen radikaler Revolutionen. Der Wandel des Systems in einigen osteuropäischen Ländern, in China, in Vietnam und Korea war nicht das Ergebnis einer Revolution, sondern er ergab sich im Lauf ihrer Eroberung mit Hilfe der Großmachtgewalt der Sowjetunion.

6. Die Mehrheit der kommunistischen Parteien und die Arbeiterklasse lehnen heute einen revolutionären Weg des gesellschaftlichen Wandels ab. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder sind heutzutage die am stärksten antirevolutionäre Klasse, weil sie einsehen, daß ihnen nur eine demokratische Gesellschaft höchstes Wohlergehen gewährt. Sie sind die Verteidiger und nicht die Totengräber dieser Ordnung.
7. Die Welt möchte insgesamt keine Revolution, sie lehnt sie ab und verneint sie, denn Revolutionen bedeuten keine zusätzliche horizontale Spaltung der Menschheit, sondern eine vertikale. Die Welt bevorzugt einen friedlichen Evolutionsweg der Gesellschaft.

Wir meinen:

- jeder Aufruf zu blutigen und gewaltsamen Revolutionen in jedem beliebigen Teil dieser Welt mit Hilfe einer bewußten gesellschaftlichen Gruppe ist, von wem er auch immer ausgehen mag, verantwortungslos, verbrecherisch und historisch nicht gerechtfertigt;
- der Übergang von einer nicht-demokratischen zu einer demokratischen Gesellschaft vollzieht sich über eine machtvolle und massenhafte, aber gewaltlose und friedliche Einwirkung der Bürger auf die Führung der Gesellschaft;
- die Menschen können sich nur auf dem Weg einer friedlichen, freien Evolution in einer demokratischen, freien Gesellschaft entwickeln und vervollkommen.

(...)

6. Die ideologische Weltlage

1. Heute gibt es auf der Welt drei gesellschaftlich-politische ideologische Grundkräfte:
 - a) die demokratische Ideologie, die auf der Basis breiter gesellschaftlicher Freiheit ruht und zum Privateigentum anspricht (Demokraten, Republikaner, Konservative);
 - b) die sozialistische Ideologie, die auf breiter gesellschaftlicher Freiheit beruht und das Privateigentum einschränkt (Labour Party, Sozialdemokraten usw.);
 - c) die kommunistische Ideologie, die auf einer Einschränkung der gesellschaftlichen Freiheit und der Vernichtung des Privateigentums beruht (Kommunisten, Trotzlisten usw.).Jede dieser Ideologien kann ihre religiöse oder nationale Färbung haben (christliche Demokraten, Arbeitersozialisten, Nationaldemokraten usw.).
2. Naturgemäß genießen in den demokratischen Gesellschaften der Welt die größte Unterstützung die demokratischen Parteien, eine mittlere die sozialistischen und schließlich die geringste die kommunistischen Parteien. In den prokommunistischen Gesellschaften, in Italien und Frankreich, stimmen ein Viertel bzw. ein Drittel aller Wähler für die Kommunisten. In einer freien und nicht in einer erzwungenen Situation gehören daher die größten Sympathien der Menschheit der Demokratie und dem Eigentum.
3. Die Lage in den kommunistischen Ländern ist problematisch, denn man gibt das erreichte un stabile Gleichgewicht für öffentliche Unterstützung aus. Erreicht wird es aber dadurch, daß eine aktiv Zwang ausübende Minderheit die Gesellschaft unterdrückt und deren Mehrheit in Gehorsam hält, wobei sie auf Furcht und materielle Köder spekuliert.
4. In der Philosophie beherrschen vor allem die Ideen des Idealismus die Gedanken, seltener ihre neutralen Strömungen (Pragmatismus, Existenzialismus usw.). Der Materialismus ist heute eine äußerst unpopuläre Doktrin. Seine Zweigrichtung Marxismus-Leninismus ist eine Ideologie, die in einer echten Agonie steckt und sogar unter ihren Anhängern den letzten Boden unter den Füßen verliert.
5. Die Religion ist wie früher in der Gestalt ihrer führenden Lehrer (Christentum, Buddhismus, Hinduismus usw.) die machtvollste und universellste ideologische Form, obwohl

im Lichte der neueren wissenschaftlichen Erfolge ihre Aureole schwand. In der Gegenwart gewinnt die Religion – während die Wissenschaftsentwicklung die Menschheit in eine Sackgasse führt und immer mehr Schwierigkeiten bei der Erkenntnis der Natur aufzeigt – für sich weiteren Lebensanreiz.

6. Die Menschheit erkennt so ihre prinzipiellen Ideale an – die höchsten unsterblichen Werte, Freiheit, Eigentum, Nächstenliebe – und lehnt die niedrigen, zerfallenden Werte, Sklaverei, Elend, Liebe zum Staat, ab.

Wir meinen:

- die demokratischen Ideale, menschliche Freiheit und Menschenrechte, genießen Priorität vor wirtschaftlichen Gütern;
- Philosophie – diese große Kraft – wandelt den menschlichen Geist und durch ihn die menschliche Gesellschaft, wir sollten die sich ständig erneuernde geistige Suche der Philosophie auf den Weg der Überprüfung und Verbindung von Systemen lenken;
- die Religion ist einer der größten und unvernichtbaren ideologischen Faktoren, ein Verbündeter der Philosophie, berufen, im Schicksal der heutigen und der künftigen Welt eine ungeheure Rolle zu spielen.

II. Die Situation der Gesellschaft und die Ziele der demokratischen Bewegung

Unser Volk hat vollen Anspruch auf ein freies und glückliches Leben. Es verdiente dies durch seine unermesslichen Leiden und seine Arbeit. Schuld an dem unnennbaren äußeren und inneren gesellschaftlichen Unglück, das sich in der Vergangenheit über unser Volk ergossen hat und es auch in Zukunft zu überschwemmen droht, sind vor allem:

1. Die eingeengte dogmatische Beschränktheit unserer gesellschaftlichen Führung, die sie hindert, die wichtigsten Ereignisse und Prozesse unserer komplizierten Welt zu erkennen, richtig einzuschätzen und vernünftig darauf zu reagieren.

2. Die verderbliche Praxis, das Land zu leiten, die die Meinung der besten Köpfe der Gesellschaft mißachtet und mit der Gewalt ihres Strafapparates unterdrückt.
3. Verantwortungslosigkeit und Willkür der Regierungsakte als Folge des fehlenden Einflusses einer oppositionellen politischen Kraft.

Dies alles ergibt sich aus dem undemokratischen, diktatorischen Alleinherrschaftsprinzip unseres gesellschaftlich-politischen Systems. Einziges Heilmittel und unser Hauptziel ist daher die volle Demokratisierung aller Bereiche des Gesellschaftslebens. Freiheit brauchen wir alle, um die schöpferischen Kräfte unserer Gesellschaft aus den Fesseln zu befreien und den Untergang zu verhindern.

1. Der politische Aufbau

1. Der Sowjetstaat ist eine zutiefst antidemokratische und totalitär-diktatorische Gesellschaftsorganisation. In ihm werden die Grundrechte und die Interessen der unterdrückten (absoluten) Mehrheit der Bürger den Rechten und Interessen des Staates geopfert.
2. Der Sowjetstaat ist ein Organ der Gewalt in den Händen der partei-bürokratischen Elite, der neuen Ausbeuterklasse. Der Inhalt der staatlichen Rechte und Interessen wird von der Parteielite gemäß ihrer engen Ziele festgelegt. Die Interessen der Bürger werden nur insoweit berücksichtigt, als die Massen damit abgehalten werden können, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.
3. Die gesamte Gewalt – gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende – ist in einem über der Regierung stehenden Organ konzentriert – im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.
4. Um das Volk in Gehorsam zu halten und die eigenen engen Ziele besser erreichen zu können, beraubt die Parteielite die Bürger der menschlichen Grundrechte und belastet sie bis an die Grenze des Erträglichen mit Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Das garantierte Recht der Bürger auf Arbeit, der Urlaub und die Gesundheitsfürsorge haben nur das eine Ziel, dem Staat leistungsfähige Arbeitskräfte zu sichern. Dabei sind dem Bürger vollständig die menschlichen Grundrechte genommen – Freiheit des Wortes und der

Presse, Freiheit von Vereinigungen und friedlichen Demonstrationen, Auslandsreisen usw.

5. Um der heutigen Zeit Tribut zu zollen, ist das diktatorische Regime gezwungen, sein Wesen hinter einer formalen *Scheindemokratie* zu tarnen. Zur Inszenierung eines pseudodemokratischen Massenspektakels zwingt man die Bürger, sich mündlich oder schriftlich gegen ihre Überzeugungen und gegen ihr Gewissen zu äußern, an Massenversammlungen, Demonstrationen und Maßnahmen zu beteiligen, alles gegen ihren Willen. Sie müssen in Organisationen herumsitzen, die keinerlei politische Bedeutung haben usw., d. h. die Rolle politischer Statisten spielen. Wer sich dabei der straffen Parteikontrolle entzieht, der sieht sich sofort Verfolgungen ausgesetzt, die bei der Entlassung vom Arbeitsplatz beginnen und bei der Inhaftierung enden.
6. Um den Anschein zu erwecken, das Land werde vom Volk geführt, inszeniert man – unter wachsamer Aufsicht der Partei – die Komödie von Wahlen zu den Leitungsorganen des Landes. Die Kandidaten für die Wahlen werden ausschließlich von den Parteiorganen aufgestellt, während irgendwelche Bürgergruppen, die nicht von der Partei kontrolliert werden, de facto nicht die Möglichkeit haben, sich zur Wahl zu stellen. Den Wählern bleibt nichts anderes übrig, als mechanisch »dafür« zu stimmen. Die Wahldaten werden erbarmungslos gefälscht, und die Wahlen selbst sind ihrer gesellschaftlichen Bedeutung beraubt.
7. Die verfassungsmäßigen Garantien einer undemokratischen Verfassung werden nicht eingehalten. Praktisch ist jegliche Machtwillkür gegen die Bürger möglich.
8. Das höchste Gesetzgebungsorgan des Landes – der Oberste Sowjet – ist ein jämmerlich untergeordnetes Anhängsel der Exekutive. Die korrumpierte Praxis der Wahl befördert dorthin entweder politische Analphabeten oder Mitglieder der herrschenden parteibürokratischen Elite. Seine Aufgabe besteht darin, untertänig und einmütig die von der Regierung verlesenen Dokumente zu bestätigen.
9. In der ganzen Zeit des Bestehens des Obersten Sowjets kam es kein einziges Mal vor, daß ein Deputierter gegen einen Regierungsvorschlag gestimmt hätte, trotz zahlreicher Fehler und selbst einer verbrecherischen Tätigkeit sprach der Oberste Sowjet der Regierung kein Mal das Mißtrauen aus.

10. Die rechtsprechende Gewalt im Lande – der Oberste Gerichtshof und die Volksgerichte – unterstehen voll und ganz der Exekutive und werden mit Mitgliedern der kommunistischen Partei besetzt. Mit einem solchen System spricht nicht die Gesellschaft Recht, sondern die KP. Ein Parteigericht verteidigt aber nicht Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit, sondern die eigenen politischen Vorteile. Es richtet im Namen des Staates, nicht im Namen des Gesetzes.
11. Gerichtsbeschlüsse, besonders in politischen Dingen, werden nach Vorschrift der Parteiorgane oder des Staatssicherheitsdienstes getroffen.
12. Das höchste Exekutivorgan im Lande – der Ministerrat – ist praktisch ein Machtwerkzeug des ZK und hat sich selbst die gesetzgebende und die rechtsprechende Gewalt unterstellt. Er ist mit Mitgliedern der Parteielite besetzt und untersteht dieser. Ihm stehen Armee, Miliz, Sicherheitsorgane, technische und Massenpropagandamittel zu Verfügung, mit deren Hilfe die Clique uningeschränkt das Aufkeimen eines eigenständigen politischen Lebens, einer Opposition oder einer anderen Denkweise im Lande gewaltsam unterdrücken kann. Die Gerichte der Gesellschaft sind daher von der Willkür einer Handvoll Dogmatiker aus der Parteielite abhängig. Die Regierung setzt sich auf lange Zeit aus den gleichen Leuten zusammen.
13. Die lokalen Selbstverwaltungsorgane – die Sowjets der Arbeiterdeputierten – sind die einfachsten der Exekutive unterstellten Zellen und selbst der geringsten Möglichkeit beraubt, letztere an etwas zu hindern oder auf sie einzuwirken.
14. Die gesellschaftlichen Organisationen – Gewerkschaften, Komsomol, Sportgesellschaften usw. – werden nicht nur auf Initiative der Partei gegründet, sondern sind deren Anhängsel und erfüllen begrenzte Funktionen in deren Dienst. Eigenständiger Bedeutung, Kraft und Macht sind sie beraubt.
15. Die Praxis einer 52jährigen Geschichte hat gezeigt, daß die Parteispitze und die Regierung unzulänglich für das Schicksal der Bevölkerung und deren Forderungen sorgen, ja im Gegenteil, häufig hat die verbrecherische, abenteuernde Aktivität der Parteielite die geistigen, moralischen und materiellen Ressourcen der Bevölkerung aufgezehrt und Dutzende von Millionen an Opfern gefordert.

16. Jegliche politische Aktivität – abgesehen vom vorbehaltlosen Gutheißen des Parteikurses – wird verfolgt und grausam bestraft, das beginnt bei der Entlassung vom Arbeitsplatz und endet beim Einsperren in Strafanstalten oder in psychiatrischen Krankenhäusern.
17. Die besten Köpfe und Herzen der Gesellschaft, tapfere Menschen mit reinem Gewissen, protestieren und kämpfen gegen das antidemokratische Regime, ungeachtet einer neuen Welle von Repressalien (Daniel, Sinjawschij, Ginsburg, Galanskow, Grigorenko, Jachimowitsch, Chaustow, Bukowschij, Lewitin, Begoras-Daniel, Litwinow, Gabaj, Martschenko, Gawrilow und viele, viele andere).
18. Das Land wird heute in eine Situation gebracht, die es mit politischen und wirtschaftlichen Krisen bedroht.

Die Demokraten erklären zu ihren politischen Zielen:

1. Die Schaffung eines demokratischen Staates – einer Union Demokratischer Republiken (UDR), die von Vertretern aller Parteien, parteilosen, nationalen, Klassen- und religiösen Gruppierungen der Gesellschaft geführt wird.
2. Die Reduzierung der Pflichten des Bürgers gegenüber dem Staat und die uneingeschränkte Garantie der folgenden zehn Grundrechte und -freiheiten:
 1. Freiheit vor willkürlichen Verhaftungen, Haussuchungen und anderen Gewaltakten;
 2. Gewissens- und Meinungsfreiheit;
 3. Berufs- und Handlungsfreiheit;
 4. Unterrichts- und Ausbildungsfreiheit;
 5. schöpferische Freiheit;
 6. Korrespondenz- und Bewegungsfreiheit;
 7. freie Wahl von Staatsbürgerschaft und Wohnsitz;
 8. Freiheit von Wort und Presse;
 9. Versammlungs- und Vereinsbildungsfreiheit;
 10. Freiheit für Demonstrationen und politische Wahlen.
3. Die Durchführung allgemeiner, freier und demokratischer Wahlen zu den Staatsorganen bei uneingeschränkter friedlicher Durchführung von Wahlkampagnen und mit der Möglichkeit, Kandidaten aufzustellen, die einer beliebigen gesellschaftlichen Gruppe angehören und mindestens 500 Anhänger aufweisen können.
4. Trennung der Aufgaben der Gewalten – der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden –, ihre Emanzipa-

tion von der Parteikontrolle, um sie in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

5. Die Schaffung höchster – von der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt unabhängiger – Gesetzgebungsorgane: eines »Obersten Sowjets der Republiken« und »Sowjets der Republiken«, die im Zuge freier demokratischer Wahlen mit Vertretern aller Partei-, parteilosen, nationalen, Klassen- und religiösen Gruppierungen besetzt werden.
6. Die Schaffung von Organen der rechtsprechenden Gewalt, die sowohl von der vollziehenden wie von der gesetzgebenden Gewalt unabhängig sind – von gesellschaftlichen Gerichten, die mit parteilosen und moralisch einwandfreien Menschen besetzt werden. Diese werden in freien demokratischen Wahlen nach Gerichtsbezirken und Republiken gewählt. Die rechtsprechende Gewalt soll für die Einhaltung der Gesetze nicht nur durch Einzelpersonen, sondern auch durch die Exekutive sorgen.
7. Unabdinglich für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Garantien ist die Schaffung eines obersten unabhängigen Verfassungsgerichtes, an das sich ein jeder Bürger mit Klagen gegen alle Instanzen der Exekutive, gegen alle Amtspersonen – bis hinauf zum Premier – wenden kann.
8. Die Schaffung höchster Exekutivorgane – des Ministerates der Union der Demokratischen Republiken und von Ministerräten der demokratischen Republiken, die von den Gesetzen und den Sowjets der Republiken abhängig sind, sowie vom System lokaler Sowjets, die mit Vertretern der Wahlgruppierungen besetzt sind, die bei den Wahlen siegen.
9. Die Abschaffung des politischen Strafapparates – der Staatssicherheitsorgane – als einer verfassungswidrigen Organisation. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sollen nur Milizkräfte beibehalten werden.
10. Allgemeine Freilassung sämtlicher Polithäftlinge, Entschädigung an sie bzw. ihre Familien; vollständiger Verzicht auf Verfolgung aufgrund politischer Kriterien.

2. Wirtschaftsstruktur

1. Wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion ist nach der Verfassung das sozialistische Eigentum an Arbeitsinstrumenten und Produktionsmitteln, und zwar in Gestalt von

Staatseigentum oder genossenschaftlichem Kolchoseigentum. Das Wirtschaftsleben der UdSSR wird vom Volkswirtschaftsplan bestimmt.

2. In der UdSSR herrscht nur ein – der Welt größtes – Staatsmonopol an der gesamten Produktion. In seinen Händen liegt das gesamte Eigentum an Produktionsmitteln und -instrumenten. Herr über die Produktionsmittel ist nicht, wie behauptet wird, jeder Staatsbürger, sondern über sie verfügt nach eigenem Gutdünken die herrschende Partei-Beamten-Elite, der etwa 6% der Bevölkerung angehören (nach Angaben des Akademiestandes A. Sacharow). De facto ist der Charakter der Produktionsverhältnisse nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen: rücksichtsloser Ausbeutung der Bevölkerung, Elend, Industrie- und Landwirtschaftskrisen, Disproportionen im Produktions- und Distributionsbereich usw.
3. In der Wirtschaft des Landes herrscht ein strenger »demokratischer Zentralismus«. Dies bedeutet die bedingungslose Unterordnung der Produktionseinheiten unter ein maximal zentralisiertes Herrschaftsorgan, das allein Produktion wie Distribution der erzeugten Produkte leitet, d. h. der Staat ist alleiniger Regulator der gesellschaftlichen Produktion.
4. Die sowjetische Wirtschaft ist bürokratisiert: demokratische Grundlagen fehlen in der gesellschaftlichen Produktion ganz und gar, eine zentralisierte Planung fesselt und bremst die Initiative der einzelnen Betriebe, Kollektive und Personen, die in der Produktion beschäftigt sind. Allein schon die Praxis der Planung ist verderblich:
 - a) es wird nicht auf wissenschaftlicher Grundlage produziert;
 - b) sie rechnet auf rasche Erschöpfung und räuberische Vergeudung der Ressourcen des Landes;
 - c) sie ist ihrer Natur nach unvollkommen, da unmöglich die ganze Vielfalt und Veränderlichkeit der Faktoren des Wirtschaftslebens vorherzusehen sind.
5. Dank einer einzigen zentralisierten Planung von Produktion und material-technischer Versorgung stellt der Staat her, »was, wie und wieviel er will«, verkauft seine Produktion, wem er will und zu Preisen, die er als vorteilhaft für sich erachtet. Zwischen Lieferanten und Konsumenten bestehen keine Beziehungen beidseitigen Vorteils, sondern sie basieren auf Voluntarismus.

6. Sowjetische Betriebe und Sowchosen besitzen keinerlei betriebswirtschaftliche Selbständigkeit. Die Betriebe erhalten ihre Planaufgaben nach Natural- und Geldindices, wobei die letzteren vor allem eine statistisch-kontrollierende Rolle spielen. Weder die Verwaltung noch das gesamte Kollektiv einer Wirtschaftseinheit sind berechtigt, den Plan nach Nomenklatur oder Umfang zu ändern.
7. Waren-Geld-Beziehungen haben im wesentlichen statistische Aufgaben. Die Beziehungen zwischen Betrieben sind direkt, nicht äquivalent und ohne Warencharakter. Alle wirtschaftlichen Grundgesetze der gesellschaftlichen Produktion wurden durch nichtfundierte voluntaristische Konzeptionen ersetzt, die einer realen Basis entzogen sind.
8. Eine ungeheure Zahl von Betrieben und Sowchosen bringt Verluste, erhält Dotationen und ist nicht daran interessiert, zu wirtschaftlicher Rechnungsführung überzugehen, da für ihr Personal materielle Stimuli fehlen.
9. Die neue Wirtschaftsreform hat die Widersprüche in der Volkswirtschaft des Landes nicht beseitigt. Wie früher bleiben die Betriebe in allen Grundfragen ihrer betriebswirtschaftlichen Aktivität durch die starren Rahmen des »demokratischen Zentralismus« eingengt.
10. Die niedrigste Arbeitsproduktivität unter den entwickelten Ländern wurde zur charakteristischen Begleiterscheinung der sowjetischen Wirtschaft. Ungeachtet der zentralisierten Planung und einheitlichen Verwaltung von Industrie und Landwirtschaft, ungeachtet der gewaltigsten Naturschätze und der Welt größter Zahl an Arbeitskräften fällt ein Produktivitätsvergleich zwischen den USA und der UdSSR auch bei ersichtlich überhöhten offiziellen Daten überaus ungünstig aus; soviel wie in den USA eine Person, produzierten 1967 in der UdSSR jeweils

in der Industrie	– 2 Personen
in der Landwirtschaft	– 5 Personen
im Bauwesen	– 1,9 Personen

Die sowjetischen Werktätigen sind nicht an einer Produktivitätssteigerung interessiert, denn der Staat erhöht ihren Lohn nicht, da dem kein gleichwertiges Warenangebot gegenübergestellt werden kann. Steigt die Produktivität, so stuft der Staat schlechter ein.

11. In der Sowjetunion wurde Mangelproduktion zum charakteristischen Merkmal der Wirtschaft. Die Sowjetunion bleibt

hinter allen entwickelten Ländern in Herstellung wie in Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung zurück. Diese Kluft hat sich in den letzten Jahren noch erweitert.

Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung

Erzeugnis	Maßeinheit	wiss. begründete Norm f. d. UdSSR	Tatsächl. Verbrauch pro Kopf			
			UdSSR	BRD	USA	Schweden
Fleisch	kg	80-100	46	75	108	51
Zucker	kg	40- 44	36,7	35	48,5	43,4
Milch- und Molkereiprod.	kg	460-540	274	258	311	—
Eier	Stck.	330-365	138	248	304	—
Gemüse und Melonenkult.	kg	164	80	57	98	35
Getreide- erzeugnisse	kg	—	150	73	66	70

12. In Industrie und Landwirtschaft herrscht Disproportion in der Entwicklung der einzelnen Zweige. So bleibt beispielsweise die Produktion von Konsumgütern hinter der Produktion von Produktionsmitteln zurück.
13. Neue Betriebe werden mit veralteten Typen und Marken an Ausrüstungen ausgestattet; im Vergleich zu den weltweiten technischen Errungenschaften sind sie nur gering mechanisiert und automatisiert. Es werden nicht genügend moderne Ausrüstungen in den entwickelten Ländern gekauft, sondern die eigenen, die häufig von schlechter Qualität und mit einem großen technischen Risiko behaftet sind, projektiert und hergestellt. Aufgrund der Ausstattung von Betrieben mit Ausrüstungen, die von vornherein überholt sind und der Verwendung von veralteten technologischen Prozessen sind die Produktivität niedrig, der Output gering und die Gestehungskosten hoch. Insgesamt kann man eine technische und organisatorische Rückständigkeit gegenüber den entwickelten Ländern von durchschnittlich 15-20 Jahren verzeichnen. Der niedrige Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad resultiert aus dem Mangel an Staatsreserven (Kapitalien) zur Erneuerung der Ausrüstungen aufgrund einer unvollkommenen Wirtschaft und aufgrund der Ausgaben für den militärisch-industriellen Komplex.
14. Die technologische Ausrüstung wird ständig und immer wieder mit primitiven Methoden überholt - für große und kleinere Reparaturen werden mehr Mittel aufgewandt als für die Herstellung einer neuen und vervollkommneten Ausrüstung.

15. In Industrie und Landwirtschaft ist eine starke Zersplitterung der Kapitalinvestitionen zu beobachten. Die mit der Herstellung von Materialien für den Bau von Betrieben und unmittelbar mit deren Errichtung Beschäftigten werden entlohnt, produzieren aber nichts. An Betrieben wird lange gebaut. Damit wächst die in Umlauf befindliche Geldmenge, ohne daß ihr Waren gegenüberstehen. 1969 erreichte das Warendefizit im Lande einen Wert von 9 Mrd. Rubel.
16. Statt neue moderne Betriebe zu errichten, werden fast alle erweitert und überholt, ohne daß sie in dieser Zeit ihre Tätigkeit einstellen. Trotz ungeheurer Kosten bringen derartige Reparaturen nur einen minimalen Effekt, die aufgewandte Arbeitskraft wächst proportional zum wachsenden Produktionsausstoß.
17. Der Bau neuer Betriebe zeichnet sich dadurch aus, daß sie in langjähriger Sicht nicht für eine Kapazitätserweiterung gedacht und so samt und sonders nach etwa einem Jahrzehnt Lebensdauer hinsichtlich aller technischen Kriterien bereits veraltet sind.
18. Während der ganzen Zeit der Sowjetmacht wurde die Landwirtschaft im Interesse der herrschenden Elite rücksichtslos ausgeplündert. Für Nahrungsmittel wurden symbolische Preise festgesetzt, zu denen sie den Kolchosen weggenommen wurden (1–2 Kopeken der alten Preisskala für 1 kg Getreide). Die herrschende Elite bekam damit kostenlos Nahrungsmittel, die sie zu willkürlich festgesetzten Preisen an die Stadtbevölkerung verkaufte. Das glied dann halbwegs das Staatsbudget aus und ermöglichte es, die Unzufriedenheit der Stadtbevölkerung zu dämpfen.
19. Landwirtschaftliche Gebiete werden nicht nach wissenschaftlichen Prinzipien genutzt, sondern räuberisch wird sofortiger Nutzen gesucht. Die Versorgung der Kolchosen mit Technik rangiert an letzter Stelle. Die Felder sind verwildert und ungepflegt, erschöpft und der Erosion ausgesetzt. Maßnahmen zur Hebung des landwirtschaftlichen Produktionsniveaus werden im Stil einseitiger und beschränkter Kampagnen durchgeführt, wie z. B. der Kampf mit dem Grasbausystem, mit den Brachen, der Massenanbau von Mais, Chemisierung und Neulandgewinnung (von 1956–65 wurden insgesamt 9,6 Mrd. Rubel investiert und eine Produktion im Wert von 11 Mrd. Rubel erzielt). Ganz beliebige, von Wissenschaft und Praxis ungeprüfte Doktrinen werden

in der Regel gleich über das ganze Land hin angewandt und haben gewöhnlich negativen Effekt. Landwirtschaft wird ohne Rücksicht auf die örtlichen Klima-, Boden- und Wirtschaftsverhältnisse unter ständiger wirtschaftlicher Sprengung der Reproduktion betrieben.

20. Ein ungeheurer bürokratischer Verwaltungsapparat auf allen Stufen der bürokratischen Leiter bis hinab zu den untersten Wirtschaftseinheiten wurde geschaffen und ist in Aktion. Allein die freigestellten Parteiorganisatoren, Gebietskomiteevorsitzenden, Sonderabteilungsleiter, Funktionäre des Parteiapparates auf Rayons- und Stadtkomiteesebene zählen nach Orientierungsberechnungen in der UdSSR etwa 0,8–1,0 Million Menschen. Zur Aufrechterhaltung des aufgeblähten bürokratischen Apparates werden ungeheure Mittel verwandt. Auch entwickelte Länder können sich einen solchen verschwenderischen Aufwand nicht leisten.
21. Großmachtziele und eine getarnte Doktrin der Weltherrschaft zwingen den Staat unter der Fahne der »Verteidigung« zur Schaffung eines gigantischen militärisch-industriellen Komplexes. Auf dessen Erhaltung werden etwa ein Drittel aller wirtschaftlichen Anstrengungen des Landes verwandt, die für das gesellschaftliche Wohl unwiederbringlich dahin sind.
22. Allein in der Nachkriegszeit errichtete die Sowjetunion zu für sie ungünstigen Bedingungen oder kostenlos in Entwicklungsländern 1537 Betriebe (bis Ende 1967), davon 256 in China, 161 auf Kuba, 180 in Vietnam, 59 in Afghanistan, 100 in Ägypten, 44 in Guinea usw.
23. Kostenlos lieferte und liefert die Sowjetunion Waffen an viele Länder: Indonesien, Ägypten, Algerien, China, Ghana, in Portugals Kolonien und viele andere Länder für mehrere Millionen Rubel, dafür zahlte die Bevölkerung der Sowjetunion.
24. Umfangreiche Mittel fließen in die subversive Tätigkeit gegen andere Länder auf der Grundlage der sogenannten internationalen Hilfe.
25. Kriegführung in Korea, in Vietnam (ein Tag Krieg kostet 3 Mill. Rubel für die UdSSR) und die Hilfe für Kuba (1 Mill. Dollar pro Tag) haben die Wirtschaft des Landes schließlich untergraben und es 1969 in eine sich vertiefende Krise geführt.

26. Direkte Folge der verderblichen Wirtschaft und abenteuernden Außenpolitik sind ein niederes Niveau des gesellschaftlichen Konsums, ein sinkender Wohlstand des Volkes. Ihrer politischen Rechte beraubt, wird die Bevölkerung des Landes kräftig ausgebeutet. Es wurden hohe direkte und mittelbare Steuern festgesetzt (Einkommens-, Kinderlosigkeits- und Verbrauchssteuer, Aufschläge auf Waren; für die Betriebe sind es Kapital- und Umsatzsteuer, Wegnahme der Überschüsse aus Prämienfonds usw.). Geld wird aus der Bevölkerung auch durch willkürlich festgelegte Preise herausgepumpt (z. B. der für Autos liegt um ein Vielfaches über den Gestehungskosten).
27. Niederes Lohnniveau, hohe Preise für Industrieerzeugnisse und ein Mangel an Gütern spornen die Interessiertheit der Bevölkerung an der Arbeitsproduktivität nicht an. Der Verfassungsgrundsatz, »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«, wird nicht verwirklicht. Die Arbeitslöhne sind wenig differenziert. Auf der Basis eines gleichmacherischen Verteilungsprinzips erhalten gut und schlecht Arbeitende fast die gleiche Entlohnung. Obligationen für Anleihen werden eingefroren.
28. In den letzten Jahren hat die Verteuerung von Industrieerzeugnissen zugenommen, ist der Mangel an ihnen spürbar geworden. Die gleiche Lage herrscht bei Nahrungsmitteln: ausgeprägter Mangel an Fleisch und Fetten, von Jahr zu Jahr sinkende Getreidernten, d. h. der Staat ist offensichtlich außerstande, Konsumreserven anzulegen. Nach dem Konsumniveau berechnet, rangiert die Sowjetunion selbst nach optimistischen Berechnungen an 17. Stelle in der Welt.
29. Das Land wird von einer heftigen Wohnungskrise heimgesucht, deren Überwindung Partei und Regierung für 1970 versprochen haben. Mangel an Kindergärten und -krippen, an Krankenhäusern, Kantinen, Schulen herrscht ebenso wie städtebauliche Mängel (Verkehr, Kanalisation, Schutz gegen Luftverschmutzung, Grünanlagen).
30. Die herrschende Elite bedient sich, dank des Wirtschaftsmonopolismus und fehlender politischer Freiheiten halber Zwangs-, aber auch regelrechter Zwangsarbeit. Wer gesellschaftlicher Arbeit ausweicht, wird mit drakonischen Gesetzen bedroht, ja sogar mit Freiheitsentzug bestraft. Kolchosbauern haben keinen Paß, was sie mit Gewalt an den Kolchos fesselt. Viele Arbeiter und Angestellte, die

jahrelang auf der Warteliste für Wohnungen standen, müssen sich mit allen Arbeits- und Lohnbedingungen abfinden, da ein Betriebswechsel sie um ihren Wohnungsanspruch brächte.

31. Die Werktätigen sind auch des Rechtes beraubt, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen. Streiks sind verboten und werden von den Herrschenden als Sabotage und als subversive Aktion gewertet, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.
32. Das dem ganzen Volk gehörende Eigentum wird nicht im Interesse aller Glieder der Gesellschaft genutzt. Dem Volk fallen die Brosamen von der Tafel der Partei- und Regierungselite zu. Die von Marx im »Kapital« gezeichneten düsteren Bilder wirtschaftlicher Ausbeutung, verschärft durch politische Rechtlosigkeit, sind absolut zeitgemäß und können als Illustration des sowjetischen Staatskapitalismus dienen.
33. Dogmatische Vorurteile über Eigentum, Planung und Verteilung werden von der herrschenden Elite zu dem Zweck aufrechterhalten und kultiviert, um das wirtschaftliche und politische Leben im Lande in der Hand zu behalten. Wir erinnern die ängstlichen Dogmatiker an eine historische Tatsache – die NEP, durch die die zerstörte Wirtschaft wieder hochgebracht werden konnte.
34. Partei- und Regierungselite wie offizielle Propaganda buchen sämtliche Schwierigkeiten auf das Konto der vernichtenden Kriege, der Rückständigkeit des zaristischen Rußland usw., de facto liegen die Ursachen ganz woanders, nämlich:
 - a) im starren Festhalten an dogmatischen Vorurteilen über die Eigentumsformen;
 - b) im »demokratischen Zentralismus« der Wirtschaftsleitung;
 - c) in der Unterordnung der Wirtschaft unter den militärisch-industriellen Komplex;
 - d) in Zwangs- und halber Zwangsarbeit.

Die Demokraten erklären zu ihren wirtschaftlichen Zielen:

1. Die Schaffung einer dreigliedrigen Wirtschaft mit drei Formen von Eigentum an Produktionsmitteln – staatlichem (dem ganzen Volk gehörend), Gruppen- (Kollektiv-) und Privat- (persönlichem) Eigentum, zu regeln durch Verbrauch und Markt.

2. In der Industrie die Schaffung von drei Sektoren nach der Form des Eigentums an den Produktionsmitteln:
 - a) staatliches – vor allem in Schwer- und Mittelindustrie (Staatsbetriebe);
 - b) Gruppeneigentum – in der Leichtindustrie (Betriebe von Arbeiterräten und Arbeitergesellschaften);
 - c) Privateigentum – in der lokalen Industrie (private, eigene Betriebe).
3. In der Landwirtschaft die Schaffung von drei Sektoren nach der Form des Eigentums an Produktionsmitteln:
 - a) Staatsgüter (Goschosy);
 - b) Gruppengüter (landwirtschaftliche Gesellschaften, Gemeinden und Kommunen);
 - c) Privathöfe (Farmen, Einzelhöfe).
4. Dienstleistungssektor hauptsächlich auf der Basis von Gruppen- und Privateigentum an Produktionsmitteln.
5. Unabhängigkeit der Kollektiv- bzw. Gruppen- und der privaten Wirtschaftseinheiten und ihre Gleichberechtigung mit den dem Volk gehörenden (staatlichen).
6. Herstellung gleicher Bedingungen und freien Wettbewerbs der Wirtschaftseinheiten dieser drei Eigentumsformen.
7. Umwandlung des Geldes, das heute nur statistisch-rechnerische Funktion hat, in ein Wertäquivalent mit einem festen, von der Staatsbank garantierten Goldgehalt.
8. Verzicht auf die Vergeudung von Nationaleinkommen für Großmachtziele und außenpolitische Abenteuer in aller Welt. Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen zu aller Welt.
9. Ein erweitertes Programm zur Verbesserung des Volkswohls und eine Verdoppelung der öffentlichen Mittel, die für diese Ziele bewilligt werden.

3. Die nationale Frage

1. Die Sowjetunion ist eine Zwangsvereinigung von Völkern um einen großrussischen nationalen Kern.
2. Die jetzige russische Staatsmacht über die Völker und deren Länder wurde im Laufe einer 500jährigen, Ende des 15. Jahrhunderts beginnenden Expansion erworben. Rußland war gekennzeichnet durch ständige innere Wirren, eine im Vergleich zu den europäischen Staaten schwache

Wirtschaft, kulturelle Stagnation, ungeschickte und schlechte Nutzung der natürlichen Schätze, halbwilde Gesellschaftsbeziehungen und politischen Despotismus, der von den Horden des Ostens seinen Ursprung genommen hatte. Iwan der Schreckliche veranstaltete zur Festigung seiner persönlichen Herrschaft Blutbäder der Opritschnina und ruinierte damit schließlich Rußlands Wirtschaft, statt die Wirtschaft des Landes in Ordnung zu bringen, Wohlstand und Kultur, Entwicklung von Handel und Handwerk zu heben. Zur Sicherung ihrer Herrschaft haben auch viele der späteren Herrscher Eroberungskriege benutzt. Ein kriegerisch-chauvinistischer Taumel dämpft zuverlässig das Feuer der Unzufriedenheit über die Lage im Staate selbst. Wirtschaftlicher Verfall des Landes und das Streben nach Festigung der Herrschaft – das waren mehr als 400 Jahre lang die Hauptursachen für den russischen Kolonialismus.

3. Seit der Zeit Iwans III. und Iwan des Schrecklichen hat Rußland sein Gebiet ständig strahlenförmig von der zentral-russischen Ebene aus ausgedehnt. Rußlands erste Kolonien wurden Länder, die von Wolgavölkern bewohnt waren (das Territorium der heutigen Autonomen Republiken). Dann wurden nacheinander die Chanate Kasan und Astrachan erobert. Unter dem Vorwand, die Glaubensbrüder zu schützen, wurden im 17. Jahrhundert die Ukraine und Belorußland annektiert, unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Katholizismus Polen und das Baltikum, unter dem Vorwand der Erfüllung einer Rußland vom Allmächtigen höchstselbst übertragenen christlich-zivilisatorischen Mission schließlich der Ural, Sibirien, der Ferne Osten, Mittelasien, Kamtschatka, die Krim, der Kaukasus, Transkaukasien, Bessarabien usw.
4. Beim Zerfall des russischen Vielvölkerreiches 1917–18 zeigten die Grenzvölker – also die Völker Mittelasiens, Transkaukasiens, des Baltikums und Südwestrußlands – deutlich ihr nationales Unabhängigkeitsstreben. Ihre Unabhängigkeit erhielten jedoch nur die Völker, die den stärksten Freiheitswillen hatten und ihre Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigten. Das waren Polen, Finnland, Estland, Litauen und Lettland.
5. Unter demagogischen Parolen von der Weltrevolution, von Internationalismus und proletarischer Solidarität hat Rußland nach der Oktoberrevolution von 1917 ständig weiter

danach getrachtet, neue Gebiete zu erobern und sie sich zu unterwerfen, dafür benutzte es die kommunistische Weltbewegung. Die Komintern unterstand mit allen ihr beitretenden KPs Moskau und erfüllte Aufgaben, die von Sowjetrußlands Partei und Regierung gestellt wurden. Kominternfunktionäre wurden nach Moskaus Anordnung und Launen begnadigt oder hingerichtet (Auflösung der KP Polens und Hinrichtung polnischer Kommunisten, Abrechnung mit dem getreuen Vasallen Bela Kun usw.). Leichtgläubigkeit, Naivität und der religiöse Glaube der Kominternleute an den Marxismus wurden heimtückisch für die Großmachtinteressen Rußlands ausgenutzt. Den wahren Absichten und Zielen Sowjetrußlands wurde als demagogischer Schild eine ideologische Basis geschaffen: die Sowjetunion erklärte sich zum alleinigen Vaterland aller Werktätigen der Welt.

6. In Rußland wüteten Hunger und nachrevolutionäre Zerrüttung, doch Verbände der Roten Armee wurden nach Tuwinien und in die Mongolei geführt, wo es überhaupt kein Proletariat gab. In China wurde der Brand des Bürgerkrieges entzündet, Waffen, Geld und Spezialisten (Marschall Bljucher) dorthin entsandt. In der Türkei wurde Atatürk Hilfe gewährt, nach dem kommunistischen Umsturz in Bayern wurden wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen ergriffen, unter Kominternführung wurden in Bulgarien, Rumänien, Estland usw. Umstürze und Aufstände versucht. Das hungernde und von Weltkrieg und Bürgerkrieg wirtschaftlich völlig verwüstete Rußland brannte bereits damals, in den zwanziger Jahren, auf Weltherrschaft.
7. Die Sowjetunion traf sogar mit dem leidenschaftlichen Gegner des Kommunismus, mit dem nationalsozialistischen Deutschland, ein Abkommen und führte mit ihm die vierte Teilung Polens durch, mit Hitlers Zustimmung wurde die Unabhängigkeit Litauens, Lettlands und Estlands vernichtet, das kleine Finnland überfallen und Bessarabien Rumänien entrissen – nur weil Bessarabien früher zum Russischen Reich gehört hatte. Damals wurde mit Hitler auch über die Eroberung der Dardanellen und der Balkanhalbinsel verhandelt. Die Aufteilung der Welt zwischen der Sowjetunion und Deutschland scheiterte an Hitlers unmäßigen Gelüsten.
8. Während des Zweiten Weltkriegs setzte die Sowjetunion ihren Versuch, gewaltsam Länder anderer Völker zu annek-

tieren, fort, und es gelang ihr mit dem Baltikum, dem rumänischen Bessarabien, dem Gebiet Ushgorod von der Tschechoslowakei, mit Ostpreußen, Polens Ostgebieten, den japanischen Kurilen und mittelbar mit Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, der Mongolei, Nordkorea usw.

Die Sowjetunion ist der einzige Staat der Welt, der als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs sein Gebiet um 700000 qkm ausdehnen konnte (7,2% der gesamten Fläche Europas).

9. 1957 standen unter direkter oder mittelbarer sowjetischer Kontrolle ungefähr 25,9% der gesamten Festlandfläche der Welt und 32,7% der Weltbevölkerung.
10. Die Sowjetunion bewohnen (Angaben der Volkszählung von 1959) 114,1 Mill. Russen und 94,7 Mill. Menschen anderer Nationalität. Zwanzig Völker zählen mehr als eine Million Angehörige, darunter die Ukrainer 37,3 Mill., die Belorussen 7,9 Mill., die Usbeken 6,0 Mill., die Tataren 5,0 Mill., die Kasachen 3,6 Mill., die Armenier 2,8 Mill., die Georgier 2,7 Mill., die Litauer 2,3 Mill., die Juden 2,6 Mill., die Moldawier 2,2 Mill., die übrigen weniger als 2 Millionen. Anmerkung: Zu den Russen wird auch die Kosakenbevölkerung vom Don und Kuban und um Stawropol gezählt, die in Wirklichkeit ethnische Züge der Ukraine trägt oder, wie die Bevölkerung am Don, besondere ethnische Züge. In ihren heutigen Grenzen umfaßt die Sowjetunion das gesamte Gebiet des früheren Russischen Reiches, d. h. sie erbt die zaristischen Kolonien Rußlands – die Ukraine, Belorußland, das Baltikum, Transkaukasien, Mittelasien, Sibirien usw.
11. Die sowjetische Verfassung gewährt allen Völkern die gleichen Rechte auf politisches Leben und erklärt alle Unionsrepubliken zu souveränen Staaten. In Wirklichkeit sind aber die Unionsrepubliken absolut beschränkt in ihren Rechten und keine rechts- und geschäftsfähigen völkerrechtlichen Subjekte. Keine der Republiken unterhält außerhalb der Grenzen eine diplomatische Vertretung oder hat je einen Vertrag mit einem anderen Staat geschlossen. Auch in ihren inneren Angelegenheiten sind die Unionsrepubliken maximal in ihren Rechten beschränkt, denn die Hauptministerien – die für die wichtigsten Industriezweige, Verteidigung, auswärtige Angelegenheiten und Staatssicherheit zuständigen – sind Unions- oder unionsrepublikana-

nische Ministerien. Auch die Organe der Staatsanwaltschaft unterstehen nicht den republikanischen Regierungen, sondern unmittelbar der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR. Unions- und autonome Republiken sind in Wirklichkeit nur Verwaltungseinheiten der »einen unteilbaren Rus«, ohne tatsächliche Souveränitätsmerkmale, ohne das Recht, auf der internationalen Bühne aufzutreten, ohne das Recht, die eigenen inneren Angelegenheiten zu verwalten.

12. Viele historisch gewachsene Territorien von Völkern blieben außerhalb der Grenzen der Union und folglich auch außerhalb der Unionsrepubliken, doch Partei und Regierung stellten nicht einmal die Frage einer Wiedervereinigung dieser Territorien (Armenien, Aserbeidshan, Turkmenien, Kirgisien). Sie wurden den politischen Interessen der »einen unteilbaren Rus« zum Opfer gebracht.
13. Ungeachtet der laut vorgetragenen Parolen von Internationalismus, Brüderschaft der Völker und fehlenden Antagonismen zwischen den Völkern der Union wurden ganze Völker allgemeinen Massenrepressalien ausgesetzt, sobald sie versuchten, selbständig (unabhängig) politisch zu leben – oder auch nur in den Verdacht gerieten, dies zu tun. Zu Gesetzlosen erklärt und unter Beschlagnahme ihres Eigentums aus ihrer Heimat verschleppt wurden: die Koreaner aus dem Fernen Osten (1937–38), die Krimtataren, Griechen, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Karatschajer, Kalmücken und die Wolgadeutschen. 1942–53 fanden anti-jüdische politische Kampagnen statt, verfolgt wurden Angehörige der baltischen Völker und der Ukraine wegen »Nationalismus« usw. Krimtataren und Wolgadeutsche erhielten bis heute weder ihr Eigentum zurück, noch konnten sie in die Heimat zurückkehren.
14. Wirtschaftlich sind die Unionsrepubliken zwangsweise an die Union gefesselt, die meisten von ihnen arbeiten für den Bedarf der schwachentwickelten Rayons Sibiriens, des Hohen Nordens, des Fernen Ostens usw. Die Verteilung der hergestellten Güter erfolgt nicht auf der Basis von Handelsbeziehungen, sondern einer administrativen Verteilung durch die zentralen Herrschaftsorgane. Nach eigenem Gutdünken pumpt die Zentralgewalt in räuberischer Weise die nationalen Ressourcen und Schätze heraus, die den angestammten Einwohnern gehören. In den wirtschaftlich entwickelten Republiken (Ukraine, Belorußland und Baltikum)

wird mehr exportiert als importiert. Doch ihr höherer Lebensstandard wird künstlich gleichgeschaltet, sie erhalten für die exportierten Schätze keine zusätzlichen Entgelte. Könnten die Unionsrepubliken untereinander und ans Ausland Waren zu Weltmarktpreisen verkaufen, so vollzöge sich das Wachstum der Wirtschaft und des Lebensstandards der Republiken in viel rascherem Tempo.

15. Der Staat schafft auch künstliche Migrationsströme. So werden in nationalen Republiken künstlich verschiedene Industriezweige entwickelt, die sowohl der Rohstoffbasis und der erforderlichen Arbeitskräfte als auch eines lokalen Absatzmarktes entbehren. Eingeführt werden Rohstoffe und Arbeitskräfte, ausgeführt wird die Produktion. Als Ergebnis werden große Völkerwanderungen veranstaltet. In die nationalen Republiken strömt ein hoher Prozentsatz von herbeigeschaffter Bevölkerung ein, so daß de facto eine zivile fremdstämmige Garnison importiert wird. Nach Unionsrepubliken macht die fremdstämmige Bevölkerung aus: in Kasachstan 42,7%, in Lettland 26,6%, in Kirgisien 30,2% und in Estland 20,1%.
16. Völker, die außerhalb der Grenzen ihrer ethnischen Gebiete leben, haben keine kulturelle Autonomie. So gibt es z. B. keine jüdischen Schulen, außerhalb der Ukraine keine ukrainischen Schulen und außerhalb Belorußlands keine belorussischen Schulen, obwohl diese Völker in der gesamten Sowjetunion in geschlossenen starken Gruppen leben.
17. Russische Chauvinisten und die Schwarze Hundertschaft – alles in allem nicht mehr als ein winziger Bruchteil des russischen Volkes – vergießen von Herzen gerne Krokodilstränen über das Los der Kolonialvölker in Asien und Afrika, geraten aber in Wut, wenn man sich nach der Lage der Nationen in der Sowjetunion erkundigt.
»Was wollen sie eigentlich noch? Wir ernähren sie. . . Ohne uns wären sie verloren. Sie würden doch von den einen oder den anderen erobert werden. . . Wir haben ihnen dies und jenes beigebracht. Faschisten. . . Nationalisten.« In diesen Argumenten klingt Logik, scheint Moral zu sein – es ist die Psychologie der Kolonisatoren aller Zeiten. Die Zeit ist gekommen, die schmähhlichen kolonialen Vorurteile abzulegen.
18. Die Völker sollten den Großmachtbestrebungen einen gesunden humanen Nationalismus entgegensetzen, d. h.: Liebe zum eigenen Volk, zur Heimat, den eigenen Bräuchen

und der Kultur, Achtung vor den anderen Völkern, ihrem Recht auf Freiheit, auf selbständige Existenz und die Abwesenheit von Eroberungsbestrebungen, von Chauvinismus, Antisemitismus und Menschenhasserei.

19. Die progressive russische Intelligenz ist sich im klaren darüber, daß es ohne eine Freiheit der Nationen keine Freiheit der Persönlichkeit und keine volle und echte Demokratisierung der Gesellschaft geben kann.
20. Die nationale Befreiungsbewegung der Völker der UdSSR muß sich voll und ganz mit der russischen Bewegung für politische Freiheit und für die Demokratisierung der Gesellschaft solidarisieren und sie ergänzen.
21. Heilige historische Mission des russischen Volkes ist der Verzicht auf Gewalt, die Beseitigung der früheren Ungerechtigkeit und die Gewährung der nationalen Freiheiten und unveräußerlichen Rechte für alle Völker, die mit ihm gewaltsam verbunden worden waren. Dieser edle Schritt wäre ein Beweis für die geistige Reife und hohe sittliche Qualität, ein Beweis für Weisheit und Güte des russischen Volkes.

Die Demokraten erklären zu ihren nationalen Zielen:

1. Politische Selbstbestimmung der Nationen auf dem Weg einer allgemeinen nationalen Abstimmung (Referendum) unter Teilnahme einer UNO-Beobachterkommission.
2. Die Gewährung kultureller oder wirtschaftlicher Autonomie für die Nationen, die aus dem Bund Demokratischer Republiken nicht ausscheiden möchten.
3. Lösung von Gebietsfragen nur mit Hilfe einer UNO-Schiedskommission.
4. Entschädigung für alle moralischen, kulturellen, Gebiets- und Eigentumsverluste der Nationalitäten, die sie unter der Großmachthegemonie erlitten.
5. Das Recht eines jeden kleinen Volkes auf Beschränkung der Zahl der Ausländer gemäß einer für die ethnische Existenz dieses Volkes tragbaren Quote.
6. Nichteinmischung der Union der Demokratischen Republiken (UDR) in die inneren Angelegenheiten der ausgeschiedenen Nationen.
7. Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung zwischen den ausgeschiedenen Nationen und der UDR innerhalb der UNO!

4. Kulturelles Leben

1. Das gesamte Geistesleben der sowjetischen Gesellschaft steht unter der scharfen Kontrolle des Staates, wird von ihm monopolisiert und untersteht ihm völlig. Jeder Schimmer von Selbständigkeit des Geisteslebens wird sofort von den Staatsorganen ausgelöscht.
2. Das gesamte von oben gelenkte Geistesleben der sowjetischen Gesellschaft wurde zu einem Organ der Parteipropaganda umfunktioniert, um dem Ruhm und der Lehrtätigkeit des Staates zu dienen. Irgendwelche nichtkommunistische und demokratische Ideen zu lehren, gilt als Verbrechen wider den Staat.

a) Wissenschaft

3. Die Entwicklung der Wissenschaft ist militärisch-wirtschaftlichen Zielen und der Stärkung des Staates untergeordnet. Angesichts dieser Ziele entwickeln sich im wesentlichen nur die technischen Wissenschaften, die sich – hauptsächlich wiederum militärisch – in der Praxis anwenden lassen. Zumeist werden die wissenschaftlichen Kader nach dem Prinzip strenger Parteiauslese rekrutiert.
4. Die Gesellschaftswissenschaften werden von der Zensur straff kontrolliert und fristen ein trauriges Dasein. Häufig werden sozialwissenschaftliche Arbeiten mit Geheimniskrämerei umgeben, manchmal aber auch unter den Bedingungen des Untergrundes erstellt. Die offiziellen sogenannten »Gesellschaftswissenschaften« dienen einzig und allein den Zielen der Parteipropaganda und der Lobpreisung des herrschenden Regimes.

b) Bildung

5. Ungeachtet der Tatsache, daß die Mittelschulbildung massenhaft verbreitet und zugänglich ist, haftet ihr ein tödlich-formalistisches Wesen an, sie vermittelt kein qualifiziertes Wissen, am wenigsten geisteswissenschaftliches, und entbehrt jeglichen moralisch-erzieherischen Wertes. Bis heute war sie außerstande, den sowjetischen Schüler geistig und moralisch wirklich zu bereichern.
6. Das System der Hochschulbildung produziert Handwerker mit enger Qualifikation. Ihre Aufgabe besteht darin, sich, ohne nachzudenken, die ihnen suggerierten Begriffe anzu-

eignen und als zuverlässige Schraubchen der Staatsmaschine zu funktionieren. Das erklärt die geistige Unterentwicklung, die Unreife und Armseligkeit eines Teils der sowjetischen Intelligenz. Echte und tiefe geistige Schätze eignet man sich außerhalb der Mauern der Institute als Autodidakt an.

c) *Kunst*

7. Kunst ist in der Sowjetunion eine Form der Parteipropaganda mit künstlerischen Mitteln. Den gleichen Zielen dient auch die schöne Literatur. Beim geringsten Verstoß gegen die Parteirichtlinien, beim minimalsten selbständigen schöpferischen Gedanken prallt der Autor eines literarischen Werkes bereits auf die Sperren der Zensur und sieht sich Verfolgungen ausgesetzt, die so weit gehen können, daß er eingesperrt wird.
8. Die Musik befindet sich, aufs Ganze gesehen, in tiefem Verfall, obwohl es einige hervorragende Musiker und ein gewisses Angebot Musik »für den Massenbedarf« gibt. Das Ballett, dessen Traditionen unerschütterlich bewahrt werden, lebt noch immer vom alten Ruhm.
9. Malerei und Bildhauerei fristen ein trauriges Dasein – gefesselt durch den sogenannten »sozialistischen Realismus«, dessen Wesen die Urheber des Begriffes alles andere als gut zu analysieren verstehen. Begabte Künstler werden verfolgt, ihre Werke totgeschwiegen, ihr schöpferisches Suchen zu bourgeois Härese erklärt. Gefördert und großzügig finanziert werden nur Darstellungen der Führer, revolutionärer Themen und der Themen des kommunistischen Aufbaus, wobei auch in diesem Fall die altmodischen Kanons künstlerischer Form aufoktroiert werden.

d) *Massenkommunikationsmittel*

10. Die Massenkommunikationsmittel – Rundfunk, Fernsehen und Presse – sind monopolisierte Sprachrohre der Parteipropaganda und dienen der Manipulation des Bewußtseins der Massen. In ihnen gibt es weder Grundsatzdiskussionen noch brennende aktuelle Probleme; weder tiefgehende Kritik noch Standpunkte Andersdenkender werden darin geduldet. Sie dienen unmittelbar der herrschenden Parteilique und bieten für die dringenden Interessen der Gesellschaft ausgesprochen wenig.

Die Demokraten erklären zu ihren kulturellen Zielen: .

1. Bedingungsloser Verzicht auf das Prinzip der Parteilichkeit im kulturellen Leben der Gesellschaft.
2. Absolute Nichteinmischung des Staates in das geistige Leben der Gesellschaft.
3. Eine freie und geistig vollwertige Mittelschulbildung mit zwei Richtungen – einer geisteswissenschaftlichen und einer technischen.
4. Freiheit und Vielseitigkeit des wissenschaftlichen Schöpfer­tums mit besonderem Gewicht auf der Entwicklung von Geistes- und Gesellschaftswissenschaften.
5. Uneingeschränkte schöpferische Freiheit in allen Kunstgattungen – Literatur, Musik, Malerei usw. – bei allseitiger materieller Unterstützung durch die Gesellschaft.
6. Verfügung aller Gesellschaftsgruppen über die Massen­informationsmedien – unabhängig davon, ob diese Gruppen einer Partei angehören oder parteilos sind, ob sie einer bestimmten Klasse oder Religion zugerechnet werden – und unabhängig von ihrer Mitgliederzahl.

(...)

6. Innenpolitik

1. Die Klassenstruktur unserer Gesellschaft ist folgende (in % der Gesamtbevölkerung):

– die Intelligenz, d. h. Geistesarbeiter	25%
– Arbeiter, d. h. körperlich Arbeitende in der Industrie	35%
– Bauern, d. h. körperlich Arbeitende in der Landwirtschaft	40%.
2. Die Intelligenz ist heute eine quantitativ mächtige, qualitativ jedoch unzulängliche Kraft. Sie ist noch immer durch die geistige und moralische Rückständigkeit der Vergangenheit geprägt. Noch immer ist sie gesellschaftlich wenig aktiv, zu sehr auf sich selbst zurückgezogen und mit der Erzielung persönlichen Wohlergehens beschäftigt. Ihr ehrlichster denkender und handelnder Teil genießt keine Massenunterstützung in der eigenen Klasse, gilt als unzuverlässig, wird verdächtigt und bespitzelt, ist Verfolgungen ausgesetzt.

Zweifellos wird unsere Intelligenz jedoch im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft eine wichtigere und ihrer würdigere Rolle spielen. Heute darf sie sich nicht dem Genuß hingeben und sich dem gesellschaftlichen Übel anpassen, sondern soll eine tragende Schicht der Gesellschaft erziehen und mit sich führen.

3. In der Vergangenheit waren die Bauern der ausgebeutetste Teil der Gesellschaft, ein Reservoir für Arbeiter, ein lebendes Inventar an Mitteln für die willkürlichen politischen Ziele des Staates. Auf ihrem Rücken wurde der Sozialismus errichtet. Die in den letzten Jahren wahrgenommenen Erleichterungen der Lage der Bauern zwangen sie dazu, die sich ihnen eröffnenden Möglichkeiten auszunutzen. In der Zukunft wird es ihre Aufgabe sein, ein aktiver Bundesgenosse der Intelligenz zu werden.
4. Verbal wurde die Arbeiterklasse über alle Maßen glorifiziert und zu »Ihrer Majestät« ernannt, zur Hauptklasse der Gesellschaft, wogegen sie im wesentlichen die gleiche rechtlose und ausgebeutete Klasse bleibt wie alle anderen. Wozu war diese billige Schmeichelei der Demagogen der Vergangenheit nötig? Nötig war es, um die Arbeiter als Fußvolk für die Machteroberung zu nutzen, denn sie waren ja in den politischen Zentren des Landes konzentriert, wiesen große Mobilität und einen hohen Grad von Organisiertheit auf. Die gleiche Schmeichelei nutzen die Demagogen noch heute, denn sie fürchten die Arbeiter aus denselben Gründen als eine Kraft, die die Macht ergreifen könnte. Heute befaßt sich die Arbeiterklasse immer aktiver mit der ursprünglichen materiellen Akkumulation, verspießert und verbürgerlicht. Ihre Aufgabe ist es, sich eng um die Intelligenz zu scharen und deren geistiger Führung zu folgen.
5. Zwischen den Klassen unseres Landes gibt es bestimmte Konflikte. Sie drücken sich in vier Klassenwidersprüchen aus:
 - a) zwischen Arbeitern und administrativ-bürokratischer Intelligenz aufgrund schlechter moralischer und materieller Arbeitsbedingungen;
 - b) zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz aufgrund höherer oder gleicher Entlohnung für eine nicht wahrnehmbare »leichtere« Arbeit der letzteren gemessen an der der Arbeiter;
 - c) zwischen Bauern und Stadtbevölkerung aufgrund unge-

nügender Entschädigung für die Früchte bäuerlicher Arbeit, die sich die Stadt aneignet;

- d) zwischen allen Klassen und der administrativ-bürokratischen Elite, die sich an die Staatsführung hält, aufgrund eines unerträglichen politisch-wirtschaftlichen Regimes im Lande.

Unter den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaft sind alle diese Widersprüche leicht zu beseitigen und zu lösen.

6. Keine einzige Klasse hat das Recht, unter Ausnutzung ihrer Lage, Macht oder Zahlenstärke, der Gesellschaft ihre engen eigennützigen Forderungen im Verlauf des Klassenkampfes aufzuzwingen. Die Gesamtgesellschaft den Interessen einer Gruppe, dem Egoismus einer einzigen Klasse und deren Diktatur zu unterwerfen, ist ein Verbrechen wider die Gesellschaft und muß in einer möglichst kurzen geschichtlichen Zeit beseitigt werden. Ungezählt bleiben alle abscheulichen Verbrechen gegen den Menschen, alle Gewalttaten und Akte von Willkür und gedankenloser gegenseitiger Ausrottung, die im Namen der Klasseninteressen während des Bürgerkriegs, der Kollektivierung, der Industrialisierung und anderer Perioden in unserem Lande begangen wurden. Bis ins Extrem getrieben, spaltet der Klassenkampf die Gesellschaft, ruft in ihr materielle und – das schlimmste – moralische Zerstörung hervor, die die Gesellschaft auf eine Stufe zurückwerfen, auf der die Gesetze des Dschungels herrschen. Die im Klassenkampf gebrachten Opfer können nie durch die erzielten Erfolge erkauft werden, das zeigte die Erfahrung eines halben Jahrhunderts Geschichte in unserem Lande. Klassenbestrebungen finden ihre vernünftige Befriedigung nur in einer demokratischen Gesellschaft, in harmonischer Einheit mit allen anderen Klassen.

7. Die kommunistische Partei hat sich in unserem Land zur einzigen richtigen Sprecherin des Willens und der Interessen der Arbeiterklasse – damit zugleich aber auch der anderen Klassen – erklärt, während sie doch nicht mehr sein kann als die kollektive Trägerin einer konkreten gesellschaftlich-politischen Idee. Diese einzigartige, strafrechtlich nicht zur Verantwortung zu ziehende Partei bläht sich zahlenmäßig unwahrscheinlich auf, denn 1. ihr beizutreten ist praktisch die einzige Möglichkeit, im Leben vorwärts zu kommen und eine gut bezahlte Stellung zu bekommen; 2. von der Führung wird sie gefördert, um eine Massenbürgerschaft unter den

Mitgliedern der Gesellschaft herzustellen; 3. das schafft ein Heer von widerspruchslosen Exekutoren.

Sie überzieht alle Winkel der Gesellschaft wie eine Spinnweben und erstickt schon den kleinsten Funken eines von der Regierung nicht kontrollierten gesellschaftlichen Lebens. Unter beliebigen gesellschaftlichen Bedingungen zerfällt eine solche Pseudo-Partei wie ein Kartenhaus, denn sie ist von Grund auf künstlich und durch Zwang geschaffen. Jede Einparteiendiktatur bedeutet das Ende gesellschaftlicher Entwicklung, ersetzt sie durch eine militärisch-wirtschaftliche und verurteilt die Gesellschaft zu verhängnisvoller Stagnation.

8. Während der ein halbes Jahrhundert dauernden Entwicklung wurden nicht die Arbeiter zur herrschenden Klasse in unserer Gesellschaft, nicht die Bauern und auch nicht die Intelligenz, sondern etwas viertes. Zur neuen, allein herrschenden und allein die Gesellschaft ausbeutenden Klasse wurde »ihre Majestät, die partei-bürokratische Elite«, die die Zügel der Gesellschaft in ihren Händen hält. Die neue Ausbeuterklasse formierte sich nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Kriterien – nach dem Maß an Macht, über das sie verfügt. Diese neue Klasse kristallisierte sich aus den korruptesten Elementen der Gesellschaft: aus ehrgeizigen Egoisten, berechnenden Feiglingen und einfach aus Menschen, die kein reines Gewissen haben. Unter Wahrheit verstehen sie das Dogma, unter dem Guten den persönlichen Nutzen, unter gesellschaftlicher Pflicht die Spionage, Barbarei und Denunziation, unter Tugend die widerspruchslose Hinnahme des Bösen, Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit...
9. Ein Charakterzug dieser neuen Elite ist, daß sie nicht das Volk vertritt, nicht irgendeine gesellschaftliche Klasse. Sie vertritt nur sich selbst, gibt aber die von ihr praktizierte politische und wirtschaftliche Willkür unablässig als den Willen des Volkes aus. Zuverlässiges Gegengift gegen die Bildung einer sich dauernd mehr verknöchern den Führungskaste kann nur die ständige Erneuerung und Auffrischung der Führungsschicht im Prozeß demokratischer Wahlen sein.
10. Unsere heutige Gesellschaft präsentiert sich der Form nach als Diktatur der Arbeiterklasse, dem Inhalt nach als Diktatur der Partei; in Wirklichkeit herrscht aber die Elite mit ihren Führern. Je nach den historischen Umständen und Kräfte-

verhältnissen herrschten die Führer durch die Elite (Stalin) oder die Elite durch die Führer (Chruschtschow und seine Adepten).

Die Demokraten erklären zu ihren innenpolitischen Aufgaben:

a) *in der Klassenpolitik*

1. Verzicht auf das Prinzip des Klassenegoismus, der Überhöhung der engen selbstsüchtigen Interessen einer einzigen Klasse zum Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, auf die Tyrannei der Mehrheit über eine Minderheit.
2. Anerkennung eines Führungsanspruchs für die Gesellschaftsentwicklung für moralisch einwandfreie und geistig aufgeklärte Vertreter ausnahmslos aller Gesellschaftsschichten.
3. Verzicht auf das Prinzip des Klassenkampfes als moralisch und wirtschaftlich vernichtend für die Gesellschaft und sie mit Feindschaft und Gewalt nährend, ihr unersetzliche und sinnlose Opfer auferlegend.
4. Anerkennung der Doktrin vom Klassenfrieden, der die Zusammenarbeit, Freundschaft und gegenseitige Hilfe aller Gesellschaftsschichten und die Versöhnung widersprüchlicher Klasseninteressen zu harmonischer Einheit der Interessen der ganzen Gesellschaft einschließt.
5. Anerkennung der edlen Aufgabe des Staates, die engen eigennützigen Schichtinteressen zu begrenzen und zu versöhnen.
6. Anerkennung der wertvollsten gesellschaftspolitischen Lehren, die die Interessen aller Gesellschaftsschichten beinhalten und verteidigen, die in ihren Grundsätzen nicht Gewalt, Terror und Liquidierung anderer Klassen, Schichten und Gruppierungen verkünden.

b) *in der Parteipolitik*

1. Garantiertes Recht auf freiwilligen Austritt aus der Partei für alle, die dies wünschen.
2. Garantie der vollen politischen und bürgerlichen Rechte für alle Mitglieder der KPdSU.
3. Errichtung eines Mehrparteiensystems im Lande, wobei sich jede politische Gruppe Partei nennen und einen friedlichen politischen Kampf führen darf.
4. Das Recht jeder Partei oder Gruppierung, einen demokratischen Wahlkampf für die Teilnahme an der Gesellschafts-

führung auf gleicher Basis wie alle anderen Parteien und Gruppierungen zu führen.

5. Die Rekrutierung der Staatsbediensteten nach dem Prinzip strikter Unparteilichkeit. Die Regierung rekrutiert sich aus Vertretern der bei den Wahlen siegreichen Parteien und Gruppierungen.
6. Eine Garantie dafür, daß im Lande in *jedem beliebigen* Moment verfassungsmäßig handelnde Oppositionsparteien und -gruppen als Gegengewicht zu den Herrschenden bestehen können.

Die Demokraten erklären zu ihren geheiligten Zielen:

1. Auf politischem Gebiet: bürgerliche Freiheiten und einen demokratischen Staat, der die Wahrung der dreißig Grundsätze der UNO-Menschenrechtserklärung garantiert.
2. Auf wirtschaftlichem Gebiet: Wohlstand des Volkes und eine dreigliedrige Wirtschaft, die die Existenz gleichberechtigten staatlichen Gruppen- und Privateigentums an Produktionsmitteln garantiert.
3. Volle Selbstbestimmung und freie Willensäußerung durch ein Referendum.
4. Im kulturellen Leben: schöpferische Freiheit und Nichteinmischung des Staates in die geistige Aktivität in der Gesellschaft.
5. In der Außenpolitik: Versöhnung mit den kapitalistischen Ländern und politische Selbstbestimmung für die sozialistischen Länder.
6. In der Innenpolitik: Klassenfrieden, Gleichberechtigung der Klassen und ein politisches Mehrparteiensystem.

(...)

Der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung
– Statut, Programm, Arbeitsmethoden, ideologische Positionen,
Ursachen des Scheiterns –

In diesem Artikel befaßt sich ein sachkundiger Autor mit Zielen und Aufbau, Programm und Schicksal des Allrussischen Sozial-Christlichen Bundes zur Volksbefreiung, nachdem dieser zerschlagen worden war. Er ist trotz seiner Kürze ein zeitgeschichtliches Dokument, das im Westen zuerst von ›Posew‹ Nr. 1/1971 veröffentlicht wurde.

I

Am 5. April 1968 ging in Leningrad der Prozeß gegen Mitglieder einer illegalen militärisch-politischen Organisation zu Ende, die sich selbst als »Allrussischer Sozial-Christlicher Bund zur Volksbefreiung« bezeichnete. 29 Mitglieder standen vor Gericht, 21 wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, die von 10 Monaten bis zu 15 Jahren reichten.

Mit der abschließenden Behauptung des Regimes hallte zum ersten Male die harte Anklageformel durch einen Gerichtssaal: »Verschwörung mit dem Ziel, die Macht zu ergreifen«; bis dahin waren die Staatssicherheitsorgane auf das Phänomen gestoßen, daß es eine illegale marxistisch-oppositionelle Bewegung gibt, die sich im periodischen Auftreten nicht sehr zahlreicher Gruppen ohne klar umrissene selbständige Orientierung und unvollendete Organisationsstruktur äußert.

Aus der Sicht der Logik des historischen Prozesses hätte man gerade im Bereich der marxistischen Methodologie des Denkens das Auftreten der ausgeformtesten Oppositionsstrukturen erwarten müssen. Es mag daher paradox erscheinen, daß eine politische Organisation entstand, die als eine positive Entscheidung diametral entgegengesetzte sittliche Werte vertrat und die (zumindest methodisch) mit der allem Anschein nach in Rußland fest verwurzelten Abart der materialistischen sozio-historischen Weltanschauung insgesamt gebrochen hat. Das erscheint deshalb paradox, weil in der Gesellschaft der Sieg des Atheismus nicht nur verkündet, sondern auch funktionell erprobt und perspektivisch begründet wird. In diesem Fall ist es wichtig zu klären: Handelt es sich hier nur um einen histori-

schen Anachronismus, um einen Rückfall in Überholtes, oder um eine erste, aber überzeugte Erklärung, die eine bestimmte nationale Tendenz über sich selbst abgegeben hat. Einen gewissen Zugang zum Verständnis des Problems kann die soziale Zusammensetzung der Organisation bieten.

26 von den 29 Mitgliedern des WSCHSON haben die volle Unterrichtsschulung im Marxismus durchlaufen und beherrschen ihn (18 haben Hochschulbildung, 8 nicht abgeschlossene Hochschulbildung). 15 der 18 hatten die Befugnis, an Hochschulen gesellschaftliche Disziplinen zu lehren, was ja von vornherein eine bestimmte qualitative Weise voraussetzt, wie man sich die marxistische Ideologie aneignet. Darüber hinaus entstammen fast alle Mitglieder der Organisation orthodoxen sowjetischen Familien, die nicht als Nährboden für auch nur schlichte positive Anschauungen anderer Art gedient haben können. Hierbei ist der Umstand entscheidend, daß jeder Angehörige dieser Organisation fast zur gleichen Zeit (1952–56) individuell ein inneres Erlebnis der religiösen Wahrnehmung der marxistischen Dogmen hatte. Macht man sich mit den Ermittlungs- und Gerichtsmaterialien vertraut, dann lenkt die Tatsache unsere Aufmerksamkeit auf sich, daß der Grad des Extremismus eines jeden Angehörigen der Organisation direkt von der Tiefe und der Art und Weise seines früheren Glaubens an die Ideale des Kommunismus abhängt.

Die soziale Herkunft der Mitglieder der Organisation, ihr ganz bestimmtes intellektuelles Niveau, die zwar noch nicht ausformulierte, aber dennoch bereits deutlich spürbare Gesetzmäßigkeit der geistigen Evolution eines jeden, die (im Vergleich zu anderen illegalen Gruppen) große Zahl von Beteiligten, von in diesem oder jenem Maß mit der Organisation sympathisierenden und mit ihr verbundenen Menschen, die relative Dauerhaftigkeit und – selbstverständlich an erster Stelle – der Charakter der Programmdokumente, deren Verbundenheit mit ganz bestimmten Phänomenen der nationalen Vergangenheit – dies alles schließt aus, daß man den »Sozial-Christlichen Bund« als historischen Anachronismus oder als sozialen Zufall charakterisieren kann.

»Der Bund zur Volksbefreiung ist eine überparteiliche militärisch-politische Geheimorganisation; er gründet sich auf Gleichgesinnte, die eine Befreiung des Vaterlandes vom tyrannischen, totalitären Joch anstreben und die Errichtung einer sozial-christlichen Ordnung wollen.«

Eine Besonderheit des Programms der Organisation ist der vollständige und kompromißlose Bruch mit allen bekannten und denkbaren Varianten kommunistischer und sozialdemokratischer Ideen, Schemata und Illusionen. Der negative Teil des Programms sieht im Bolschewismus insgesamt eine tragische Etappe in der nationalen Entwicklung und qualifiziert all seine praktischen Phänomene als amoralisch, humanitätsfeindlich und antinational; das, was im Bolschewismus moralischer Kodex genannt wird, sieht man lediglich so, daß hier die finstersten und verderblichsten Instinkte und Triebe der menschlichen Natur im allgemeinen und die spezifisch nationalistischen im besonderen zum Sittengesetz erhoben werden.

Das Wesen des staatlich-politischen Mechanismus wird vom Programm in Formulierungen charakterisiert, die jegliche nicht eindeutige Interpretation ausschließen:

»Ist das kommunistische System wirtschaftlich gesehen eine Spielart des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so stellt es politisch gesehen den extremsten Totalitarismus dar, der in Despotie ausartet.

Unter Ausnutzung der Privilegien, die die von der Partei ungeteilt gehaltene Macht gewährt, mit Hilfe von Machenschaften hinter den Kulissen, bekamen die Kommunisten die Sowjets fest in ihre Hand und pervertierten sie zu einer demokratischen Fassade ihrer Diktatur!

Selbst der Faschismus als Spielart eines totalitären Systems stellt keine derart allumfassende Tyrannis dar wie der Kommunismus!

Die Staatsorgane, von den lokalen bis zum Obersten Sowjet, sind indirekt Parteiorgane und repräsentieren keineswegs das Volk!«

Da das Programm den Bolschewismus als eine Erscheinung versteht, die dem ethischen Prinzip der Geschichte wider-

spricht, schließt es auf die Unvermeidlichkeit eines Zusammenbruchs des bestehenden Regimes. Das Programm geht von der christlichen Moralauffassung aus und erklärt die antikommunistische Tätigkeit des Menschen zur höchsten menschlichen Handlung, es ruft nicht nur zu einer solchen Tätigkeit auf, sondern empfiehlt dafür auch ganz konkrete Methoden. Die Unaufschiebbarkeit des Handelns in der angegebenen Richtung resultiert auch daraus, daß es das kommunistische System in der Welt überhaupt gibt und daß dadurch die Lösung zahlreicher weltweiter Probleme unmöglich gemacht wird, die irgendeinen – wenn auch nur einen relativen – sozial-strukturellen Kompromiß erfordern (z. B. das Problem des Friedens, der Ökumenegedanke, der Weltmarkt usw.). Schließlich verhindert auch die Existenz von zwei geschlossenen feindseligen und sich anfeindenden Strukturen, die gezwungen sind, ihrer politischen Eigenart ständig kulturelle und wirtschaftliche Interessen zum Opfer zu bringen, eine möglichst effiziente Selbstverwirklichung ihres eigenen Potentials und ihre vervollkommnung, sie zwingt sie zu einer gewissen sozialen Selbstkonservierung.

Die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Bolschewismus und die Notwendigkeit, rasch zur Tat zu schreiten, diktieren auch die entsprechenden Mittel:

»Die Befreiung der Völker vom kommunistischen Joch kann nur durch einen bewaffneten Kampf erreicht werden. Das Volk braucht zum vollständigen Sieg seine Untergrundbefreiungsarmee, die die Diktatur stürzt und Schutztruppen der Oligarchie vernichtet.

Nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur soll die Staatsmacht an eine provisorische Regierung übergehen!

Der kommunistische Staatsapparat muß zerschlagen werden!«

So zeigen sich bereits im negativen Teil des Programms die positiven Ausgangspunkte für die Kritik am Regime.

Wie soll diese neue Gesellschaft aussehen, die im Programm als sozial-christliche bezeichnet wird? Die Idee eines christlichen Staates und der Prädestination Rußlands zur Realisierung dieser Idee ist an sich nicht neu. Sie war schon der Kern jener Richtung des russischen religiös-philosophischen Denkens des 19. und 20. Jahrhunderts, die mit den Namen von A. Chomjakow, W. Solowjow, W. Iwanow und N. Berdjajew verbunden ist.

Im Programm des WSCHSON wird versucht, ein konkretes nationales Modell eines christlichen Staates zu konstruieren, dem als wichtigste bestimmende Prinzipien zugrunde liegen:

1. Die Christianisierung der Politik,
2. die Christianisierung der Wirtschaft,
3. die Christianisierung der Kultur.

Christianisierung der Politik heißt Unterordnung aller sozialen Institutionen unter die ethischen Gebote der christlichen Glaubenslehre, die tatsächliche Trennung der kirchlichen Institution vom Staat, die Mitwirkung von Vertretern der Kirche in Gesetzgebungs- und Exekutivorganen auf allen Ebenen mit einem Vetorecht in ethischen Streitfragen.

Christianisierung der Wirtschaft heißt die menschliche Persönlichkeit als höchsten Wert anerkennen, ihr wirtschaftliche Unabhängigkeit zu garantieren – in erster Linie vom Staat (unter Berücksichtigung der natürlichen Möglichkeiten) über eine Personalisierung des Eigentums an Grund und Boden durch gesetzgeberische Mittel, so daß praktisch das Recht jedes einzelnen auf vollen und zeitlich unbegrenzten Landbesitz gesichert werden soll. Aus der Sicht dieses Rechts kann man der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit und der Bildung einer Lumpen-Klasse vorbeugen.

Die Gesetzgebung soll Großgrundbesitz verbieten (der Boden kann keine Ware sein). Jedem einzelnen bleibt der Anspruch auf Land erhalten, auch wenn er aus persönlichen Erwägungen auf seine Parzelle verzichtet. Allen Formen der Kooperation ist Freiheit zu gewähren, unter Gewährung von Sondervergünstigungen sowohl für Einzelpersonen als auch für Genossenschaften.

Zu sichern ist die wirtschaftliche Selbständigkeit der Indu-

strieetriebe, ein rationelles Mischungsverhältnis von kollektiven und individuellen Prinzipien in der Verwaltungsstruktur der Betriebe. Personalisierung der Gewinnverteilung in Form von Aktien, freie Verwendung von Privatkapital im Dienstleistungsbereich.

Dem Staat verbleiben nur die Wirtschaftsaufgaben, die mit der Landesverteidigung, dem Außenhandel, Transport, Post- und Fernmeldewesen zusammenhängen; staatliche Steuern sind auf ein Minimum zu reduzieren, das das Funktionieren des Staatsapparates sichert.

Christianisierung der Kultur bedeutet, daß dem Volk die geistigen Werte zurückgegeben werden, die von der Revolution aus dem Verkehr gezogen wurden; ein Neudurchdenken aller Formen sozialer Beziehungen auf christlicher Grundlage, aber gleichermaßen auch der Kulturgeschichte, der Geschichte der Natur und des eigentlichen Wesens der modernen Zivilisation; eine Humanisierung des Rechts, eine Normalisierung der kulturellen Beziehungen zu anderen Staaten; die Förderung von Einrichtungen des Christentums.

IV

So lauten die Grundprinzipien des christlichen Staates, dessen Errichtung in Rußland sich der »Sozial-Christliche Bund« vorgenommen hatte.

Wie läßt sich die Möglichkeit eines Sieges des Christentums im atheistischsten Land der Erde motivieren? Das Programm und die Programmdokumente erkennen nur zwei Formen einer positiven Einstellung zur Welt an: entweder über die christliche Religion oder über die Religion des Atheismus. Alle Kompromißlösungen sollen sich auf den Übergangszustand beziehen und nur in diesem Sinne in Betracht gezogen werden. Diesem Standpunkt nach blieb Rußland auch nach der Revolution weiterhin ein Land mit religiös gestimmter Mentalität, wo der geistige Komplex des Bolschewismus als Lügenreligion eigener Art mit allen ihm entsprechenden Lügenattributen auftrat. Und so sehr die praktische Verwirklichung der Religion des Atheismus bis heute auch hinlänglich ihre Unhaltbarkeit in

allen Bereichen des nationalen Lebens zeigte, so ist der Übergang zum Christentum nicht nur ein natürlicher, sondern er wird auch dadurch begünstigt, daß die atheistischen Illusionen im Volk mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurden.

Die Organisation selbst sollte Urzelle, eine Art Prototyp der künftigen Gesellschaft sein. Ihre innere geistige Verfassung sollte durch christliche Prinzipien bestimmt werden, dabei aber den durch das Hauptziel bedingten militärisch-politischen Charakter beibehalten. Insgesamt gesehen war dies der Plan, einen religiösen Kampforden zu schaffen, der nicht nur die antikommunistische Bewegung in Rußland anführen, sondern diesem auch eine andere Daseinsweise anbieten sollte. Den Zielen der Organisation als einem religiösen Orden sollte das bereits angenommene System von Wechselbeziehungen zwischen den Teilnehmern dienen, eine straffe und feierliche Symbolik ohne hysterisches Pathos und ein Aufnahme ritual in die Organisation, eine Methode, mit Kandidaten zu arbeiten, und strikte Hierarchie.

Zur eigenen Bildung der Mitglieder des Bundes wurden umfangreiche Bibliotheken geschaffen, die nationale, religiöse und philosophische Literatur enthielten, an deren Erwerb sich jeder beteiligte; geschaffen wurde ein beträchtlicher Fonds an eigener Literatur, der von der schöpferischen Aktivität der Organisationsmitglieder zeugt. Einige Übersetzer arbeiteten systematisch die ausländische Literatur auf. Zur Systematisierung, Verallgemeinerung und Intensivierung der Werbetätigkeit wurde eine ideologische Abteilung gebildet, die – der allgemeinen Struktur des Bundes gemäß – in jeder Struktureinheit einen Vertreter haben sollte.

Bis zu ihrer Zerschlagung hatte die Organisation also eine recht mobile und aktionsfähige Struktur, beschränkte ihre Aktivität aber zunächst aus organisatorisch-konspirativen Erwägungen heraus auf den inneren Bereich. Die Druckerei konnte nicht in Aktion treten.

Ergebnis des zielstrebigen Funktionierens des gesamten ideologischen Apparates der Organisation war die schrittweise Christianisierung ihrer Mitgliedschaft. Viele Mitglieder des Bundes fühlten zunächst nur Sympathie für die ethische Seite der christlichen Glaubenslehre, nahmen aber in der Folge in ihrer ganzen Fülle auch die Werte auf, ohne dabei die Eigenschaften aufzugeben, die für einen Angehörigen einer illegalen militärischen Organisation unerläßlich sind.

Statutengemäß soll die Struktur des Bundes seinem Hauptziel entsprechen: dem bewaffneten Umsturz der herrschenden Ordnung. Daher die Struktureinheiten: Kampfgruppen, Abteilungen, Züge, Bataillone, Korps. Die Organisation wurde in dem Stadium zerschlagen, als die Züge gebildet wurden. Auch das theoretisch ausgearbeitete System für die militärische Ausbildung der Mitglieder des Bundes trat nicht in Aktion.

V

Zusammenbruch und Untergang des Sozial-Christlichen Bundes – im Grunde genommen die erste politische Partei in der Geschichte der Sowjetmacht – läßt sich leider nicht allein aus Fehlern bei der Verschwörung erklären, obwohl das konspirative System tatsächlich äußerst schlecht aufgezo-gen war.

Obwohl es ordentlich gemachte Instruktionen und Handbücher für die praktische Verschwörung gab, wurden deren elementarste Gebote ebensowenig von den einfachen Mitgliedern wie von den Führern der Organisation beachtet, und zwar weniger aus Fahrlässigkeit oder Verantwortungslosigkeit, als vielmehr deshalb, weil man den Gegner unterschätzte. Letzteres gehört zu den Konsequenzen der wesentlichsten theoretischen Fehler der Organisationsführung.

Unserer Ansicht nach handelt es sich um drei Fehler: 1. man betrachtete den Bolschewismus als eine historische Zufälligkeit, etwas dem Leben Äußerliches; 2. man beurteilte die Situation des Landes als eine allgemeine Krise; 3. Voluntarismus war ein Kriterium politischen Handelns. Diese drei Momente hängen untereinander eng zusammen, doch liegt ihnen eine rein methodische Ursache zugrunde, und zwar das typisch marxistische Ignorieren des nationalen Faktors in soziologischen Konstruktionen. Betrachtet man ein Volk als einen selbständig nach allein ihm eigenen Gesetzen existierenden geistigen Organismus, so schließt dies das Zufällige in der Sphäre der Völkerpsychologie aus, und jede Erscheinungsform der letzteren ist als Entwicklungsstufe des Nationalbewußtseins insgesamt zu sehen. Aus dieser Sicht beurteilte der russische Philosoph N. Berdjajew den Bolschewismus als eine bestimmte Ideologie, d. h. er sah den Bolschewismus als einen Zustand des russischen Geistes,

der nicht nur nicht von außen hereingetragen war, sondern auch nicht anders liquidiert werden kann, als daß ihn das Volk, der Träger dieses Bewußtseins, abschafft. Obwohl die Führer des Sozial-Christlichen Bundes Berdjajew als einen ihrer geistigen Führer anerkannten, ignorierten sie diesen Standpunkt; durch eine offensichtliche Simplifizierung des Wesens des Bolschewismus konnten sie ihn als ein totgeborenes Kind des marxistischen Denkschemas ansehen, galvanisiert durch einen ideologischen Apparat, den eine Handvoll Abenteurer geschaffen hat. Daher Theorie und Praxis der Partei.

1. Ist der Bolschewismus eine von außen hereingetragene und nicht ins nationale Bewußtsein als eines seiner Elemente eingehende Erscheinung, so kann sich die Liquidierung des Bolschewismus in Rußland darauf beschränken, den Apparat zur Durchsetzung der bolschewistischen Ideologie und den Apparat, der dem Schutz der Oligarchie dient, zu vernichten. Die darauffolgende Abschaffung der sozialen Institutionen des Bolschewismus vollzieht sich schmerzlos, Rückfälle der Massen in das bolschewistische Bewußtsein sind ausgeschlossen. Es besteht auch die umgekehrte Beziehung: das Funktionieren der bolschewistischen Ideologie ist wiederum an den Bestand der aufgezwungenen sozialen Institutionen gebunden, deren Liquidierung von sich aus bereits das ideologische Problem aufhebt.

Hier läßt sich unschwer eine orthodox-marxistische These erkennen: die Art und Weise des gesellschaftlichen Daseins bestimmt das Bewußtsein. Wenn der Marxismus aber die konkreten gesellschaftlichen Daseinsweisen als Wesen der Entwicklungsgesetzmäßigkeiten ansieht, so sind diese Formen hier nur das Ergebnis des politischen Voluntarismus einer Handvoll bolschewistischer Verschwörer.

Daraus folgt logisch einfach die Wahl der Mittel: gegen die Verschwörung – Anti-Verschwörung, gegen den Umsturz – Anti-Umsturz mit den Kräften einer überparteilichen militärischen Organisation. Voluntarismus contra Voluntarismus. Die Nation selbst ist hier nur das Anwendungsgebiet der Kräfte, im Grunde genommen verschwindet die Nation überhaupt, wie ein sich selbst regulierendes System, wie ein funktionierender geistiger Organismus.

2. Der aus dem nationalen Gesamtsystem herausgerissene bolschewistische Leitungsapparat hängt in der Luft und ist daher hilflos, immobil und zu schöpferischer Aktivität im

Interesse seiner Selbsterhaltung unfähig. Eine solche Schlußfolgerung wäre auch in weniger scharfer Form zweifellos für jede illegale Kraft verhängnisvoll.

3. Schließlich führt das Negieren tieferer Wurzeln der bolschewistischen Ideologie im Nationalbewußtsein, im Bewußtsein der Individuen, wie die Geschichte des Wschson zeigte, zu falschen und äußerst gefährlichen Illusionen bezüglich der tatsächlichen negativen Einstellung zum Bolschewismus.

Unmittelbare Ursache für den Zusammenbruch des Sozial-Christlichen Bundes war aber, daß man sich bei der Werbung darauf verließ, daß das politisch Negative einen hinreichenden Grad von Selbsterkenntnis der Persönlichkeit für die Teilnahme am illegalen Kampf darstellt, selbstverständlich sollte eine individuelle Arbeit zur intensiven Aneignung der positiven Ideen der Organisation folgen. Dies bedeutete, daß der Kandidat im Vorbereitungsstadium praktisch in die Struktur der Organisation Zutritt bekam, häufig wurde er dann aus purer Notwendigkeit zum erforderlichen Niveau »hingezogen«, wobei man sich von der Erwägung leiten ließ, daß ein negatives Bewußtsein nur die eine Tendenz habe – sich das Entgegengesetzte anzueignen, keinesfalls aber die, zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß eine negative Einstellung durchaus nur eine Spielart der negierten Idee sein kann, verursacht durch das Gespür für Diskrepanz zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte. Die bislang durch den ganzen Komplex von Enttäuschungen unterdrückte Qualität zeigt sich dann erst bei der praktischen Begegnung mit einer neuen Idee. Das ist die Geschichte des Verrats, als deren Ergebnis dann der Sozial-Christliche Bund zugrunde ging.

Die Negation der Idee ist keine Idee. Das Negative ist nur ihre Potenzierung. Doch in der Welt kämpfen Ideen gegen Ideen. Das Negative an und für sich ist unfruchtbar und hat nur insoweit einen Wert, als es eine Möglichkeit für ein anderes Positives darstellt. Daraus folgt: eine negative Stimmung der Massen, um so mehr aber von Gruppen oder sogar Individuen, ist überhaupt noch kein Beweis für Agonie oder Krise der bestehenden Ordnung. Sie ist nur eine Möglichkeit für eine Krise, die sowohl mit einem Zusammenbruch als auch mit einer zeitweiligen Erneuerung enden kann. Wird aber eine potentielle Situation für eine tatsächliche genommen, dann verschieben sich die Akzente, es kommt zu einer Desorientierung mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Nach oberflächlicher Einschätzung einer negativen Erscheinung und ungerechtfertigt optimistischer Analyse des Augenblicks konnten die Führer des Sozial-Christlichen Bundes ihre Ziele und Mittel nicht in Einklang bringen, und da es ihnen an der erforderlichen Erfahrung mit Untergrundtätigkeit fehlte, legten sie ihre Sache in die Hand des Zufalls.

Nach dreijährigem Bestehen ging der Sozial-Christliche Bund unter. Die Führer der Organisation und ihre aktivsten Mitglieder sind auf lange Jahre in Gefängnisse und Lager eingesperrt, die Bibliotheken vernichtet, die Programmdokumente in den Archiven der Sicherheitsorgane verschlossen. Ebenfalls dort, in unzugänglichen Safes, liegen auf ewig mehr als hundert Bände mit Ermittlungsakten. Hundert Bände! Eine weitere tragische Seite im Buch von Rußlands Geschichte. Das Urteil wird die Zeit sprechen. Angenommen, der Bolschewismus ist nur eine Etappe der nationalen Geschichte, so haben wir es bei dem Sozial-Christlichen Bund mit einer tatsächlichen positiven Abschaffung dieser Idee der Nation zu tun. In diesem Fall wird der Versuch, eine echte nationale Partei zu gründen, in der gleichen oder in einer anderen Variante fortgesetzt werden – mit dem gleichen oder einem glücklicheren Ausgang, einmal oder mehrmals.

Eine perspektivische Betrachtung des Entwicklungsprozesses des nationalen Selbstbewußtseins stellt jedoch die Stellung dieses Problems unter dem Aspekt des *Sozial-Christentums* in Zweifel. Etwas anders lautend wurde dieser Begriff seinerzeit von W. Solowjow in die Diskussion gebracht und war bereits damals in gewisser Weise international aufgeladen. Die Epoche Solowjows war die Zeit aktiven Suchens nach einem einzigen Schlüssel zur Lösung der allgemein-menschlichen Probleme im sozialen und geistigen Bereich. Die Zeit der Illusionen von weltweiten Revolutionen und weltweiten Reformen ist vorbei. Erfahrung hat der Welt gezeigt, daß früher oder später die inneren Gesetze der nationalen Strukturen abstrakte Schemata zerreiben und daß eine erfolgreiche soziale Prognostik nur möglich ist, wenn die Dominanz nationaler Strukturen anerkannt wird. Auch die Marxisten, die die Existenz eines *besonderen* gesamt nationalen Bewußtseins schlankweg leugneten, stellen dieses Problem heute zur Debatte, weil sie den Marxismus in der konkreten nationalen Praxis »nicht erkennen«.

Unter Beachtung der gesamten positiven Erfahrung der russischen Geschichte muß man die russische nationale Art, die Welt

zu empfinden, als eine religiöse ansehen. Diese Behauptung ist nicht neu. . . Sie wird durch die ein halbes Jahrhundert dauernde Praxis des Kommunismus in Rußland nur unterstützt. Darüber hinaus hat auch seine Religiosität ihre besondere nationale Charakteristik, die es von anderen religiösen Völkern durch entsprechende Lebensweisen unterscheidet. Diese Lebensweisen sind ihrerseits durch die Tradition und die Natur selbst legitimiert und erscheinen insgesamt als Gesetze zur Erhaltung der Nation – im vorliegenden Fall der russischen, doch summarisch gesehen als Gesetze zur Erhaltung der menschlichen Art. Die Vernichtung nationaler Strukturen ist die Vernichtung schöpferischer Möglichkeiten des Menschen, insoweit letztere durch die Einheit von Mensch und Milieu bestimmt werden.

Ist für die Vorbereitung jedes sozialen Handelns eine gewissenhafte Erforschung der konkreten Seiten des Lebens eines konkreten Volkes unabdinglich, so ist es noch unentbehrlicher, sich mit den Gesetzen des nationalen Selbstbewußtseins vertraut zu machen, denn nur in diesem Bereich ist das Volk das, was es werden kann und was es werden möchte. Auch die Marxisten fordern, daß sie nicht nach ihren Fehlern und Erfolgen beurteilt werden, sondern nach ihrer Idee, die sie in sich tragen. Selbstverständlich halten sie sich selbst nicht an diese Regel. Doch insgesamt gesehen haben sie recht. Wer ihre Idee aufgreift, wird früher oder später auch ihre Praxis übernehmen. Die Negation der Idee selbst erfolgt kompromißlos nur von seiten einer Idee, die um nichts weniger ganzheitlich und noch umfassender ist, der sich das Christentum (bei den christlichen Völkern) rein äußerlich darbietet. Feind des Kommunismus ist weder die sogenannte »bürgerliche« Ideologie noch sind es die eigenen hausbackenen revisionistischen Schemata, sondern nur das Christentum, dessen negativer Abdruck ja die heutige sozial-atheistische Utopie ist. Solange es in Rußland auch nur eine einzige aktive Kirche gibt, sei sie auch noch so heruntergekommen und verarmt und habe sie auch einen noch so gemeinen Priester, solange kann der Atheismus nie und nimmer sagen »Ich bin«, sondern nur »Ich werde sein« und darum bitten, daß man ihm aufs Wort glaube. Denn jeder Fußbreit Boden, auf dem das Wort Christi ertönt, ist die Gegenwelt des Atheismus – nicht einfach seine Negation, sondern die Gegenwelt, ihre Koexistenz ist nur eine vorübergehende.

Räumt man ein, daß das gegenwärtige Sein Rußlands nur eine Metamorphose des nationalen Bewußtseins darstellt und

daß nicht nur einfach eine bessere Variante möglich ist, sondern auch eine solche, die dem Geist der Nation entspricht, so führt daher auch der Weg des Handelns nicht über die Christianisierung der Sozial. . . zum nationalen Wohl, sondern vom nationalen Christentum zur christlichen Sozial. . .

Leningrad 1969

Das jüdische Problem in der UdSSR (Thesen)

Hier wird aus der Sicht religiöser, auswanderungswilliger Juden die Lage des sowjetischen Judentums dargestellt. Zugleich werden verschiedene Alternativen für die Zukunft aufgezeigt. Verbreitet wurde das Dokument in der Sowjetunion von Samisdat in der zweiten Jahreshälfte 1969 und gelangte etwa ein Jahr später in den Westen, wo es in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht wurde.

Die vorliegenden Thesen sind ein Versuch, den heutigen Stand des jüdischen Problems in der UdSSR zu formulieren.

1. Die in der Sowjetunion wohnenden Juden sind Teil des jüdischen Volkes, das sich in seiner Gesamtheit in Juden unterteilt, die in ihrem Staat Israel leben, und in Juden, die sich in der Diaspora befinden. Nachdem die sowjetischen Juden zu dem Teil des jüdischen Volkes gehören, der sich in der Diaspora befindet, kann man das Problem der Juden in der Sowjetunion als Teil des jüdischen Problems in der Diaspora sehen. Darüber hinaus ist das jüdische Problem zugleich Bestandteil des Nationalitätenproblems in der Sowjetunion.
2. Hauptaspekte des jüdischen Problems in der Diaspora sind:
 - a) Diskriminierung,
 - b) Assimilierung.
3. Die Diskriminierung der Juden in der UdSSR umfaßt alle Hauptarten von Diskriminierung, die es in anderen Ländern der Zerstreuung gibt.

In der Sowjetunion gibt es bezüglich der Juden eine offizielle Diskriminierung:

Allgemein bekannt ist die Tatsache, daß es bei der Aufnahme in Hochschulen und an Arbeitsstätten festgelegte Prozentquoten gibt; ein Rundschreiben, wonach die Beschäftigung von Personen, die einer Nation angehören, deren Staatsgebilde gegenüber der UdSSR eine unfreundliche Politik betreibt, auf verantwortlichen Posten in Institutionen unerwünscht ist, die mit Landesverteidigung, Raketenbau, atomarer und anderer Geheimtätigkeit zu tun haben, wurde öffentlich bekannt. Das betrifft selbstverständlich die Juden.

Eine bekannte Tatsache ist die Diskriminierung von Juden

bei der Beförderung in zivilen Institutionen wie auch in der Armee.

Juden ist praktisch der Weg in den diplomatischen Dienst, in das Außenhandelsystem und in den zentralen Parteiapparat verschlossen.

Juden wird es im Dienst wie als Touristen erschwert, die Landesgrenzen zu überschreiten.

Weites internationales Echo fand die massenhafte Weigerung der Behörden, Juden, die von Familienangehörigen aus Israel eingeladen waren, die Auswanderung dorthin zu genehmigen. Dadurch verletzen die sowjetischen Organe Punkt 5 d der »Deklaration der Menschenrechte« (das Recht eines jeden, dort zu leben, wo er will), die die Sowjetunion unterzeichnet hat, und das öffentliche Versprechen des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, es den Juden zu erlauben, sich mit ihren Angehörigen in Israel zu vereinigen, sofern sie dies wünschen.

4. In der UdSSR gibt es Erscheinungen einer inoffiziellen Diskriminierung: der ethnischen, konfessionell-religiösen, ideologischen und sozialen. Der Antisemitismus ist z. B. in der Ukraine weiter verbreitet und ausgeprägter als in anderen Republiken der Sowjetunion (obwohl sich die national denkende ukrainische Intelligenz entschlossen davon distanziert und dagegen ankämpft). Das erklärt sich offensichtlich aus der Verbindung der weiter als irgendwo anders in der UdSSR zurückreichenden Traditionen des Antisemitismus mit der administrativen Duldung dieser Traditionen.

Zu den Beispielen für Intoleranz nach konfessioneller Provenienz kann man das rasche Zunehmen antisemitischer Stimmungen unter dem Teil der Jugend der Völker der Sowjetunion rechnen, die historisch zum Islam gehören, obwohl diese Jugend in ihrer Mehrheit areligiös ist. Der Antisemitismus tritt als Folge des islamischen Solidaritätsgefühls auf, angeheizt durch die panislamische Propaganda, die Hand in Hand mit der offiziellen proarabischen Propaganda geht.

Der Judenhaß ist Bestandteil der Ideologie der in der Sowjetunion existierenden Untergrundgruppen nazistischer Ausrichtung (Anzeichen für die Existenz solcher Gruppen sind die von ihnen verbreiteten antisemitischen Flugblätter) und der fast legalisierten Bewegung der großrussischen Chauvinisten – »potschwennikow«. (Anm. d. Übers.:

potschwa – Boden; potschwenniki ist eine Bezeichnung für chauvinistische und slawophile Gruppen mit ihrer Blut-und-Boden-Ideologie, mit der These, der russische Boden solle wieder zur Kraftquelle des russischen Volkes werden.)

Was den Antisemitismus im Alltagsleben angeht, so sind davon alle Schichten der sowjetischen Gesellschaft infiziert. Jeder in der Sowjetunion lebende Jude könnte vom Hohn und Spott berichten, den er in verschiedenen Situationen erlebt – in der Kommunalwohnung und auf der Straße, im Verkehr, in der Warteschlange vor den Geschäften, in der Soldatenkaserne und im Stadtkrankenhaus... Die von den sowjetischen Gesetzen vorgesehenen Strafen für solche Beleidigungen werden praktisch nicht angewandt. Zur Belebung antisemitischer Stimmungen trägt beträchtlich der regelmäßige Abdruck von Materialien aus arabischen Quellen über die »Bestialität der israelischen Okkupanten« in der sowjetischen Presse bei.

Die nationale Würde eines in der Sowjetunion lebenden Juden wird nicht weniger durch die im Lande geführte antisemitische Kampagne verletzt, für die alle Mittel der Massenpropaganda eingesetzt werden. Ähnlich wie in den letzten Lebensjahren von J. W. Stalin wird diese Kampagne als Kampf gegen Zionismus und Judentum ausgegeben. Die Tatsache, daß sich daran auch einige Juden beteiligen, ändert ihr Wesen nicht: in allen Jahrhunderten beteiligten sich an den Hetzkampagnen gegen Juden abtrünnige Juden als Mittel und Waffe des Antisemitismus. Hauptmotiv dieser Kampagne sind z. Z. die Sympathien eines beträchtlichen Teils der sowjetischen Juden gegenüber Israel, die unversöhnlich der antiisraelischen Außenpolitik der sowjetischen Regierung widersprechen. Der von oben organisierte und gesteuerte Charakter dieser Kampagne steht außer Zweifel, einfach schon aus dem Grund, daß in der Sowjetunion nichts ohne Zustimmung der führenden Partei- und Staatsorgane geschehen kann. Daß diese Kampagne gesteuert wird, bestätigt die direkte Teilnahme von hochstehenden Persönlichkeiten. Es sei hier nur an das der besten Tradition des russischen Antisemitismus genügende »Bonmot« des Außenministers der UdSSR, A. Gromyko, über den »Kleinstadtbasar« in seiner Rede vor den Vereinten Nationen 1967 erinnert, an die Anfertigung des Buches »Der Staat Israel« durch seinen Stellvertreter W. Semenow, der sich hinter dem Pseudonym

K. Iwanow verbirgt (Koautor Z. Schejnis), an das Auftreten des Spezialisten für das Judenproblem im Apparat des ZK der KPdSU, Ju. Iwanow, als Autor der zeitgenössischen ›Protokolle der Weisen von Zion‹ – des Buches ›Achtung Zionismus‹.

Diskriminierungsmaßnahmen gegenüber der jüdischen Religion – die Schließung von Synagogen, das Fehlen des Religionsunterrichtes in der Praxis, das Verbot von Herstellung und Import religiöser Kultgegenstände – das ist alles bekannt. Auf diese Weise ist das jüdische Volk unter sowjetischen Bedingungen nur ein Objekt der Diskriminierung, dem alle Rechte und Bedürfnisse als nationale Gemeinschaft versagt werden.

5. Diskriminierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel der Behörden für ihre Assimilationspolitik.
6. Die Assimilation hat als gemeinsames Spezifikum das Leben der Juden in der Diaspora eine Reihe von Formen angenommen. Die physische Assimilation drückt sich darin aus, daß sich die überwiegende Zahl der Nachkommen aus Mischehen selbst der ortsansässigen Bevölkerung zurechnet. Die physische Assimilierung der Juden in der Sowjetunion ist völlig identisch mit der physischen Assimilierung der Juden in anderen Ländern der Diaspora. Man kann nur drei Momente herausheben, die diesen Aspekt der Assimilierung von der in anderen Ländern der Diaspora unterscheiden.
 - a) Ein wachsender, obwohl noch nicht zu hoher Prozentanteil von Abkömmlingen aus solchen Ehen in der Sowjetunion erklärt sich aus Protest gegen die Diskriminierung als Juden, wenn sie einen Paß erhalten, d. h. bevor sie 16 Jahre alt sind, da nach dem sowjetischen Gesetz die Kinder aus Mischehen ihre Nationalität selbst bestimmen sollen.
 - b) Die Behörden wünschen es offensichtlich nicht, solche Personen als Juden zu registrieren, und weigern sich kategorisch, die Nachkommen aus Mischehen als Juden zu registrieren, die sich erst nach Ausstellung ihres ersten Passes als Juden erklären. Es besteht kein Zweifel daran, daß ein solches Verhalten der Behörden ihr Interesse daran entlarvt, in bezug auf die Nachkommen aus Mischehen diese als Angehörige der ortsansässigen Nation zu erklären, d. h. die physische Assimilierung zu beschleunigen.
 - c) Obwohl die Zurechnung von Nachkommen aus Misch-

ehen zu den ortsansässigen Nationen den Behördeninteressen entspricht, bleibt auch jenen, die sich der ortsansässigen Nation zurechnen, der Zugang zu Institutionen und Behörden verschlossen oder überaus erschwert, wo Kader nach besonderer sozialer oder nationaler »Reinheit« ausgesucht werden und wo in Fragebogen nach der Nationalitätenzugehörigkeit jedes Elternteils geforscht wird.

7. Die sprachliche Assimilierung ist eine allgemein verbreitete Erscheinung in den Diaspora-Ländern. Wesentliche Unterschiede zwischen der sprachlichen Assimilation in der Sowjetunion und in den anderen Diaspora-Ländern sind ihre künstliche Beschleunigung und ihr Zwangscharakter. Die Schließung der jüdischen Lehranstalten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, die Reduzierung der Zahl der jüdischen Zeitungen, Zeitschriften und Theater in jener Zeit sowie die spätere Liquidierung der Reste der jüdischen kulturellen Institutionen und die physische Vernichtung der wichtigsten Vertreter des jüdischen kulturellen Lebens Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre – das sind die Etappen der zwangsläufigen sprachlichen Assimilierung der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion, deren Muttersprache Jiddisch war. Das alles hat dazu geführt, daß die Mehrheit der sowjetischen Juden ihre Muttersprache nicht mehr beherrscht.
8. Die kulturelle Assimilierung der sowjetischen Juden hat ähnliche Etappen durchlaufen wie die sprachliche. Ein wesentlicher Faktor der künstlichen Beschleunigung dieser Assimilierung war die absichtliche Gleichsetzung von jüdischer Kultur mit der Kultur in jüdischer Sprache. Infolgedessen wurde schon Ende der zwanziger Jahre die Kultur in »iwrit« vernichtet. In den dreißiger Jahren wurde die aufkeimende jüdische Kultur in georgischer Sprache vernichtet. Ende der dreißiger Jahre kam es zur Liquidierung der Literatur der Bucharajuden. Während die Juden in der Mehrzahl der Diaspora-Länder die Möglichkeit haben, ihre Kultur in der Sprache der jeweiligen Nationen zu entfalten, haben die sowjetischen Juden seit Ende der dreißiger Jahre keine Möglichkeit mehr, ihr kulturelles Leben in russischer Sprache zu gestalten, die ihm zum reinen Kommunikationsmittel wurde. Heute gibt es in der Sowjetunion in Wahrheit nur eine einzige jüdische Kultur – die Kultur der Gebirgsjuden in der tatischen Sprache, und zwar allein deshalb, weil

die Träger dieser Kultur nicht das Recht haben, sich als Juden zu bezeichnen.

9. Die Überreste der jüdischen Kultur in der jiddischen Sprache haben keine Chancen weiter zu bestehen, solange es für diese Kultur de facto keinen Nährboden gibt. Die Existenz einer einzigen Literaturzeitschrift in dieser Sprache, die Publikation einiger Bücher, die Arbeit einiger reisender Ensembles erfüllen nur die Funktion einer Fassade, die das Fehlen einer echten jüdischen Kultur in der Sowjetunion verschleiern soll.
10. Die religiöse Gemeinschaft war immer ein Faktor, der die Zugehörigkeit zum Judentum bestimmte. Der Begriff »Judentum« war identisch mit dem Begriff »Judaismus«. Nach der Revolution änderte sich die Lage in Rußland. Der allgemeine Niedergang des religiösen Lebens in der Sowjetunion drückte sich für die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung darin aus, daß sie entweder mit der Synagoge brachen oder ihr gegenüber gleichgültig wurden. In den Nachkriegsjahren änderte sich die Lage erneut. Die Diskriminierung aller Formen der nationalen Existenz der Juden in der Sowjetunion führte dazu, daß sich nationale Gefühle auf eine legal bestehende Institution richteten – auf die Synagoge. Entgegen seinem Wunsch und sogar seiner Befürchtung wurde zum Zentrum des geistigen Lebens des Judentums die Synagoge. Sie konnte jedoch den Ansprüchen des Volkes aus folgenden Gründen nicht gerecht werden:
 - a) Aufgrund der aktiven Feindseligkeit des Staates gegenüber allen Religionen im Lande (vielleicht besonders ausgeprägt gegenüber dem Judentum als der Religion des »inneren Feindes«) wurde die Synagoge zu sklavischer Selbsterniedrigung, zu ständiger Angst vor Repressionen und sogar zu unwidersprochenen Einverständnissen mit allen Forderungen der Behörden, so ungerecht sie auch immer waren, gebracht.
 - b) Die fortgeschrittene Assimilierung schuf zwischen der Synagoge und dem Judentum in der Sowjetunion einen Wall sprachlicher und kultureller Entfremdung. Der Jude, der weder seine Sprache noch seine Geschichte kennt, der in den Traditionen der russischen Kultur aufwuchs und schließlich keine Chancen auf die Hilfe und Leitung seitens der jüdischen religiösen Gemeinde sieht, bewegt sich tastend wie ein Blinder. Es ist kein Wunder, daß sich unter

diesen Bedingungen der Glaube suchende Intellektuelle jüdischer Herkunft häufig der orthodoxen Kirche zuwendet, was im Endeffekt einen weiteren Schritt auf dem Weg der Assimilierung bedeutet.

Es besteht andererseits kein Zweifel, daß der Drang der sowjetischen Juden zur Synagoge weniger religiösen als vielmehr nationalen Charakter hat. Deshalb könnte selbst die volle Religionsfreiheit – die in der Sowjetunion kaum möglich sein wird – allein das jüdische Problem nicht lösen.

11. Innerhalb des sowjetischen Judentums können z. Z. zwei Probleme herausgestellt werden:

- a) Juden, die ihr nationales Bewußtsein verloren oder fast verloren haben und die zu einer völligen Assimilierung an die ortsansässige Bevölkerung tendieren;
- b) Juden, die die Unmöglichkeit der nationalen Existenz des jüdischen Volkes in der Sowjetunion erkannten und nach Israel emigrieren wollen.

Zwischen diesen beiden Polen befinden sich noch jene, die noch nicht die Unvermeidlichkeit der Wahl zwischen der Assimilierung und der Repatriierung erkannten.

12. Die einzige Möglichkeit, die jüdische Frage unter den in der Sowjetunion herrschenden Bedingungen zu lösen, liegt darin, daß die erste der genannten Gruppen die Möglichkeit erhalten sollte, in der Grundbevölkerung aufzugehen; die zweite sollte bedingungslos das Recht auf Repatriierung erhalten. Was die dritte Gruppe angeht, so muß sie sich erst noch selbst entscheiden und ihre Wahl steht ihr noch bevor.

S. Lipkin: Der Bund

Hier liegt ein Beispiel dafür vor, wie Juden, unterstützt von mit ihnen Sympathisierenden, versuchen, Israel gegen die Verleumdungen seitens der Partei in Schutz zu nehmen. In ›Moskwa‹, dem in einer Auflage von 145 000 Exemplaren erscheinenden Organ des Schriftstellerverbandes der RSFSR, wurde in Nr. 12/1968 dieses Gedicht von S. Lipkin mit dem Titel ›Sojus‹ veröffentlicht. Die Verantwortlichen wurden später gerügt, der Autor verlor seine Arbeit.

So Rätselhaftes wie im Januar ein Frühlingshauch
Der wilde Schrei des Esels auch:
Das hat es nicht, das Buch der Wörter aus einem Laut,
Aus einem Buchstaben gebaut.

Nur ein Laut, der vermag
Den größten Gegensatz zu lösen.
Die Nacht eint er dem Tag,
Den Frieden mit dem Krieg und mit dem Fall die Größe.

Vergessen wir es nie:
In diesem I den Bund wir finden und Gewähr,
Fern dort in Asien, hinter dem Meer,
Da lebt ein Volk mit Namen I.

Denk stets daran: Tod und Empfängnis,
Der Kinder Spiel in dem ererbten Land,
Abweisend Lüge und Bedrängnis,
Für Mitleid und für Güte offene Hand

Und Weite und Begeisterung und Trauer,
Die unsrer Menschheit Bruderschaft bewegt
Vereinigt sie
In mächtigem Strom mit diesem kleinen Stamme I.

Und wenn im fremdgewordenen Tempel
Der Mutter Schritt dann vor dem Altar hält:
Ich bin es ja, der da mit um so festerer Stimme
Und friedvoll von unserm Sein erzählt.

Das Wörterbuch verstummt ohne dies Bündnis.
Nicht kann die Menschheit leben ohne sie,
Aus ihrer Bahn geworfen vom Zerwürfnis:
Ohne die Menschen aus dem Volke I.

(Aus dem Russischen von Wilhelm Ehgli)

Reportage aus einem Reservat namens Berija

Der ukrainische Historiker Walentyn Moros verfaßte während seiner Haft in einer Besserungs-Arbeits-Kolonie einen Essay unter diesem Titel, der von ihm am 20. Januar 1966 an die Deputierten des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR gesandt und von Samisdat verbreitet wurde. Hier einige Auszüge aus diesem Dokument, das eine scharfsinnige Analyse der sowjetischen Gesellschaft darstellt. Es wurde erstmals in »Sutschasnist« (München) Nr. 3, 4, 5 und 6/1968 in ukrainischer Sprache veröffentlicht, inzwischen wurde es auch ins Englische und Französische übersetzt.

In jeder Gesellschaft gab und gibt es Kräfte, denen eine Entwicklung unbequem ist, und für die die Erhaltung des Status quo die Erhaltung ihrer Privilegien bedeutet. (Ein typisches Beispiel: Stalin in der Vergangenheit und die Stalinisten, die ihn überlebt haben.) Doch die Zeit steht nicht still, innerhalb von 24 Stunden wird das Heute zum Gestern, die Kräfte, die sich gegen Veränderungen stemmen, verteidigen immer den gestrigen Tag. Doch wer gibt zu, gegen den Strom des mächtigen Flusses, der Geschichte heißt, zu schwimmen? Wer immer standardisiert, der stumpfsinnige »Unter« Prischibejew ebenso wie der geniale Plato, wiederholt auf jeweils verschiedenem Niveau die These: »Veränderungen zerstören die Ordnung und ruinieren die Gesellschaft.« Da der Kern jeglicher Veränderung in der Einmaligkeit des Individuums ruht, versucht man zuallererst dieses zu standardisieren, seine Originalität abzutöten. Das vollständig zu erreichen, ist zwar nicht möglich, doch der Grad der Standardisierung des Individuums war immer ein Maßstab für die bremsenden Kräfte in der Hand der Mächte der Stagnation. Plato hat Homer aus seinem Idealstaat verjagt und jenen Tyrannen sehr gelobt, der befahl, von der Lyra alle über die vorgeschriebene Zahl sieben hinausgehenden Saiten zu entfernen. Weshalb? Plato behauptet mit naiver Offenheit, Poesie und Musik seien trojanische Pferde, die unbemerkt Veränderungen in den Geist eines Volkes hineinbringen. Also müsse man am besten Poesie und Musik abschaffen, da dies aber unmöglich sei, sie strikt standardisieren und sich gegen jegliche Unklarheiten und Neuerungen absichern. Später waren die Reaktionen weniger offenherzig und versteckten sich hinter der Maske

der »Interessen der Werktätigen«. In den dreißiger Jahren erhielt der Begriff Neuerung eine negative Bedeutung und ein dichterisches Experiment bedeutete »wenn nicht immer eine Katastrophe, so doch stets einen Zusammenbruch, sowohl einen schöpferischen als auch einen ideellen« (›Radjanska literatura«, 1938, Nr. 78, S. 224), der dazu führt, daß das »schöpferische Werk der Maskierung der feindlichen Ideologie zu dienen beginnt« (›Literaturna gazeta«, 24, VI, 1934). Die »Poesie des sozialen Realismus ist unvereinbar mit Nebelhaftigkeit, wenn sie auch schön ist« (›Wittschysna«, 1949, S. 147).

Der Kern der Sache liegt darin, daß die Veränderungen nicht die Gesellschaft zerstören, sondern jene sozialen Normen, die veraltet sind und einen Hemmschuh bilden. Die Evolution der Tradition entgegenzustellen, ist unzulässig. Evolution bedeutet keine Verneinung der Tradition, sie ist ihre natürliche Fortsetzung, der belebende Saft, der ihre Versteinerung verhindert. Eine Explosion ruiniert nicht immer: durch sie werden Hindernisse beim Bau neuer Wege beseitigt. Und wenn eine Person anders denkt, so bedeutet das gar nicht, daß sie sich außerhalb der sozialen Normen stellt. Das Allgemeine – das ist eine Abstraktion – existiert in der *Realität* und erscheint vermittels des einzelnen durch das Individuelle. »Die Krähe sitzt am Walde« – das ist eine Abstraktion: in Wirklichkeit muß sie auf einem der Bäume sitzen. Wenn eine Person beginnt, anders zu denken, so bedeutet das noch nicht, daß sie die soziale Norm zerstört, im Gegenteil, sie macht sie vollblütiger. »Einheit und Einheitlichkeit«, das sind zwei verschiedene Dinge (F. Bacon). Zur Erlangung der *Einheit* ist die *Einförmigkeit* nicht nötig. An dieser Stelle kann man leicht die Hand eines jeden Despoten packen, wenn er mit falschen Karten spielt, wenn er versucht, ein Gleichheitszeichen zwischen Einheit und Einförmigkeit zu setzen. Der Standpunkt eines jeden Despoten, den er allen als »Wahrheit« aufzwingen will, ist genauso individuell wie alle anderen Ansichten und besitzt keine größeren Rechte als jeder andere. Die Erhaltung einer solchen Ordnung, wo alle Standpunkte in das Prokrustesbett der »Wahrheit«, die der große Dalai-Lama verkündet, hineingezwängt werden, braucht also nicht die Gesellschaft, sondern der Dalai-Lama selber, für den eine Weiterentwicklung den Untergang bedeutet.

Der Urdespotismus war ein natürlicher, er basierte weniger auf Gewalt als vielmehr auf freiwilliger Verehrung. (Darin liegt die Lösung des Geheimnisses, über welches die Europäer

immer gestaunt haben: Wie konnte ein afrikanischer oder amerikanischer Despot so große Territorien beherrschen, ohne über einen militärisch-bürokratischen Apparat zu verfügen?) Und wie kann man den Despotismus im 20. Jahrhundert festigen? Unter den Völkern, für die der Machtträger schon lange aufgehört hat, ein Gott zu sein, für die er nur der Erste unter Gleichen ist, eine Person, die gewählt wird, um eine bestimmte Funktion zu erfüllen? Wie kann man den Despotismus der Steinzeit in der Seele eines Ukrainers festigen, der schon im Mittelalter seinen Oberbefehlshaber gewählt hatte und dies auch selbst werden konnte, der eine Philosophie Skoworodas hervorbrachte – einen Hymnus auf die menschliche Persönlichkeit, wenn auch in traditionell-scholastischer Form – mit dem Wahlspruch auf der ersten Seite: »Erkenne dich selbst«? Eine Philosophie, für die das »Ich« die Grundlage alles anderen bildet, sogar für das Reich Gottes; und gar Gott selbst ist nichts anderes als das vollwertige »Ich«: »Wer sich selbst erkannte, hatte den ersehnten göttlichen Schatz gefunden. Die Quelle und seine Erfüllung fand er in sich«; denn: »*Der wahrhafteste Mensch und Gott sind ein und dasselbe*«. Wie kann man den heutigen Künstler, für den ein Korporal-Despot einfach kein vollwertiges Wesen darstellt, dazu bewegen, einen Tanz mit der Streitaxt vor seinem Thron aufzuführen?

Chruschtschow wurde von niemandem vergöttert; im Gegenteil, er war für die Menschen eine Spottfigur – und doch brauchte er nur mit dem Finger zu winken, und schon eilten Dutzende von Kriechern herbei. Wie konnte das geschehen? – Ganz einfach. Wenn die Vergötterung schwindet, setzt die brutale Gewalt des Zwanges ein. Nur er kann den heutigen Menschen zwingen, den Despoten zu dulden. Je entwickelter eine Persönlichkeit, um so stärker ihr Widerstand gegen die Versklavung, um so mehr Zwang muß die Despotie mobilisieren, um Normen zu retten, die früher nur »aus Trägheit« existierten; sie verliert schließlich ihre patriarchalischen Züge und wird zu einem Kraken, der sämtliche Arme des sozialen Organismus fesselt. Im 20. Jahrhundert zeigt sich eine bisher nie gekannte Handhabung der Kontrolle aller Erscheinungen des sozialen Lebens, einschließlich des Familienlebens. Der ganze Lebensweg eines Menschen, von der Wiege bis zur Bahre, steht unter Kontrolle. Sogar die Erholung wird standardisiert, entzieht man sich dem herdenmäßigen Kultmarsch durchs Museum, so wird dies als Sünde angeprangert. Die despotischen Formen

werden immer ekelhafter und entarten zu Konzentrationslagern. Man sieht darin einen Rückschritt, »das Ende der Welt«, doch in Wirklichkeit zeigt es das Gegenteil: die Despotie hört auf, eine Norm der zwischenmenschlichen Beziehungen zu sein, und muß sich immer von neuem anstrengen, um sich über Wasser zu halten.

Doch selbst bei maximaler Standardisierung und Kontrolle des Lebens stößt der Despot auf Probleme, die sich mit rein bürokratischen Methoden nicht lösen lassen. Man kann Menschen in die gleiche graue Kleidung stecken, man kann graue Mietskasernen erstellen und alle Bücher verbrennen – außer dem offiziellen Talmud –, und es bleibt doch ein Spalt offen, durch den ein Lichtstrahl dringt, tödlich für den despotischen Schimmel. Es verbleibt das geistige Leben eines Menschen. Der Hauptmann des KGB Kasakow, der von Iwano-Frankowsk nach Mordowien geschickt wurde, um zu überprüfen, inwieweit ich »mich umerzogen« habe (das heißt, meine Persönlichkeit degradierte), hat mir offenherzig gestanden: *»Bedauerlicherweise können wir in Ihren Kopf nicht hineinschauen und feststellen, was drin ist. Ja, wenn das möglich wäre und man alles wegwerfen (!!!) könnte, was Sie hindert, ein normaler sowjetischer Mensch zu sein, so wäre es überflüssig, so viel zu reden.«*

Das Reich der Schraubchen

Stalin hat die Kybernetik nicht anerkannt. Und doch gebührt ihm auf diesem Gebiet ein bedeutendes Verdienst: er erfand einen programmierten Menschen. Stalin ist der Schöpfer des Schraubchens. Es kam vor, daß Menschen, die den Roman Solshenizyns gelesen haben, sagten: »Am liebsten möchte man sich in ein Loch verkriechen und durch nichts auffallen.« Man kann sich leicht vorstellen, wie stark dieser Wunsch vor 20 Jahren war, als die Menschen noch Augenzeugen von Massenerschießungen und anderen Greueln waren, als man abends nicht wußte, wo man sich morgens befinden würde. Der Wunsch, durch nichts aufzufallen, in der Masse unterzutauchen, dem anderen ähnlich zu werden, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, war allumfassend. Und das bedeutete vollständige Nivellierung der Persönlichkeit. Einstmals bedeutete Aussonderung des Individuums aus der Massenmaterie Erweckung des Lebens, Erzeugung des organischen Lebens. Jetzt begann der

umgekehrte Prozeß: die Verschmelzung aller Individuen in eine graue Masse, die Rückkehr zum gänzlich unorganischen, unpersönlichen Sein. Die Gesellschaft wird von einem Geist der grauen Gesichtslosigkeit beherrscht. Eine Persönlichkeit zu sein, wird als Sünde betrachtet. »Was bist du, eine besondere Person?« – das hörte ich dutzendmal vor und nach der Verhaftung. Die Brigademethode dringt sogar in die Poesie ein und gebiert ein Wunderding – ein Kollektivpoem. Im Jahre 1937 erschien das Kollektivpoem ›Iwan Holota«, das in alphabetischer Reihenfolge – wie im Telefonbuch – Bashan, Holowanij, Johansen, Kulyk, Perwomajskij, Rylskij, Sosjura, Tereschtschenko, Tytschyna, Fefer, Ussenko und Uschakow unterschrieben. Doch auch dies schien zu wenig zu sein. Nach einem Jahr hat man befohlen, eine ›Duma pro Ostapa Netschaja«, ein Heldenlied über Ostap Netschaj zu schreiben, unter dem bereits die Namen von 20 Menschen standen. Das war wohl ein Rekord.

... Schließlich empfiehlt sich die herrschende Macht als die einzige Führung, die in sich »Verstand, Ehre und Gewissen« der ganzen Gesellschaft birgt – und dann wird feierlich die »moralisch-politische Einheit der Gesellschaft« verkündet. Die ewige Frage »Wohin geht man?« wird beim Schraubchen zu einer Formel, die keine gedankliche Anstrengung erfordert: »Wohin man geführt wird.« Der Mensch verliert die Fähigkeit, Gutes und Böses zu unterscheiden, er wird zum Schäferhund, der auf Befehl böse wird und nur das Übel sieht, auf das man ihn hinweist.

Alle verurteilten die faschistischen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung und treten dabei seelenruhig auf Grabplatten aus jüdischen Friedhöfen, mit denen die Gehsteige vieler Städte gepflastert wurden. Die Gehsteige haben die Deutschen bepflanzt – das stimmt. Es gibt aber schon lange keine Deutschen mehr, und auf die geschändeten Namen der Verstorbenen wird bis heute in den Höfen der Gefängnisse in Lemberg und in Iwano-Frankowsk getreten. Es treten auf sie auch Dozenten und Kandidaten des Pädagogischen Instituts in Iwano-Frankowsk. Und wenn es einem bis heute gelang, seine Doktor-dissertation zu verteidigen – auf den menschlichen Namen treten die Professoren. Im Hofe des Instituts lag bis zu meiner Verhaftung ein Haufen von Platten zum Vorrat. Man zerschlug sie und benutzte sie für die Hauswirtschaft. Man zerschlug sie unter der Begleitung von Vorlesungen über Ästhetik und Phi-

losophie. Das wird so lange dauern, bis ein Befehl von oben kommt, sich über die Barbarei der Deutschen zu entrüsten, und bis ein Denkmal aus diesen Platten errichtet wird. Bis dahin kann man sie entehren.

Das Schräubchen – das ist ein Ideal eines jeden »Totalitaristen«. Als eine gehorsame Herde von Schräubchen kann man auch das Parlament bezeichnen, den gelehrten Rat – man wird mit ihnen keinen Ärger haben, keine Überraschungen. Das Schräubchen, das man Professor oder Akademiker nennt, wird nie etwas Neues sagen, und wenn es einen in Erstaunen versetzt, so nicht durch ein neues Wort, sondern durch die blitzschnelle Änderung seiner Konzeptionen binnen vierundzwanzig Stunden. Als eine Herde von Schräubchen kann man auch das Rote Kreuz bezeichnen. Dieses wird die Kalorien in Afrika zusammenrechnen, sagt jedoch nichts über den Hunger zu Hause. Verläßt das Schräubchen das Gefängnis, sofort schreibt es, daß es dort nicht gegessen habe, und schimpft noch denjenigen einen Lügner, der seine Entlassung verlangt hatte (wie es Ostap Wyschnja getan hat). Das Schräubchen wird auf jeden schießen, wie ihm befohlen, und dann auf Kommando für den Frieden kämpfen. Schließlich das wichtigste: wenn man die Menschen zu Schräubchen gemacht hat, dann kann man ohne Gefahr jede beliebige Verfassung einführen, das Recht auf alles mögliche erteilen. Der ganze Witz liegt darin, daß das Schräubchen gar nicht erst auf den Gedanken kommt, dieses Recht für sich in Anspruch zu nehmen.

... In der Gesellschaft der Schräubchen gibt es Gesetze, die Tiger und Schlangen vor den Wilddieben schützen. Der »Humanismus« geht sogar so weit, daß man Menschen ins Gefängnis steckte, die den Schwan Borka in Moskau getötet haben. Man kann also hoffen, daß der Humanismus einmal auch auf die Menschen ausgedehnt werden wird. Doch solange das Leben einer Pionierin weniger wert ist als das Leben eines Kalbes, solange kann man die Parole »Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen« nicht ernst nehmen. Des Wertes einer Persönlichkeit ist man sich nur dort bewußt, wo sie als unwiederholbar und individuell gilt. Dort, wo sie in ein Schräubchen, in ein Detail, das man jederzeit mit einem anderen austauschen kann, verwandelt wurde, dort wird der Wert eines Menschen nach der Muskelkraft bemessen. In einer solchen Gesellschaft wird der Humanismus als eine falsche Losung empfunden, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Das

Kalb – das ist die materiell-technische Basis, das ist die erste Grundlage, und im Vergleich zu ihr ist das geistige Prinzip (das sich in der Pionierin verbirgt) nur ein bedauernswerter Überbau. Das Kalb – das ist die fertige Produktion, die Pionierin – ein Rohstoff sui generis, der Arbeitsreserve heißt. In den Zeiten der Menschenfresserei wäre die Pionierin zweifellos höher eingeschätzt worden, sie besäße zumindest einen materiellen Wert, wie ein Kalb.

In der »Iswestija« erschien ein »erzieherischer« Artikel über einen Ofenheizer. Eine Lokomotive, die einen Zug nach Finnland brachte, bekam auf der finnischen Station einen Schaden, man mußte den Ofen ausgehen lassen, um ihn reparieren zu können. Doch der Heizer beschloß, »den Finnen die Arbeit zu zeigen«: die Reparatur durchzuführen, ohne den Ofen gelöscht zu haben. Das heißt, der Heizer hat das beschlossen, was ihm seine Beschützer »geraten« haben, die ihn sorgsam außerhalb der Grenzen begleitet hatten, damit er nicht verlorenginge. Darüber zu schreiben, hat die Zeitung allerdings vergessen. Wie dem auch sei, man hat den Ofen nicht gelöscht, und der Heizer hat die Reparatur unter Lebensgefahr durchgeführt. Die Finnen staunten über den Mut des Heizers, schreibt die Zeitung. Ja, die Finnen staunten, doch nicht über den Mut. Sie haben einfach zum ersten Male gesehen, daß ein Mensch sein Leben geringer einschätzt als einen Zentner Kohle. Doch unter den Schraubchen bedeutet dies Heroismus.

Hinter der Trommel her
Trotten die Kälber,
Das Fell für die Trommel
Liefen sie selber.

(B. Brecht)

Eingabe des Dichters und Übersetzers Swjatoslaw Josypowitsch Karawanskyj an den Vorsitzenden des Nationalitäten-sowjets des Obersten Sowjets der UdSSR .

Von den zahlreichen Memoranden und Protestbriefen Swjatoslaw Karawanskyjs, der ohne Gerichtsverhandlung und Untersuchung zu 8 Jahren und 7 Monaten verurteilt wurde, weil er sich über die diskriminierenden Praktiken bei der Aufnahme in die Hochschulen der Ukrainischen SSR beschwert hatte, wurde das folgende Dokument ausgewählt. Es bietet einen guten Einblick in die Nationalitätenpolitik der Parteiführung – nicht nur, was die Ukraine angeht. Es wurde in die von Wjatscheslaw Tschornowil zusammengestellte Sammlung von Dokumenten ›Verstand schafft Leiden‹ aufgenommen, die mittlerweile in verschiedene westliche Sprachen übersetzt wurde.

Eingabe

Fragen der Beziehungen zwischen den Nationalitäten haben in erster Linie den Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets der UdSSR zu interessieren.

Doch während der letzten dreißig Jahre hat der Nationalitätensowjet sehr wenige aktuelle nationale Probleme untersucht. Man kann die Tätigkeit des Nationalitätensowjets bis 1953, als der Generalsekretär Stalin noch alle sowjetischen Staatsorgane in eigener Person repräsentierte, natürlich weder kritisieren noch verurteilen. In jenem Zeitabschnitt existierte der Nationalitätensowjet rein formell und leistete in Wirklichkeit keine Staatstätigkeit. Bedauerlicherweise aber besteht diese Tatenlosigkeit beim Nationalitätensowjet weiter, der doch eine Reihe von Überbleibseln des Personenkultes Stalins zu bewältigen hätte, die noch heute die Freundschaft der Völker der UdSSR verzögern und untergraben.

Diese Freundschaft der Völker der UdSSR kann sich nur erfolgreich entwickeln und verstärken, wenn alle Nationen und Völker der Sowjetunion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens die gleichen Rechte haben. Dies ist ein Axiom, das man nicht zu begründen braucht. Gerade das veranlaßt mich dazu, mich mit der Bitte an den Nationalitätensowjet zu wenden, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die

unerträglichen Relikte nationaler Diskriminierung zu beseitigen, die es noch heute in unserem Leben gibt.

Zuallererst lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung. Ich tue dies allein schon deshalb, weil die Behandlung der jüdischen Nation eine Art Lackuspapier ist, das den Grad des internationalen Bewußtseins der betreffenden Gesellschaft anzeigt. Die Schließung der jüdischen kulturellen Einrichtungen wie Zeitungen, Schulen, Theater, Verlage, die Erschießung jüdischer Kulturträger, diskriminierende Praktiken bei der Aufnahme von Juden in die höheren und mittleren Lehranstalten – das sind alles Erscheinungen, die während des Personenkults um Stalin überhandnahmen. Man hätte meinen können, daß die Verurteilung des Personenkults auch das Ende dieser diskriminierenden Erscheinungen bedeuten müßte, doch leider war dies nicht der Fall. N. S. Chruschtschow war – um die öffentliche Meinung im Ausland zu beruhigen (auf die Gesellschaft im eigenen Lande hat er wenig Rücksicht genommen) – gezwungen, die unschuldig erschossenen und unschuldig verurteilten jüdischen Kulturträger zu rehabilitieren. Das war dann auch schon alles. Und wo sind die jüdischen Theater, Zeitungen, Verlage und Schulen? In Odessa, wo 150000 Juden leben, gibt es keine einzige jüdische Schule. Und die Aufnahmepraktiken in die Hochschulen? Im gleichen Odessa, mit seinen 25% jüdischer Bevölkerung, studieren an den Hochschulen 3–5% Juden. Nach dieser Norm richtet man sich stillschweigend bei der Aufnahme in die Hochschulen. Man antwortet der jüdischen Jugend, die sich um die Aufnahme in die Hochschulen anderer Städte bewirbt: »In Odessa besteht doch eine ähnliche Lehranstalt, treten Sie in ›Ihre Hochschule‹ ein.« Und das zu einer Zeit, wo die Jugend aus dem Ural, aus Sibirien, Moskau, Tula und Saratow die Hochschulen in Odessa besucht – man baut für sie zu diesem Zwecke eigens Heime –, während die ortsansässige jüdische Bevölkerung (wie auch die ukrainische und moldauische) ein sehr begrenztes Recht auf Bildung hat.

Können diese Tatsachen die Völkerfreundschaft fördern?

Im Gegenteil, diese Tatsachen erzeugen bei den Juden das Bewußtsein, daß sie keine vollwertige und gleichberechtigte Nation sind, und drängen sie auf den Weg des Zionismus. Man muß zugeben, daß die Idee des Zionismus noch nie eine solche Popularität bei der jüdischen Bevölkerung genossen hat wie jetzt. Das ist die Folge der Diskriminierung der jüdischen Minderheit.

Ein nicht minder himmelschreiendes Unrecht ist die Tatsache der nationalen Diskriminierung der Krimtataren und der Wolgadeutschen, ihre totale Vertreibung aus ihren Republiken und die Liquidierung ihrer staatlichen Autonomie.

Die Aussiedlung der Tataren aus der Krim ist ein schreiender Akt der Ungerechtigkeit, und keine Argumente zu ihrer Verteidigung können sie rechtfertigen. Wie kann eine Gesellschaft, die sich bemüht, die gerechteste Ordnung auf der Welt zu erreichen, im 20. Jahrhundert ein Volk von 900000 Menschen aus seinem historischen Land wegen des »Vaterlandsverrates« einiger seiner Angehörigen vertreiben? Wem ist das Recht gegeben, im 20. Jahrhundert den Archiven aus der Zeit des Imperialismus das Argument zu entnehmen, diese Länder seien »historisch« nicht tatarisch, sondern russisch? Wollte man bei derartigen Überlegungen konsequent sein, so müßte man die Länder Chabarowsk und Primorje sowie das Amur-Gebiet sofort der Chinesischen Republik zurückgeben, da die russischen imperialistischen Zaren mit Gewalt diese Länder dem chinesischen Volk entrissen haben.

Fördert die Zerstörung der Eigenstaatlichkeit der Krimtataren, ihre Verstreuung über die Gebiete von Kasachstan und Sibirien, das Verbot von Schulen, Zeitungen und Theatern in ihrer Sprache die Annäherung der Völker?

Und die Wolgadeutschen? Welche Schuld tragen sie vor der Gesellschaft an den Verbrechen Hitlers? Ist es denn marxistische Art, verwickelte Probleme zu lösen, indem man Menschen nicht nach sozialen, sondern nach nationalen Kriterien mißt? Gilt die Losung »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« etwa nicht für Juden, Tataren und Wolgadeutsche? In der Sowjetunion gibt es keine bürgerlichen Juden, keine tatarischen Kapitalisten und keine deutschen Gutsbesitzer. Es gibt nur Werktätige!

Wie kann man die Jugend im Geiste des Internationalismus erziehen, wenn vor ihren Augen ganze Nationalitäten das Recht auf staatliche Autonomie und das Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache und in anderen Sprachen verlieren? Welche Art von »Annäherung« kann es zwischen einem Menschen geben, den man aus seinem Haus und aus seiner Heimat vertrieben hat, und jenem, der ihm Haus und Land genommen hat?

Zu diesen Erscheinungen gehören auch die Fehler anlässlich der Wiederherstellung der Nationalstaatlichkeit der Tschechen, Inguschen, Kalmücken, Karatschajer und anderer Völ-

ker. Dieser Akt der Gerechtigkeit für die kleinen Nationalitäten ist nicht ohne Entgleisungen geblieben, denn er zeigt den kleinen Völkern, daß sie nicht voll gleichberechtigt sind. Laut Anordnung erhalten Familien der zu Unrecht ausgesiedelten Nationalitäten ihre unbewegliche Habe, also Gebäude, Häuser und Katen, nicht zurück, sondern sie müssen bei Rückkehr in ihre angestammte Heimat ihre eigenen Gebäude bei den Ortsgemeinden kaufen oder sich neue bauen. Warum das? Man hat doch die Leute ungerechterweise ausgesiedelt. Als der Oberste Sowjet das Recht zur Rückkehr erteilte, hat er die Wege zur Verwirklichung dieses Rechtes nicht sichergestellt. Im Endeffekt kehren viele Tschetschenen, Inguschen und andere Nationalitäten nicht in ihre Heimat zurück. Fördern denn solche Rückkehrpraktiken die Völkerfreundschaft? Es ist genauso, als wenn man jemandem eine teure Torte schenkt und davon die Schokolade wegißt. Kann man eine solche Gabe als Geschenk betrachten?

In der Zeit des Personenkults beging man auch an den Völkern des Baltikums eine Reihe grober Ungerechtigkeiten. Zu diesen Ungerechtigkeiten gehört die vollständige Aussiedlung der estnischen Bevölkerung aus den Grenzgebieten Estlands nach Sibirien, wobei deren ganze Schuld darin bestand, im Grenzgebiet gewohnt zu haben. Man hätte diese Bevölkerung in andere Gebiete der Estnischen Republik umsiedeln können. Doch nein, die Bevölkerung des Städtchens Silamjæ wurde nach Sibirien verschickt.

Bekanntlich hat sich im Jahre 1940 die Lettische Republik freiwillig der Sowjetunion angegliedert, man hätte also annehmen können, daß es keine Repressalien gegenüber den Soldaten der lettischen Armee geben würde. Erstaunlicherweise hat man jedoch im Jahre 1941 Offiziere der lettischen Armee zu taktischen Übungen eingeladen, von denen sie nie mehr zurückkehrten, sie wurden interniert, und ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Tatsache ist, daß von diesen Offizieren kein einziger in seine Heimat zurückgekehrt ist, desgleichen Tausende von Letten, die man grundlos Repressalien ausgesetzt und in den Jahren 1940–1941 verschickt hatte. Man kann annehmen, daß diese sowjetischen Bürger unter der Willkür Berijas auf verschiedene Weise in Lagern umgekommen sind. Diese Tatsache, die allein schon ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeutet, kann der Festigung der Völkerfreundschaft nicht dienen. Um ähnliche Fälle in Zukunft nicht mehr

zuzulassen, wäre es an der Zeit, gerade jetzt eine Untersuchung durchzuführen, gegebenenfalls die Leichen zu exhumieren und die am Tode von Tausenden sowjetischen Bürgern lettischer Abstammung Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Nach wie vor großen Schaden fügen der Freundschaft zwischen den Völkern die Entstellung der Nationalitätenpolitik in einer der größten Republiken der Sowjetunion zu – in der Ukraine. Die im Jahre 1937 durchgeführte Russifizierung der ukrainischen Hochschulen wurde später in der Westukraine verurteilt und teilweise rückgängig gemacht, doch die Hochschulen in der Ostukraine sind bis heute gänzlich russifiziert geblieben. Diese Politik wird mit dem Unterschied, der angeblich zwischen der West- und Ostukraine besteht, begründet. Wenn es aber so ist, weshalb hat sich dann das ukrainische Volk in einem einzigen Ukrainischen Sowjetstaat vereinigt? Offenbar deshalb, weil das ganze ukrainische Volk, einstmals seiner Eigenstaatlichkeit beraubt, zu einem einheitlichen nationalen Organismus erzogen und entwickelt werden soll. Dagegen wird die einheitliche Republik auf dem Bildungssektor in zwei Teile gespalten. Solche Praktiken fördern keine Völkerfreundschaft, im Gegenteil, sie spalten die Einheit des Volkes in zwei Völker, wie dies der Fall ist mit der Ossetischen Nation, die man in zwei Republiken zerschlug: in ein Südossetisches Autonomes Gebiet und eine Nordossetische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik. Und die Burjat-Mongolen teilte man auf in die Burjatische ASSR und in die nationalen Kreise Ustj- und Aginsk-Burjatski. Eine solche Spaltung von Nationen bringt die Völker nicht zueinander, sondern trennt sie.

Der Völkerfreundschaft sehr abträglich war auch, daß die an den Aufständen der Jahre 1943–1949 gegen den Personenkult Stalins und gegen den Terror Berijas in der Ukraine, in Litauen, Lettland und Estland Beteiligten nicht amnestiert wurden. Heute noch leben in der Komi ASSR (Workuta, Inta, Petchora), in Sibirien (in den Gebieten Irkutsk und Kemerowo im Land Krasnojarsk), in Kasachstan und in Kolyma ungezählte Ukrainer, Litauer, Letten und Esten in der Verbannung, weil sie im Verdacht standen, in den Jahren 1943–1949 gegen den Personenkult aufgetreten zu sein.

Niemandem ein Geheimnis sind die widerrechtlichen Aktionen gegen das ukrainische Volk, wie die Erschießung der ukrainischen Politiker Tschubar, Kosior, Satonśkyj, Ljub-

tschenko, die Erschießung der Schriftsteller Mykytenko, Wlyśjko, Faliwskyj und Dutzender anderer, der unbegründete Ausschluß der Kommunistischen Partei der Westukraine aus der Komintern, die Vernichtung bzw. Verbannung der ukrainischen Intelligenz der Stadt Lemberg in den Jahren 1939–1953, die Zwangsumsiedlung ungezählter Ukrainer nach Sibirien, die zwangsweise Russifizierung der Bevölkerung der Gebiete von Kubanj, Bilhorod und Starodub – alle diese Tatsachen mußten die Empörung des Volkes hervorrufen, die sich in dem Volksaufstand der Jahre 1943–1949 niederschlug. Die meisten Beteiligten und schlichten Augenzeugen (und solcher gibt es viele) dieses Aufstandes leben noch heute außerhalb der Grenzen ihrer Republiken. Als Garantie für eine echte Freundschaft der Völker der Sowjetunion, die auf dem Vergessen der alten Streitigkeiten beruht, sollte man diese Opfer des Personenkultes Stalins in ihre Republiken zurückkehren lassen.

Echte Freundschaft der Völker erfordert auch eine weitumfassende Amnestie für alle diejenigen Gefangenen, die bis heute (nach 15, 18 und 20 Jahren!) in Gefängnissen und Lagern zugrunde gehen, weil sie an Aktionen gegen den Personenkult Stalins und den Terror Berijas teilnahmen. Wenn die Freundschaft der Völker der Sowjetunion eine echte sein soll, so muß sie auf humanen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern basieren, nicht aber auf nationalem Haß und auf Brudermord. Jahrzehnte nach den Ereignissen der Jahre 1943 bis 1949 sind die Lager und Gefängnisse der Sowjetunion mit Gefangenen überfüllt, die am Aufstand teilgenommen hatten. Um diesen Personenkreis nicht zu entlassen, hat man in der Sowjetunion den barbarischen Paragraphen über die 25jährige Freiheitsstrafe beibehalten. Diese Strafe verbüßen hauptsächlich Ukrainer, Litauer, Letten, Esten, Belorussen und Moldauer. Weshalb werden sie nicht begnadigt? Es wird doch denjenigen, die in den Jahren 1937–1939 an der Massenvernichtung von Sowjetbürgern mitwirkten, großzügig vergeben, denn es heißt ja, das wäre eben die Zeit gewesen und die Leute seien nicht schuld, wenn sie die Direktiven von oben befolgten. Warum gibt es keine solche Vergebung für ukrainische Frauen wie Kateryna Saryzka, Halyna Didyk und Odarka Husak, die zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurden? Ist es denn möglich, im Wladimir-Gefängnis Kateryna Saryzka seit 1947, Halyna Didyk und Odarka Husak seit 1950 festzuhalten? Seinerzeit hat N. S. Chruschtschow die unmenschliche Erschießung einer

schwangeren Revolutionärin in Albanien verurteilt, kann man es denn von diesem Urteil aus billigen, daß Frauen seit 18 und mehr Jahren in einer steinernen Gruft festgehalten werden?

Echter Völkerfreundschaft widerspricht es auch, die nationalen Republiken mit russischer Bevölkerung zu besiedeln. So nimmt z. B. in der Ukrainischen Sowjetrepublik die russische Bevölkerung systematisch zu, während sich die ukrainische vermindert. Ähnliche nationale Migrationen finden auch in Litauen, Lettland, Estland, Belorußland, Moldawien, Kasachstan, Kirgisien und in anderen nationalen Republiken statt. Eine solche Kolonisierung widerspricht der Freundschaft der Völker. Beispielsweise in der Ukraine, wo sich in großer Zahl russische Bevölkerung (ausgediente Offiziere, pensionierte Funktionäre des KGB und andere privilegierte Kategorien von Bürgern) in den Städten niederläßt und alle bequemen Stellen, Arbeiten und Berufe einnimmt, was dazu führt, daß die einheimische ukrainische Bevölkerung auf die schlechtbezahlten Grobarbeiten wie Klosettfrauen, Putzfrauen, Hausmeister, Lade-, Bau- und Dorfarbeiter verdrängt wird. Eine so rücksichtslose Besiedlung der ukrainischen Länder verheißt nichts anderes als die nationale Feindschaft. Erinnern wir uns an das Gemetzel in den Jahren 1917–1920 zwischen den Völkern Kaukasiens und in Mittelasien. Und im Jahre 1958 begegnete die russische Bevölkerung der Stadt Grosnyj den in ihre Heimat zurückgekehrten Tschetschenen und Inguschen mit Parolen wie: »Raus mit den Tschetschenen und Inguschen aus dem Kaukasus! Es lebe die stalinsche nationale Politik!« Ist dies etwa keine kolonialistische Behandlung der Ureinwohner der betreffenden Ortschaft, der rechtmäßigen Herren dieses Landes? Ist dies etwa keine schändliche Äußerung von Feindschaft zwischen den Völkern? Ist dies kein krasser Beweis dafür, daß eine Kolonialpolitik gegenüber den nationalen Republiken nicht zur Freundschaft, sondern zur Feindschaft zwischen den Völkern führt? Man kann nicht Völkerfreundschaft propagieren, gleichzeitig aber eine Politik der Völkervermischung, der ungerechten Aufteilung der Posten und Aufgaben in der Produktion und in der Leitung betreiben. Wahre Völkerfreundschaft verlangt eine Überprüfung der Politik des Abschiebens nationaler Minderheiten nach Sibirien und des Ansiedelns einer ortsfremden, überwiegend russischen bzw. russifizierten Bevölkerung in den nationalen Republiken.

Nicht minder himmelschreiend ist ein Relikt des Personen-

kultes, das unmittelbar mit den nationalen Beziehungen zusammenhängt, und zwar das in der Sowjetunion bestehende sogenannte System der Paß-Meldung. Nach diesem System darf man nur dort wohnen, wo es einem die Milizorgane erlauben, hat aber nicht das Recht, sich irgendwo im Lande niederzulassen, d. h. genauer gesagt, man ist zwar dazu berechtigt, nach Sibirien, in den Ural und nach Kasachstan zu ziehen, nicht aber dazu, in den sogenannten »Regime«-Städten zu leben. So hat ein Bewohner der Ukraine kein Recht, sich einfach ohne Genehmigung in Kiew, Odessa oder Lemberg niederzulassen und dort zu leben, ebensowenig wie dies ein Bewohner Litauens in Wilna oder Kaunas oder ein Bewohner Lettlands in Riga tun kann. Weshalb? Welche Gefahr droht der kommunistischen Gesellschaft, wenn in Kiew Ukrainer leben? Die Sowjetunion hat im Jahre 1948 die Internationale Konvention über die Menschenrechte unterzeichnet, die auch einen Punkt über die freie Wahl des Wohnortes innerhalb eines Landes enthält. De facto existiert diese Freiheit aber nicht, denn die Einwohner der nationalen Republiken besitzen kein Recht, sich in den Städten ihrer Republik niederzulassen. Das geltende diskriminierende Meldewesen öffnet einer Besiedlung der Städte der nationalen Republiken mit Ortsfremden, hauptsächlich mit russischer Bevölkerung, Tür und Tor. Eine solche Handhabung beschwört einen Antagonismus zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und der russifizierten Bevölkerung der Städte herauf. Dieser Antagonismus ist in allen nationalen Republiken zu beobachten.

Zu den Fakten der nationalen Diskriminierung muß man auch die »Fehler« bei der Festsetzung der Grenzen der nationalen Republiken rechnen. So wurden der Belorussischen Sowjetrepublik weite Gebiete, die von Belorussen bewohnt sind, wie Smolensk und das Gebiet Brjansk, nicht angegliedert; die Ukrainische Sowjetrepublik umfaßt nicht das Land Krasnojarsk, einen Teil der Gebiete Woronesh und Bilhorod, wie auch den Rayon von Taganrog des Gebietes Rostow. Aus der Moldauischen Republik wurden im Gebiet Odessa Landstriche ausgegliedert, die von Moldauern bewohnt werden; der Armenischen Sowjetrepublik wurde das Autonome Gebiet von Gorno-Badachschan nicht angegliedert.

Bei den Autonomen Republiken teilte man die Länder so auf, wie einst der Löwe in der Fabel von Aesop. Der Mordwinischen ASSR hat man einen von Mordwinen bewohnten

Teil des Gebietes Pensa und die Stadt Pensa nicht angegliedert. Große Territorien der Gebiete Uljanowsk und Orenburg, von Tataren bewohnt, gehören nicht zur Tatarischen ASSR. Die Heimat des Musa Dzhahira gehört zum Gebiet Orenburg. Der Udmurtischen ASSR wurde ein Teil des Gebietes Kirow, bewohnt von Udmurten, nicht angeschlossen. Und welche Gründe gab es, Wyborg aus dem Bestand der Karelischen ASSR herauszunehmen? Oder das Volk der Komi aufzuteilen auf die Komi ASSR und den Nationalen Kreis der Komi Permjaken, ähnlich wie es mit den Osseten und den Burjat-Mongolen geschah?

Die Entwicklung und Festigung der Freundschaft der Völker der Sowjetunion verlangt, daß diese Fragen auf dem schnellsten Wege untersucht und – wie es dem Recht entspricht – gelöst werden.

Meinerseits schlage ich folgende Schritte vor:

1. Jede Art nationaler Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung einzustellen.
2. Die Eigenstaatlichkeit der Krimtataren und der Wolga-deutschen wiederherzustellen.
3. Den Familien der zu Unrecht verschickten und jetzt repatriierten Völker ihre unbewegliche Habe zurückzugeben.
4. Die zu Unrecht nach Sibirien verschickten Angehörigen der Völker aus dem Baltikum, der Westukraine, aus Belorußland und Moldawien zu repatriieren.
5. Eine Ermittlung über die spurlos verschwundenen Angehörigen des lettischen Militärs durchzuführen.
6. Weitreichende Amnestie für alle Opfer des Personenkults Stalins.
7. Die Märtyrerinnen Kateryna Saryzka, Halyna Didyk und Odarka Husak freizulassen.
8. Eine Überprüfung der Diskriminierung der ukrainischen Bevölkerung in den Gebieten Kubanj, Bilhorod und Starodub und die erforderlichen Schritte, um sie zu beseitigen.
9. Alle Elemente der Diskriminierung der Nationalitäten auf dem Gebiete der nationalen Bildung in der Ukraine, Belorußland, Moldawien und in anderen Republiken zu beseitigen.
10. Die Praktiken der Aussiedlung aus den nationalen Republiken nach Sibirien und deren Besiedlung mit der russischen Bevölkerung zu verurteilen.

11. Das System der Paß-Beschränkungen und die der Menschenrechtskonvention zuwiderlaufende Paß-Diskriminierung, die die Freundschaft der Völker unterminieren, zu revidieren und zu verurteilen.
12. Die Grenzen der nationalen Republiken mit dem Ziel, genaue ethnographische Grenzen festzulegen, zu überprüfen.
13. Eine weitgehende Diskussion aller hier berührten Fragen in der Presse durchzuführen.

10. 4. 1966

Widerstand gegen die Russifizierungspolitik im baltischen Raum: Appell von siebzehn Mitgliedern der Kommunistischen Partei Lettlands an die Internationale Kommunistische Bewegung

In den drei baltischen Unionsrepubliken Litauen, Lettland und Estland wird seit Kriegsende eine planmäßige Russifizierung betrieben, die mit einer wachsenden Ansiedlung vor allem von Russen verknüpft ist. Anfang 1972 gelangte ein Dokument in den Westen, das als »Brief von 17 Mitgliedern der KP Lettlands« bekannt wurde. Es zeigt detailliert, welche Schritte die chauwinistische Parteiführung in Moskau zur Russifizierung ergriffen hat und auch welche Sanktionen gegen Letten verhängt werden, die z. B. nicht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache verzichten wollen. Aufgrund seiner Bedeutung und seines Informationswertes wird dieses Dokument hier in vollem Umfang wiedergegeben.

Sehr geehrte Genossen!

17 Kommunisten Lettlands wenden sich an Sie.¹ Wir schreiben Ihnen, da wir keinen anderen Weg sehen, auf eine Aktivität und auf Ereignisse einzuwirken, die der Kommunistischen Bewegung, dem Marxismus-Leninismus, unserem und anderen kleinen Völkern großen Schaden zufügen.

Zu den Fragen, von denen wir hier schreiben, äußerten sich eine Reihe von Kommunisten vor örtlichen Parteiorganisationen, wandten sich an das ZK der KPdSU, doch das Ergebnis waren – nur Repressalien.

Damit Sie uns richtig verstehen, müssen wir einige Worte über uns selbst sagen. Wir sind keine Opportunisten, weder »Linke« noch »Rechte«. Wir sind Kommunisten, und die meisten von uns wurden es bereits vor 25–35, ja sogar vor noch mehr Jahren. Wir wollen nur Gutes für den Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, für die Menschheit.

Wir sind alle hier – in Lettland – geboren, wir lebten hier, und die meisten von uns erlebten am eigenen Leib die Mängel der bürgerlichen Ordnung, traten in die Reihen der Partei ein,

¹ Wir bitten, Kopien an die Führer der Kommunistischen Parteien folgender Länder zu übermitteln: Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Österreich, Spanien und andere Parteien, die Sie für die richtigen Adressaten erachten, persönlich aber auch an die Genossen Aragon und Garaudy in Frankreich.

als sie im Untergrund war, sahen sich Repressalien ausgesetzt, saßen viele Jahre in den Gefängnissen des bürgerlichen Lettland. Der Kampf für Sowjetmacht und sozialistischen Aufbau war Ziel und Inhalt unseres Lebens. Wir alle studierten die Werke der Begründer des Marxismus-Leninismus. Während des letzten Weltkriegs standen wir in den Reihen der Sowjetischen Armee und in Partisaneneinheiten, wir kämpften gegen die deutschen faschistischen Eindringlinge. In den Nachkriegsjahren wirkten wir aktiv am Aufbau des Sozialismus in unserem Lande mit.

Reinen Herzens taten wir alles in unseren Kräften Stehende, um die Lehren von Marx, Engels und Lenin zu realisieren, mußten uns aber mit blutendem Herzen davon überzeugen lassen, daß deren Ideen von Jahr zu Jahr immer gröber entstellt werden, daß der Leninismus bei uns als Deckmantel für großrussischen Chauvinismus dient, daß Worte und Taten auseinanderklaffen, daß wir die Tätigkeit der Kommunisten anderer Länder erschweren und damit stören, anstatt zu helfen.

Anfangs dachten wir, diese Erscheinungen seien einfach die Fehler einzelner Führer, ein fehlendes Verständnis dessen, welchen Schaden eine solche Politik anrichtet, doch mit der Zeit mußten wir uns überzeugen lassen, daß großrussischer Chauvinismus ein ganz durchdachter Kurs der KPdSU-Führung ist, daß gewaltsame Assimilation kleiner Völker in der UdSSR zu einer der nächsten und wichtigsten innerstaatlichen Aufgaben geworden ist.

Lettland ist ein so kleines Land, daß vielen außerhalb seiner Grenzen seine Geschichte und seine geographischen und wirtschaftlichen Eigenschaften kaum bekannt sind. Um das Verständnis für das im weiteren Gesagte zu erleichtern, berichten wir kurz einiges von unserem Vaterland, von Lettland.

Schon vor mehr als zweitausend Jahren lebten am Ostgestade der Ostsee die Stämme der Kuren und der Semgallen, dort siedelten auch die Selen und Lettgallen. Ihrer Abstammung nach gehörten sie zur indo-europäischen Völkergruppe. Soweit sie an den schiffbaren Flüssen Düna, Weichsel, Windau u. a. m. lebten, hatten diese Gebiete seit altersher die Aufmerksamkeit östlicher und westlicher Völker, vor allem der Deutschen und der Russen, auf sich gelenkt. Mit Schwert und mit dem Kreuz wurden sie schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts vom deutschen Kreuzritterorden unterworfen. Die Vorfahren

des lettischen Volkes lebten ungefähr 700 Jahre unter dem Joch deutscher Ritter und Barone.

Die Eroberung der eisfreien Ostseehäfen Windau, Libau, Riga und Reval war auch der uralte Traum russischer Zaren. Peter I. gelang die Verwirklichung dieses Traums. So gerieten unsere Vorfahren unter das Joch der Zaren Rußlands. Zeitweilig hausten in bestimmten Teilen Lettlands auch Polen und Schweden. Diese soeben genannten Eroberer versuchten alle, die örtlichen Stämme zu assimilieren, aus denen sich später das litauische, lettische und estnische Volk bildete, doch keinem gelang es.

Ihre Selbständigkeit erreichten Lettland, Litauen und Estland nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1918. Lettlands Gebiet umfaßte 66000 qkm. Damals lebten auf diesem Gebiet 2 Millionen Menschen, davon 76% Letten. Lettland bekam eine bürgerlich-demokratische Ordnung mit Mehrparteiensystem. Der politische Klassenkampf war im Gange und je nach dem Kräfteverhältnis war die Ordnung mehr oder minder demokratisch. Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien waren von 1918–34 legal tätig, die kommunistische Partei stand von 1919–40 im Untergrund.

Vor dem Zweiten Weltkrieg zwang die Sowjetunion den Regierungschef des bürgerlichen Lettland, Ulmanis, ein Abkommen über die Stationierung größerer Truppeneinheiten der Roten Armee auf dem Gebiet Lettlands zu unterzeichnen, und 1940 wurde mit Hilfe der Roten Armee die bürgerliche Macht gestürzt, Lettland wurde der Sowjetunion eingegliedert.

In der Phase der bürgerlich-demokratischen Ordnung hatten sich Wirtschaft und Kultur des lettischen Volkes beträchtlich entwickelt. Gleich Dänemark und Holland handelte Lettland auf dem Weltmarkt mit Tafelbutter von besonderer Qualität, mit verschiedenen Käsesorten, Eiern, Fleisch (Speck), Schnittholz, Leinen. Exportiert wurden auch elektrotechnische Erzeugnisse, Optik und andere gewerbliche Waren. Eine Staatsuniversität war mit 9 Fakultäten in Betrieb, es gab vier weitere höhere Lehranstalten, ein Opernhaus, ein musik-dramatisches und einige dramatische Theater, Konzertensembles.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden etwa 40000 Menschen ins Innere Rußlands evakuiert. In der Roten Armee kämpften zwei lettische Divisionen. Die übrige Bevölkerung blieb auf dem Territorium Lettlands. Ein Teil von ihr wurde von den deutschen Faschisten vernichtet, ein Teil starb an der Front im

Kampf gegen die Rote Armee, ein weiterer Teil emigrierte gegen Ende des Krieges in westliche Länder (Westdeutschland, Schweiz und Australien, USA u. a. m.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg steuerten die Führer des ZK der KPdSU, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, sich für immer auf dem Territorium Lettlands, Litauens und Estlands festzusetzen, einen Kurs der gewaltsamen Besiedlung dieser Gebiete mit Russen, Belorussen, Ukrainern; Letten, Litauer und Esten begann man ebenso wie die anderen kleinen Völker in der Sowjetunion gewaltsam zu assimilieren, ungeachtet dessen, daß dies in offenem Widerspruch zu den Prinzipien der Lehre des Marxismus-Leninismus steht.

Da wir unter diesen Brief nicht unsere Unterschriften setzen können, könnten Sie meinen, das Gesagte sei nicht die Wahrheit, wir übertrieben nur einzelne Mängel, die bei der Arbeit unvermeidlich sind.

Nein, dem ist nicht so. Die Tatsachen mögen sprechen.

Beginnen wir mit den gerechten Worten, die in dem Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 12. Juni 1953 standen (dem einzigen derartigen Beschluß, der gerecht gewesen ist).

In seinem Bericht über diesen Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU sagte Janis Kalnberzinš, Erster Sekretär des ZK der KP Lettlands, Mitglied des ZK und Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, am 22. Juni 1953 vor dem Plenum des ZK der KP Lettlands:

»Das Präsidium des ZK der KPdSU faßte einen Beschluß, in dem es heißt:

1. Alle Partei- und Staatsorgane sind zu verpflichten, in durchgreifender Weise die Situation in den nationalen Republiken zu verbessern und *mit den Entartungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik Schluß zu machen.*
2. Ausbildung, Heranwachsen und umfassende Beförderung von Angehörigen der einheimischen Nationalität für Führungsposten sind zu organisieren; diejenigen Nomenklatura-Funktionäre freizusetzen, die der örtlichen Sprache nicht mächtig sind, und sie zur Verfügung des ZK der KPdSU abzuberufen;
3. der Schriftverkehr in den nationalen Republiken ist in der örtlichen Heimatsprache abzuwickeln.«

Der Erste Sekretär des ZK der KP Lettlands, Kalnberzinš, sagte auf dem erwähnten Plenum, der Beschluß des Präsidiums

des ZK der KPdSU sei streng, doch gerecht an die Adresse der Lettischen SSR gerichtet gewesen. In dem Beschluß hieß es, das ZK der KP und der Ministerrat Lettlands hätten (natürlich unter Druck aus Moskau) bislang *in grober Weise das leninsche Prinzip der Nationalitätenpolitik verletzt*. Viele Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsfunktionäre seien – unter Hinweis auf vorgepiegelte Wachsamkeit und aufgrund eines unhaltbaren Mißtrauens gegenüber örtlichen Kadern – auf Führungsposten gelangt, vor allem nicht-lettische Personen. Sie beherrschen die lettische Sprache nicht, sind mit den örtlichen Gegebenheiten nicht vertraut. Ein solches Verhältnis zu den einheimischen Kadern führte dazu, daß unter allen im ZK der KP Lettlands Tätigen nur 42% Letten sind, unter den Sekretären der Stadt- und Gebietspartei Komitees nur 47%. Darüber hinaus haben viele der lediglich als Letten gezählten Personen lange Zeit oder ihr ganzes Leben in Rußland verbracht und beherrschen die lettische Sprache nicht.

Wieweit dieser Kurs auch von oben vorgegeben war, Kalnberzinš (sehr moskauhörig) sagte damals ganz richtig, daß die Lage bei den nationalen Kadern in der Rigaer Stadtparteiorganisation besonders unbefriedigend sei. Im Apparat des Stadtkomitees ist unter den Abteilungsleitern kein einziger Lette; von 31 Instruktoren sind nur zwei Letten.

Die Kaderpolitik und den Zuwachs in den Reihen der Parteiorganisationen bestimmen die Funktionäre der Organisationsabteilungen der Rayonskomitees der Partei und die Sekretäre der Grundparteiorganisationen, doch gerade unter ihnen sind am allerwenigsten Letten – in diesen Abteilungen entfällt auf jedes Rayonskomitee nur ein Lette, unter den Sekretären der Grundparteiorganisationen sind nur 17% Letten.

Eine derartige unbegründet argwöhnische Einstellung gegenüber den lettischen Arbeitern und Bauern und gegenüber der werktätigen Intelligenz und eine solche Zusammensetzung der Parteikader führten dazu, daß die Letten unter den Kommunisten der Stadt Riga insgesamt 18% ausmachen.

Grobe Entstellungen der Nationalitätenpolitik und eine Diskriminierung der Letten unterstrich auf jenem Plenum des ZK der KP Lettlands sogar auch Arvīds Pelše, ein Erzliebdiener der Großmachtspolitik, damals Sekretär des ZK der KP Lettlands für Propaganda, heute Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle

beim ZK der KPdSU. Über den Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU sagte er:

»Der Beschluß gibt klare und unzweideutige Direktiven – eine erste Pflicht besteht darin, von Grund auf die Lage in der Republik zu korrigieren, mit der pervertierten sowjetischen Nationalitätenpolitik ein Ende zu machen. . . In nächster Zeit lettische Kader auszubilden, zu erziehen und in großem Umfang auf führende Posten zu befördern. . .«

Vorliegende Aussagen zeigen, daß damals – 1953 – (das einzige Mal seit Lenins Tod) offiziell zugegeben wurde, daß in unserem Lande die marxistisch-leninsche Nationalitätenpolitik gröblich entstellt wurde (und entstellt wird).

Doch endeten nach dem Plenum die Entartungen? Nein. Der oben dargelegte Kurs hielt nur kurz an. Dann wurden – obwohl der erwähnte Beschluß des Präsidiums nicht außer Kraft gesetzt wurde – alle skizzierten Maßnahmen suspendiert, ging alles wie früher weiter. Darüber hinaus begann man in den nationalen Republiken nachdrücklicher und konsequenter ein durchdachtes Programm der Assimilierung der kleinen Völker durchzuführen.

Was sind die Hauptrichtungen dieses Programmes, auf welchen Wegen wird es realisiert?

Eine erste Hauptaufgabe ist es, aus Rußland, Belorußland und der Ukraine möglichst viele Russen, Belorussen und Ukrainer zur dauerhaften Ansiedlung nach Lettland (und in die anderen baltischen Republiken) umzusiedeln.

Auf welchem Wege wurde diese erste Hauptaufgabe gelöst?

Das ZK der KPdSU hat den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien in den nationalen Republiken nicht getraut.

1. Beim ZK der KP Lettlands wurde ebenso wie bei den ZK der kommunistischen Parteien der anderen Unionsrepubliken ein Organisationsbüro des ZK der KPdSU für Lettland gebildet. Aufgabe dieses Büros war es, die Tätigkeit des ZK der KP Lettlands und die gesamte Politik in der Republik zu kontrollieren und zu steuern. Vorsitzender des Organisationsbüros wurde Schatalin, später ersetzte man ihn durch Rjasanow.
2. Auf den Posten des 2. Sekretärs des ZK der KP Lettlands wurde von Moskau Iwan Lebedew entsandt, auf den Posten des Sekretärs des ZK der KP Lettlands für Kaderfragen – Fedor Gitow. Diese Posten werden bis zum gegenwärtigen

Zeitpunkt an Russen vergeben. Augenblicklich ist der aus Leningrad entsandte Russe Belucha Zweiter Sekretär des ZK der KP Lettlands.

3. Das Organisationsbüro und diese Moskauer »Oberkommissare« bauten ihre Kaderpolitik in der Republik in der Weise auf, daß sie alle entscheidenden Posten und vor allem die der Leiter der Abteilungen für Kader aller Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane mit Zugereisten besetzen, mit Russen. Diese Personen verschaffen den von außerhalb der Landesgrenzen Zugereisten die Zuzugsgenehmigungen für Städte, Wohnungen und günstige Arbeitsplätze.
4. Um den Massenzug von Russen, Belorussen und Ukrainern in die Republik zu sichern, begann man in Lettland damit, verschiedene Unions-, interrepublikanische und zonale Organe anzusiedeln, man errichtete große neue Betriebe und erweiterte die bereits bestehenden, was keineswegs von wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit diktiert wurde. Das Baupersonal für diese Betriebe wurde von außerhalb der Grenzen der Republik über Orgnabor importiert, die Rohstoffe aus dem Ural und dem Donezbecken (d. h. also, über eine Entfernung von 3–4000 km hinweg); Spezialisten und Arbeiter wurden ebenfalls herangeschafft, die Produktion wird dagegen aus der Republik ausgeführt. Zu diesem Zweck baute man in Riga Fabriken für Dieselmotoren, Autoelektrogeräte, Hydrometergeräte und ein Turbinenwerk; in Dünaburg wurde ein großer Betrieb für synthetische Baumwolle errichtet; aus dem herbeigeholten Baupersonal für diesen Betrieb bildete sich ein großes Städtchen, fast ohne einen einzigen Letten; in Ogre wurde ein großes Trikotagenkombinat errichtet und vieles andere.

In buchstäblich jeder Rayonsstadt wurden oder werden große Betriebe errichtet. Baupersonal, Spezialisten und Arbeiter für die Produktion werden herbeigeschafft, die Produktion geht in die gesamte Sowjetunion.

Obwohl es in Lettland bereits genügend Elektrowerke gab, um den Strombedarf der Republik zu decken, und es in Rußland viele Ströme gibt, wurde an der Düna von herbeigeschafften Bauarbeitern das Pljawnjaskraftwerk errichtet und für die Bauarbeiter eine eigene Stadt, Stutschka. Innerhalb der Republik wurde ein neuer Rayon geschaffen.

5. Ungeachtet der Tatsache, daß in der ganzen Nachkriegszeit in der Republik der Holzschlag die Aufforstung überstieg,

wurden die Wälder barbarisch vernichtet, was zur Versumpfung erheblicher Territorien und zur Einfuhr der Rohstoffe für die örtliche Möbelindustrie führte – in den letzten Jahren hat man nach Lettland Holzfäller aus Rußland, der Ukraine (den transkarpatischen Rayons) und aus Belorußland herbeigeschafft, man vernichtet weiterhin die Wälder, und die herbeigeholten Holzfäller siedeln sich in der Republik mit ständigem Wohnsitz an.

Eine solche Politik führte dazu, daß in Riga alljährlich 25–35 000 Menschen Zuzugsgenehmigung erhalten. Die Gesamteinwohnerzahl wuchs um das 2,5fache, während der Anteil der Letten von 62% im Jahre 1959 auf 57% im Jahre 1970 zurückging; für die Stadt Riga waren es entsprechend 45% für 1959 und 40% für 1970.

Wohin führt eine solche Politik? Anschaulich zeigt dies das Schicksal der früheren Karelischen Unionsrepublik. Es gibt sie nicht mehr, sie wurde liquidiert, weil die einheimischen Bewohner weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten. Heute ist Karelien Bestandteil der Russischen Föderativen Republik. Das gleiche Schicksal erwartet die Kasachische Unionsrepublik und Lettland.

6. Die ortsansässige Einwohnerschaft geht auch dadurch in der Masse der zugereisten Russen, Belorussen und Ukrainer unter, daß auf dem Territorium Lettlands große Militär- und Grenzgarnisonen eingerichtet, Dutzende großer Sanatorien, Erholungsheime und Touristikbasen von Unionsbedeutung gebaut werden. Der Strand von Riga wurde zu einem Kurort von Unionsbedeutung, wo es fast keine einheimische Bevölkerung mehr gibt.

Eine solche Politik ist in Lettland in der gesamten Nachkriegszeit betrieben und während der letzten 10 Jahre noch verstärkt worden. In der Republik gibt es heute bereits eine ganze Reihe von Großbetrieben, unter deren Arbeitern, ingenieur-technischen Kadern und Führungskräften kaum ein Lette zu finden ist (»RES«, die Dieselmotorenfabrik, der Hydrometergerätebetrieb und viele andere). Es gibt allerdings auch solche Betriebe, in denen die Mehrheit der Arbeiter Letten sind, aber das Führungspersonal kein Lettisch spricht (das Popow-Radio-Werk, das Eisenbahnwaggonbau-Werk, das Autoelektro-Werk, »Rigas audums« usw.).

Es gibt ganze Behörden, in denen es kaum Letten gibt.

Im System des Rigaer Innenministeriums arbeiten z. B. etwa 1500 Personen, von ihnen sind nur ungefähr 300 Letten.

Mehr als die Hälfte (51%) des Handelspersonals versteht kein Lettisch, unter dem Führungspersonal sind nur 29% Letten.

Sehr wenig Letten sind im Baugewerbe. Etwa 65% der Ärzte in den städtischen Gesundheitsinstitutionen können kein Lettisch, so daß häufig bei der Diagnose wie auch bei der Festlegung der Therapie grobe Fehler passieren.

Unter der einheimischen Bevölkerung ruft dies alles berechnigte Unzufriedenheit hervor.

Mit der Lösung der ersten Hauptaufgabe – der Vergrößerung der nicht-lettischen Bevölkerung in der Republik – wurden zugleich auch die Bedingungen für die Lösung der zweiten Hauptaufgabe geschaffen, nämlich nach und nach das gesamte Leben in Lettland zu russifizieren und Maßnahmen zur Assimilierung der Letten zu ergreifen.

Zu diesem Zwecke wurden und werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Der Forderung der Zugereisten entsprechend wird der Umfang der Rundfunk- und Fernsehsendungen der Republik in russischer Sprache erweitert; heute wird ein Rundfunk- und ein Fernsehprogramm nur in russischer Sprache ausgestrahlt, ein zweites ist gemischt, so daß etwa zwei Drittel der republikanischen Rundfunk- und Fernsehprogramme in russischer Sprache sind; der frühere Chef des Rigaer Fernsehentrums, Elinskis, stimmte diesen Forderungen der Zugereisten nicht zu und wurde entlassen;
2. Ungeachtet der Tatsache, daß in Lettland sämtliche Allunions-Zeitungen, -Zeitschriften und -Bücher erhältlich sind, erscheint etwa die Hälfte der Periodika in Lettland in russischer Sprache. In Lettland fehlt es an Papier, um die Werke lettischer Schriftsteller und um Schulbücher zu verlegen, dessenungeachtet werden hier die Werke russischer Schriftsteller und Schulbücher in russischer Sprache herausgebracht.
3. Der Schriftverkehr aller republikanischen, städtischen, Rayons- und der meisten örtlichen Organisationen wird ebenso wie in allen Betrieben in russischer Sprache geführt.
4. In Kollektiven wie den Redaktionen lettischer Zeitungen und Zeitschriften (lettische Theater und Lehranstalten, z.T. auch Kolchosen ausgenommen) werden auch Versammlungen und Konferenzen in russischer Sprache abgehalten.

Viele Kollektive, in denen Letten die absolute Mehrheit stellen, müssen dann, wenn auch nur ein einziger Russe dabei ist und verlangt, daß die Versammlung in Russisch abgehalten wird, dieser Forderung nachkommen, andernfalls wird das Kollektiv des Nationalismus beschuldigt.

5. In Städten und Dörfern wurden und werden weiterhin sogenannte Einheitsschulen, -kindergärten und -kinderhäuser geschaffen. In der Praxis bedeutet dies, daß Kindergärten und -häuser sowie Schulen mit russischer Sprache wie vorher weitergeführt werden, daß aber in all diesen Institutionen und Schulen mit lettischer Sprache nunmehr russische Gruppen und Klassen eingeführt wurden. Daraufhin werden alle Maßnahmen und Veranstaltungen, wie pädagogische Sowjets, Lehrer-Schüler-Versammlungen, Pioniertreffen, auch hier in russischer Sprache durchgeführt. Die ländlichen Gebiete Kurland, Semgalen und Livland ausgenommen, gibt es nur noch wenige lettische Kindereinrichtungen und Schulen in Lettland.
6. In allen mittleren Fach- und Hochschulen gibt es Züge mit Russisch als Unterrichtssprache.
7. In Zeitungen, Radio und Fernsehen, auf Versammlungen und in Büchern – überall wird Tag für Tag die Freundschaft mit den Russen gepredigt, um Eheschließungen zwischen lettischen Mädchen und Russen bzw. zwischen jungen Letten und russischen Mädchen wird ganze Reklame gemacht.
8. Bei der Konsumgüterherstellung ist alles Nationale ausgemerzt worden. Früher gab es in Lettland wie in allen anderen Republiken eigene kulinarische Gerichte, eigene Marken von Konfekt, Schokolade und Zigaretten, heute aber gibt es nur noch die Unionsmarken »Belotschka«, »Lastotschka«, »Kara-Kum«, »Kasbek«, »Belomorkanal« usw. In Gar-küchen, Kaffeehäusern und Restaurants werden nur noch Gerichte nach (russischen) Unionsrezepten zubereitet; nationale Gerichte wurden zur Rarität.
9. Das lettische Volk feiert den Sommertag als Feiertag »Ligo«, der jahrhundertlang – auch während der deutschen faschistischen Besatzung – frei gefeiert worden ist. Bis zum vorigen Jahr war dieser Feiertag kategorisch verboten gewesen; heuer ist »Ligo« noch nicht wieder als Feiertag anerkannt, obwohl offiziell nicht mehr verboten.
10. Es gibt zwei Arten der Beschäftigung mit dem literarischen

Erbe. Immer wieder neu aufgelegt werden die Werke russischer Schriftsteller – L. Tolstoj, Turgenjews, Dostojewskijs, Gogols, Puschkins, Lermontows u. a. m. –, doch an lettischen Schriftstellern aus der Zeit Dostojewskijs werden nur Rainis, Paegle, Veidenbaums und z. T. Aspazija, Blaumanis und einige wenige andere anerkannt.

11. In Riga gibt es 6 Verwaltungsbezirke, von denen allerdings kein einziger einen einheimischen Namen trägt. Sie heißen: Lenin-, Kirow-, Moskauer-, Leningrader-, Oktober- und Proletarierbezirk.
12. In Riga gibt es Straßen, die nach Lenin, Kirow, Swerdlow, Puschkin, Lermontow, Gogol und Gorkij benannt sind; es gibt selbst eine nach dem zaristischen Gouverneur Suworow benannte, hingegen wurden sogar der Aspazija-Boulevard (benannt nach der hervorragenden lettischen Dichterin) und die Valdemar-Straße (benannt nach dem unermüdlichen lettischen Aufklärer) umgetauft.
13. In Riga gibt es nicht nur ein Gedenkhäus für Lenin, sondern auch eines für den russischen Zaren, der die baltischen Länder eroberte, für Peter I.
14. Zur Zeit der Oktoberrevolution spielten bekanntlich lettische Schützen eine herausragende Rolle, Lenin vertraute ihnen nicht nur den Schutz des Kreml, sondern auch seiner eigenen Person an, und das in den kritischsten Tagen. Während des 2. Weltkriegs kämpften zwei lettische Divisionen heldenhaft in der Roten Armee, ebenso ein Spezialluftgeschwader, heute aber sind die lettischen Truppenformationen umgebildet worden, so daß die jungen Letten auch nicht mehr in jenen russischen Truppenteilen dienen, die auf lettischem Gebiet stationiert sind, sondern über die gesamte Sowjetunion hin verstreut werden, möglichst weit weg von Lettland.
15. Kein Repertoire eines lettischen Berufs- oder Laientheaters, Orchesters oder Chores wird bestätigt, wenn darin nicht russische Stücke oder Lieder vorgesehen sind, wogegen in den Repertoires russischer Ensembles lettische Stücke oder Lieder kaum erscheinen.

Man könnte fortfahren, Fakten und Erscheinungen aufzuzählen, die alle das eine bezeugen – alles Nationale wird entwurzelt, gewaltsamer Assimilierung unterworfen, es fehlt die Gleichberechtigung zwischen Völkern, Kulturen und Traditionen.

Man kann natürlich fragen: warum schweigen die lettischen Kommunisten, das Volk?

Sie haben nicht geschwiegen. Es gab Versuche, sich gegen eine solche Politik aufzulehnen. Der frühere Sekretär des Rigaer Stadtpartei Komitees und spätere Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der Lettischen SSR, E. Berklay, Mitglied des Büros des ZK der KP Lettlands, trat immer und überall gegen eine solche falsche Tätigkeit ein und wurde bis zu einer gewissen Zeit von einer Reihe weiterer Mitglieder des Büros des ZK der KP Lettlands und der Regierung der Republik unterstützt. Doch als schon die Mehrzahl der Mitglieder des Büros des ZK der KP Lettlands begann, deren Meinung zu unterstützen, da kam der damalige Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Gen. Chruschtschow, selbst in die Republik und entsandte den damaligen Sekretär des ZK der KPdSU Muchidinow. Das Ergebnis war, daß Berklay seines Postens als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats enthoben wurde, aus dem ZK und dem Büro des ZK der KP Lettlands ausgeschlossen und aus der Republik verbannt wurde. Wegen Unterstützung einer solchen Position, weil sie gegen großrussischen Chauvinismus und Entartungen der marxistisch-leninischen Politik aufgetreten waren, wurden ihrer Ämter enthoben:

- der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Lettlands, Mitglied des Büros des ZK der KP Lettlands, K. Ozolinš;
- der Vorsitzende des republikanischen Gewerkschaftsrates, Kandidat des Büros des ZK der KP Lettlands, A. Pinksis;
- der Erste Sekretär des Rigaer Stadtpartei Komitees (nach Berklay), das Mitglied des Büros des ZK der KP Lettlands, Straujums;
- der verantwortliche Redakteur der Zeitung »Cina«, des Zentralorgans des ZK der KP Lettlands, Kandidat des Büros des ZK der KP Lettlands, Pizans;
- der Stellvertretende Vorsitzende des GOSPLAN der Republik, E. Mukins;
- der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Rigaer Stadtexekutivkomitees, V. Krejtus;
- Sekretär und Mitglied des Büros des ZK der KP Lettlands, Bissenieks;
- der Zweite Sekretär des ZK der KP Lettlands, V. Kruminš;
- der Direktor des wissenschaftlichen Forschungsinstitutes

- für Wirtschaft der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR, P. Dzerwe;
- der Kulturminister und Mitglied des ZK der KP Lettlands, V. Kalpiņš;
 - der Stellvertreter des Kulturministers, P. Tšerkowskij;
 - der Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen, Prombergs;
 - der Landwirtschaftsminister A. Nikonow;
 - der Stellvertreter des Landwirtschaftsministers, Vallis;
 - der verantwortliche Redakteur des Rigaer Stadtzeitung, Darbiņš;
 - der Erste Sekretär des ZK des Komsomol Lettlands, Ruskulis;
 - der Zweite Sekretär des ZK des Komsomol Lettlands, Valters;
 - der verantwortliche Redakteur der Zeitung ›Padomju Jaunatne‹, des Zentralorgans des Komsomol Lettlands, Brencis;
 - der Leiter der Kaderabteilung des Ministerrates der Lettischen SSR, Zandmanis;
 - der Stellvertreter der Abteilung für Administrative Organe des ZK der KP Lettlands, Ja. Kacens;
 - der Minister für Straßenwesen E. Liberts;
 - der Vorsitzende der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KP Lettlands, Plesums;
 - die Hauptreferentin des Ministerrates, E. Erenštreite;
 - der Leiter der Abteilung für Volksbildung des Rigaer Stadtexekutivkomitees, das Mitglied des Rigaer Stadtkomitees der KP Lettlands, Ja. Gibietis;
 - die Mittelschuldirektoren, M. Vernere, Duškina und viele, viele andere.

Auf Führungsposten sind heute nur Fremde oder solche Letten tätig, die ihr ganzes Leben in Rußland verbrachten und erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach Lettland kamen; in ihrer Mehrzahl können sie Lettisch nicht oder nur schlecht. Daß dem so ist, dafür sprechen die Tatsachen.

Als ZK-Sekretäre der KP Lettlands arbeiten heute: der Erste Sekretär des ZK, Voss, ein Lette aus Rußland, der sich in der Regel nicht in lettischer Sprache äußert; der Zweite ZK-Sekretär, Belucha, ist Russe aus Rußland, der Lettisch überhaupt nicht kann; der ZK-Sekretär für Propaganda, Drizul, ist ein Lette aus Rußland; der Sekretär für Landwirt-

schaft, Verro, ist ein Este aus Rußland, der kein Lettisch kann; ZK-Sekretär für Industrie ist Peterson, ein Lette aus Rußland, der nur sehr schwache Lettischkenntnisse hat.

Die Führung des Ministerrates: Vorsitzender ist Ju. Ruben, ein Lette aus Rußland, der die lettische Sprache nur dürftig beherrscht; Stellvertreter des Vorsitzenden ist Bondaletow, ein Russe aus Rußland, der überhaupt kein Lettisch kann.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR ist V. Ruben, ein Lette aus Rußland, der nur spärlich Lettisch kann und sich in dieser Sprache nie äußert.

In der Regel gelangen prinzipienlose Menschen auf Führungsstellen, Menschen ohne eigene Anschauungen, ohne eigene Standpunkte, Karrieristen, Speichellecker. Prinzipientreuen Menschen, die eigene Anschauungen haben und sie nicht verbergen, ist der Weg verschlossen.

So ist die Lage in Lettland, in dieser Lage befindet sich die einheimische Bevölkerung in ihren eigenen Republiken, auf ihrem Heimatboden.

Was die früher und heute auf dem Gebiet Lettlands lebenden Litauer, Esten, Juden, Deutschen, Polen und anderen nationalen Minderheiten (außer den Russen) angeht, so werden ihre Besonderheiten überhaupt nicht respektiert. Bis 1940 (bis zur Errichtung der Sowjetmacht) gab es in Lettland für sie Grund- und Mittelschulen, wo sie in ihrer Muttersprache unterrichtet wurden; in ihrer Muttersprache gaben sie Zeitungen, Zeitschriften und Bücher heraus; sie hatten ihre Klubs, Theater, Chöre und andere kulturelle und Bildungseinrichtungen. Nichts dergleichen gibt es heute, ungeachtet der bekannten Prinzipien des Marxismus-Leninismus in dieser Frage, ungeachtet der Behauptung der Führer der UdSSR, in der Sowjetunion sei die nationale Frage gelöst, allen Nationen und Völkern werde volle Freiheit und Gleichheit garantiert. *In sämtlichen Republiken ist alles für die Russen da, einiges für die einheimische Bevölkerung gibt es noch in ihren eigenen Republiken, aber für die übrigen – nichts.* Für die 3,5 Millionen in der UdSSR lebenden Juden gibt es in der gesamten Sowjetunion nur in deren Autonomem Gebiet eine Zeitung und eine Zeitschrift in ihrer Muttersprache; sie sind der Möglichkeit beraubt, ein eigenes Theater, Klubs oder irgendwelche kulturellen und Bildungsorganisationen zu unterhalten, selbst in Städten, in denen Zehntausende von ihnen leben.

Sehr geehrte Genossen! In diesem Brief beleuchteten wir die Lage in der Sowjetunion nur knapp unter einem Gesichtspunkt – dem der nationalen Frage. Doch ebenso gröblich werden bei uns die Lehre von den menschlichen Grundrechten und -freiheiten, von der Freiheit des Wortes, vom leninschen Arbeitsstil und die anderen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus pervertiert.

Warum schreiben wir Ihnen darüber? Warum schreiben wir erst jetzt? Um was bitten wir Sie, was schlagen wir vor?

Wie eingangs gesagt, sind wir seit langem Kommunisten. Als wir im Untergrund arbeiteten, als wir in den Gefängnissen des bürgerlichen Lettlands schmachteten – da kannten wir das Wesen eines sozialistischen Staates ebenso wie die gesamte Lehre des Marxismus-Leninismus nur aus der Theorie und glaubten grenzenlos an alle Ideale dieser Lehre. Als wir den sozialistischen Staat (damals der einzige auf der Welt) in der Wirklichkeit sahen, da sahen wir zugleich auch, daß es im Leben nicht so ist wie in der Lehre. Wir glaubten aber zutiefst daran, daß diese Fehler nur vorübergehende seien, daß man sie bekämpfen müsse und sie liquidieren könne. Nur schrittweise, mit der Zeit, überzeugten wir uns in der praktischen Arbeit davon, daß das, was bei uns offiziell gesagt und geschrieben wird, nur die Schau-Seite ist, eine tendenziöse Mixtur aus Fakten und Lügen, daß alle Parteikonferenzen und -versammlungen, alle Parteitage, daß all dies ein im voraus sorgfältig inszeniertes Theater ist; einberufen werden sie nur, um den Anschein innerparteilicher Demokratie zu erwecken; sie sollen das von »oben« – d. h. im Endeffekt vom ersten Mann im Lande (in eigener Person) – Gesagte bestätigen. Jeder beliebige Versuch, dieser Meinung zu widersprechen, wird als Verstoß gegen die Partei, gegen den Leninismus gewertet, und der Tollkühne wird nicht nur seiner Posten enthoben, sondern auch seiner Freiheit beraubt, verhaftet, in Lager und Gefängnisse gesteckt, unter unmenschlichen Bedingungen gehalten, verbannt, oder er verschwindet gelegentlich sogar, ohne daß man je wieder etwas von ihm hörte.

Es ist verständlich, daß unter derartigen Bedingungen weder auf Parteikonferenzen und Parteitagen noch auf den Sitzungen der Sowjets der Deputierten der Werktätigen irgendwelche Diskussionen aufkommen oder aufkommen könnten. So wird der Anschein von Einmütigkeit geschaffen.

Wir glauben, Sie haben von all dem schon gehört, Sie wissen irgend etwas davon, doch wenn Sie nur über die offiziellen Informationen verfügen und sich nur kurz in der Sowjetunion aufhalten, dann wissen Sie bei weitem nicht alles, was bei uns getan wird. Dies ist der Grund, weshalb wir Ihnen schreiben, Sie mit den Tatsachen vertraut machen möchten.

Wir verstehen, daß keine einzige kommunistische Partei das Recht hat, sich in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien einzumischen. Doch gerade um dies zu garantieren, muß derjenige mit vereinten Kräften gezähmt werden, der dieses Prinzip verletzt. Die Tatsachen sind Ihnen bekannt. Darüber hinaus urteilen die Menschen der Erde doch anhand unserer Erfolge, Fehlschläge oder Fehler über die Kommunisten und über den Sozialismus schlechthin. Die Tätigkeit der Sowjetunion erleichtert und erschwert auch Ihre Tätigkeit. Aus diesem Grunde glauben wir, daß Sie die Wahrheit über uns wissen sollten und daß Sie es für nötig halten werden, auf die Führer der KPdSU Einfluß zu nehmen. Wir wissen, daß dies nicht leicht ist. Sie sind nicht gewohnt, auf die Ansicht anderer zu hören. Sie handeln von der Position der Stärke aus und erkennen auch nur die Stärke an. Doch der Einfluß Ihrer Partei in der kommunistischen Weltbewegung ist groß, und man kann nicht umhin, mit Ihrer Meinung zu rechnen. Wir wollen Ihnen nicht zeigen, wie und auf welchem Wege Sie auf die Führer der KPdSU einwirken könnten, wir glauben aber, daß man das Prestige des Marxismus-Leninismus nicht aufrechterhalten kann, indem man die Verunstaltung seiner Grundprinzipien bei uns verschweigt. Wenn die Führer der KPdSU nicht zustimmen, unverzüglich mit der erwähnten und mit ähnlicher Aktivität Schluß zu machen, so muß man sie schonungslos entlarven und boykottieren.

Die heutige Politik der Führer der KPdSU ist für die kommunistische Bewegung der ganzen Welt verderblich.

Mit kommunistischem Gruß.

Die Frage der Neubildung der Republik der Wolgadeutschen
(Aus einem Gespräch von A. I. Mikojan mit einer Delegation
von Wolgadeutschen am 7. Juni 1965)

Dieses Dokument ist dem von Samisdat herausgegebenen »Polititscheskij Dnewnik« entnommen, das 1971 in den Westen gelangte und nur fragmentarisch bekannt ist. Es veranschaulicht den Herrschaftsstil der Partei, die Art und Weise, wie sie Gruppen behandelt, die sich mit ihren Anliegen vertrauensvoll an ihre Führung wenden. Es zerstört auch die gelegentlich verbreitete Legende von Mikojan als »Liberalem«.

F. G. Schessler: Wegen der Neubildung unserer Republik wandten wir uns schon öfter an das ZK und an das Präsidium des Obersten Sowjets, doch konkrete Antworten hat es nicht gegeben. Die Beschuldigung ist jetzt von uns genommen, die Strafe aber geblieben. Unser früheres Territorium wurde vom Jahre 1764 an in Besitz genommen. Unsere Ahnen erkaufte es für vier Millionen Rubel. Gemeinsam mit dem russischen Volk kämpften wir im Bürgerkrieg für die Sowjetmacht, das Land wurde uns per Urkunde übertragen. Jetzt aber sind die Landgebiete in unserem früheren Territorium zu 25–30% besiedelt. Die Mehrzahl der Dörfer ist zerstört. Erst die Neubildung der Republik an der Wolga wird eine echte Rehabilitation bringen. Erst ein solcher Schritt befreit uns von Schmach und Mißtrauen.

Bornemann: Ich komme aus dem Gebiet Wolgograd, aus dem Dorf Kotowo. In unserem Dorf leben jetzt 70 Deutsche. Wir sind gekommen, um die Neubildung unserer unrechtmäßig liquidierten Republik, die Aufhebung der Erlasse zu erreichen. Der Erlaß vom 29. August 1964 hat tatsächlich den Erlaß vom 28. August 1941 teilweise aufgehoben, doch warum hob er die anderen Erlasse nicht auf? Rehabilitation heißt nicht nur Wiederherstellung der Ehre, sondern auch Wiederherstellung der früheren Lage, d. h. die Republik an der Wolga und die nationale Gleichberechtigung müssen erneut hergestellt werden. Im Erlaß ist davon die Rede, daß die Deutschen an ihren neuen Wohnorten »verwurzelt« seien. Daraus folgt, daß die Kalmücken und die anderen kaukasischen Völker, die nicht »verwurzeln« konnten, ihre Autonomie zurückerhalten, den Deutschen dagegen, die gut gearbeitet haben und »verwurzelt«

sind, verbietet man die Rückkehr in ihre Heimorte. Unser Volk ist unzufrieden damit, daß der Erlaß nicht in den russischen Zeitungen veröffentlicht wurde. Wir wollen, daß die Menschen die Wahrheit über die sowjetischen Deutschen erfahren.

G. G. Wormsbecher: Vor dem Krieg gehörte die Republik der Wolgadeutschen zu den in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht führenden Republiken. Was haben wir aber heute? Insgesamt zwei Zeitungen. Es gibt keine einzige deutsche Schule. Eine solche Situation gab es für uns nicht einmal im zaristischen Rußland. Alle Völker der UdSSR haben ihre Eigenstaatlichkeit. Nur die sowjetischen Deutschen nicht. Es erhebt sich die berechnete Frage: Sind wir ein sowjetisches Volk?

G. F. Kayser: Mit dem Erlaß vom 29. August 1964 sind alle schweren Beschuldigungen von den sowjetischen Wolgadeutschen genommen und hinfällig, aber all ihre Strafen sind voll und ganz in Kraft geblieben. Nicht außer Kraft gesetzt sind de facto:

1. die zweite Hälfte des Erlasses vom 28. August 1941 über die Zwangsaussiedlung der Wolgadeutschen,
2. der Erlaß vom 16. November 1948 über die Umsiedlung der sowjetischen Deutschen aus verschiedenen Orten auf ewig, bei zwanzigjähriger Zwangsarbeit bei Verlassen des Wohnorts,
3. der Erlaß vom 13. Dezember 1955 über das Verbot, daß die sowjetischen Deutschen in ihre Heimorte zurückkehren, von denen sie schuldlos ausgesiedelt wurden, und über die Beschlagnahme ihres gesellschaftlichen und privaten Eigentums.

Der Erlaß vom 29. August 1964 hat daher in nationaler Hinsicht überhaupt nichts verändert. Schon die elementare Logik sagt einem, Unschuldige nicht zu bestrafen. Die Behauptung im zweiten Teil des Erlasses, die sowjetischen Deutschen seien an ihren neuen Wohnorten verwurzelt und hätten dort angeblich ihre zweite Heimat gefunden, entspricht nicht der Wirklichkeit. Menschen verwurzeln nicht durch Zwangsvertreibung. Doch die Schaffung einer ASSR für die sowjetischen Deutschen irgendwo an einem ihrer neuen Wohnorte wäre keine Rehabilitierung, sondern eine Vertreibung auf ewig, für uns wie für unsere Nachkommen. Im Zusammenhang mit der vorsätzlichen Aufsplitterung der sowjetischen Deutschen in kleine Gruppen über verschiedene Gebiete der UdSSR werden

sie ihrer Nationalstaatlichkeit beraubt und können im Nationalitätensowjet und im Unionsowjet der UdSSR keine eigenen Deputierten haben. Ein Gebiet für die Wiedererrichtung der ASSR der Wolgadeutschen gibt es an der Wolga. Es wurde von unseren Vätern in jahrhundertelanger schwerer Arbeit in Besitz genommen und uns von der Großen Oktoberrevolution dort verliehen, wo die Deutschen die Sowjetmacht errichteten und wo Lenin mit dem Dekret vom 19. Oktober 1918 die erste deutsche Autonome Republik in der RSFSR schuf.

K. D. Welz: Wir haben 200 Jahre auf unserem Territorium gelebt. Wir wiesen alle Merkmale einer Nation auf. Wir hatten 11 Deputierte im Nationalitätensowjet und drei Deputierte im Unionsowjet. Wir hatten fünf Hochschulen, 400 Mittel- und Grundschulen, ein Nationaltheater, einen Verlag, fünf Republiks- und 20 Gebietszeitungen und -zeitschriften, aber heute haben wir nicht einmal eine einzige Schule. Wir haben heute nur eine Zeitung in Moskau, aber dort arbeiten keine Deutschen – man traut ihnen nicht. Obgleich uns nicht gestattet war, gegen die Faschisten zu kämpfen, haben wir unter den an der Front gefallenen Deutschen zwei Helden der Sowjetunion. Es gibt Familien von sowjetischen Deutschen, die 6-, ja, 8mal umgesiedelt wurden.

Hersch: Es ist nicht irgendeine kleine Gruppe von Deutschen, die die Neubildung der Republik wünscht. Könnten wir Unterschriften sammeln, so brächten wir es auf eine Million (es gibt insgesamt zwei Millionen sowjetischer Deutscher), ungeachtet der Verfolgungen haben wir den Glauben an Partei und Regierung nicht verloren. Am linken Wolgaufer gibt es eine spärliche Bevölkerung, und viele Dörfer sind zerstört. In Wolgograd gibt es eine Umsiedlungsabteilung. Doch wer dorthin kommt, geht rasch wieder. Will man auf diese Weise die Wirtschaft wieder auf die Höhe bringen, dann braucht man noch hundert Jahre. Doch wir würden in einigen Jahren alles wieder aufbauen. Bisher werden keine Deutschen für die Wolga angemeldet.

L. Iwanowa: ... Das wenige, was im Erlaß vom 29. August 1964 mitgeteilt wird, wird an Ort und Stelle nicht erfüllt. Wir werden des Nationalismus beschuldigt, doch nicht der ist Nationalist, der gezwungen ist, seine nationalen Rechte zu verlangen, sondern jener, der sie uns nimmt und vorenthält.

Mikojan: ... Ich glaube, das Gesagte genügt. Die sowjetischen Deutschen zeigten im Krieg, nach dem Krieg und heute

auch eine gute Führung. Sie arbeiten gut. Heute ist es unmöglich, im Neuland ohne die Deutschen zu wirtschaften. Sie haben einen Deputierten im Obersten Sowjet – Becker. Deren Zahl wird sich jetzt erhöhen. Es besteht eine volle Rehabilitierung der Deutschen. Sie stellen die Frage einer Neubildung der Republik. Wir sehen ein, daß dies die beste Lösung des Problems wäre. Doch dies ist unmöglich. Man müßte eine halbe Million Menschen nehmen und sie umsiedeln. Man kann nicht so kalkulieren, als könnten die Deutschen ohne eine Republik nicht leben, wo doch vor dem Krieg zwei Drittel der Deutschen außerhalb der Grenzen der Republik lebten. Wir können heute die Republik nicht wieder neu gründen. Das ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Nicht alles ist korrigiert worden, was in der Geschichte begangen wurde. Niemand wirft Sie mit den Westdeutschen in einen Topf. Sie sind Sowjetbürger und haben ein Recht auf Schulen, Zeitungen. . . In der gegebenen Situation können wir nicht zu einer Neubildung der Republik schreiten, weil dies ungeheure wirtschaftliche Ausgaben verursachen würde, doch Ihren kulturellen Forderungen kommen wir entgegen. Was die einzelnen Ungesetzlichkeiten betrifft, so gibt es im Apparat Leute, die falsch handeln. Wenn Sie Tatsachen über ein schlechtes Verhalten Ihnen gegenüber haben, dann können Sie dem Betreffenden ausrichten, daß hier ein Genosse sitzt. Wir werden uns einschalten. Wir glauben, Sie werden uns bei diesen kulturellen Maßnahmen helfen. Ich wünsche Ihnen Erfolg. Auf Wiedersehen.

(Aus einem Brief der Delegation der Deutschen, nach dem Empfang, an Mikojan und Schelepin):

. . . Wir sind in keiner Weise mit den Ergebnissen des Empfangs zufrieden. Das Volk schickte uns nicht als Laienspielgruppe zur Regierung, sondern um die volle Rehabilitierung von zwei Millionen Menschen zu erreichen, um deren Gleichberechtigung mit anderen Bürgern der UdSSR und die Herstellung ihrer Eigenstaatlichkeit zu erzielen. . . Man verhält sich den Deutschen gegenüber utilitaristisch, vernachlässigt ihre nationalen Hoffnungen. Die leninsche Nationalitätenpolitik wird nicht auf die sowjetischen Deutschen angewandt, daher dieses »Es kann der Wirtschaft Schaden zufügen«. . . Die außerhalb der Republik lebenden Deutschen lebten gut, aber nur, weil es eine solche Republik gab, weil sie ihren eigenen Staat hatten, der sich umfassend um sie kümmerte und sorgte, der ihnen in

kulturellen Dingen behilflich war, bei der Bildung ebenso wie beim wirtschaftlichen Aufbau.

Die Republik der Wolgadeutschen war eine Kadenschmiede für alle übrigen deutschen Gebiete. Wir sind Sowjetmenschen, Kommunisten, aber keine Bundisten (Anm.: Bund – eine sozial-demokratische jüdische Kampforganisation, die sich für Kulturautonomie im Sinne der Austro-Marxisten einsetzte), wir brauchen keine kulturell-nationale Autonomie, sondern Eigenstaatlichkeit. . . Während die DDR seit ihrer Gründung von der UdSSR mit aller erdenklichen Sorge und Aufmerksamkeit gehätschelt wurde, haben die sowjetischen Deutschen bis heute das moralische Erbe des Krieges zu tragen. Man könnte meinen, die Faschisten säßen nicht in Deutschland, sondern unter den sowjetischen Deutschen. Alle Völker, die im Großen Vaterländischen Krieg grundlos beschuldigt und Repressalien ausgesetzt waren, sind vom XX. Parteitag voll und ganz rehabilitiert worden. Warum sind die sowjetischen Deutschen bis heute die Stiefkinder geblieben? . . . Welcher Sache hätten Sie, Anastas Iwanowitsch, Ihr Leben gewidmet, wenn Berija an einem der schwarzen Tage seiner Allmacht Armenien auseinandergejagt hätte?

. . . Man kann Ihrer Behauptung zustimmen, nicht alle in der Geschichte begangenen Fehler seien korrigiert worden. Ja, gegenüber den Toten, den sinnlos zugrunde Gerichteten, können die Fehler nicht mehr wiedergutmacht werden. Doch die Sowjetmacht lebt und wird leben! Und solange ein Volk lebt, mit dem ungerecht verfahren wurde, kann und muß der Fehler wiedergutmacht werden.

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Von überlebenden Kindern von Kommunisten, die durch Stalin grundlos Repressalien ausgesetzt waren.

Dieses Dokument aus dem Jahre 1967 wurde zunächst von Samisdat verbreitet, später in westlichen Zeitschriften wiedergegeben. Unter den Unterzeichnern überwiegen die Kinder von Helden aus Bürgerkrieg und Oktoberrevolution, die von Stalin ermordet wurden.

24. September 1967

Von Tribünen herab, in Presse, Rundfunk und Fernsehen werden heute die »Verdienste« Stalins propagiert. Das bedeutet de facto eine Revision der Thesen des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU.

Uns beunruhigt dies. Nicht allein deshalb, weil unsere Verwandten und wir selbst wie Millionen anderer Menschen Opfer der von Stalin geschaffenen Verbrechenmaschine wurden. Uns bedrückt, daß seinerzeit in die Billigung der Willkür die brutal betrogenen Massen mit hineingezogen wurden.

Das soll sich nicht wiederholen. Eine Wiedergeburt der Vergangenheit versetzt den Ideen des Kommunismus einen Schlag, bringt unser System in Mißkredit, erhebt den Untergang von Millionen Unschuldiger zur Gesetzmäßigkeit.

Jeglicher Versuch, die schwarzen Taten Stalins weißzuwaschen, birgt die Gefahr in sich, daß sich die schreckliche Tragödie unserer Partei, unseres ganzen Volkes und der gesamten kommunistischen Bewegung wiederholt.

Die tragischen Ereignisse in China machen es uns allen erneut zur Pflicht, Garantien gegen eine Wiederholung solcher Katastrophen zu erarbeiten. Nur die volle Wahrheit über die Verbrechen Stalins und seiner Umgebung kann jene Bewegung, jene Gefühle und jenes gesellschaftliche Unbehagen hervorrufen, die alle Folgen von Stalins Personenkult zunichte und eine Wiederholung des Personenkults und neuer Willkür unmöglich machen.

Wie kann man nach allem, was unser Volk und die gesamte internationale kommunistische Bewegung durchmachten, Stalin rühmen? Dies stört unsere Bewegung von vornherein,

schwächt unsere Reihen, zersetzt unsere Kräfte und macht das Erreichen des Kommunismus unmöglich.

Die Feierlichkeiten zum fünfzigsten Jahrestag des großen Oktober müssen wir unter Parteibannern beginnen, auf denen steht: Lenins Name ist unsterblich, umfassendste Demokratie, kollektive Führung, gesellschaftliche Selbstverwaltung. Solche Banner dienen am besten der Erinnerung an jene, die von der Höllemaschine des Persönlichkeitskultes vernichtet wurden. Bis heute liegt auf vielen von ihnen ungerechtfertigt Schmach, die Namen anderer geraten in Vergessenheit. Die Geschichte wird sie Partei und Volk wiedergeben.

Das vom XXII. Parteitag der KPdSU versprochene Ehrenmal für die Opfer der Willkür sollte jetzt, da der Sowjetstaat fast ein halbes Jahrhundert besteht, errichtet werden. In den Tagen der Feiern werden die Kämpfer für einen weltweiten Oktober mit uns sein. Ihre Zahl ist unermeßlich: von den hervorragendsten Parteiführern bis zum Fußvolk der Soldaten der Revolution. Auf den Bannern der Partei ist kein Platz für den Namen des Despoten.

Wir bitten darum, das Gesagte zu prüfen und unseren Brief als Bestandteil des Kampfes für den Kommunismus anzusehen. Wir hoffen, dieser Brief kann dazu beitragen, einem nicht wiedergutzumachenden Fehler vorzubeugen.

P. Jakir, Sohn von I. E. Jakir;

L. Petrowskij, Sohn von P. G. Petrowskij, Enkel von G. I. Petrowskij;

A. Bokij, Tochter von G. I. Bokij;

A. Antonow-Owsejenko, Sohn von B. A. Antonow-Owsejenko;

G. Troizkaja, Tochter von Ja. Liwschiz;

G. Akulow, Sohn von I. A. Akulow;

S. W. Stankowa (Osinskaja-Obolenskaja), Tochter von Kommunisten;

G. Poleschtschuk, Tochter von N. I. Muralow;

Ju. Shiwljuk, Sohn eines Kommunisten;

W. Gerlin, Tochter von M. S. Gorb;

S. Serebrjakowa, Tochter von G. Serebrjakowa.

Stalins schwere Verbrechen lassen eine positive Wertung seines Tuns schlichtweg antimoralisch erscheinen. Das unterschreiben auch:

Ju. Aichenwald, Sohn eines Kommunisten;
 S. Fedorowa, Tochter von G. F. Fedorow;
 Sh. Krapiwjanskij, Sohn von N. G. Krapiwjanskij;
 W. Schmidt, Sohn von W. W. Schmidt;
 Ju. Larin (Bucharin), Sohn von Ni. Bucharin und Enkel von
 Ju. Larin;
 S. K. Radek, Tochter von K. Radek;
 A. Wseswjatskaja, Tochter von Kommunisten;
 A. Gastew, Sohn von A. Gastew;
 L. Bogoras, Tochter von Kommunisten;
 I. Jakir, Enkelin von I. E. Jakir und Tochter von P. I. Jakir;
 N. Potschinschtschikow, Sohn eines Kommunisten;
 N. N. Popow, Sohn von N. Popow;
 N. N. Demtschenko, Sohn von N. Demtschenko.

Stalins Verbrechen können unmöglich aufgrund irgendwelcher
 »Verdienste« von ihm vergessen oder gerechtfertigt werden:

W. Schwarzschtejn, Sohn eines Kommunisten;
 I. Pjatnizkij, Sohn von O. A. Pjatnizkij;
 T. Bajewa, Tochter eines Kommunisten;
 R. Janson, Tochter eines Kommunisten;
 Ju. Saprnow, Sohn von T. W. Saprnow;
 K. Belozkij (Usijewitsch), Sohn eines Kommunisten und
 Verwandter von G. A. Usijewitsch;
 K. Sonberg, Sohn eines Kommunisten;
 Ju. N. Wawilow, Sohn des Akademiermitgliedes und Präsi-
 denten Nikolaj Wawilow;
 W. Bljumfeld (Switschis), Sohn eines Kommunisten;
 M. Iwanow (Kalinin), Enkel von M. I. Kalinin;
 N. A. Schljapnikowa, Tochter von Lenins Freund A.
 Schljapnikow.

Von acht Familienangehörigen der durch Stalin liquidierten
 Altbolschewiken Aw. und T. Enukidse:

W. Enukidse;
 Dimse-Berzin Arija Reingoldowna, Tochter von P. I. Berzin;
 A. A. Berzin, Enkel von P. I. Berzin;
 T. Smigla-Polujan, Tochter von Kommunisten;
 L. Sawadskij, Sohn eines Kommunisten;
 S. Swetlow, Sohn eines Kommunisten;
 S. Genkin, Sohn eines Kommunisten;
 Ju. Kim, Sohn eines Kommunisten.

Zwei Schlußworte vor Gericht

Wladimir Konstantinowitsch Bukowskij (Moskau, Januar 1972)

Volksrichter! Ich werde mich hier nicht mit der juristischen Seite der Anklage befassen, weil ich deren Grundlosigkeit hier in diesem Gerichtssaal bereits vollständig nachgewiesen habe. Ich werde von etwas anderem sprechen: Die Repressalien gegen mich wurden von langer Hand vorbereitet, und ich wußte davon. Vor meiner Festnahme wurde ich ständig beschattet. Ich wurde verfolgt, man drohte mir mit Mord, und einer meiner Beschatter verlor einmal so sehr seine Selbstbeherrschung, daß er mich mit seiner Dienstwaffe bedrohte. Während der Untersuchungshaft bat ich darum, daß ein Strafverfahren gegen diese Leute eingeleitet werde. Ich gab sogar die Nummer des Dienstwagens an, in dem diese Leute mir folgten, und machte weitere sachdienliche Angaben, die ihre Identifizierung ermöglichen hätten.

Der Untersuchungsbeamte schickte mich, statt meine Beschwerde zu prüfen und mir darauf eine Antwort zu erteilen, zu einer medizinischen Untersuchung in das Serbskij-Institut für Gerichtspsychiatrie. Die Untersuchungsabteilung des Staatssicherheitsdienstes wünschte, daß man mich für unzurechnungsfähig erklärte. Wie bequem! Denn dann würde es keinen Fall Bukowskij geben. Man brauchte keine Beschuldigung zu konstruieren und es bestünde auch nicht die Notwendigkeit, eine kriminelle Handlung nachzuweisen. »Der Mann ist eben krank, verrückt.«

Ohne die Intervention der Öffentlichkeit hätte man gegen mich in Abwesenheit verhandelt. Ja, nachdem der erste Termin für die Untersuchung der Sachverständigen Mitte September verstrichen war, stellte die Ärztekommision bei mir einen beängstigenden klinischen Befund fest. Erst am 5. November erklärte mich eine neue Ärztekommision für gesund.

Hier haben wir den überzeugenden Beweis für meine Behauptung – die hier im Gerichtssaal als verleumderisch bezeichnet wird –, daß auf Anweisung des Staatssicherheitsdienstes psychiatrische Repressalien gegen Dissidenten ergriffen werden...

Es bedurfte erst eines zwölf­tägigen Hungerstreiks meinerseits, einer Beschwerde beim Generalstaatsanwalt, beim Justizministerium der UdSSR und beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei sowie einer erneuten aktiven Intervention seitens der Öffentlichkeit, bis mir mein im Gesetz verankertes Recht auf Verteidigung gewährt wurde und ich den Anwalt Schweiski zugewiesen erhielt. Die Anklageschrift, in der die Worte »verleumderisch«, »antisowjetisch« x-mal verwendet werden, enthält keine konkreten Hinweise darauf, welche Fakten, die ich westlichen Korrespondenten weitergegeben habe, verleumderisch sind, und was von dem Material, das mir bei der Durchsuchung abgenommen wurde und das ich angeblich verbreitet haben soll, antisowjetisch ist.

Nicht einer der von mir benannten Zeugen, die die verschiedenen Punkte der Anklageschrift hätten entkräften können, wurde vor Gericht geladen. Nicht eine der acht von mir benannten Personen wurde vor Gericht geladen, die die Richtigkeit meiner Aussagen über die Tatsachen meiner Haft und die Bedingungen, unter denen Menschen in besonderen psychiatrischen Kliniken festgehalten werden, hätten bestätigen können. . . .

Was bezweckte dieses Gerichtsverfahren? Nur, daß eine Person bestraft wurde? Nein, es geht hier um ein »Prinzip«, eine Art von »Weltanschauung«. Hinter der vorgebrachten Anklage stand eine weitere, unausgesprochene. Indem sie mich maßregelten, wollten sie diejenigen abschrecken, die versuchen, der gesamten Welt über ihre Verbrechen zu berichten. Sie wollten nicht, daß »der Schmutz aus der Hütte gekehrt würde«, um so weiterhin vor der Weltöffentlichkeit als makellose Verteidiger der Unterdrückten erscheinen zu können.

Unsere Gesellschaft ist immer noch krank. Sie ist krank vor Angst, die uns die Stalin-Ära hinterlassen hat. Aber die fortschreitende geistige Aufklärung der Öffentlichkeit hat bereits eingesetzt und kann nicht mehr aufgehalten werden. Die Öffentlichkeit weiß längst, daß nicht der Verbrecher ist, der den Schmutz aus der Hütte kehrt, sondern der, der sie schmutzig macht. Und wieviel Zeit ich auch in der Haft zubringen muß, ich werde niemals meine Überzeugung aufgeben.

Walentyn Jakowlewytsh Moros (Iwano-Frankowsk, November 1970)

Ich werde nicht das Strafgesetzbuch zitieren, um meine Unschuld zu beweisen, denn wir stehen hier nicht wegen irgendeiner Schuld vor Gericht, was dieses sehr gut weiß. Wir werden verurteilt je nach der Rolle, die wir in den für Sie unbequemen Entwicklungen spielen. Es gibt auch solche Menschen hier, bei denen viel mehr formaljuristische Gründe für eine Verhaftung vorliegen als bei mir. Aber es ist für Sie bequem, daß diese Menschen in Freiheit im Gerichtssaal anwesend sind, weil sie den Tonus der ukrainischen Renaissance senken, ihr Tempo verlangsamen, wobei sie selbst natürlich nicht verstehen, was sie tun. Diesen Menschen werden Sie niemals etwas antun und wenn sie zufällig in Ihre Hände fielen, würden Sie alles tun, um sie zu befreien. Sie sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß Walentyn Moros die Temperatur der von Ihnen unerwünschten Prozesse in der Ukraine in die Höhe treibt, man muß ihn deshalb von der Gesellschaft mit Gittern trennen. Natürlich wäre alles logisch, aber . . .

Seit 1965 haben Sie einige Dutzend Menschen hinter Gitter gebracht. Was haben Sie damit erreicht? Ich werde hier nicht von einem Trend sprechen, denn es ist niemandem gelungen, ihn aufzuhalten. Ist es Ihnen wenigstens gelungen, einen konkret-materiellen Ausdruck zu liquidieren? Haben Sie zum Beispiel den Strom der nicht-offiziellen, sich der Zensur entziehenden Literatur, die Samisdat heißt, aufgehalten? Nein, dazu sind Sie zu schwach. Samisdat wächst, wird immer reicher an neuen Formen und Richtungen, Autoren und neuen Lesern. Und was das Wichtigste ist, die Wurzeln reichen so tief, daß mit einer Vermehrung der Spitzel oder mit Hilfe japanischer Abhörgeräte nichts mehr zu erreichen ist. . . Ihre Arbeit hat schon einen Erfolg gezeitigt, aber das Gegenteil von dem, was Sie erwartet haben. Sie wollten das Feuer löschen, statt dessen haben Sie es angefacht. Nichts hat so sehr zur Intensivierung des politischen Lebens in der Ukraine beigetragen wie Ihre Repressionen. . . Sie wollten die Menschen in den Wäldern von Mordwa verstecken, statt dessen haben Sie sie auf die offene Bühne gestellt, wo sie von der ganzen Welt gesehen werden konnten. . . Kurz und gut, es ist höchste Zeit, daß Sie es endlich begreifen: die Repressalien schaden in erster Linie Ihnen. . .

Sie haben der ukrainischen Renaissance in der poststalinistischen Epoche gerade das beigebracht, ohne was sie niemals ausgereift wäre: das Element der Opferbereitschaft. Der Glaube entsteht erst, wenn sich Märtyrer finden; diese haben Sie uns geliefert.

Wenn am ukrainischen Horizont etwas Lebendiges auftauchte, haben Sie stets mit Steinen danach geworfen. Und es zeigte sich immer, daß die Steine in Wirklichkeit ein Bumerang waren. Er kehrte immer zurück und traf. . . Sie selbst! Was ist geschehen? Warum haben die Repressalien keine Wirkung mehr? Warum wurden die erprobten Waffen stumpf und zum Bumerang? Die Zeiten haben sich geändert – das ist meine Antwort. Stalin hatte genügend Wasser, um das Feuer zu löschen. Sie aber befinden sich in einer völlig anderen Situation. Sie leben in einer Zeit, wo sich Ihre Möglichkeiten erschöpft haben. Und wenn es wenig Wasser gibt, dann läßt man das Feuer besser in Ruhe. Das weiß jedes Kind, weil sonst das Feuer größer wird. . . Das bedeutet, daß der gesellschaftliche Organismus, in dem wir leben, in eine Entwicklungsphase eingetreten ist, wo Repressalien das Gegenteil bewirken. Deswegen werden alle Repressalien zum Bumerang.

Sie haben mich am 1. Juni hinter Gitter gebracht und damit wiederum einen Bumerang losgelassen. Vor fünf Jahren haben Sie mich auf die Anklagebank gesetzt und von dort wurde ein Pfeil auf Sie abgeschossen. Sie haben mich hinter den Stacheldraht in Mordwa gesteckt und von dort wurde eine Bombe nach Ihnen geworfen. Sie haben gar nicht verstanden, was geschehen ist, und deswegen haben Sie alles von neuem begonnen. Diesmal aber wird Sie der Bumerang viel stärker treffen. 1965 war Moros nur ein unbekannter Geschichtslehrer. Jetzt ist er bekannt. . . und Moros schlürft jetzt im Gefängnis seine Krautsuppe. . .

Ich werde jetzt in einem nichtöffentlichen Verfahren verurteilt. Das wird aber auch dann zum Bumerang, wenn niemand mich hören kann, wenn ich in einer von der Außenwelt isolierten Zelle im Gefängnis von Wladimir schweigen muß. Es gibt ein Schweigen, das lauter ist als ein Schrei. Es ist sehr leicht, jemanden zu vernichten. Haben Sie aber einmal über solche Wahrheiten nachgedacht wie etwa, daß die Vernichteten manchmal mehr bedeuten als die Lebenden?

Ich weiß recht gut, was Sie sagen werden: Moros denkt viel zu viel über sich selbst nach. Aber es geht hier nicht um Moros.

Es geht um jeden ehrlichen Menschen, der sich in meiner Situation befindet. . .

Sie wiederholen immer, daß die Menschen, die hinter Gittern sitzen, Kriminelle seien. Sie verschließen die Augen und tun so, als ob es keine Probleme gebe. Nun gut, Sie können noch zehn Jahre lang so weitermachen. Und dann? In der Ukraine und in der ganzen Sowjetunion befinden sich neue Entwicklungsprozesse erst im Anfangsstadium. In einer Epoche, wo alle Menschen des Schreibens kundig sind, wo es allein in der Ukraine achthunderttausend Studenten gibt und alle ein Radio besitzen, wird jedes wichtige Ereignis öffentlich bekannt. Verstehen Sie nicht, daß Sie es in kurzer Zeit mit den sozialen Massentrends zu tun haben werden?

Die neuen Prozesse haben erst begonnen und Ihre Repressalien sind nicht mehr effektiv. Was nun? Es gibt nur eine einzige Lösung: auf die überholte Politik der Repressalien zu verzichten und neue Formen der Zusammenarbeit mit neuen Erscheinungen zu suchen, die sich in unserer Wirklichkeit für immer verankert haben. . .

Es gibt einen Prozeß, und alles wird sich von Anfang an wiederholen: neue Proteste und Unterschriften, neues Material für die Presse und den Rundfunk auf der ganzen Welt. Das Interesse für das, was Moros geschrieben hat, wird sich verzehnfachen. Kurzum, es wird noch mehr Öl auf das Feuer gegossen, das Sie eigentlich löschen wollten. Ja, das ist eine subversive Tätigkeit. Aber mich trifft nicht die Schuld dafür, weil nicht ich es war, der Moros hinter Gitter gebracht hat. Der Bumerang stammt nicht von mir.

P. P. Grigorenko ›Über psychiatrische Spezialkliniken‹ aus *Natalja Gorbanewskajas Buch* ›Mittag‹ (*Poldenij*)

Aus ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ Nr. 11 v. 31. 12. 1969

»Die Idee psychiatrischer Spezialkliniken enthält für sich allein noch nichts Schlechtes, doch wenn man von unserer spezifischen Verwirklichung dieser Idee spricht, dann gibt es nichts Kriminelleres, nichts Inhumaneres.

Eigentlich datiert die Methode, unliebsame Menschen dadurch zu bestrafen, daß man sie für verrückt erklärt und auf lange Zeit oder lebenslänglich in psychiatrische Heilstätten einweist, aus der Zeit, als der Begriff ›verrückt‹ auftauchte. In Anbetracht dessen kämpft eine fortschrittliche Öffentlichkeit seit jeher dafür, die Behandlung psychisch Kranker unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Öffentlichkeit kämpft auch dafür, daß Menschen, die Verbrechen im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit begingen, nicht strafrechtlich verfolgt, sondern psychiatrischer Behandlung zugeführt werden. Dafür kämpften auch die hervorragenden russischen Psychiater *Bechterew* und *Serbskij*. Diesen Forderungen führender Personen kam die sowjetische Gesetzgebung entgegen. Das Unglück lag aber darin, daß die ganze Sache völlig der Aufsicht der Öffentlichkeit entzogen und in die Hände eines speziell ausgewählten Apparates gelegt wurde. Die Ärzte in psychiatrischen Kliniken werden nach einem besonderen Ausleseverfahren bestimmt, wobei nicht die ärztliche Qualifikation die entscheidende Rolle spielt, sondern an erster Stelle stehen andere Eigenschaften, von denen die wichtigste die ist, sich unterordnen und das eigene medizinische ›Ich‹ nicht zeigen zu können.

Beginnen wir mit der Klärung der Frage, ob in den Spezialkliniken tatsächlich immer psychisch Kranke und ob nicht im System selbst die Bedingungen für Willkür angelegt sind. Einer psychiatrischen Untersuchung im skandalumwitterten Serbskij-Institut für Gerichtspsychiatrie wird man aufgrund eines Beschlusses des Untersuchungsrichters unterworfen. Formell gehört dieses Institut in das System des Gesundheitsministeriums der UdSSR, doch ich sah selbst oft, als über mich ein Gutachten

erstellt wurde, den Abteilungsleiter Professor Lunz in der Uniform eines KGB-Obersten zur Arbeit kommen. Es stimmt schon, in die Abteilung kam er immer im weißen Kittel. In KGB-Uniform sah ich auch andere Ärzte dieses Instituts. Es gelang mir nicht, die wechselseitigen Beziehungen zwischen KGBlern und dem Gesundheitsministerium festzustellen. Es heißt, nur eine Abteilung sei mit Angehörigen des KGB besetzt, nämlich die, die Gutachten in politischen Angelegenheiten durchführt. Ich glaube, der Einfluß des KGB erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit des Instituts. Doch auch wenn es so ist, wie man sagt, dann erhebt sich die Frage: kann ein psychiatrisches Gutachten in politischen Angelegenheiten objektiv sein, wenn Ermittlungsrichter und Gutachter der gleichen Person unterstehen, ja wenn sie durch militärische Disziplin gebunden sind? (. . .)«

Shores Medwedew über die speziellen psychiatrischen Kliniken
Aus ›Wer ist irre?‹ von Shores und Roy Medwedew

»Doch das waren alles vereinzelte Tatsachen. Unter Stalin nahmen psychiatrische Strafen größeres Ausmaß an. Stalin hatte aber auch andere Dienste für ein rascheres und wirkungsvolleres Terrorisieren der Menschen. Wie S. P. Pisarew bezeugte, befanden sich in den psychiatrischen Gefängnis-spezialkliniken in Kasan und Leningrad bis zum Beginn der Massenrehabilitierungen (1956) Hunderte von Personen, die in diese Anstalten aufgrund politischer Beschuldigungen und vor allem aufgrund von ›Sondergutachten‹ des Serbskij-Instituts für Gerichtspsychiatrie geraten waren. Aus den Kliniken wurden sie *aufgrund ihrer Rehabilitation* entlassen.

Der nach dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzende Prozeß einer partiellen Demokratisierung und Festigung der Gesetzmäßigkeit beendete zeitweise die politische Verwendung der Psychiatrie. Doch in dem Maß, wie die Demokratisierung nicht tiefer ging, sondern rasch anfang, eingeschränkt zu werden, entstand auch bei den Herrschenden das Bedürfnis nach irgendwelchen Strafen für Ideen, Gedanken, Publikationen, unerwünschte Forschungen usw. aufs neue. Die politischen Prozesse gegen einzelne Schriftsteller, Dichter und Publizisten

(Brodski, Sinjawschik, Daniel, Ginsburg, Galanskow und einige andere) bewiesen jedoch, daß offene Gerichtsverfahren – mit der Notwendigkeit der Beweisführung über die Gesetzesverletzungen, einer juristischen Verteidigung, einem Ermittlungsverfahren, der Definition der Schuld, der Analyse der Rechtsgesichtspunkte, eines Schlußwortes der Angeklagten usw. – für die Veranstalter solcher Prozesse zu große Schwierigkeiten mit sich bringen und in der UdSSR wie auch im Ausland äußerst unpopulär sind. Diese Prozesse führten praktisch lediglich zu einer Verbreitung aufrührerischer Ideen, zu einer größeren Zahl kritischer Dokumente, zu einer Kettenreaktion des Andersdenkens.

Stalin ging einfach vor – auf der Basis vollständiger Willkür und Gesetzlosigkeit. Da aber nach der Enthüllung einiger von Stalins Verbrechen das Prinzip der Gesetzlichkeit für unerschütterlich erklärt worden war, geriet die Exekutivgewalt rasch in Schwierigkeiten, die aus dem Widerspruch zwischen der relativ demokratischen Verfassung der UdSSR und dem keineswegs demokratischen Verwaltungssystem resultierten. Es ergab sich recht häufig das Bedürfnis, Menschen zu bestrafen, die keineswegs die Grenzen des gesetzlich Erlaubten überschritten hatten. ›Weiche‹ Repressalien, wie Entlassungen, erwiesen sich nicht immer als hinlänglich wirksam. Und dann kam irgend jemandem der einfache Gedanke, daß ein Zuwachs der Zahl politischer Prozesse und der Zahl politischer Häftlinge eine überaus schlechte soziale Kennziffer ist, daß aber ein Zuwachs der Zahl von Krankenhausplätzen ein sehr gutes soziales Merkmal für den Fortschritt einer Gesellschaft ist. Von dem Augenblick an dehnten sich die psychiatrischen Krankenhäuser aus.

Mir sind heute viele Fälle von Einweisungen in psychiatrische Kliniken bekannt, wo es um politische Motive ging, im Zusammenhang mit der Propagierung verschiedener gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen, manchmal mit Veröffentlichungen im Ausland oder mit dem nachdrücklich geäußerten Wunsch, aus der UdSSR zu emigrieren. Ich beschreibe diese Fälle nicht, da ich mit diesen Menschen nicht persönlich bekannt bin und ihre Geschichte nicht im einzelnen kenne. Doch ich las einige Arbeiten, die zur Kategorie des ›Reformfiebers‹ gerechnet werden, in ›Samisdat‹-Manuskripten und kann mit Sicherheit sagen, daß sie von gesund denkenden Menschen stammen, von aufrichtigen Patrioten und An-

hängern einer Demokratisierung unserer Gesellschaft zum Wohle ihres Vaterlandes und der ganzen Welt. Anders stehen zu diesen Arbeiten die Psychiater; mir sind einige Formulierungen aus psychiatrischen ›Sondergutachten‹ bekannt, von denen ich einige anführen möchte: ›. . . wahnhafter Zwang zur Wahrheitssuche‹, ›Umständlichkeit des Denkens und eine nicht genügend kritische Einstellung gegenüber der Lage, wie sie sich herausgebildet hat‹, ›paranoider Reformwahn‹, ›pathologische Persönlichkeitsentwicklung bei Vorhandensein reformerischer Gedanken und Anfangserscheinungen von Arteriosklerose der Gehirngefäße‹ usw. In den Beschreibungen der Krankheitsmerkmale stößt man auf Formulierungen wie ›. . . er sprach viel und hitzig, bewies seinen Standpunkt und drängte ihn dem Gesprächspartner auf‹, ›er hatte diktatorische Manieren‹, ›er fiel durch sein Benehmen auf, war aktiv. . . versammelt um sich eine Menge. . . schrie, er werde für Demokratie und Wahrheit kämpfen. . .«

Die Kasaner psychiatrische Spezialklinik

Aus ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ Nr. 10 v. 31. Oktober 1969

Die ›Chronika‹ brachte einige Mitteilungen über psychiatrische Spezialkliniken, d. h. über Kliniken mit Gefängnisordnung, wo neben Menschen, die im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit schwere Verbrechen begangen haben, nicht selten auch Andersdenkende eingewiesen werden, die man für psychisch krank erklärt. In dieser Ausgabe bringt die ›Chronika‹ einige Details über die Kasaner psychiatrische Spezialklinik.

Die Klinik hat 11 Abteilungen, zwei von ihnen sind Arbeiterabteilungen. In der dritten nähern die Kranken Schürzen, Betttücher u. a. m., in der vierten pflegen sie den Rasen und legen Blumenbeete an.

Der Arbeitstag hat dreieinhalb Stunden; der Monatsverdienst beträgt 2 Rubel, unabhängig von der Arbeitsproduktivität. Die 11. Abteilung ist für Tuberkulosekranke bestimmt, doch kommen in diese auch immer wieder Gesunde, vor allem Neuzugänge. Eingeliefert wird man in stolypinschen Waggons und »grünen Minnas«.

In der Klinik wird in großem Umfang mit Sulfasininjektio-

nen behandelt, was zu sehr schweren Zuständen führt: Temperaturen von 40°, Schwäche, Gelenk- und Kopfschmerzen, Schmerzen im Gesäß – an den Stellen, wo gespritzt wurde. Bekanntlich werden in der üblichen Praxis diese Injektionen nur als letztes Mittel bei Anfällen von Gewalttätigkeit verwendet. Eine ungefährlichere Behandlung – die intramuskuläre Injektion von Aminasin – wird so durchgeführt, daß sich das eingespritzte Aminasin nicht verteilt, sondern Knoten bildet, die dann operativ entfernt werden müssen.

Bei Verstößen – also der Weigerung, Arzneien einzunehmen, Streitereien mit den Ärzten, bei Schlägereien – werden die Kranken für drei Tage oder auch länger ans Bett gefesselt. Bei diesem Straftat werden die elementarsten hygienischen Bedingungen nicht erfüllt: den Kranken läßt man nicht auf die Toilette, aber er bekommt auch keine Schüssel.

Die Klinikbibliothek quillt über von Makulatur aus der Stalinzeit, doch auch diese Bücher werden monatelang nicht ausgegeben. (. . .)

Über verschiedene spezielle psychiatrische Kliniken

Aus ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ Nr. 8 v. 30. Juni 1969

In *psychiatrischen Kliniken speziellen Typs* werden Personen zur zwangsweisen Behandlung eingewiesen, die schwere Straftaten (bestialische Morde, Vergewaltigungen, Banditentum) im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit, bei Vorliegen psychischer Störungen begingen und daher nicht dem Gericht unterliegen. Daneben kommt es vor, daß auch Personen zum Zwecke ihrer Isolierung von der Gesellschaft für unzurechnungsfähig erklärt werden, denen die Ermittlung keine Schuld am Begehen schwerer Straftaten nachweisen kann, wohl aber von dieser überzeugt ist. Die Dauer des Klinikaufenthalts wird nicht gerichtlich festgesetzt und kann sich über eine beliebig lange Zeit erstrecken.

Neben tatsächlich Kranken schickt man in diese Krankenhäuser auch vollkommen gesunde Menschen aufgrund ihrer Überzeugungen. Gerade hierdurch beraubt man sie des Rechts, sich gemäß der Prozeßordnung zu verteidigen, und setzt sie beträchtlich schwierigeren Bedingungen aus, als sie in den heutigen Lagern und Gefängnissen herrschen.

Die erste »Klinik« dieses Typs bestand bereits vor dem Krieg in *Kasan*. Seither gibt es dort schon eine Sonderabteilung für die Politischen. Nach dem Krieg wurde in *Sytschewok* im Gebiet Smolensk eine Kolonie speziellen Typs eröffnet, wohin man Menschen mit chronischen psychischen Leiden schickte, doch unter ihnen waren auch Politische, die – nach Ansicht der Leitung der Spezialkrankenhäuser und des KGB – höchste Gefahr darstellten. Die dorthin Geratenen treibt man bis zum Zustand voller psychischer Minderwertigkeit. 1952 wurde die Klinik in *Leningrad* eröffnet – Arsenalnaja uliza 9, p./ja. US -20, st. -5, dann 1965 eine in *Tschernjachowsk* im Gebiet Kaliningrad, im Gebäude eines früheren deutschen Zuchthauses, p./ja 216, st. -2; 1966 eine in *Minsk*, 1968 eine in *Dnjepropetrowsk*.

Gemeinsam haben alle diese Anstalten folgendes: die Politischen mit gesundem Urteilsvermögen werden mit psychisch schwer Kranken in gemeinsamen Zellen festgehalten; bei Unwillen, sich von ihren Überzeugungen loszusagen, werden sie unter dem Vorwand einer Behandlung körperlicher Folter ausgesetzt, Injektionen hoher Dosen von Aminasin und Sulfasin, die Schocks und schwere physische Zerrüttung hervorrufen; es herrscht die in geschlossenen Gefängnissen übliche Ordnung mit einstündigen Spaziergängen. Manchmal wird intravenös Aminatnatrium gespritzt, ein starkes Schlafmittel, das den Menschen schwächt, doch nach der Injektion ver hören sie ihn. Das Personal besteht aus Aufsehern, die den Truppen des Innenministeriums angehören und über ihren Uniformen wei ße Kittel tragen, aus Sanitätern aus den Reihen inhaftierter Krimineller (Diebe, rückfällige Banditen) – ebenfalls in weißen Kitteln – und schließlich aus höherem und mittlerem medizinischem Personal – viele haben unter ihren weißen Kitteln die Schulterstücke des Offiziers. Diese Gefängnis-kliniken sind von imposanteren Ziegelsteinmauern umschlossen als beliebige sonstige Gefängnisse.

Die erschreckendste Willkür herrscht in Sytschewok und in Tschernjachowsk, wo die Kranken und ihnen gleich die Politischen täglich Prügeln und sadistischen Verhöhnungen seitens der Aufseher und Sanitäter ausgesetzt sind, deren Rechte durch nichts beschränkt werden. Im Frühjahr 1969 wurde z. B. der Kranke *Popow* im Tschernjachowsker Krankenhaus totgeprügelt; in der medizinischen Akte stand, daß er an einem Blutgerinnsel im Gehirn gestorben ist . . .

9. März: Es wurde erklärt, daß Briefe nur zweimal im Monat verschickt werden. Das ist genau das gleiche wie im Gefängnis von Butyrka. Am 27. Februar traf der normale Gefangenen-transport aus Butyrka ein, die Zellen sind voll – erst waren es sieben, jetzt sind es acht in einem Raum von 16–17 qm, d. h. pro Kranken 2 qm. Das war auch im voraus so zu erwarten. Nirgends kann man sich rühren. Auf dem Flur kann man nur im äußersten Notfall laufen – zur Toilette oder um bei der Schwester Nahrungsmittel zu holen, Rauchen auf der Toilette. Die Toilette ist hier eine Kloake – 4 Löcher und 2 Wasserhähne für 54 Menschen, das erinnert stark an Bahnhofsklos im übelsten Sinne des Wortes. Nicht ganz die Hälfte der Kranken ist mit Netzflechten beschäftigt – auch eine überaus undynamische Arbeit. Spazierengehen – eine Stunde in kleinen Höfen, die ein bißchen kleiner sind als in Butyrka . . .

10. März: Es wurde angekündigt, daß Bleistifte und Federhalter weggenommen und nur für den notwendigsten Gebrauch ausgegeben werden – um Briefe zu schreiben, d. h. es ist wie bei P(jotr) G(rigorjewitsch). Die Ordnung »funktioniert« allmählich und es wird werden wie in Tschernjachowsk, multipliziert mit den Traditionen der Oreler Zenträle.

Wie wird *behandelt*? Jeder einem Arzt oder einer Schwester gegenüber unvorsichtig geäußerte Satz kann als Anlaß für eine Behandlung mit Aminasin-Spritzen dienen. Manchmal werden diese Spritzen auch ohne Anlaß verordnet, aus bloßer Willkür des Arztes heraus. Geleitet wird die Abteilung von einem Augenarzt . . . Ein anderer ist Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten; ein dritter ist Therapeut. Allem Anschein nach ist der Klinikchef, Oberstleutnant Baryschnikow, selbst ein todsicherer Anwärter für eine Nervenheilanstalt. Es ist ein ganz schlichter und banaler Zufall, daß er an der Spitze des Krankenhauses steht, so wie er bis zu unserem Eintreffen an der Spitze eines Tuberkulosekrankenhauses stand – hier war vor uns ein Tuberkulosekrankenhaus und Baryschnikow sein Chef. Das Fachgebiet dieses Oberstleutnants ist – die Chirurgie.

Beim Eintreffen unseres Transports aus Butyrka (60 Mann) wurde allen sechzig *ohne vorherige Untersuchung wegen der Therapie*

die Behandlung verordnet. Mir wurde z. B. der Blutdruck gemessen, anderen nicht. Die überwiegende Mehrheit der Eingetroffenen erhielt von Anfang an Aminasin, als Dragee oder gespritzt. Niemand interessierte sich für Herz oder Leber der Kranken bzw. für deren Leiden, soweit sie nicht in den Bereich der Psychiatrie fielen. Nur zwei blieben von Aminasin verschont, bei ihnen war es bereits im Serbskij-Institut eindeutig kontraindiziert worden. Einer hatte – als Folge der Schläge in Butyrka – eine schwere Leberkrankheit. Nach diesen Schlägen war eine Operation erforderlich gewesen, man hatte ihn ins Sklifosowskij-Institut gebracht.

Am 11. morgens: Bei der Visite beschwerte ich mich versuchs- halber über die schlechte, durch Haloperidol hervorgerufene Verfassung und bat, die Dosis herunterzusetzen. Als Antwort wurde mir Aminasin zusätzlich zu dem, was ich bereits bekomme, verordnet. Das entschied der Abteilungsleiter, der zugleich mein behandelnder Arzt ist, besagter Augenarzt Jewgenij Wladimirowitsch Kositsch. Während des Hungerstreiks im Januar (Aminasin gaben sie mir seit meinem Eintreffen) fühlte ich mich immer schlechter und bekam als Antwort auf meine Beschwerde dann Aminasinspritzen – und zwar die maximale oder fast maximale Dosis (sechs Kubik oder ungefähr soviel). Ich war vollkommen schlaflos, doch wurde mir Aminasin in unverminderter Dosis 12 Tage hintereinander gespritzt, solange sie sich nicht überzeugt hatten, daß der Schlaf trotz alledem fehlt und auch der Hungerstreik wegen der Spritzen nicht abgebrochen wird. Vom 7. bis zum 18. Januar spritzten sie zweimal täglich, aber vom 19. Januar bis zum heutigen Tag (und noch lange, wie Kositsch versichert) geben sie mir Haloperidol, zweimal zwei Tabletten täglich, d. h. 4 Tabletten. Dieses Medikament ruft den allerwiderlichsten Zustand hervor, so wie ich es nie zuvor erlebt hatte: kaum hat man sich hingelegt, will man sich setzen, aber wenn man sich gesetzt hat, will man schon wieder laufen, aber man kann nirgendwo laufen. Das geht übrigens nicht nur mir so. Hier werden alle mit Triftasin, Aminasin und anderen aktiven Mitteln gequält. (. . .)

K. Brjanzew: »Lügengeiferer im Sumpf der Verleumdung«

Das sowjetische Regierungsblatt »Iswestija« v. 24. Oktober 1971 über die speziellen psychiatrischen Kliniken

... Walerija las immer wieder die Anschrift der Sendung durch, die auf ihren Namen hier in der Kasaner psychiatrischen Klinik angekommen war. Es sah so aus, als wäre dies alles für sie bestimmt. Aber wer ist diese Frau Isjulette Spigel aus Amsterdam, Absenderin der Sendung, was bedeuten diese seltsamen »Naschereien« – ein Notizblock mit israelischen Flaggen, Briefumschläge? Bei ihrer ersten Begegnung mit der Mutter nach diesem Vorfall berichtete Walerija von der ungetretenen Gabe, die sie zurückgewiesen hatte. »Ich bin äußerst empört über diesen gemeinen provokatorischen Schritt ausländischer »Wohltäter«. Ich und meine Tochter haben und hatten außerhalb unseres Vaterlandes weder Verwandte noch Bekannte« – so schreibt Nina Fjodorowna Nowodworskaja. Sie bittet inständig, ihre kranke Tochter vor Almosen zu bewahren, »die provokatorische antisowjetische Ziele verfolgen«.

Die Gefühle einer Mutter sind leicht zu treffen. Um so schwerer ist der sittliche Verfall jener ganz zu ermessen, die sich schändlicherweise solche Menschen zum Gegenstand ihres ehrlosen Spiels aussuchten, die minderwertig sind und an schweren Erkrankungen der Psyche leiden, mit anderen Worten also Geistesranke. So ungeheuerlich dies klingt, es stimmt. In den Spalten der westlichen Presse, angefangen bei dem angeblich Enthüllungen liefernden Emigrantenblatt »Posew« bis hin zu der amerikanischen »International Herald Tribune«, die den Anspruch erhebt, solide zu sein, in verschiedenen Sendern (wie immer bemüht sich »Radio Liberty« darum, alle zu übertönen) werden systematisch die wildesten Märchen darüber verbreitet, daß in der Sowjetunion in psychiatrischen Kliniken »vollkommen gesunde Menschen« festgehalten werden.

Um der übelwollenden Ausgeburt eine gewisse Glaubwürdigkeit zu verleihen, zieht man einen »Haufen« von Personen aus einigen Familien ans Licht, gegen die zu verschiedenen Zeiten wegen strafrechtlich zu verfolgender Taten ermittelt und gerichtlich verhandelt wurde. Nicht jedem westlichen Filmstar wird soviel »publicity« zuteil wie einigen dieser Personen. Worum geht es den Verleumdern, wenn die Ärzte in diesen Fällen psychische Erkrankungen feststellten? Die Ge-

hässigen sorgen sich nur um das eine: einen Geisteskranken als »Kämpfer für eine Idee« darzustellen.

Besonders eifrig ist die berühmte »Amnesty International«, über deren schmutzige Methoden bereits in »Iswestija« (Nr. 64) berichtet wurde. In einem Bericht der britischen Abteilung dieser Organisation wird behauptet, in der Sowjetunion weise man Vertreter der Intelligenz »ohne irgendeinen Prozeß« in psychiatrische Kliniken ein. Das Gewäsch über das Thema »psychiatrische Isolatoren für Gesunde« wird permanent vom heuchlerischen Refrain über »Märtyrer« begleitet, die dazu verdammt seien, bis ans Ende ihrer Tage hinter undurchdringlichen Mauern zu verharren. In Wahrheit handelt es sich um Personen, die gemeingefährliche Handlungen im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit verübten oder während der Ermittlungen, während des Prozesses oder nach dem Urteilspruch geisteskrank wurden, so daß sie außerstande waren, sich über ihre Taten Rechenschaft abzulegen oder diese Taten zu steuern. Gemäß den geltenden Gesetzen werden solche Personen auf der Grundlage eines kompetenten gerichtspsychiatrischen Gutachtens und auf richterlichen Beschluß zur Behandlung in eine psychiatrische Klinik allgemeinen oder speziellen Typs eingewiesen. Von dort können sie entlassen werden, wenn sich bei einer abermaligen Untersuchung durch Psychiater (was mindestens alle sechs Monate stattfinden muß) zeigt, daß die Anwendung von Schutzmaßnahmen medizinischen Charakters keine Notwendigkeit mehr darstellt.

So geht es auch in der Praxis vor sich. Die im vorigen Jahr in Moskau strafrechtlich zur Verantwortung gezogene und für unzurechnungsfähig erklärte Olga I. war z. B. zur zwangsweisen Behandlung in einer psychiatrischen Klinik speziellen Typs. Jetzt kann sie im Zusammenhang mit ihrem gebesserten Gesundheitszustand aus der Klinik entlassen werden. Nebenbei bemerkt, bei einer dieser Personen – um sie wurde im Westen ziemlicher Lärm geschlagen – wurde vor einigen Jahren aufgrund eines gerichtspsychiatrischen Gutachtens eine Beendigung der zwangsweisen Behandlung angeordnet.

Westliche ideologische Diversanten, die um die psychisch Kranken alle möglichen Märchen zusammenfaseln, merken nicht einmal, in welche unsinnige Situation sie sich bringen: unternehmen sie es nicht, medizinische Experten, Vertreter der sowjetischen psychiatrischen Schule, die in aller Welt geehrt und anerkannt wird, zu belehren und zu widerlegen? (...)

IV

Bedeutende Persönlichkeiten der Opposition

Generalmajor P. G. Grigorenko ist eine der markantesten Persönlichkeiten des inoffiziellen politischen Lebens in der Sowjetunion. Samisdat berichtet laufend über seine Aktionen und veröffentlichte Mitte 1969 einen Aufsatz von B. I. Zukerman »Zur Verhaftung Grigorenkos«, der die wichtigsten biographischen Angaben enthält. Grigorenko wurde 1907 im Dorf Borissowka in der Ukraine als Sohn einer armen ukrainischen Bauernfamilie geboren. Mit seinen zwei Brüdern war der siebenjährige Pjotr 1914 fast ausschließlich auf sich gestellt, nachdem seine Mutter bei der Geburt eines Sohnes gestorben und sein Vater zur Armee eingezogen worden war. 1922 wurde er Schlosserlehrling auf einem Bahnhof. Schon als Halbwüchsiger stellte er sich auf die Seite der Kommunisten und organisierte in seinem Dorf eine Komsomolgruppe, 1927 wurde er Sekretär des Komsomolkomitees in einem metallurgischen Betrieb und trat gleichzeitig in die Partei ein. Auch Pjotr Grigorenko wurde von der Welle der Sehnsucht nach Kultur und des Wissensdurstes erfaßt. 1927 besuchte er die »Arbeiterfakultät« (Rabfak), 1929 das Technologische Institut in Charkow, und 1931 trat er in die Militärtechnische Akademie ein. Nach drei Jahren Dienst in einer Pioniereinheit wurde er in die Akademie des Generalstabes aufgenommen und bestand 1939 die Abschlußprüfung mit der höchsten Auszeichnung. Für den 32jährigen Offizier begann dann eine erfolgreiche militärische Laufbahn: Er diente im Fernen Osten, nahm teil am Krieg gegen Japan und wurde 1943 auf eigenen Wunsch an die deutsche Front versetzt. Grigorenko wurde zweimal verwundet. Zukerman schildert die Leistungen Grigorenkos wie folgt: »Er marschierte von Moskau bis zu den Sudeten; er publizierte 67 wissenschaftliche Arbeiten über militärische Themen; er verteidigte mit Erfolg eine Dissertation für den Titel eines Kandidaten der Wissenschaften und schrieb eine Doktorarbeit; er wurde mit 5 Orden und 6 Medaillen ausgezeichnet.«

Die Konflikte Grigorenkos mit den Stalinisten begannen bereits während des Krieges, als er seine Zweifel daran zum Ausdruck brachte, daß die Sowjetunion auf den Krieg ausreichend vorbereitet sei. Er wurde denunziert und galt außerdem bei der

Geheimpolizei als vorbelastet, weil seine Frau Sinaida aus einer »Repressalien ausgesetzten« ukrainischen Familie stammte, fast alle ihre Familienangehörigen wurden liquidiert. Als 1949 Grigorenko seinen Geburtsort besuchte, begrüßten ihn seine Landsleute nicht nur als Helden des Vaterländischen Krieges, sondern glaubten auch, daß ihr berühmter Landsmann ihnen helfen könne und sie vor Ausbeutung durch die Behörden schützen werde. Grigorenko konnte tatsächlich einiges erreichen, aber – wie Zukerman schreibt – es war ein Stich in das Wespennest. Grigorenko wurde das Opfer von Verleumdungen und Denunziation.

Nach dem XX. Parteitag im Jahre 1956 wurde er zum General befördert, aber auch damals betrachtete man ihn als »Belasteten«. Ihm wurde nicht der eigentlich militärische, sondern der pädagogische Bereich zugewiesen. Bis 1961 hatte er den Lehrstuhl für militärische Kybernetik inne. Grigorenko machte kein Hehl daraus, daß er mit der inkonsequenten Entstalinisierungspolitik Chruschtschows unzufrieden war. Auf einer Moskauer Parteikonferenz am 7. September 1961 setzte er sich – unterstützt von der Mehrheit der Anwesenden – für die Demokratisierung der Partei, obligatorische Rotation der führenden Kader, Reduzierung der hohen Gehälter der Spitzenfunktionäre und für die Abschaffung der repressiven Maßnahmen gegen reformfreudige Kommunisten ein. Kurz danach wurde er seines Postens enthoben und zum Dienst im Fernen Osten verbannt. Grigorenko glaubte an die Möglichkeit, mit legalen Mitteln eine Demokratisierung innerhalb der Partei zu erreichen. Er deckte die Parteiführung mit Protesten und Erklärungen ein. Die Reaktion der Parteibürokratie war hart und kompromißlos: Grigorenko wurde als Querulant aus dem aktiven Dienst entlassen. Erst danach entfaltete er seine politische Tätigkeit. Im Herbst 1963 organisierte er einen Kreis von Freunden, der sich als »Kampfbund für die Wiederherstellung des Leninismus« bezeichnete. Dem Kreis gehörten viele Jugendliche an, die nicht nur gemeinsam über theoretische und praktische Probleme diskutierten, sondern auch versuchten, die Öffentlichkeit mit Hilfe von Flugblättern über verschiedene Vorgänge in der Sowjetunion zu informieren. Am 1. Februar 1964 wurde Grigorenko zusammen mit seinen Söhnen und seinen Freunden verhaftet. Das Komitee für Staatssicherheit ließ ihn durch seine Kanäle als psychisch kranken Menschen darstellen und zwangsweise in eine psychiatri-

sche Klinik einweisen. Zum Glück für Grigorenko wurde jeder »psychisch Kranke«, der der Armee angehörte, von einem Obersten Psychiater der Armee untersucht. Da dieser keine psychische Erkrankung bei ihm feststellte, wurde er am 23. April 1965 als gesund entlassen.

Erst jetzt wurde Grigorenko zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der außerparteilichen Opposition in der Sowjetunion. Ohne Angst vor Gefahren für sich selbst nahm er den Kampf gegen Stalinismus, Verletzung der Menschenrechte und die Willkür der Parteibürokratie auf. Es gab tatsächlich keine Protestaktion gegen Ungerechtigkeit, an der sich Grigorenko nicht beteiligte, viele dieser Aktionen organisierte er selbst. Seine Parole war: »Es lebe der Kommunismus – Tod dem Stalinismus.« Er verfaßte zahlreiche Memoranden, Flugblätter und Erklärungen, die nicht nur an die Behörden und die Partei in der Sowjetunion, sondern auch an kommunistische Parteien im Westen und an verschiedene internationale Organisationen gerichtet waren. Besonders groß sind seine Verdienste bei der Unterstützung der Krimtataren in ihrem Kampf um eine vollständige Rehabilitierung.

Als im Mai 1969 in der Hauptstadt der Usbekischen SSR, Taschkent, ein Prozeß gegen eine Gruppe von Führern der Krimtataren angekündigt war, begab sich Grigorenko dorthin, um als Zeuge vernommen zu werden. Am 7. Mai 1969 wurde er dort verhaftet. Zum gleichen Zeitpunkt fanden Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Freunden Grigorenkos in Moskau statt. Am 3. Februar 1970 begann der Prozeß gegen ihn. Er wurde wiederum für »psychisch krank« erklärt und in eine psychiatrische Spezialklinik in Kasan eingewiesen. Seine Frau Sinaida wandte sich mit der Bitte um Hilfe an die Weltöffentlichkeit und beendete ihren Aufruf mit den Worten:

»Mitmenschen! Pjotr Grigorjewitsch Grigorenko droht der Tod. Ich wende mich an alle demokratischen Organisationen, die die Bürgerrechte verteidigen, an alle freiheitsliebenden Bürger der Welt, meinem Mann zu helfen. Die Freiheit eines einzelnen ist die Freiheit aller!«

Beim Generalstaatsanwalt der UdSSR, Rudenko, protestierten prominente Persönlichkeiten gegen die Einweisung Grigorenkos in eine Nervenklinik. Unter ihnen waren neben vielen anderen die Akademiemitglieder M. A. Leontowitsch und A. D. Sacharow, der Doktor der physikalischen und mathematischen Wissenschaften W. F. Turtschin und der Physiker W. N.

Tschalidse. Seit Juli 1970 befindet sich Grigorenko in einer psychiatrischen Spezialklinik in Tschernjachowsk im Gebiet Kaliningrad.

Es wurde bereits erwähnt, daß im Oktober 1971 ein Film in den Westen gelangte, in dem sieben sowjetische Menschenrechtler die Weltöffentlichkeit über die Verhältnisse in der Sowjetunion informieren. Unter anderem tritt darin auch Sinaida Grigorenko auf und erklärt:

»Seit zehn Jahren wird mein Mann wegen seiner Überzeugungen verfolgt. Obwohl er geistig völlig normal ist, wird er in der psychiatrischen Klinik von Tschernjachowsk festgehalten. ›Ich laufe mit Urinkompressen umher‹, sagte er mir bei einem Besuch, ›mein Körper ist mit Abszessen übersät, mein Magen- und Blasenkatarrh haben sich verschlimmert!‹ Doch der Untersuchungskommission erklärt er: ›Meine Überzeugungen bleiben unverändert.‹«

Der 1921 geborene Physiker A. D. Sacharow, Akademienmitglied und Professor, wurde im Westen zunächst als »Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe« bekannt. 1942 schloß er sein Studium an der Moskauer Universität ab und war seit 1945 im Lebedew-Institut für Physik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR tätig. Mit 32 Jahren wurde Sacharow 1953 zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ernannt; er ist in Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen dreifacher Held der sozialistischen Arbeit und mehrfacher Stalin- und Lenin-Preisträger. Die wichtigsten seiner Arbeiten wurden nicht publiziert und gelten als »top secret«, weil sie in den Bereich der atomaren Bewaffnung fallen. Verschiedene Artikel erschienen seit 1958 in der Zeitschrift »Atomnaja energija«, sie behandeln die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

Sacharow ist einer der führenden Männer in der sowjetischen Menschenrechtsbewegung. In offenem Konflikt mit der Parteibürokratie geriet er 1966, als er zusammen mit anderen Wissenschaftlern am Vorabend des XXIII. Parteitages in einem Brief an Breschnew vor den Gefahren einer eventuellen Rehabilitierung Stalins warnte. Alle, die Sacharow kennen, bezeichnen ihn als einen äußerst begabten, ehrlichen und mutigen Mann. 1968 veröffentlichte er eine Abhandlung »Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und intellektuelle Freiheit«. Dieses Dokument wurde von Samisdat verbreitet und erschien inzwischen in allen Weltsprachen. Sacharow wurde daraufhin von seiner Tätigkeit entbunden und lebt nur von einer kleinen Pension, die er als Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erhält.

Er widmet sich voll und ganz der Menschenrechtsbewegung. In dem von ihm mitbegründeten Komitee für die Menschenrechte in der Sowjetunion spielt er eine entscheidende Rolle. Er hält sich strikt an die geltenden Gesetze, und seine Aktionen sind eigentlich keine politischen: wo immer Menschen wegen ihrer Überzeugung in Konflikt mit den Behörden kommen und Hilfe brauchen, tritt er für sie ein.

Jakir wurde 1923 als Sohn des legendären Helden der Oktoberrevolution und Organisators der Roten Armee, Iona Emmanuilowitsch Jakir, geboren. Aufgrund von gefälschten Beschuldigungen wurde sein Vater als Feind des Sowjetstaates durch den Terrorapparat Stalins liquidiert, er selbst mit 14 Jahren verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt, wo er – einschließlich seiner Verbannungszeit – 17 Jahre verbrachte. Nach der Rehabilitierung seines Vaters, die weitgehend Chruschtschow persönlich zu verdanken war, konnte Pjotr Jakir sein Studium der Geschichte beenden. Er ist Autor zahlreicher Artikel, hauptsächlich über die Geschichte der KPdSU. Sein besonderes Interesse gilt der Herrschaftsperiode Stalins. Konflikte mit Stalinisten erlebte er bereits Anfang der sechziger Jahre, wandte sich der Menschenrechtsbewegung zu und verfaßte öffentliche Briefe und Memoranden an die Parteiführung wie auch an die Redaktion des Parteiorgans ›Kommunist‹, die von Samisdat verbreitet wurden.

Besonders hervorzuheben ist sein Brief an die Redaktion von ›Kommunist‹ vom März 1969, der den Titel ›Ein Gerichtsverfahren gegen Stalin einleiten‹ trug und eine fast vollständige Liste der Verbrechen Stalins enthielt. Am Vorabend des XXIV. Parteitag (1971) schrieb Jakir einen Brief an die Delegierten des Parteitages, in welchem er vor einer Rehabilitierung Stalins warnte. Abschriften dieses Briefes wurden westlichen Korrespondenten zur Verfügung gestellt. Pjotr Ionowitsch Jakir ist eine der bedeutendsten Figuren der sowjetischen Menschenrechtsbewegung.

Einer der bedeutendsten sowjetischen Schriftsteller der Gegenwart, Alexandr Solshenizyn, wurde am 11. Dezember 1918 in Rostow am Don als Sohn eines Lehrers geboren. Er besuchte die physikalisch-mathematische Fakultät der Universität Rostow. Da er sich schon als Junge für das Schreiben und Dichten interessiert hatte, nahm er später an einem Fernkurs für Literatur am Institut für Philosophie und Literatur in Moskau teil. Noch als Student heiratete er. Kurz vor dem Krieg unterrichtete er an einer Mittelschule Physik. Nach Ausbruch des Krieges wurde er in die Armee eingezogen. Solshenizyn wurde Hauptmann, erhielt den Orden des Vaterländischen Krieges und den des Roten Sterns. Kurz vor Kriegsende fiel er einer Denunziation zum Opfer und wurde verhaftet. Er verbrachte danach 8 Jahre im Konzentrationslager. Nach Stalins Tod wurde er aus dem Konzentrationslager entlassen, durfte aber nur in Kasachstan in der Verbannung leben. Seine Frau, die Chemikerin Natalja Alekejewna Rechetowska, folgte ihm in die Verbannung. 1956 erhielt er die Erlaubnis, im europäischen Teil der Sowjetunion zu leben. Solshenizyn war zu dieser Zeit schwer krank. Erst später hat sich seine Gesundheit einigermaßen gebessert. Er arbeitete als Physiklehrer in verschiedenen Dörfern, später in Wladimir und von 1957 bis 1962 an einer Mittelschule in Rjasan. Seine Frau unterrichtete an der dortigen landwirtschaftlichen Hochschule.

1958 erschien seine Erzählung ›Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch‹ zuerst in der Zeitschrift ›Nowyj Mir‹. In dieser ersten Arbeit schildert er schonungslos das Leben in sowjetischen Konzentrationslagern. Zeitungen und Zeitschriften feierten ihn als neuen Stern am Himmel der sowjetischen Literatur, doch konservative Kräfte innerhalb der Parteibürokratie und auch in literarischen Kreisen verurteilten ihn als »Liberalen« und in seiner Kritik am Stalinismus über den erlaubten Rahmen hinausgehenden Rebellen. Er veröffentlichte inzwischen einige Erzählungen und Romane; es sei hier nur an ›Krebsstation‹ und ›Der erste Kreis der Hölle‹ erinnert.

Seine Konflikte mit der Parteibürokratie spitzten sich von Jahr zu Jahr immer mehr zu; ihm wurde ein Publikationsverbot auferlegt. Nachdem die ›Krebsstation‹ im Westen zum Best-

seller und seine Werke durch Samisdat besonders unter der jungen Intelligenz verbreitet wurden, behandelte man ihn als »Feind« und schloß ihn am 4. November 1969 aus der Filiale des Schriftstellerverbandes in Rjasan aus. Solshenizyn wurde aber von einem großen Anhängerkreis unterstützt. Von allen Seiten wurde der Schriftstellerverband mit Protestbriefen eingedeckt, die zugleich durch Samisdat verbreitet wurden. Auch Shores Medwedew schrieb einen öffentlichen Protestbrief. Den Protesten schlossen sich auch zahlreiche Schriftsteller an, unter ihnen westliche Kommunisten. Der Fall Solshenizyn wurde zu einem Politikum ersten Ranges. Das Faszinierendste dabei war die Persönlichkeit Solshenizyns selbst, der allen Angriffen mutig und furchtlos entgegentrat. Am 8. Oktober 1970 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen, den er nicht persönlich entgegennehmen konnte.

Solshenizyn ist kein Politiker, doch mehr als ein begabter Schriftsteller. Er ist zu einem der bedeutendsten Menschenrechtler geworden. In vielen Fällen unterstützt er Repressalien ausgesetzte Andersdenkende, er interveniert persönlich und schreibt eindrucksvolle Protestbriefe gegen das Unrecht. Wegen seiner Verdienste für die Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion wurde er – wie bereits erwähnt – in das Sacharow-Komitee als korrespondierendes Mitglied aufgenommen.

Amalrik, geboren 1938, studierte Geschichte an der Moskauer Staatsuniversität. Da seine wissenschaftliche Tätigkeit als »politisch verwerflich« abgestempelt wurde, konnte er sein Studium nicht beenden. Er schrieb verschiedene Theaterstücke, die nie gedruckt oder aufgeführt wurden. Als »Taugenichts« wurde er aus Moskau nach Sibirien verbannt, arbeitete eine Zeitlang für die Presseagentur Nowosti, geriet aber wegen seiner kritischen Haltung erneut in Konflikt mit der Bürokratie. In aller Welt wurde Amalrik durch seinen Essay »Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?«, den Samisdat verbreitete, bekannt. Diese pessimistische Analyse und Prognose der sowjetischen Gesellschaft wurde im Westen in fast allen wichtigen Sprachen veröffentlicht. Andrej Amalrik glaubt nicht, daß die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben wird. Das Fazit seiner Überlegungen lautet: »Die UdSSR wird in vollem Umfang für die Gebietseroberungen Stalins bezahlen müssen, desgleichen auch für die Isolierung, in die die Neostalinisten das Land geführt haben.«

Trotz Hetzkampagnen und Verfolgungen entwickelte Amalrik eine sehr rege publizistische Tätigkeit. Am 21. Mai 1970 wurde er im Dorf Akulowo im Gebiet Rjasan verhaftet. 20 KGB-Mitarbeiter beschlagnahmten bei einer Hausdurchsuchung alle seine Arbeiten und seine Bibliothek. Am 26. Mai 1970 wurde er nach Swerdlowsk gebracht und ihm dort am 11. und 12. November des gleichen Jahres der Prozeß gemacht, in dem er zu 3 Jahren Besserungs-Arbeits-Kolonie verurteilt wurde. In seinem Schlußwort, das zweieinhalb Stunden dauerte, erklärte er: »Die gerichtlichen Verfolgungen von Menschen wegen ihrer Äußerungen oder Anschauungen erinnern mich an das Mittelalter mit seinen »Hexenprozessen« und an die Listen verbotener Bücher. Während sich jedoch der mittelalterliche Kampf gegen häretische Ideen teilweise mit religiösem Fanatismus erklären läßt, läßt sich das, was jetzt stattfindet, nur mit der Feigheit des Regimes erklären, das in der Verbreitung jeden Gedankens, jeder Idee, die der bürokratischen Spitze fremd ist, eine Gefahr sieht. Gerade die Angst vor den von mir ausgesprochenen Gedanken, vor den Tatsachen, die ich in meinen Büchern zitiere, zwingt diese Menschen, mich auf die Anklagebank zu bringen, und zwar als einen Kriminellen.«

Wladimir Bukowskij wurde 1942 geboren und ist Invalide. Er studierte Biologie an der Staatsuniversität in Moskau, von der er 1961 wegen politischer Tätigkeit unter den Studenten relegiert wurde.

Der bekannte christliche Publizist Anatolij Krasnow-Lewitin verfaßte einen Aufsatz mit dem Titel »Nicht durch Schwert noch Spieß«, den man als Porträt Bukowskij's bezeichnen kann. Er wurde im Samisdat veröffentlicht. Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels war Bukowskij 28 Jahre alt. Krasnow-Lewitin: »Von diesen 28 Jahren vergingen ein Jahr mit dem Studium an der biologischen Fakultät der Moskauer Universität und sechs Jahre auf dem Leidensweg durch Gefängnisse und Irrenhäuser. Zwischendurch ein Jahr und zwei Monate Freiheit. Am 29. März 1971 – neuerliche Verhaftung. Soweit die Biographie: ein tragischer und kurzer Lebenslauf. Was verbirgt sich dahinter?«

Zur persönlichen Charakteristik äußert sich Krasnow-Lewitin: »Sein Äußeres: Groß, gut gebaut, braune Haare und das Gesicht eines gutmütigen Bauernburschen, ein offenes, mutiges, russisches Gesicht. Seine Bewegungen sind präzise, er spricht immer mit eigenen Worten, nichts Übernommenes, nichts Fremdes, zur Schau Gestelltes ist darin. Angst hatte er wohl nie überwinden müssen, er kennt sie einfach nicht und versteht sie wahrscheinlich auch nicht. . . Er ist gut erzogen und hat gute Manieren (was er seiner hochgebildeten, kultivierten Mutter verdankt), aber zur gleichen Zeit findet er wunderbar schnell eine gemeinsame Sprache mit Leuten aus dem Volk, mit Nicht-intellektuellen, mit Lumpen, mit Lagerinsassen; sie alle betrachten ihn als einen »durchaus Unsrigen.«

Zum erstenmal wurde Bukowskij 1963 verhaftet und als »psychisch krank« in eine Spezialklinik eingewiesen. Nach seiner Entlassung widmete er sich ganz der politischen Tätigkeit. Krasnow-Lewitin notiert, von September 1965 bis Juli 1966 »durchwanderte Wladimir drei Irrenhäuser: Ljublino, Stolbowaja und das Serbskij-Institut. Auch danach tritt er gefestigt, stark, geistig gesund in die Freiheit.«

Bukowskij beteiligte sich an einer Demonstration auf dem Puschkin-Platz in Moskau gegen die Verhaftung von Galan-

skow, Dobrowolskij, Laschkowa und Radzijewskij. Am 1. September 1967 fand der Prozeß gegen ihn und zwei andere Teilnehmer der Demonstration statt. Sein zweistündiges Schlußwort vor Gericht beendete er mit folgenden Worten: »Wir haben kein Verbrechen begangen, ich werde es niemals bereuen, daß ich eine Demonstration organisierte. Sie diente einer guten Sache, und wenn ich wieder befreit werde, werde ich auch weiter – natürlich unter strenger Beachtung des Gesetzes – Demonstrationen organisieren.« Er wurde zu drei Jahren Besserungs-Arbeits-Kolonie verurteilt. Krasnow-Lewitin teilt mit, daß Bukowskij im Januar 1970 wieder in Freiheit kam, als er selbst noch eine Haftstrafe abzubüßen hatte. Weiter erzählt er: »Ich traf ihn erst wieder im September dieses Jahres (1970) und sah ihn danach fast täglich bis zum Augenblick seiner Verhaftung. Ich weiß natürlich nicht, was Bukowskij diesmal vorgeworfen wird, bin aber vollkommen überzeugt, daß es in seiner Tätigkeit nichts Kriminelles gibt. Es geht ihm einzig um die Rechte der Menschen, um den Sieg der Gerechtigkeit, um den Kampf gegen jeden Ausdruck der Willkür. Sein ganzes Leben hat er dem Kampf um die Wahrheit und der Hilfe für leidende Menschen geweiht, und in diesem Sinne steht er, ein Nichtgläubiger, Christus tausendfach näher als Hunderte sogenannter ›Christen‹, deren Christentum allein darin besteht, daß sie fleißige Kirchgänger sind. Und ich, ein gläubiger Christ, erkläre ganz offen, daß ich mich vor dem Nichtgläubigen Bukowskij, vor der Heldentat seines Lebens verneige.«

Eine Dokumentation von Bukowskij über die Situation in den psychiatrischen Spezialkliniken, in welchen gesunde Menschen nur aus dem Grunde festgehalten werden, weil sie mit dem Regime und seinen Praktiken nicht einverstanden sind, gelangte in den Westen. Er selbst wurde 1971 in eine solche Anstalt eingewiesen. Nach einer Welle von Protesten wurde er am 10. November für völlig normal erklärt und in ein Gefängnis überstellt. Am 5. Januar 1972 wurde Bukowskij zu 2 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Besserungs-Arbeits-Kolonie und 5 Jahren Verbannung verurteilt.

Dsjuba, 1931 geboren, ist Autor zahlreicher literaturkritischer Artikel und Essays und wurde vor allem durch seine Proteste gegen Russifizierung und Antisemitismus bekannt. Am 25. Jahrestag der Massenerschießungen von Kiewer Juden durch SS-Einsatzkommandos hielt er während einer Gedenkveranstaltung am Tatort, in der Schlucht von Babij Jar, eine Rede, die im ukrainischen Samisdat veröffentlicht wurde. Er rief darin die ukrainische Intelligenz zur Zusammenarbeit mit den Juden und zum Kampf gegen Antisemitismus auf. Im Dezember 1965 übergab er dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, P. Je. Schelest, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Ukrainischen SSR, W. W. Schtscherbizkij, seine Studie ›Internationalismus oder Russifizierung‹, eine Kritik an der sowjetischen Nationalitätenpolitik aus marxistisch-leninistischer Sicht. Diese Arbeit wurde von Samisdat verbreitet, später im Westen in englischer und italienischer Sprache veröffentlicht. Gegen Dsjuba wurde eine Verleumdungskampagne gestartet, es wurden ihm alle seine Posten genommen und gedroht, ihn aus dem Schriftstellerverband der Ukraine auszuschließen. Ukrainische Intellektuelle und auch einige gehobene Parteifunktionäre überredeten ihn, eine Erklärung abzugeben, in welcher er sich zwar von seiner Arbeit nicht distanziert, aber gleichzeitig verspricht, keine Tätigkeit auszuüben, die gegen die Partei gerichtet ist. Dieser Kompromiß hat ihm aber nicht viel eingebracht, denn er blieb ohne Publikationsmöglichkeiten und isoliert. Aus Prozeßberichten kann man entnehmen, daß der Individualist Dsjuba seinen Anschauungen treu geblieben ist.

Jesenin-Wolpin wurde 1925 als Sohn des Dichters Jesenin geboren. Er ist Mathematiker und Philosoph und erwarb 1949 den Titel eines Kandidaten der physikalisch-mathematischen Wissenschaften. Er geriet im gleichen Jahr in Konflikt mit dem stalinschen Terrorapparat, dem seine Gedichte gefährlich und aufrührerisch erschienen. Er wurde verhaftet und zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. 1953 wurde er amnestiert und konnte sogar seine wissenschaftliche Tätigkeit fortsetzen. 1959 geriet er wiederum in Konflikt mit den Sicherheitsorganen, und zwar wegen eines Manuskripts, das er in den Westen schmuggeln ließ. Jesenin-Wolpin gehört zu den aktivsten Menschenrechtlern der Sowjetunion.

Mitte 1965 beteiligte er sich an verschiedenen Protestkampagnen. Sein Name steht unter zahlreichen Protestbriefen, Erklärungen und Memoranden. Am 14. Februar 1968 wurde Alexandr Jesenin-Wolpin gewaltsam von der Miliz in Begleitung eines Psychiaters in eine Abteilung der Kaschtschenko-Klinik in Moskau gebracht. Der Versuch, ihn in eine psychiatrische Klinik einzuweisen, löste eine Welle von Protesten aus, einer davon wurde von 99 Wissenschaftlern unterzeichnet. Beim Gesundheitsminister der UdSSR intervenierten zugunsten Wolpins u. a. so prominente Wissenschaftler wie A. N. Kolmogorow und P. S. Alexandrow.

Swjatoslaw Josypowytsch Karawanskyj wurde am 24. Dezember 1920 in Odessa als Sohn eines Ingenieurs geboren. Nach Abschluß der Mittelschule 1938 besuchte er ein Industrieinstitut. Schon als Kind schrieb er Gedichte und Erzählungen, von denen einige in der Pionierzeitung gedruckt wurden. Mit seinem Beruf war er unzufrieden und wollte lieber Übersetzer für Literatur werden. So entschloß er sich, an der Universität Literatur zu studieren. 1940 meldete er sich freiwillig zur Armee, um nach der Entlassung dieses Ziel zu erreichen. Schon im Juli 1941 wurde seine Einheit von den Deutschen umzingelt. Er floh nach Odessa und nahm dort Verbindung mit einer ukrainischen nationalistischen Gruppe auf. Später warf ihm das KGB dann Zusammenarbeit mit den Faschisten vor. Die »Chronika tekuschtschich sobytij« erinnerte an die Parole dieser nationalistischen Gruppe: »Eine Ukraine ohne Stalin und Hitler.« 1944 floh er nach Rumänien. Nachdem Odessa von den sowjetischen Streitkräften zurückerobert war, kehrte er zurück und versuchte, mit seinen politischen Freunden Kontakt aufzunehmen. Schon drei Tage nach seiner Rückkehr wurde er verhaftet. Am 7. Februar 1945 verurteilte ihn das Militärtribunal des Gebietes Odessa zu 25 Jahren Freiheitsstrafe. Nach Stalins Tod schrieb er im Lager Gedichte und machte Übersetzungen, von denen einige in Zeitungen veröffentlicht wurden. Nach 16 Jahren und 5 Monaten Freiheitsstrafe wurde er amnestiert und konnte nach Odessa zurückkehren.

Er widmete sich der Literatur und nahm rege am gesellschaftlichen Leben teil. Seit 1961 ist er verheiratet. 1965 wurde er im Zuge der Massenverhaftungen unter der ukrainischen Intelligenz festgenommen. Da keine Gründe für eine erneute Verurteilung vorlagen, entschied die Generalstaatsanwaltschaft auf Empfehlung des KGB, die Amnestie sei aufzuheben und der Rest der früheren Strafe – 8 Jahre und 7 Monate – zu verbüßen. Karawanskyj wurde in eine Besserungs-Arbeits-Kolonie in der Mordwinischen ASSR verschickt. 1971 befand er sich in dem berüchtigten Wladimir-Gefängnis.

Einer der wichtigsten wahren Gründe für Karawanskyjs Verhaftung war sein Versuch, den Generalkonsuln Polens und der ČSSR ein Memorandum an den damaligen polnischen Partei-

chef W. Gomulka und an das tschechoslowakische KP-Büro zu übergeben. Während der Vertreter Polens versprach, das Dokument an den Adressaten weiterzuleiten, weigerte sich der tschechoslowakische Konsul, das Memorandum anzunehmen.

Karawanskyj wurde zu einer legendären Gestalt der politischen Opposition in der Sowjetunion. Auch aus dem Lager ließ seine Reaktion auf alle wichtigen Ereignisse nicht auf sich warten. Einen Brief an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, worin er gegen die Intervention in der ČSSR protestierte, begann er mit folgendem Satz: »Ich bitte, die Fälle antisozialistischer Diversion in der kommunistischen Weltbewegung zu untersuchen, die in letzter Zeit von jenen antimarxistischen Elementen begangen wurden, die sich auch in die führenden Organe der UdSSR einschlichen, und sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.«

Am 23. April 1970 wurde er wegen »antisowjetischer Agitation« zusätzlich zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, dem 46jährigen standen zur Verbüßung seiner Gesamtstrafe von 30 Jahren noch über 7 Jahre Gefangenschaft bevor.

Seine Frau, N. Strokataja, richtete bereits im Dezember 1966 an die Lagerleitung ein Gesuch – mit Kopien davon an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breshnew, und an das Zentralorgan der KP Frankreichs, ›L'Humanité‹ – folgenden Inhalts: »Im Laufe von 18 Jahren gelang es der Lagerverwaltung nicht, meinen Mann umzuerziehen. Seiner Familie wurde die durch das Gesetz an sich erlaubte Verbindung mit ihm nicht gestattet. Deswegen bitte ich, die Ehefrau von Karawanskyj, meinen Mann zu erschießen, um seinem langjährigen Leiden ein Ende zu bereiten und die langjährigen Konflikte zwischen ihm und der Verwaltung zu beenden.«

Kosterin (1895–1968) trat der Partei 1916 bei. Ihr und der Revolution hatte er sein ganzes Leben verschrieben. Drei Jahre verbrachte er im zaristischen Gefängnis. 1918 trat seine ganze Familie der Partei bei – Vater, Mutter und drei Brüder. Er selbst war einer der Organisatoren der Partisanenbewegung im Nordkaukasus und erwies sich in den zwanziger Jahren als begabter Journalist und Schriftsteller. 1937 wurde sein älterer Bruder Michail, ein »Roter Professor«, verhaftet und erschossen. Sein zweiter Bruder, Wassilij, verlor alle seine Posten. Im Mai 1938 wurde er selbst verhaftet. Die folgenden 17 Jahre verbrachte er in Kolyma in stalinschen Konzentrationslagern und in der Verbannung. Während dieser Zeit starb sein Bruder Wassilij. Sein Vater, ein hochqualifizierter Metallarbeiter, starb an Hunger. An der deutschen Front fiel seine älteste Tochter Nina. Ihr Tagebuch erschien nach Stalins Tod in »Nowyj Mir« und wurde im Osten und Westen mit dem Tagebuch der Anne Frank verglichen, nicht nur als Denkmal einer Epoche, sondern vor allem eines edlen Menschen. Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager widmete sich Kosterin der politischen und publizistischen Tätigkeit. Er schrieb seine Erinnerungen an das Lager in Kolyma nieder, in die sich vor ihrem Erscheinen die Zensur etliche Eingriffe gestattete. Weiter erschienen von ihm zwei Erzählungen in »Nowyj Mir« und eine in »Moskwa« sowie ein Artikel in der Zeitschrift »Iskusstwo«. Viele seiner Schriften blieben unveröffentlicht. Nach seiner Entlassung geriet er in Konflikt mit Stalinisten; er wurde zu einem führenden Mitglied der Menschenrechtsbewegung und einem der engsten Freunde von Grigorenko. Als 1968 die sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei einmarschierten, trat der Altbolschewik Kosterin demonstrativ aus der Partei aus. Kurz vor seinem Tode schrieb er: »Ich bin Soldat der Leninschen Revolutionären Armee, vertrete jene Generation, die Schritt für Schritt mit Lenin marschierte. Und gerade deswegen werde ich bis zum letzten Atemzug für diese von Marx, Engels und Lenin geschaffene Idee und Lehre kämpfen – auch wenn ich es mit dem Tode bezahlen sollte.« In Samisdat erschien ein Sammelband zum Andenken an Alexej Jewgrafowitsch Kosterin, in welchem u. a. auch die

Texte von 11 kurzen Nachrufen enthalten sind. Besonders trauerten um ihn die Krimtataren, für deren Kampf er sich in den letzten Jahren seines Lebens besonders eingesetzt hatte.

Der 1925 geborene Biologe Medwedew wurde durch seine Arbeiten aus dem Bereich der Genetik in der ganzen Welt bekannt. Er ist Autor einiger Bücher und von über hundert wissenschaftlichen Artikeln. Im Ausland, auch in Deutschland, erregte sein Buch ›Aufstieg und Fall T. D. Lyssenos‹ besonderes Aufsehen, in dem er eingehend die Verfolgung sowjetischer Biologen und Naturwissenschaftler darstellte. Medwedew hat das Manuskript ›Die internationale Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und die nationalen Grenzen. Das Briefgeheimnis ist gesetzlich garantiert‹ ausgearbeitet. Nachdem es in den Westen gelangt und in den USA veröffentlicht worden war, wurde Medwedew von seinem Posten als Direktor des Instituts für medizinische Radiologie in Obninsk bei Kaluga abgesetzt. Am 29. Mai 1970 wurde er verhaftet und zwangsweise in eine psychiatrische Klinik in Kaluga eingewiesen.

Auch dieser willkürliche und ungesetzliche Schritt der sowjetischen Sicherheitsorgane hat in der Sowjetunion selbst wie auch in der ganzen Welt eine Welle von Protesten ausgelöst. Als einer der ersten protestierte Solshenizyn dagegen und bezeichnete diese Methoden als »geistige Ermordung«, er verglich sie mit den Gaskammern der Nazi-Konzentrationslager. Er wandte sich an die Kremlführung: »Es ist kurzsichtig zu glauben, daß Ihr dauernd von der Gewalt allein leben, dauernd die Einwände des Gewissens mißachten könnt!« Eine Reihe von Wissenschaftlern wie z. B. Sacharow, Kapiza, der ehemalige Chefredakteur von ›Nowyj Mir‹, Twardowskij, und andere wandten sich mit Protesten an den Chefarzt der psychiatrischen Klinik in Kaluga, Liwschiz. Auch der Zwillingbruder Medwedews, der bekannte Historiker R. A. Medwedew, beteiligte sich an den Protestaktionen. Nach Angaben der ›Chronika‹ haben sich Dutzende von Wissenschaftlern den Protesten angeschlossen. Am 12. Juni 1970 hat der Gesundheitsminister der UdSSR, Petrowskij, den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Keldysch, in Begleitung von drei Akademiemitgliedern empfangen, um die Lage Medwedews zu klären. Die sowjetischen Behörden hatten Proteste von solchem Ausmaß offenbar nicht erwartet. Am 17. Juni 1970 wurde Medwedew aus der psychiatrischen Klinik entlassen.

Walentyn Moros, geb. am 15. April 1936 als Sohn eines Bauern aus Wolhynien, studierte an der Lemberger Universität Geschichte und stellte bereits während des Studiums seine wissenschaftliche Begabung und Neigung unter Beweis. Nach Abschluß seines Studiums im Jahre 1958 wurde er Lehrer an einer Mittelschule und hielt auch Vortragsabende ab. Seit Februar 1964 war er Lehrbeauftragter für Geschichte am Pädagogischen Institut, und zwar zunächst in Luzk, später in Iwano-Frankowsk. Seine Kandidaten-Dissertation hatte den Titel »Der Prozeß gegen die Kommunisten in Luzk von 1934 – ein Beispiel für die revolutionäre Zusammenarbeit zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Volk im gemeinsamen Kampf gegen das faschistische Regime des Herrenstaates Polen«. Er konnte sie allerdings nicht mehr verteidigen, da er im August 1965 verhaftet und im Januar 1966 zu 5 Jahren Freiheitsstrafe in einer Besserungs-Arbeits-Kolonie mit verschärftem Regime verurteilt wurde. Im Dezember 1966 wurde er mit einer Gruppe ukrainischer Häftlinge zu 6 Monaten Lagergefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung im Jahre 1969 kehrte er nach Iwano-Frankowsk zurück, wo er keine Arbeit finden konnte bzw. stets sofort entlassen wurde, kaum daß der Arbeitgeber etwas von seiner Vergangenheit erfuhr. Im November 1970 wurde er erneut verhaftet und diesmal zu 9 Jahren Freiheitsstrafe und 5 Jahren Verbannung verurteilt.

Walentyn Moros ist »Individualist«: er gehört keiner Partei an und vertritt kein bestimmtes politisches Programm. Und doch ist die Frage berechtigt, warum das Urteil so hart ausfiel. Moros ist in der Ukraine zu einem Symbol des nationalen Widerstandes gegen die Russifizierung geworden. Seine Appelle richteten sich vor allem gegen Heuchelei und Passivität der Intelligenz. Mit dieser Kritik wandte er sich in erster Linie an die nichtrussische Intelligenz in der Sowjetunion, nicht um sie gegen die Russen aufzuhetzen, sondern – wie er es in einem Brief an die belorussische Dichterin Jewdokija Losj ausdrückte – weil es Liebe zu den Russen nur dann geben könne, wenn man ihnen gleichwertig gegenüberstehe, nicht aber als unterwürfiger Vasall, weil Gleichheit und Gleichberechtigung Voraussetzung

für echte Freundschaft zwischen Russen und anderen Völkern seien.

Über den Fall Moros berichtete nicht nur der ›Ukrainskyj Wisnyk‹ regelmäßig, sondern auch der russische Samisdat, der alle seine wichtigen Arbeiten in russischer Sprache verbreitet.

Pimenow, geb. 1931, besuchte die mathematisch-mechanische Fakultät der Staatsuniversität Leningrad. Er geriet bereits unter Stalin in Konflikt mit den Sicherheitsorganen. 1949 wurde er zwangsweise als »schizophren« in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, als er seinen Austritt aus dem Komsomol mit einer Kritik am sowjetischen System begründet hatte. Er wurde nach kurzer Zeit für gesund erklärt und – nachdem er seine Austrittserklärung widerrufen hatte – entlassen. Um einer nochmaligen Einweisung in eine psychiatrische Klinik zu entgehen, blieb er weiter Mitglied des Komsomol. 1951 wurde er aus dem Komsomol ausgeschlossen, von der Universität relegiert und konnte erst später sein Studium beenden. Im März 1957 wurde er verhaftet und im August zusammen mit vier anderen zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, unter den Studenten artisowjetische Propaganda betrieben und versucht zu haben, eine illegale Gruppe zu gründen. Außerdem sei er der Autor einer Reihe von anti-sowjetischen Artikeln, darunter eines Kommentars zu einer Rede von N. S. Chruschtschow und der Thesen über »Die ungarische Revolution«. Im Januar 1958 beschloß der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation, nach Einspruch der Staatsanwaltschaft, die Strafe für Pimenow auf 10 Jahre zu erhöhen. 1963 wurde er mit 3 Jahren Bewährung entlassen. 1964 hat er dann mit Erfolg seine Dissertation als Kandidat der Wissenschaft verteidigt. Er veröffentlichte mehrere wissenschaftliche Arbeiten und erhielt 1969 den Titel des Doktor der mathematischen Wissenschaften. Er wurde Mitarbeiter des Instituts für mathematisch-mechanische Wissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Leningrad.

Im September 1970 wurde er erneut verhaftet und sein Fall dem Gebietsgericht in Kaluga übergeben, wo eine der Mitangeklagten, die Mitarbeiterin am Physikenergetischen Institut in Obninsk, W. I. Sinowjewa, wohnte. Samisdat veröffentlichte einen Bericht über diesen Prozeß, in dem Pimenow zu 5 Jahren Verbannung verurteilt wurde.

Charakteristisch für Pimenow ist ein kurzer Auszug aus einem Gespräch zwischen ihm und dem Sekretär für Ideologie beim städtischen Parteikomitee Leningrad, den Samisdat ver-

breitete. Auf die Frage, warum Pimenow sich für »antisowjetische« Literatur interessiere, sagte er:

»Ich will versuchen, Ihnen alles zu erklären. Seit einer gewissen Zeit haben wir Wissenschaftler das Gefühl persönlicher Sicherheit verloren. Ungefähr seit Ende 1966. Bis dahin kannten wir keine Angst, doch die Feststellung der Angst zwang uns zu der Überlegung: Warum? Es wurde notwendig, die sozialen Ursachen dieser Angst zu untersuchen. Für die wissenschaftliche Tätigkeit ist der Glaube an Morgen unentbehrlich. Wenn eine solche Zuversicht vorhanden ist, dann brauchen sich die Spezialisten mit engem Profil, die sich nur mit ihrer Wissenschaft beschäftigen, nicht mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu befassen. Gefahr für ihre persönliche Sicherheit zwingt sie, sich mit Politik auseinanderzusetzen.«

Geb. 1938 im Gebiet Tscherkassy, Ukrainische SSR, studierte Journalistik an der Schewtschenko-Staatsuniversität in Kiew. Seine ersten Artikel und Besprechungen erschienen in verschiedenen Kiewer und Charkower Zeitschriften, er war auch Mitarbeiter zahlreicher Komsomolzeitungen. Als Mitte 1966 die Ukraine von einer Verhaftungswelle erfaßt wurde und viele Prozesse hinter verschlossenen Türen stattfanden, stellte er seine, heute in der ganzen Welt bekannte, Dokumentation ›Verstand schafft Leiden‹ (Porträt der 20 »Verbrecher«) zusammen. Am 3. August 1967 wurde er verhaftet und zu 3 Jahren Lager mit allgemeinem Regime verurteilt. Nach eineinhalb Jahren wurde er im Februar 1969 amnestiert, konnte jedoch seinen Beruf nicht mehr ausüben, war zeitweilig arbeitslos, arbeitete zuletzt als Bahnarbeiter. Bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1972 entfaltete er im illegalen Rahmen eine politische Tätigkeit, verfaßte einige Pamphlete und Proteste.

In seinem im Samisdat erschienenen autobiographischen Roman ›Bilmo‹ schilderte Mychajlo Osadtschij, ein Journalist aus Lemberg, seine Erlebnisse im Gefängnis und vor Gericht. Im Prozeß gegen Osadtschij und seine Freunde wurde Tschornowil als Zeuge geladen. Sein Name war schon damals, 1966, in der Ukraine bekannt. Sein Erscheinen wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel, Richter, Staatsanwälte und alle Anwesenden wurden aus ihrer Lethargie geweckt, als sie hörten: »Ich protestiere gegen dieses Geheimverfahren. Die Verfassung der UdSSR und der Artikel 20 der Strafprozeßordnung garantieren ein öffentliches Verfahren. Das Gericht verstößt mit diesem Prozeß gegen die Verfassung und die Strafprozeßordnung. Ich weigere mich, dieses Gericht anzuerkennen und vor ihm auszusagen, und deswegen gebe ich diese Erklärung ab.« Reaktion des Staatsanwalts: »Du bist ein Feind!« Osadtschij schildert Tschornowil so: »Wjatscheslaw war ruhig und wirkte geradezu schön in seiner Ruhe; Klugheit und Überlegung gingen von ihm aus. Er war zu diesem Verfahren von weither gebracht worden, er aber wollte nur kurz herkommen, um zu sehen, was vor sich ging, er wollte nicht einmal in Details gehen und Kleinigkeiten vermerken...Niemand hat ihn beleidigt... Wjatscheslaw näherte sich der Schranke des Gerichtes und legte

dort symbolisch einen Strauß Tulpen nieder: ›Das ist von Freunden und Bekannten.‹ In russischer Sprache hörte man den Ruf: ›Sofort weg mit den Blumen!‹ Die aufgeschreckten Wachtmeister warfen sich auf die Blumen, jedoch so ungeschickt, daß sie überall auf dem Boden zerstreut wurden. Tschornowil wurde aus dem Gerichtssaal entfernt, die Atmosphäre aber, die er mit sich gebracht hatte, hielt noch lange vor.«

V

Namensliste von 670 politischen Gefangenen

Anmerkung zu den Abkürzungen

Unterschiedliche Bezeichnungen für Besserungs-Arbeits-Kolonien (ITL = LOR) bzw. Besserungs-Arbeits-Kolonien mit strengem oder verschärftem Regime (ITL mit SR = LOSOR, LSR, LUR) resultieren daraus, daß in den Dokumenten keine einheitliche Sprachregelung befolgt wird. Der Ausdruck »Lager« ist ein Beweis dafür, daß in den Augen der sowjetischen Intelligenz die mit dem Euphemismus »Kolonien« bezeichneten Strafvollzugsanstalten nichts anderes sind als die direkten Nachfolger der berüchtigten Stalinschen Konzentrationslager.

Abkürzungen

IG	–	Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte
IR	–	Besserungsarbeit
ITL	–	Besserungs-Arbeits-Kolonie
ITL mit SR	–	Besserungs-Arbeits-Kolonie mit strengem Regime
K-Tat	–	Krimtatare
LOR	–	Lager mit allgemeinem Regime
LOSOR	–	Lager mit Sonderregime
LSR	–	Lager mit strengem Regime
LUR	–	Lager mit verschärftem Regime
OUN	–	Organisation Ukrainischer Nationalisten
NOT	–	Wissenschaftliche Arbeitsorganisation
PB	–	psychiatrische Klinik
SMOG	–	neofuturistische literarische Vereinigung (»Kühnheit, Gedanke, Bild, Tiefe«)
SPB	–	psychiatrische Spezialklinik
UNF	–	Die Ukrainische Nationale Front
UNK	–	Das Ukrainische Nationale Komitee
URSS	–	Der Ukrainische Arbeiter-Bauern-Bund
WSCHSON	–	Der Allrussische Sozial-Christliche Bund zur Volksbefreiung

In einigen Fällen wurde die sowjetische Bezeichnung für den Prozeß übernommen, so z. B. »Die Sache der Drei« oder »Die Sache der Fünf«. In dieser Weise wurden die Fälle auch in der Samisdat-Literatur bezeichnet. »Vertreter des Volkes in Moskau« ist die Bezeichnung für Delegationen, die von Krimtataren mit dem Auftrag in die Hauptstadt entsandt wurden, dort entweder Gespräche mit sowjetischen Führern aufzunehmen oder Bittschriften bzw. Memoranden zu überreichen. Meist wurden sie in Moskau von den Sicherheitsorganen verhaftet oder abgeschoben. Das Volksfest »Derwisch« fand anläßlich der Feierlichkeiten zu Lenins Geburtstag am 21. 4. 68 in Usbekistan statt, organisiert hatten es Krimtataren. Es wurde zu einer Demonstration für den Wunsch der Krimtataren, in ihre Heimat zurückzukehren und ihre nationale Autonomie wiederherzustellen. Sicherheitsorgane und Streitkräfte zerschlugen diese Veranstaltung.

RSFSR

Adabsitow, Abljamit K-Tat, Vertreter des Volkes in Moskau, zw. 16.–18. 5. 68 verh.

Adabsitow, Schewket Abljamitowitsch K-Tat, zw. 16. und 18. 5. 68 verh.

- Akimowa, Senije K-Tat*, Vertreterin d. Volkes, zw. 16. und 18. 5. 68 verh.
- Altman, Anatolij Adolfowitsch* geb. 1942, Jude, Student, Ausreisege-such nach Israel, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 15. 6. 70 verh., 12 J. LSR
- Amalrik, Andrej Alexejewitsch* geb. 1938, Russe, Historiker und Pu-blizist, am 14. 5. 65 verh., wegen »Schmarotzertums« 2½ J. Zwangsarbeit in Verb., am 26. 7. 66 entl., am 21. 5. 70 erneut verh., wegen Verleumdung des Sowjetstaates 3 J. LUR
- Ametow, Emver K-Tat*, Demonstration auf dem Majakowskij-Pl. in Moskau, am 6. 6. 69 verh.
- Antonow, M.* Architekt, Kritik am Sowjetstaat, im März od. Apr. 1968 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Asanow, Risa K-Tat*, Lehrer am Pädagogischen Institut in Fergana, Vertreter d. Volkes in Moskau, am 2. 8. 66 verh.
- Asanowa, Sampira K-Tat*, Ärztin, eine Führerin der Nationalbewe-gung der K-Tat, Demonstration auf dem Majakowskij-Pl. in Moskau, am 6. 6. 69 verh., am 7. 6. 69 entl.
- Asmanow, Muksim K-Tat*, am 26. od. 27. 4. 70 verh.
- Awerotschkin, Boris* geb. 1940, Jurist, ein Führer d. WSCHSON, Febr. od. März 67 verh., 8 J. LSR
- Awgustow, Rolan Teodorowitsch* geb. 1941, wohnh. in Uman, Gesuch an das Präsidium des Obersten Sowjets um Aberkennung der so-wjet. Staatsangehörigkeit, am Eingang zur US-Botschaft in Moskau verh., in die psychiatrische Klinik in Korsun-Schewtschen-kowskij eingel., nach 6 Wochen entl.
- Babizkij, Konstantin Josifowitsch* geb. 1929, Jude, Linguist, Verleum-dung der sowjet. Staatsordnung, am 25. 8. 68 verh., 3 J. Verb., im Dez. 1970 vorz. entl.
- Bachmin, Wjatscheslaw Iwanowitsch* geb. 1947, Student, am 20. 11. 69 verh., im Sept. 1970 Verf. eingestellt
- Baranow, Jurij* geb. 1938, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, Febr. od. März 1967 verh., 3 J. LSR, nach Fluchtversuch aus der psychi-atrischen Abt. des Lagerkrankenhauses am 3. 5. 70 gestorben
- Batschew, Wladimir Semenowitsch* geb. 1947, Dichter, Mitgl. des SMOG, am 2. 12. 65 verh., nach kurz. Zeit entl., wegen »Schmarotzertums« am 24. 2. 66 erneut verh., 5 J. Verb.
- Belogorodskaja, Irina Michajlowna* Ingenieurin, am 8. 8. 68 verh., wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung 1 J. LOR, am 8. 8. 69 entl.
- Below, Jurij* geb. 1942, wegen antisowjet. Prop. und Agit. z. langjähr. Freiheitsstrafe verurteilt, nach Entl. Versuch, sein Buch »Reportage aus dem Dunkeln« ins Ausland zu bringen, erneut verhaftet, 5 J. LOSOR
- Berberowa, Chatidshe K-Tat*, Vertreterin des Volkes in Moskau, zw. 16. und 18. 5. 68 verh.
- Berg, Jakob* Jude, parteilos, Schlosser, 1968 verh., wegen antisowjet. Prop. und Agit. 7 J. Freiheitsstrafe

- Berger, Anatolij Solomonowitsch* geb. 1938, Jude, parteilos, Dichter, »Sache der Drei«, 4 J. Freiheitsstrafe und 2 J. Verb.
- Bessonow, Jurij* Angehöriger der sowjet. Besatzungstruppen in der DDR, Flucht in die Bundesrepublik, nach Rückkehr 1963 wegen Landesverrats zu langjähr. Freiheitsstrafe verurteilt.
- Bobrow, Wiktor* geb. 1947, Student, Mitgl. der »Partei der wahren Kommunisten«, im Aug. 1969 verh., 4 J. LSR
- Bodnja, Mendel Abramowitsch* geb. 1937, Jude, Invalide, Ausreisegesuch nach Israel, am 15. 6. 70 verh., 4 J. LUR
- Bogatsch, Nikolaj* Student
- Bogoras-Bruchman, Larisa Josifowna* geb. 1929, Jüdin, Ehefrau von Ju. Daniel, Kand. der philolog. Wissenschaften, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 25. 8. 68 verh., 4 J. Verb.
- Boguslawskij* geb. 1948, antisowjet. Prop. und Agit., am 31. 8. 68 verh., 5 J. LSR, zu 3 J. LOR begnadigt
- Boguslawskij, Wiktor Nojewitsch* geb. 1940, Jude, Ingenieur, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 8. 7. 70 verh., 3 J. LSR
- Bokschtschijn, Ilja Wenzjaminowitsch* Dichter, »Phönix-61«, am 5. 8. 61 verh.
- Borisow, Igor Borisowitsch* geb. 1942, Jude, Ausreisegesuch nach Israel, am 14. 10. 70 wegen angebl. Hooliganentums verh., 3 J. Lager
- Borisow, Wladimir Je.* geb. 1943, Elektriker aus Leningrad, antisowjet. Prop. und Agit., 1964 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, im Frühjahr 1968 entl., wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung am 12. 6. 69 erneut verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Borisow, Wladimir* Philologe, Vors. des Bundes der Unabhängig. Jugend, im Juli 1969 Zwangseinweisung in die PB in Wladimir, 1970 Überführung nach Butyrka, beging am 19. 5. 70 in der Krankenabteilung des Butyrka-Gefängnisses Selbstmord
- Borodin, Leonid* geb. 1938, Schuldirektor, Mitgl. des WSCHSON, Febr. oder März 1968 verh., 6 J. LSR
- Borowik, Pawel* Buchhalter, Zwangseinweisung in eine SPB
- Botschewarow, Georgij Nikolajewitsch* geb. 1935, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, Febr. oder März 1967 verh., 2½ J. LSR, Febr. oder März 1970 entl.
- Braun, Nikolaj Nikolajewitsch* geb. 1938, Russe, Dichter, »Sache der Drei«, im Mai 1969 verh., 7 J. Freiheitsstrafe und 2 J. Verb.
- Brodezkaja, Tina* geb. 1936, Jüdin, Lehrerin, Ausreisegesuch nach Israel, 1957 oder 1958 verh., nach 4 J. entl.
- Brodskij, Josif* geb. 1940, Jude, Dichter, wegen »Schmarotzerei« am 13. 2. 64 verh., 5 J. Zwangsarbeit in der Verb., zw. Juli und Nov. 1965 entl.
- Budennyj, Sergej* geb. 1941, Traktorenführer in einer Kolchosa im Geb. Dnjeprpetrowsk, als Angeh. der sowjet. Besatzungstruppen nach Österreich geflüchtet, im Mai 1962 zurückgekehrt, 1964 zu langjähr. Freiheitsstrafe verurteilt
- Budka (auch Wudka), Jurij (Pseudonym L. Borin)* geb. 1947, Jude,

- Student, Mitgl. der »Marxistischen Partei neuen Typs«, Autor der Broschüre »Sakat Kapitala« (Untergang des Kapitals), am 30. 7. 69 verh., 7 J. LSR und 2 J. Verb.
- Budka* (auch *Wudka*), *Walerij* geb. 1950, Jude, Student, Mitglied der »Marxistischen Partei neuen Typs«, am 14. oder 15. 8. 1969 verh., 3 J. IR
- Bukowski*, *Wladimir Konstantinowitsch* geb. 1942, Russe, Dichter, antisowjet. Prop. und Agit., 1963 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, 1964 entl., im Sept. 1965 erneut verh. und in eine PB eingewiesen, im Juli 1966 entl., wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung am 26. 1. 67 verh., 3 J. ITL, um den 26. 1. 70 entl., am 29. 3. 71 erneut verh., Zwangseinweisung in das Serbiskij-Institut (PB), im Nov. 1971 für zurechnungsfähig erklärt und in das Lefortow-Gefängnis überführt, im Januar 1972 zu 2 J. Gefängnis, 5 J. SPB und 5 J. Verb. verurteilt
- Burmistrowitsch*, *Ilja Jewsejewitsch* geb. 1938, Jude, Mathematiker, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 16. 5. 68 verh., 3 J. LOR
- Busin*, *Jurij* geb. 1936, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. od. März 1967 verh., 3 J. LSR, im März 1970 entl.
- Butman*, *Grigorij (Gilja) Israilowitsch* geb. 1932, Jude, Ingenieur, Landesverrat und antisowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 10 J. LSR
- Bykow*, *W.* Architekt, wegen Kritik an der sowjet. Staatsordnung im März oder Apr. 1968 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Chachajew*, *Sergej* Student, Mitgl. des »Bundes der Kommunarden«, am 12. 6. 65 verh., 7 J. LSR und 3 J. Verb.
- Chalapow* (auch *Cholopow* oder *Cholapow*), *Ibraim* K-Tat, Demonstration auf dem Majakowskij-Pl. in Moskau, am 6. 6. 69 verh.
- Chalilow*, *Rustem* K-Tat, Vertreter des Volkes in Moskau, am 25. 6. 66 wegen »geringf. Hooliganentums« verh., 15 Tage Arrest, am 10. 7. 66 entl.
- Chalilowa*, *Niara* K-Tat, Vertreterin des Volkes in Moskau, am 8. 6. 69 verh.
- Chaustow*, *Wiktor Alexandrowitsch* geb. 1938, Dichter, Mitgl. des SMOG, Protestdemonstration gegen die Verhaftung Galanskows u. a., am 22. 1. 67 verh., 3 J. LUR, am 22. 1. 70 entl.
- Chnoch*, *Lejb (Arje) Girschewitsch* geb. 1944, Jude, Ausreisegesuch nach Israel, 13 J. LSR
- Chodshinkow*, *Sergej* Student
- Dagdshi*, *Ajsche* geb. 1906, K-Tat, Vertreterin des Volkes in Moskau, am 25. 6. 66 verh.
- Dagdshi*, *Timur* geb. 1932, K-Tat, Journalist, Übertretung der nationalen und rassischen Gleichberechtigung, am 8. 8. 66 verh., 3 J. auf Bewährung, am 20. 5. 67 auf Bewährung entl.
- Daniel*, *Jurij Markowitsch* geb. 1925, Jude, Schriftsteller und Übersetzer, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 12. 9. 65 verh., 5 J. LSR, am 12. 9. 70 entl.

- Danilow, K. G.* Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 3. 57 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, 1958 Strafe auf 4 J. erhöht, um den 25. 3. 62 entl.
- Danilow, Nikolaj* Rechtsanwalt, antisowjet. Prop. u. Agit., am 3. 8. 68 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Danne, Erik* Angestellter d. international. Fluglinien, Einfuhr antisowjet. Literatur u. Verbind. m. d. russ. Emigrantenorganisation NTS, 1969 zu Freiheitsstrafe in LSR verurteilt
- Delone, Wadim Nikolajewitsch* geb. 1947, Russe, Dichter, Protest gegen d. Verhaftung Galanskows u. a., am 25. 1. 67 verh., 1 J. LOR u. 5 J. auf Bewährung, am 1. 9. 67 entl., Demonstration a. d. Roten Pl. gegen d. sowjet. Intervention i. d. ČSSR, am 25. 8. 68 verh., 2 J. u. 10 M. LOR, nach einem Selbstmordversuch am 29. 9. 70 entl.
- Djamant, L. N.* Freund von P. M. Jegides, Anfang 1970 verh.
- Dobrowolskij, Alexej Alexandrowitsch* geb. 1938, Russe, Buchbinder, parteilos, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 23. 5. 58 verh., 3 J. LSR, am 23. 5. 61 entl., am 5. 3. 66 wegen Teiln. an Demonstration gegen die Rehabilit. Stalins verh., Zwangseinweisung in eine PB, Spätsommer 1966 entl., am 19. 1. 67 wegen Protest gegen die Bestätigung der §§ 190-1 und 190-3 der Prozeßstrafordnung der RSFSR verh., 2 J. LSR, am 19. 1. 69 entl.
- Drejsner, Solomon Girschewitsch* geb. 1932, Jude, Ingenieur, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 15. 6. 70 verh., 3 J. LSR
- Dremljuga, Wladimir Alexandrowitsch* geb. 1940, Russe, Arbeiter, 1963 verh., 2 J. auf Bewährung, Teilnahme an der Protestdemonstration auf dem Roten Pl. in Moskau anl. der Intervention in der ČSSR, am 25. 8. 68 verh., 3 J. LOR, wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung Ende Aug. 1971 im Lager zu weiteren 3 J. ITL mit SR verurteilt
- Dronin, Wladimir* landw. Mechanisator, als Angeh. der sowjet. Besatzungstruppen in die Bundesrepublik geflüchtet, nach Rückkehr verh., wegen Landesverrats 10 J. LSR
- Dymschiz, Alewtina* Ehefrau von Mark Dymschiz, am 15. 6. 70 verh., nach kurzer Zeit entl.
- Dymschiz, Jelisaweta Markowna* geb. 1951, Jüdin, am 15. 6. 70 verh., nach kurzer Zeit entl.
- Dymschiz, Julia Markowna* geb. 1955, Jüdin, am 15. 6. 70 verh., nach kurzer Zeit entl.
- Dymschiz, Mark Juljewitsch* geb. 1927, Jude, ehem. Kampfflieger, 1960-62 Flieger des zivilen Flugdienstes in Buchara, Rückkehr nach Leningrad und Studium, Ingenieur, wegen Landesverrates, Vorbereitung eines Verbrechens und antisowjet. Prop. und Agit. am 15. 6. 70 verh., zum Tode verurteilt, im Dez. 1970 zu 15 J. LSR begnadigt
- Dynkin, Je. Sch.* Jude, »Zionismus«, am 29. 6. 61 verh., 7 J. LSR, im Juni 1965 entl.

- Fajnberg, Wiktor* geb. 1931, Jude, Schlosser, 1957 Prügelei mit einem Milizsoldaten wegen »Jude«, 1 J. auf Bewährung, beendete die engl. Abt. der philolog. Fakultät der Moskauer Staatsuniversität, wegen Teilnahme an der Protestdemonstration gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR am 25. 8. 68 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Fedorow, Jurij Pawlowitsch* geb. 1943, Russe, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 oder 1962 verh., 5 J. Lager, 1966 entl.
- Fedorow (auch Fedotow), Ju. I.* geb. 1936, Milizoffizier, Mitgl. des »Bundes der Kommunisten«, 1969 verh., 6 J. LSR
- Fetisow, A.* Ökonom, Kritik an der sowjet. Staatsordnung, aus Protest gegen die Restalinisierung aus der KPdSU ausgetreten, im März oder Apr. 1968 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Fin, Roman* geb. 1941, wissenschaftl. Mitarbeiter des Instituts für Biophysik, wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung im Frühjahr 1971 verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Fokejew, Michail Georgijewitsch* geb. 1947, Russe, Student, Mitgl. der »Partei d. wahren Kommunisten«, im Aug. 1969 verh. 3 J. LOR
- Forpostow, G. Pole*, Lehrer, Versuch über die sowjet.-poln. Grenze zu fliehen, Zwangseinweisung in eine SPB
- Forsel, Wilebo* Finne, Übersetzer, 1959 Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem KGB, verh., 10 J. LSR, im Juli 1969 entl.
- Frolow, Oleg* geb. 1948, Student, Mitgl. der »Marxistischen Partei neuen Typs«, im Juli 1969 verh., 5 J. LSR und 3 J. Verb.
- Gabaj, Ilja Jankelewitsch* geb. 1925, Jude, Lehrer, Dichter und Drehbuchautor, am 25. 1. 67 verh., im Aug. 1967 entl., wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung am 19. 5. 69 erneut verh., 3 J. LOR
- Gajenko, Wadim*, Mitgl. des »Bundes der Kommunarden«, im Juni 1965 verh., 4 J. LSR, am 12. 6. 69 entl.
- Galanskow, Jurij Timofejewitsch* geb. 1939, Dichter, Student, »Phönix-66«, am 19. 1. 1967 verh., 7 J. LSR
- Gawrilow, Gennadij Wladimirowitsch* geb. 1939, Offizier der Baltischen Flotte, Mitgl. des »Verbandes für den Kampf um polit. Rechte«, im Mai 1969 verh., 6 J. LSR
- Gendler, Jurij* geb. 1936, Rechtsanwalt, antisowjet. Prop. und Agit., am 1. 8. 68 verh., 3 J. LSR
- Gerschuni, Wladimir Lwowitsch* geb. 1930, Jude, 1949 wegen Zugeh. zu einer antistalinistischen Jugendgruppe zu 10 J. Lager verurteilt, Maurer, wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung am 17. 10. 69 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Ginsburg, Alexandr Ilitsch* geb. 1936, Russe, Dichter und Publizist, 1960 veröffentl. »Sintaksis«, verh., 1962 entl., 1966 veröffentl. Sammelband »Belaja kniga«, am 23. 1. 67 verh., 5 J. LSR
- Gladko, Georg* Ukrainer, Fluchtversuch in die Bundesrepublik, verh.
- Goldfeld, Anatolij Moisejewitsch* geb. 1946, Jude, Ingenieur, am 15. 6. 70 verh.

- Golub, Alexej* geb. 1928, Biochemiker, 1961 polit. Asyl in Holland, am 27. 3. 62 Rückkehr in die Sowjetunion, im Sept. 1962 verh.
- Gomelskij, Wladimir* Arbeiter, Brief an den XXIII. Parteitag der KPdSU, im Juli 1967 verh., 3 J. Lager, im Jan. 1969 amnestiert
- Gorbanewskaja, Natalia Jemgenjowna* geb. 1936, Dichterin, am 15. 2. 68 verh., Zwangseinweisung in eine PB, am 23. 2. 68 entl., Protestdemonstration auf dem Roten Pl. gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR, am 25. 8. 68 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Grigorenko, Pjotr Grigorjewitsch* geb. 1907, Ukrainer, Generalmajor a. D., Kand. der Militärwissenschaften, antisowjet. Prop. und Agit., am 1. 2. 64 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, am 23. 4. 65 entl., am 7. 5. 69 erneut verh. und in eine SPB eingewiesen
- Grebenschtschikow, Wiktor Orestowitsch* geb. 1907, wohnh. in Alma-Ata, versuchte das Manuskript seiner Arbeit »Istorija Kollektiwisazii selskogo chosjajstwa w SSSR« (Geschichte der Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR) auf das Territorium der US-Botschaft in Moskau zu werfen, am 26. 6. 71 in Moskau verh.
- Grigorjew, Denis* Elektromonteur, Zwangseinweisung in eine SPB
- Griljus, Simon* geb. 1945, Jude, Ingenieur, Mitgl. der »Marxistischen Partei neuen Typs«, am 21. 8. 69 verh., 5 J. LSR und 3 J. Verb.
- Grimm, Jurij* Kranführer, Verbreitung eines Flugblattes mit Chruschtschow-Karikatur, 3 J. LSR, am 12. 3. 67 entl.
- Grimwald, Natalia Franzowna* Filmschauspielerin, 1940 zu 25 J. verurteilt, 1956 amnestiert, 1962 auf persönliche Anordnung Rudenkos erneut in ein Lager eingewiesen
- Gubanow, Leonid* geb. 1947, Dichter, Mitgl. des SMOG, Redakteur der Samisdat-Zeitschrift »Avantgarde«, Demonstration gegen die Verhaftung Sinjajskijs und Daniels, um den 5. 12. 65 verh., Zwangseinweisung in eine PB, im Spätsommer 1966 entl.
- Gurow, Anatolij* Angeh. der sowjet. Besatzungstruppen in der DDR, Flucht nach Westberlin, Radiotechniker in der Spionage-Schule der USA in Westberlin, zwischen August und Oktober 1958 beim Verlegen eines Kabels für Abhörzwecke verhaftet, 10 J. LSR, zwischen 1. 9. und 1. 11. 68 entl.
- Ijewlew, Anatolij* geb. 1937, Chemiker, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 2 J. LSR, Febr. oder März 1969 entl.
- Iljakow, Wladislaw* Arbeiter aus Kursk, Verbreitung eines Flugblattes zur Verteidigung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, 7 J. Lager
- Iljasow, Rustem* K-Tat, Vertreter des Volkes in Moskau, zwischen 16. und 18. 5. 68 verh.
- Ioffe, Benjamin* Mitgl. des marxistischen Kreises um die Zeitschrift »Kolokol«, im Juni 1965 verh., 3 J. LSR, Ende Juni 1968 entl.
- Iofe (auch Ioffe), Olga Ju.* geb. 1950, Studentin, Verbreitung eines Flugblattes gegen die Restalinisierung, am 1. 12. 69 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, am 28. 7. 71 entl.

- Isljamowa, Sore K-Tat*, Vertreterin des Volkes in Moskau, am 16. 5. 68 verh.
- Iwankow-Nikolow, Michail* geb. 1921, Funker des Tankschiffes »Tuapse«, kehrte nach seiner Flucht in die USA im April 1956 zurück, Zwangseinweisung in eine SPB
- Iwanow, Anatolij M. (richtiger Name Nowgorodnij)* Dichter, »Phönix-61«, am 6. 10. 61 verh., 7 J. LUR, um den 6. 10. 68 entl.
- Iwanow, Jurij Jewgenjewitsch* geb. 1927, Sohn des Kunstmalers Je. Siwers, Student, 1947 wegen Versäumens der Vorlesungen über Marxismus-Leninismus in Abwesenheit zu 10 J. Lager verurteilt, 1948 auf Intervention der Verwandten entl., 1955 wegen antisowjet. Prop. und Agit. erneut verh., 1956 bei einem Fluchtversuch verwundet, nach 8 Tagen gefaßt, Anfang 1963 zu 10 J. Lager verurteilt, 1971 vorzeitig entl.
- Iwanow, Nikolaj Wiktrowitsch* geb. 1937, Kunstwissenschaftler, Lehrer an der Leningrader Staatsuniversität, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 6 J. LSR
- Iwanowskij, N. N.* in der Wohnung von I. Werblowskaja am 18. 4. 70 verh.
- Iwojlow, Wladimir* geb. 1937, Ökonomist aus Tomsk, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 2 J. LSR
- Jagman, Lew Naumowitsch* geb. 1940, Jude, Techniker, Ausreisegesuch nach Israel, antisowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 5 J. LSR
- Jakir, Irina Petrowna* Studentin, 1968 aus dem Komsomol ausgeschl., stand am 6. 6. 69 in der Nähe demonstrierender Krim-Tataren auf dem Majakowskij-Pl., verh., am Abend des gleichen Tages entl.
- Jakobson, Anatolij Alexandrowitsch* Dichter und Übersetzer, Mitgl. der IG, am 21. 12. 69 auf dem Roten Pl. verh., am 23. 12. 69 entl.
- Jegides, Pjotr Markowitsch* geb. 1917, Jude, Kand. der philosophischen Wissenschaften, Lehrer der Staatsuniversität in Rostow, wegen Verleumdung der sowjet Staatsordnung am 22. 3. 70 verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Jerschow, Wladimir* aus Lettland, wegen antisowjet. Prop. und Agit. zweimal zu insg. 17 J. Lager verurteilt, zwischen 1. 8. und 31. 10. 68 entl.
- Jesenin-Wolpin, Alexandr Sergejewitsch* geb. 1925, Mathematiker, Philosoph und Dichter, am 21. 7. 49 wegen Veröffentl. seiner Gedichte verh., Zwangseinweisung in die SPB in Leningrad, im Herbst 1950 nach Karaganda für 5 J. verbannt, am 25. 12. 53 entl., 1959 gab er sein Manuskript »Wesennij list« (Frühlingsblatt) ins Ausland, verh., Zwangseinweisung in eine SPB, im Sept. 1960 entl., am 5. 12. 65 Teilnahme an der Demonstration gegen die Verhaftung Sinjawskijs und Daniels, verh., am gleichen Tag entl., am 14. 2. 68 Zwangseinweisung in eine PB, am 12. 5. 68 entl.

- Jeschow* geb. 1929, Ingenieur, Versuch, ein Stalin-Porträt abzuschneiden, im Apr. 1970 verh., 1 1/2 J. IR mit 10%igem Lohnabzug
- Jurkewitsch, Igor* geb. 1936, Journalist, Protestbrief an das ZK der KPdSU wegen der sowjet. Intervention in der ČSSR, verh., Ende 1969 zu 4 J. LSR verurteilt
- Kadyrow, Nariman K-Tat*, Vertreter des Volkes in Moskau, am 25. 6. 66 verh., 15 Tage, am 10. 7. 66 entl.
- Kaminskij, Lassal Solomonowitsch* geb. 1930, Jude, Ingenieur, anti-sowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 5 J. LSR
- Kaplun, Irina Moisejewna* geb. 1950, Studentin, antisowjet. Prop. und Agit., am 1. 12. 1969 verh., am 24. 9. 70 Verf. eingestellt
- Kapranow, Michail* geb. 1944, Russe, Student, antisowjet. Prop. und Agit., im Sommer 1969 verh., 7 J. LSR
- Karasew, Wladimir* Physiker, Protest gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR, Ende Aug. 1968 verh., Zwangseinweisung in eine PB, Ende Nov. 1968 entl.
- Kerimow, Achmed K-Tat*, Schlosser, Vertreter des Volkes in Moskau, am 16. 7. 67 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, um den 16. 7. 69 entl.
- Kirikow, Walentin Iwanowitsch* geb. 1942, Russe, Student, Mitgl. der »Partei der wahren Kommunisten«, im Jan. 1970 zu 6 J. LSR verurteilt
- Kaganow, N. A.* Jude, »Zionismus«, am 29. 6. 61 verh., 4 J. Lager, um den 29. 6. 65 entl.
- Klemanowa, Ludmila* Mitgl. der marxistischen Gruppe um die Zeitschrift »Kolokol«, am 12. 6. 65 verh., vorzeitig vor dem 20. 12. 68 entl.
- Konosow, Michail* geb. 1937, Student, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 4 J. LSR
- Konstantinow, Stanislaw* Bibliothekar, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 1 J. und 2 M. Freiheitsstrafe, am 5. 4. 68 entl.
- Konuchow, Michail* geb. 1941, Ladearbeiter, Antrag auf britische Staatsangehörigkeit, verh.
- Korenblit, Lew Lejbowitsch* geb. 1922, Jude, Kand. der Physik-Mathematik, antisowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 3 J. LSR
- Korenblit, Michail Semenowitsch* geb. 1938, Jude, Arzt, Landesverrat, antisowjet. Prop. und Agit., im Sept. oder Nov. 1970 verh., 7 J. LSR
- Kozyrew, Alexej K.* geb. 1942, Offizier der Baltischen Flotte, Mitgl. des »Kampfbundes für polit. Rechte«, im Mai 1969 in Tallin verh., 2 J. LSR
- Kranow, Dmitrij Nikolajewitsch* geb. 1946, Russe, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 8. 8. 69 verh., 2 J. Freiheitsstrafe
- Krasin, Wiktor* geb. 1929, Jude, Ökonomist, wegen »Schmarotzertums« am 20. 12. 69 verh., 5 J. Verb., im Sept. 1971 Urteil aufgehoben
- Krasnopewzew, Lew* Aspirant der Moskauer Staatsuniversität, Mit-

- glied des »Verbandes der russischen Patrioten«, antisowjet. Prop. und Agit., am 30. 8. 57 verh., 10 J. LSR, im Aug. 1967 entl.
- Kriwzow, G. A.* heiratete 1948 eine Tschechin, desertierte aus der Sowjetarmee, verh., wegen antisowjet. Prop. und Agit. im Herbst 1959 erneut verh., 10 J. Lager, 1969 entl.
- Kukuj, W.* geb. 1938, Ingenieur, Verleumdung der sowjet. Innen- und Außenpolitik, 1971 verh., 3 J. Lager
- Kulikow, Dmitrij Georgijewitsch* Russe, Ingenieur, geb. 1942, im Aug. 1969 verh., 5 J. Lager
- Kulikow* geb. 1942, Trainer für Kunstturnen, Mitgl. der »Partei der wahren Kommunisten«, antisowjet. Prop. und Agit., verh., im Jan. 70 zu 6 J. LSR verurteilt
- Kuschew, Jewgenij Igorewitsch* geb. 1947, Russe, Dichter, Protestdemonstration gegen die Verh. Galanskows u. a., am 22. 1. 67 verh., 1 J. LOR und 5 J. auf Bewährung, am 1. 9. 67 entl.
- Kusnezow, Eduard Samuilowitsch* geb. 1941, Jude, Student, »Phönix-61«, am 6. 10. 61 verh., 7 J. LUR, um den 6. 10. 68 entl., nach Entl. engl.-russischer Dolmetscher, wegen Landesverrats, Vorbereitung eines Verbrechens, antisowjet. Prop. und Agit. zum Tode verurteilt, am 30./31. Dez. 1970 zu 15 J. LOSOR begnadigt
- Kusnezow, Wiktor W.* geb. 1936, Ingenieur, im Okt. 1966 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, Ende Dez. 1966 entl., wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 20. 3. 69 erneut verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Kwatschewskij, Lew Borisowitsch* geb. 1939, Ingenieur, antisowjet. Prop. und Agit., am 1. 8. 68 verh., 4 J. LSR
- Lalajan, Ernuand Artaschewitsch* geb. 1925, Armenier, Kand. der Wirtschaftswiss., parteilos, Ingenieur, antisowjet. Prop. und Agit., Ende 1969 zu 3 J. LSR verurteilt
- Laschkowa, Wera Josifowna* geb. 1945, Russin, Studentin, antisowjet. Prop. und Agit., am 17. 1. 67 verh., 1 J. Untersuchungshaft, am 17. 1. 68 entl.
- Lewin, Jurij Leonidowitsch* Mechaniker in einem wiss. Forschungsinstitut, 1957 Versuch auszuwandern, verh., 10 J. Freiheitsstrafe, 1964 begnadigt, Anfang Nov. 1968 erneut verh., Zwangseinweisung in eine PB, nach 10 Tagen entl., Protest gegen die sowjet. Politik gegenüber der ČSSR, am 25. od. 26. 6. 69 verh.
- Litwinow, Pawel Michajlowitsch* geb. 1940, Russe, Enkel von M. M. Litwinow, Physiker, Teilnahme an der Protestdemonstration gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR, am 25. 8. 68 verh., 5 J. Verb.
- Lukanin, Walerij* geb. 1946, Protest gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR, im Frühjahr 1969 verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Lysak, Pjotr Alexejewitsch* Ingenieur, Herbst 1956 oder Frühjahr 1957 Rede auf einer Studentenversammlung (nach dem Aufstand in Ungarn), verh., Zwangseinweisung in eine SPB

- Makarenko, Michail Janowitsch (richtiger Name Cherschkowitsch)* geb. 1931, Jude, antisowjet. Prop. und Agit., Übertretung des Valutagesetzes, Ausübung verbot. Gewerbes, am 5. 7. 69 verh., 8 J. LSR
- Maltschewskij, Sergej Andrejewitsch* geb. 1935, Russe, Kraftfahrer, antisowjet. Prop. und Agit., »Sache der Drei«, im Mai 1969 verh., 7 J. Freiheitsstrafe und 2 J. Verb.
- Malzew, Jurij Wladimirowitsch* geb. 1932, Übersetzer, Mitgl. der IG, am 17. 10. 69 verh., Zwangseinweisung in eine PB, um den 17. 1. 70 entl.
- Mantschewskij*, antisowjet. Prop. und Agit. (Samisdat), im Mai 1969 verh.
- Martimonow, Jewgenij Jakowlewitsch* geb. 1947, Student, Mitgl. der »Marxistischen Partei neuen Typs«, am 30. 7. 69 verh., 3 J. auf Bewährung, am 19. 2. 70 auf Bewährung entl.
- Martschenko, Anatolij Tichonowitsch* geb. 1938, Arbeiter, Fluchtversuch nach dem Iran, am 29. 10. 60 verh., 6 J. LSR, am 29. 10. 66 entl. Veröffentl. des Buches »Moi pokasanija« im Samisdat, im Juli 1968 verh., 1 J. LSR, im Aug. 1969 zu weiteren 2 J. LSR verurteilt, am 29. 7. 1971 entl.
- Maschkowa, Wäntina* geb. 1938, bis Aug. 1966 im Lager, Aug. 1966 Versuch, über die Grenze zu flüchten, verh., 10 J. Lager, 1970 zu 6 J. Lager begnadigt
- Medwedew, Shores (Jaures) Alexandrowitsch* geb. 1925, Biologe, Autor der Samisdat-Veröffentlichung »Kult litschnosti i biologitscheskaja nauka« (Personenkult und die Biologie), am 29. 5. 70 verh., Zwangseinweisung in eine PB, am 17. 6. 70 entl.
- Mendelewitsch, Josif Mosusowitsch* geb. 1947 in Riga, Jude, Student, Ausreisegesuch nach Israel, am 15. 6. 70 verh., 15 J. LSR, zu 12 J. begnadigt
- Mendelewitsch, Mary Mosusowna* geb. 1950, Jüdin, Studentin, Ehefrau von L. Chnoch, wegen Landesverrats am 15. 6. 70 verh., wegen Schwangerschaft am 18. 12. 70 entl.
- Menschagin (auch Menschankin), Boris Georgijewitsch* geb. 1901, Zeuge der internat. Kommission in der Sache der Erschießung polnischer Offiziere in Katyn im Jahre 1940, 1944 verh., Ende Mai 1970 entl.
- Menschikow, W.* Student, Mitgl. des marxistischen Kreises »Bund der Patrioten Rußlands«, am 30. 8. 57 verh., 10 J. LSR, im Aug. 1967 entl.
- Mewljudow, Setmer K-Tat*, Vertreter des Volkes in Moskau, zwischen 16. und 18. 5. 68 verh.
- Michejew, Dmitrij Fedorowitsch* geb. 1941, Aspirant, Fluchtversuch in die Schweiz mit den Papieren eines schweizerischen Bürgers, am 2. 10. 70 verh., 8 J. ITL
- Miklaschewitsch, Alexandr* geb. 1935, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 3 J. LSR, im Febr. oder März 1970 entl.

- Mitjaschin, Boris* Protestbriefe gegen polit. Prozesse, am 5. 11. 69 verh.
- Mogilewer, Wladimir Oscherowitsch* geb. 1941, Jude, Ingenieur, Versuch einer Flugzeugentführung, im Mai 1971 zu 4 J. LSR verurteilt
- Morosow, Sergej* Dichter, Mitgl. des SMOG, Protestdemonstration gegen die Verhaftung Sinjawskijs und Daniels, nach dem 5. 12. 65 verh., nach kurzer Zeit entl.
- Moschkow, Sergej* Mitgl. des »Bundes der Kommunarden«, antisowjet. Prop. und Agit., im Juni 1965 verh., 4 J. LSR, am 12. 6. 69 entl.
- Murschenko, Alexej G.* geb. 1942, Ukrainer, Schüler der Suworow-Militärschule, antisowjet. Prop. und Agit. und Mitgl. in antisowjet. Organisationen, im Juni 1962 verh., 6 J. Lager, im Juni 1968 entl., am 15. 6. 70 erneut verh., 14 J. LOSOR
- Nagornyj, Walerij* geb. 1943, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 3 J. Lager, im März 1970 entl.
- Nakaschidse, Anton (Anatolij)* Georgier, Tänzer des georg. Ensembles für Gesang und Tanz, 1963 während eines Gastspiels in Edinburgh geflüchtet, nach der Rückkehr in die Sowjetunion (Okt. 1963) zu 10 J. Lager verurteilt
- Nariza-Narymow, Michail Alexandrowitsch* geb. 1909, Kunstmaler, Lehrer, 1935 verh., 5 J. Lager, 1949 zweite Verhaftung, nach Karaganda verbannt, 1957 rehabilit., im Juli 1961 gelangte nach Buch »Nespetaja pesnja« (Ungesungenes Lied) in den Westen, am 13. 10. 61 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, 1964 entl.
- Nikolajew, Jewgenij Nikolajewitsch* wissenschaftl. Mitarbeiter des wiss. Forschungsinstituts für Desinfektion und Sterilisierung, wegen seiner Erklärung, »die KPdSU sei kein Wegweiser«, im Okt. 1970 in eine PB zwangseingewiesen
- Nowodworskaja, Waleria* geb. 1950, Studentin, Verbreitung eines Flugblattes mit Gedichten über die Panzer in der ČSSR und die Verfassung, am 5. 12. 69 verh. und in eine SPB zwangseingewiesen
- Nowoschizkij, Andrej* geb. 1931, als Angeh. der sowjet. Besatzungstruppen in der DDR 1954 in die Bundesrepublik geflüchtet, kehrte 1957 zurück, verh., 10 J. LSR
- Obuschenkow, N. G.* Student, Mitgl. des »Bundes der Patrioten Rußlands«, am 30. 8. 57 verh., 10 J. LSR, im Aug. 1967 entl.
- Ogurzew, Igor Wjatscheslawowitsch* geb. 1938, Philologe, einer der Führer des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 15 J. Lager
- Osipow, Wladimir N.* geb. 1939, Student, Dichter, las seine Gedichte auf dem Majakowski-Pl., am 14. 4. 61 verh., 10 Tage, »Phönix-61«, am 6. 10. 61 verh., 7 J. LUR, um den 6. 10. 68 entl.
- Osmanow, Muchsım K-Tat*, Invalide, Vertreter des Volkes in Moskau, am 25. 6. 66 verh., 15 Tage, am 10. 7. 66 entl., Teiln. an dem Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR in

- Fergana, am 23. 10. 66 verh., 15 Tage, am 7. 11. 66 entl., Vertreter des Volkes in Moskau, am 16. 5. 68 verh.
- Osmanow, Reschat* K-Tat, Invalide, Vertreter des Volkes in Moskau, am 14. 6. 69 verh.
- Paramonow, Georgij Konstantinowitsch* Offizier der Baltischen Flotte, Mitgl. des »Kampfbundes für polit. Rechte«, im Mai 1969 in Tallin verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Pawlenkow, Wladen Konstantinowitsch* geb. 1929, Russe, Lehrer, anti-sowjet. Prop. und Agit., am 3. 10. 69 verh., 7 J. LSR
- Penson, Boris* geb. 1947 in Riga, Jude, Kunstmaler, Landesverrat, Vorbereitung eines Verbrechens, antisowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 10 J. LSR
- Petraschko, Walerij Michajlowitsch* geb. 1951, Telegraphenarbeiter, Diversion, antisowjet. Prop. und Agit., 6 J. LSR
- Petrenko* Lokführer, Schreiben an den Verteidigungsmin. Marschall Gretschno über die ČSSR, über die Zustände in den Betrieben in Krasnodar und über Breshnew persönlich, 1969 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, Ende 1970 entl.
- Petrik, Oleg* Student, Protest gegen den Prozeß Ginsburgs u. a., am 16. 1. 68 verh., Verhandlung bis 21. 12. 69 vertagt
- Petrow, Alexandr Alexandrowitsch (Pseudonym: A. W. Agatow)*, Dichter, 1947 verh., nach 20 J. Lager entl. Gedichte über die Willkür in der Beriija-Amtsperiode, im Juli oder Aug. 1968 verh., 7 J. Lager
- Petscherskij, Gdalij R.* geb. 1909, Jude, Zahnarzt, wegen »Zionismus« am 29. 6. 61 verh., 12 J. LSR, um den 2. 7. 65 vorzeitig entl.
- Pimenow, Rewolt Iwanowitsch* geb. 1931, Dr. der Physik-Mathematik, 1949 Zwangseinweisung in eine PB, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 3. 57 verh., 6 J. Freiheitsstrafe, 1958 die Strafe auf 10 J. und 3 J. Aberkennung der Bürgerrechte erhöht, durch Beschl. des Präs. des Ob. Sowjets der RSFSR am 15. 7. 63 entl., wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung am 22. 9. 70 erneut verh., 5 J. Verb.
- Pisarew, Sergej Petrowitsch* geb. 1902, Mitgl. der KPdSU seit 1920, Bibliograph, am 5. 3. 1953 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, Ende Febr. 1955 entl.
- Platonow, Wjatscheslaw* geb. 1941, Orientalist, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 7 J. LSR
- Pomosow, Witalij* geb. 1947, Ingenieur, am 22. 10. 70 verh.
- Ponomarew, Sergej Michajlowitsch* geb. 1945, Russe, Philologe, anti-sowjet. Prop. und Agit., am 3. 6. 69 verh., 5 J. LSR
- Potapow, Alexandr* ehem. Stadtsekretär des Komsomol in Lipezk, antisowjet. Prop. und Agit., Ende 1962 oder Anf. 1963 verh., 5 J. LSR, Ende 1967 oder Anf. 1968 entl.
- Potentschenko (oder Potemkin), Wladimir* geb. 1952, parteilos, Kunstmaler, im Nov. 1969 verh., 6 J. Freiheitsstrafe

- Potentschenko* aus Krasnojarsk, Diversion, antisowjet. Prop. und Agit. und Zugeh. zu einer antisowjet. Org., 1969 verh., 5 J. LSR
- Prusakow, Walentin* Jude, Student, antisowjet. Prop. und Agit., im Febr. 1967 verh., im März 1968 entl.
- Radsijewskij, Pjotr* Mitgl. des SMOG, zwischen 17. und 19. 1. 67 zusammen mit Ju. Galanskow, A. Dobrowolskij und W. Laschkowa verh.
- Rasulowa, Eljamije* K-Tat, Vertreterin des Volkes in Moskau, zwischen 16. und 18. 5. 68 verh.
- Rendel, Leonid* Historiker, Mitgl. des marxist. Kreises »Bund der Patrioten Rußlands«, am 30. 8. 57 verh., 10 J. LSR, am 30. 8. 67 entl.
- Rigerman, Leonid Genrichowitsch* geb. 1940, Jude, Physiker, sowjet. und amerikan. Staatsbürger, beim Versuch, die US-Botschaft in Moskau zu besuchen, am 8. 9. 70 verh., am gleichen Tag entl., am 9. 11. 70 erneut festgen., am gleichen Tag entl., Widerstand gegen die Miliz, am 9. 11. 70 verh., 7 Tage Arrest, am 10. 12. 70 wieder festgen., am gleichen Tag entl., am 21. 2. 71 Ankunft in den USA
- Rodionow, Wjatscheslaw* geb. 1947, Russe, Tischler, antisowjet. Prop. und Agit., im Sommer 1969 verh.
- Rodygin, Anatolij* Dichter, Kapitän eines Fischfangschiffes, 1962 Fluchtversuch, 8 J. LSR
- Rogalewa, Jelena* geb. 1951, Laborantin, wohnh. in Krasnojarsk, Diversion, antisowjet. Prop. und Agit. und Zugeh. zu einer antisowjet. Org., im Nov. 1969 verh., 5 J. LSR
- Romanow, Alexandr Iwanowitsch* geb. 1948, Student, Russe, Mitgl. der »Partei der wahren Kommunisten«, im Aug. 1969 verh., 6 J. LSR und 2 J. Verb.
- Ronkin, Walerij* Ingenieur, einer der Führer des »Bundes der Kommunisten«, am 12. 6. 65 verh., 7 J. LSR und 3 J. Verb.
- Roschal* Jude, Ingenieur, wegen »Zionismus« am 29. 6. 61 verh., 9 J. Lager
- Rumjanzew, Anatolij* wegen Verbreitung antisowjet. Literatur im Sommer 1971 verh., 2½ J. ITL
- Rumjanzew, Walerij* Russe, Student, Mitgl. einer prochinesischen Gruppe, am 30. 4. 69 verh., 15 J. LSR
- Rybkin, Rostislaw* 1959 verh., Ende 1966 entl.
- Rysbik, Michail Schmerljewitsch* Jude, Ingenieur, wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls am 13. 10. 69 verh., 1½ J. LOR, die Strafe wurde auf 1 J. auf Bewährung reduziert, Mitte Nov. 1969 entl.
- Saburowa, Polina* antisowjet. Prop. und Agit., Mitte 1970 verh.
- Sado, Michail Juchanowitsch* geb. 1938, Orientalist, einer der Führer des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 5 J. Gefängnis und 8 J. LSR
- Sajzew, Walerij* Schiffsmechaniker, 1962 Fluchtversuch in die USA, verh., 10 J. Freiheitsstrafe

- Salmanson, Israil Josifowitsch (auch Isaak)* geb. 1949 in Riga, Jude, Student, Landesverrat, Vorbereitung eines Verbrechens, antisowjet. Prop. und Agit., am 15. 6. 70 verh., 8 J. LSR
- Salmanson, Silwa Josifowna* geb. 1944, Jüdin, Ingenieur, Ehefrau von E. Kusnezow, wegen Landesverrat, Vorbereitung eines Verbrechens, antisowjet. Prop. und Agit. am 15. 6. 70 verh., 10 J. LSR
- Salmanson, Wulf Josifowitsch* geb. 1939 in Riga, Jude, Leutnant der Reserve, Ingenieur, wegen Landesverrat, Diebstahl, Fahnenflucht am 15. 6. 70 verh., 10 J. LSR
- Samaratskij, Gennadij* Fluchtversuch in die Türkei, 1958 verh., 8 J. LSR, 1966 entl.
- Samsonow, N. I.* Geophysiker, wegen Kritik an Stalin Zwangseinweisung in eine SPB, etwa 1964 entl.
- Sarenkow, Pjotr* Angeh. der sowjet. Besatzungstruppen in der DDR, Flucht in die Bundesrepublik, nach der Rückkehr 1953 verh., 12 J. Lager, 1965 entl.
- Sarytschen, Sergej S.* wissenschaftl. Mitarb. des Instituts für Orientalistik, wegen angebl. Hooliganentums Mitte 1969 verh., 2½ J. LSR
- Saslawskij, I. D.* Student, wegen antisowjet. Prop. und Agit. am 25. 3. 57 verh., 5 J. Freiheitsstrafe, im März 1962 entl.
- Saslawskij, Semen Michajlowitsch* geb. 1948, Jude, Student, Mitgl. der »Marxistischen Partei neuen Typs«, am 29. 7. 69 verh., 3 J. auf Bewährung
- Sawertkin, Walerij Illarionowitsch* geb. 1914, wegen Zugeh. zu der antisowjet. Org. »Befreiung Rußlands von Kommunisten« verh., 10 J. Lager, geflüchtet, 1937 gefaßt und bis 1947 Strafe verbüßt, antisowjet. Prop. und Agit., 1952 verh., 1969 wegen angebl. Vorbereitung eines Attentats auf Parteiführer, unerlaubten Waffenbesitzes und Urkundenfälschung verh., 15 J. LOSOR
- Schamratow, Serwer* geb. 1941, K-Tat, Student, Übertretung der nationalen und russischen Gleichberechtigung, am 2. 8. 66 verh., 3 J. auf Bewährung
- Schaschenkow, Jewgenij* Ingenieur, 1963 verh., Zwangseinweisung in eine SPB, 1964 entl., antisowjet. Prop. und Agit., am 1. 8. 68 erneut verh., Zwangseinweisung in eine SPB
- Scheinkar, Lew* Jude, Ingenieur, »geringf. Hooliganentum«, am 18. 1. 71 verh., 15 Tage, am 2. 2. 71 entl.
- Scher,* Biologe, Schreiben an das ZK der KPdSU gegen die sowjet. Intervention in der ČSSR und die Restalinisierung, 1969 verh., 2 J. LOR
- Schilkrot, Boris* geb. 1948, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 12. 8. 69 verh., 3 J. LSR
- Schtschukin, Anatolij* Dichter, »Phönix-61«, am 14. 4. 61 verh., 15 Tage, am 29. 4. 61 entl.
- Schtilbans, Wiktor* geb. 1941, Jude, Arzt, antisowjet. Prop. und Agit., am 16. 11. 70 verh., 1 J. LSR, 1971 vorz. entl.

- Schuchewitsch-Beresinskij, Jurij Romanowitsch* geb. 1933, Ukrainer, Sohn des Führers der ukrain. Untergrundbewegung OUN, am 22. 8. 48 verh., 10 J. Gefängnis, im Frühjahr 1956 als Minderjähriger entl., im Herbst 1956 erneut verh., Abbüßung der Reststrafe, am 21. 8. 58 entl., wegen angebl. antisowjet. Prop. in der Gefängniszelle am gleichen Tag, d. h. am 21. 8. 58 erneut verh., 10 J. LSR, Ende Aug. 1968 entl.
- Schur, Gileg Salmanowitsch* geb. 1936, Jude, Ingenieur, Verbreitung antisowjet. Literatur, im Juli 1970 verh., 2 Jahre ITL
- Schuwalow, Oleg* geb. 1938, Ingenieur, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. 1967 verh., 14 Monate Vorbeugehaft, am 5. 4. 68 entl.
- Sejmuratowa, Ajsche* geb. 1937, K-Tat, Lehrerin in Samarkand, Übertretung der nationalen und rassistischen Gleichberechtigung, am 14. 10. 66 verh., 3 J. auf Bewährung
- Sejtulajew, Ajder* K-Tat, Demonstration der Krim-Tataren auf dem Majakowskij-Pl. in Moskau, am 6. 6. 69 verh.
- Sekerjajewa, Usnije* K-Tat, Ehefrau von A. Adabsitow, Vertreterin des Volkes in Moskau, zwischen 16. und 18. 5. 68 verh.
- Seminenko* Student, Mitgl. des marxist. Kreises »Bund der Patrioten Rußlands«, am 30. 8. 57 verh., 10 J. LSR, im Aug. 1967 entl.
- Semzow, A. N.* geb. 1948, Student, am 12. 4. 70 wegen Beschädigung eines Stalin-Porträts verh., 1 J. LUR
- Senin, Oleg Michajlowitsch* geb. 1947, Russe, Untersuchungsrichter der Staatsanwaltschaft in Rjasan, im Aug. 1969 verh., 7 J. Freiheitsstrafe und 2 J. Verb.
- Senin* geb. 1942, Russe, Student, Führer der »Partei der wahren Kommunisten«, 1970 zu 7 J. LSR verurteilt
- Sergejew, Lew* Kunstmaler, Vergehen gegen das Valutagesetz, 6 J. Lager
- Sbilzow, Wladimir* geb. 1946, Russe, Student, antisowjet. Prop. und Agit., im Sommer 1969 verh., 4 J. LSR
- Sidenko, Fedor Akimowitsch* geb. 1938, Ukrainer, Invalide, antisowjet. Prop. und Agit., 1965 verh., 5 J. Freiheitsstrafe
- Siliwontschik (auch Seliwontschik) Galina Wladimirowna* geb. 1937, Packerin, Versuch einer Flugzeugentführung, am 3. 6. 69 verh., 13 J. LSR
- Sinowjewa, Walentina* Laborantin, Chemikerin, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Apr. 1970 verh., 1 J. auf Bewährung
- Sinjawskij, Andrej Donatowitsch* geb. 1925, Russe, Literaturkritiker, antisowjet. Prop. und Agit., am 8. 9. 65 verh., 1 J. LSR
- Slawinskij, Jefim* Russe, Übersetzer, am 1. 6. 69 verh.
- Smatschewskij, Wiktor* Fluchtversuch
- Smirnow, Oleg* Architekt, Kritik an der sowjet. Staatsordnung, im März oder April 1968 verh. Zwangseinweisung in eine SPB
- Smolkin, Walerij* Mitgl. des marxist. Kreises »Bund der Kommunisten«, im Juni 1965 verh., 3 J. LSR, Ende Juni 1968 entl.

- Sobak, Olgert* geb. 1941, Mechaniker, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 14 Monate Freiheitsstrafe, am 5. 4. 68 entl.
- Studenkow, Anatolij* geb. 1935, Ingenieur, antisowjet. Prop. und Agit., im Aug. 1968 verh., 1 J. LSR, am 28. 6. 69 entl.
- Sudarew, Anatolij* geb. 1939, Übersetzer, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 2 J. LSR, im Febr. oder März 1969 entl.
- Talantow, Boris Wladimirowitsch* geb. 1901, Lehrer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 12. 6. 69 verh., 2 J. LOR
- Tarsis, Walerij Jakowlewitsch* geb. 1906, Schriftsteller, gab 1962 seine Manuskripte ins Ausland, verh., Zwangseinweisung in eine PB, im Febr. 1963 entl., am 8. 2. 66 Ausreise nach London
- Telnikow, Wladimir* Lehrer, Widerstand gegen die Staatsgewalt, am 7. 7. 70 verh., im Sept. 1970 entl., am 3. 11. 71 Ausreise nach Israel
- Tibilow, Pjotr* Ossete, Angch. der sowjet. Besatzungstruppen in der DDR, in die Bundesrepublik geflüchtet, nach der Rückkehr verh. und zu langjähr. Freiheitsstrafe verurteilt
- Titow, Jurij* Lehrer, Protestdemonstration gegen die Verhaftung Sinjawskijs und Daniels, am 5. 12. 65 verh., nach kurzer Zeit entl.
- Tscheschkow, M.* Student, Mitgl. des marxist. Kreises »Bund der Patrioten Rußlands«, im Aug. 1957 verh., 10 J. LSR, im Aug. 1967 entl.
- Uboshko, Lew Grigorjewitsch* Ingenieur-Physiker, Fernstudent der juristischen Fakultät der Universität Swerdlowsk, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 29. 1. 70 verh., 3 J. LOR
- Ustinowitsch, Sergej* geb. 1938, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 3½ J. LSR, im Aug. oder Sept. 1970 entl.
- Utschitel, Alexandr Jefimowitsch* geb. 1949, Student, Mitgl. der Gruppe der »Revolutionären Marxisten«, im Sept. 1969 verh., 4 J. Freiheitsstrafe
- Wagin, Jewgenij Alexandrowitsch* geb. 1938, Literaturwissenschaftler, einer der Führer des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 2 J. Gefängnis und 8 J. LSR
- Wajl, Boris Borisowitsch* geb. 1939, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 3. 57 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, 1958 die Strafe auf 6 J. erhöht, im Lager zu weiteren 2 J. verurteilt, im Sept. 1965 entl.
- Wasiljew, Jurij Wladimirowitsch* geb. 1947, Versuch einer Flugzeugentführung, am 3. 6. 69 verh., 11 J. LSR und 3 J. Verb.
- Wedenejew* antisowjet. Prop. und Agit., im Aug. 1970 verh.
- Wekschin, Wladimir* Mechaniker des Rundfunksenders in Pogranitschnyj, im Geb. Kemerowo, antisowjet. Prop. und Agit., im Aug. 1969 verh.
- Weliulajew, Rustem K-Tat*, Vertreter des Volkes in Moskau, am 8. 6. 69 verh.

- Werblowskaja, I. S.* Studentin, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 3. 57 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, 1958 die Strafe auf 4 J. erhöht, im März 1961 entl.
- Weretenow, Wladimir* geb. 1936, Chemiker, Mitgl. des WSCHSON, im Febr. oder März 1967 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, im März 1969 entl.
- Wertlib, Grigorij Solomonowitsch* geb. 1932, Jude, Jurist, wegen Landesverrat und antisowjet. Prop. und Agit. im Juli 1970 verh.
- Wischnewskaja, Julia B.* geb. 1949, Dichterin, Mitgl. des SMOG, Protestdemonstration gegen die Verhaftung Sinjawskijs und Daniels, im Dez. 1965 verh., Zwangseinweisung in eine PB, nach kurzer Zeit entl., am 3. 11. 71 Ausreise nach Israel
- Wodopjanow* antisowjet. Prop. und Agit., im Mai 1969 verh.
- Wolkow* geb. 1935, Techniker, riß am 10. 7. 70 ein Stalin-Porträt herunter, verh., 1 J. LUR
- Wolshskaja, Walentina* Verbreitung antisowjet. Literatur, im Sommer 1971 verh., 1½ J. ITL
- Worobjow, Oleg Iwanowitsch* geb. 1940, Student, Lehrer, Demonstration auf dem Puschkin-Pl. am 5. 12. 65, im Jan. 1966 verh., Zwangseinweisung in eine PB, im März 1966 entl., Unterstützung der IG, am 12. 9. 69 verh., Zwangseinweisung in eine PB, am 20. 10. 69 entl.

Ukrainische SSR

- Abibullajewa, Muniwer* K-Tat, wegen »geringf. Hooliganentums« am 26. 6. 68 verh., 15 Tage, Versuch, als Zeugin im Prozeß gegen 2 Krim-Tataren aufzutreten, am 27. 8. 68 verh., 15 Tage, am 12. 9. 68 entl.
- Altunjan, Genrich Owanesowitsch* geb. 1933, Armenier, Radiotechniker, Mitgl. der IG, am 11. 7. 69 verh., 3 J. LOR
- Apostol, Nikolaj* Ukrainer, Leiter einer Gruppe von 5 Personen, 1961 verh.
- Asanow, Sekerja* K-Tat, 1968 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, am 4. 9. 1969 entl.
- Bachtijarow, Oleg* geb. 1947, Ukrainer, Student, antisowjet. Prop. und Agit., im Herbst 1969 verh., 3 J. LOR
- Bajew, Gomer* geb. 1938, K-Tat, Ingenieur, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 29. 8. 68 verh., 2 J. Lager, Ende August 1970 entl.
- Bedrilo (auch Wedrilo), Stepan* geb. 1942, Ukrainer, Ökonomist, antisowjet. Prop. und Agit., am 20. 6. 69 verh., 4 J. Lager
- Bekdualijewa, Raisa Ilinitschna* geb. 1925, Lehrerin, Schreiben an ausländische Staatsmänner, verh., 3 J. LSR

- Benderskij, German Josipowitsch* geb. 1937, Kunstmaler, Fluchtversuch über die Donau, verh., am 12. 1. 70 im Lager gest.
- Borownyckij, Josif Julianowitsch* geb. 1932, Ukrainer, Jurist, Teilnahme an terrorist. Aktionen, am 24. 3. 61 verh., 10 J. Lager, Ende März 1968 entl.
- Breslawskij (auch Berislawskij), Nikolaj Alexandrowitsch* geb. 1924, Ukrainer, Lehrer, am 10. 2. 69 Versuch der Selbstverbrennung in Kiew, verh., 2½ J. LSR
- Bulbyskij* Ukrainer, 1963 verh.
- Chanas* Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 verh., 12 J. Freiheitsstrafe
- Cholodnyj, Nikolaj* Ukrainer, Student, Bedrohung von Milizsoldaten, im Dez. 1965 verh., 15 Tage
- Chomjakewitsch* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 12 J. Freiheitsstrafe
- Christinitsch, Bogdan* geb. 1929, Ukrainer aus Ternopol, Verb. mit der ukrain. nationalist. Untergrundorg., 1959 verh., 12 J. LSR
- Chweżko (auch Kweżko), Dmitrij Nikolajewitsch* geb. 1935, Ukrainer, Lehrer, Publizist und Theoretiker, »Sache der UNF«, im März 1967 verh., 5 Jahre Gefängnis, 10 J. Lager und 5 J. Verb.
- Didyk, Galina* geb. 1912, Ukrainerin, bis 1947 stellv. Leiterin des Roten Kreuzes der sog. ukrain. aufständischen Armee (UPA), danach Verbindungsperson der OUN, im April 1950 verh., 25 J. Gefängnis
- Dikij* Ukrainer aus Drogobitsch, antisowjet. Prop. und Agit., 1965 verh., 5 J. LSR und 3 J. Verb.
- Djak (auch Ljak), Michail Dmitrijewitsch* geb. 1935, Ukrainer, Milizangehöriger, »Sache der UNF«, im März 1967 verh., 5 J. Gefängnis, 7 J. Lager, 5 J. Verb.
- Dragisch, Nikolaj* Ukrainer, Mitgl. der marxist. Gruppe in Odessa, 1965 verh., 7 J. LSR
- Drop* Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 verh., 15 J. LSR
- Dushinskij, Roman* Ukrainer, antisowjet. Prop. und Agit., am 12. 6. 65 verh., 4 J. LSR, am 12. 6. 69 entl.
- Dushinskij, W.* Ukrainer, Kunstmaler, befestigte am Lemberger Opernhaus die Fahne der ukrain. Saporoshe-Kosaken, 1957 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Gaj* Ukrainer, Verb. zu ukrain. Nationalisten, 1969 verh.
- Gajew (auch Gajow), Grigorij* Ukrainer, Journalist, Leiter einer Gruppe Verurteilter, 1961 verh., 6 J. Freiheitsstrafe
- Gasjuk, Jaroslaw* Ukrainer, Verb. mit ukrain. nationalist. Untergrundorg., 1960 verh., 12 J. LSR
- Gel, Iwan Andrejewitsch* geb. 1937, Ukrainer, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 24. 8. 65 verh., 3 J. LSR, Ende Aug. 1968 entl.
- Gereta, Igor Petrowitsch* geb. 1938, Ukrainer, stellv. Direktor des Hei-

- matmuseums in Ternopol, antisowjet. Prop. und Agit., am 27. 8. 65 verh., 5 J. auf Bewährung
- Germanjuk (auch Garmatjuk), Bogdan* geb. 1939, Ukrainer, Student, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 10 J. LSR, im Dez. 1968 entl.
- Gewritsch, Jaroslaw Bogdanowitsch* geb. 1937, Ukrainer, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 28. 8. 65 verh., 5 J. LSR, Ende Aug. 1968 entl.
- Gnot, Wladimir* Ukrainer, Schlosser, Mitgl. des UNK, 1961 verh., Todesstrafe, zu 15 J. Lager begnadigt
- Gogus, Bogdan* Ukrainer, »Sache der Fünf mit Gogus an der Spitze«, 1962 verh., Todesstrafe, zu 15 J. Lager und 10 J. LSR begnadigt
- Goryn, Bogdan Nikolajewitsch* geb. 1936, Kunstwissenschaftler, wissenschaftl. Mitarbeiter des Lemberger Museums der Ukrain. Kunst, antisowjet. Prop. und Agit., am 26. 8. 65 verh., 4 J. LSR, Ende Aug. 1968 entl.
- Goryn, Michail Nikolajewitsch* geb. 1930, Ukrainer, Lehrer, antisowjet. Prop. und Agit. und Zugeh. zu antisowjet. Org., am 26. 8. 65 verh., 6 J. LSR, am 26. 8. 71 entl.
- Gryn, Nikolaj Jewdokimowitsch* geb. 1928, Ukrainer, Geophysiker, wiss. Mitarbeiter des Instituts für Geophysik der Akademie der Wiss. der Ukrain. SSR, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 3 J. LSR, im März 1966 entl. auf Bewährung
- Gryn, Roman Dmitrijewitsch* geb. 1946, Ukrainer, parteilos, nicht abgeschl. Hochschulbildung, antisowjet. Prop. und Agit., 1970 verh., 3 J. Freiheitsstrafe
- Gryschtschuk, Iwan Alexandrowitsch* Ukrainer, Major a. D., Ende Juni 1969 verh.
- Gryzina, Bogdan* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., Todesstrafe
- Gubitsch, A.* Ukrainer, 1966 verh.
- Gubka, Iwan* geb. 1939, Ukrainer, Ingenieur, Mitgl. der UNF, im März 1967 verh., 6 J. Lager und 5 J. Verb.
- Gunda, Dmitrij* geb. 1938, Ukrainer, Markscheider im Gebiet Donezk, antisowjet. Prop. und Agit., 1964 verh., 6 J. Freiheitsstrafe, 1970 entl.
- Gurnyj (auch Gurinyi), Roman* geb. 1939, Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, im Mai 1961 verh., Todesstrafe
- Gusak, Darja (Odarka)* geb. 1924, Ukrainerin, Organisatorin des Roten Kreuzes in der Westukraine, Verbindungsperson der OUN, im März 1950 verh., 25 J. Lager
- Iowtschik, Miron (auch Iowtschik, Miroslaw)* Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 15 J. Lager
- Ismailow, Fachri* geb. 1937, K-Tat, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt 1968 verh., 6 Monate Gefängnis, Ende Febr. 1969 entl.

- Iwanischin, Michail* Ukrainer, Sportlehrer, am 28. 8. 65 verh., im Febr. 1966 entl.
- Iwaschtschenko, Dmitrij Polikarpowitsch* Ukrainer, Philologe, Lehrer, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 2 J. LSR, Ende Aug. 67 entl.
- Jakuwenko, N. I.* Ukrainer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Okt. 1971 verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Jurtschik, Nikolaj* geb. 1933, Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 7 J. LSR, Ende 1965 entl.
- Jusupow, Mubein* geb. 1939, K-Tat, Widerstand gegen die Staatsgewalt, 1968 verh., 1 J. Gefängnis, am 27. 8. 69 entl.
- Kandyba, Iwan Alexejewitsch* geb. 1930, Ukrainer, Jurist, Mitgl. der URSS, am 20. 1. 1961 verh., 15 J. Lager
- Kapitonenko* Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 verh., 8 J. Lager, 1970 entl.
- Karawanskyj, Swjatoslaw Josypowitsch* geb. 1920, Ukrainer, Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Übersetzer, 1944 Mitgl. der Jugendorganisation gegen den Hitler- und Stalinterror, verh., 1945 zu 25 J. Lager verurteilt, obwohl 1955 die Strafe durch Amnestie auf 12½ J. herabgesetzt, erst im Dez. 1960 entl., am 13. 11. 65 auf Anordnung Rudenkos verh., 8 J. 7 M. LSR, wegen seines Artikels über die Erschießung polnischer Offiziere in Katyn im Jahre 1940 im Gefängnis zu weiteren 5 J. verurteilt
- Karpenko, Walentin Wasilewitsch* geb. 1937, Ukrainer, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. oder 26. 6. 68 verh., 1½ J. LSR, am 26. 12. 69 entl.
- Kasprischin* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 5 J. Freiheitsstrafe, Ende Dez. 1966 entl.
- Katschur, Nikolaj* geb. 1930, Ukrainer, Bergmann, Mitgl. der UNF, am 8. 7. 66 verh., 5 J. Lager, 1969 vorzeitig entl.
- Kijan, Boris* Ukrainer, 1968 verh., 10 J. Freiheitsstrafe, 1968 entl.
- Kipisch, Iwan Sacharowitsch* geb. 1923, Ukrainer, Milizangehöriger, Landesverrat, am 23. 5. 61 verh., 10 J. Lager
- Kirilo* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 12 J. Freiheitsstrafe
- Kitschak, Igor* Ukrainer, 1958 verh., 10 J. Freiheitsstrafe, 1968 entl.
- Kobryntschuk, Wasilij* Ukrainer, 1957 verh., 10 J. Freiheitsstrafe, 1967 entl.
- Kobylezkij, Jaroslaw* Ukrainer, antisowjet. Prop. und Agit., 1960 verh., 5 J. LSR, 1965 entl.
- Koltschinski, Iona* geb. 1951, Jude, Gesuch auf Aberkennung der sowjet. Staatsbürgerschaft, am 14. 10. 70 von Milizsoldaten zusammengeschlagen, verh., 20 Tage Arrest, am 5. 11. 70 entl., Ende Dez. 1970 in die Sowjetarmee einberufen
- Kondrat, Wasilij* junger Ukrainer, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 13 J. Lager

- Kondrjukow, Wasilij* Ukrainer, Arbeiter des Kiewer Wasserkraftwerks, Abendstudent, antisowjet. Prop. und Agit., im Sept. 1968 verh., 3 J. LSR, 1970 entl. (vorzeitig oder amnestiert)
- Komwitsch, Iwan* geb. 1930, Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 7 J. LSR, Ende Dez. 1965 entl.
- Koroltschuk, Semen* geb. 1930, Ukrainer, Frauenarzt, UNF, am 21. 4. 71 verh.
- Kosow, Michail* Ukrainer, Leiter des Kabinetts für Franko-Kunde der Lemberger Staatsuniversität, Aspirant, 1965 verh., Ende Jan. 1966 entl.
- Kotschubijewskij, Boris Lwowitsch* geb. 1936, Jude, Radioingenieur, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, Ende 1968 verh., 3 J. LOR
- Kowal, Iwan Teodorowitsch* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., Todesstrafe
- Kowaltschuk, Dmitrij* Ukrainer, 1962 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Kowaltschuk, Wiktor* Ukrainer, Hafenarbeiter, Teilnahme am Franko-Jubiläumsabend am 28. 5. 66, verh., 15 Tage, am 15. 6. 66 entl.
- Kowalischin, Grigorij* Ukrainer, »Sache der Fünf«, 1962 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Koz, Nikolaj Georgijewitsch* geb. 1930, Ukrainer, Lehrer am Landwirtschaftstechnikum in Ternopol, antisowjet. Prop. und Agit., 1967 verh., 7 J. Freiheitsstrafe und 5 J. Verb.
- Krasawskij (auch Krasinwskij), Sinowij Michajlowitsch* geb. 1928, Ukrainer, Literat, Lehrer, 1947–52 im Lager, Mitgl. der UNF, im März 1967 verh., 15 J. Lager
- Kulanin (auch Kulynin), Wasilij Iwanowitsch* geb. 1943, Ukrainer, Dreher, Mitgl. der UNF, im März 1967 verh., 6 J. LSR
- Kulikowskij, Wladimir* Ukrainer, »Sache der Fünf«, 1962 verh., 15 J. Freiheitsstrafe
- Kulko, Pawel* Ukrainer, 1956 verh., 10 J. Freiheitsstrafe, 1966 entl.
- Kultschizkij (auch Kultschinskij), N. G.* geb. 1947, Ukrainer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, Ende 1969 verh., 2½ J. Freiheitsstrafe
- Kuriljak, Stepan* Ukrainer, 1963 verh., 6 J. Freiheitsstrafe, 1969 entl.
- Kusnezowa, Jemgenija Fedorowna* geb. 1913, Ukrainerin, Chemikerin, Laborantin, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 8. 65 verh., 4 J. LSR, Ende Aug. 69 entl.
- Leonjuk, Wladimir* geb. 1932, Ukrainer, Verb. zu der ukrain. nationalist. Untergrundorg., 1951 zu 25 J. Lager verurteilt, im Prozeß 1960 wurde die Strafe auf 12 J. LSR herabgesetzt
- Lesiw, Jaroslaw Wasilenwitsch* geb. 1945, Ukrainer, Sportlehrer, Mitgl. der UNF, im März 1967 verh., 6 J. Lager
- Lenin, Arkadij Sinowjewitsch* geb. 1933, Ingenieur, unterstützte die IG, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 2. 12. 1969 verh., 3 J. LOR

- Libowitsch, Alexandr Semenowitsch* geb. 1935, Ukrainer, Ingenieur, Mitgl. der URSS, am 25. 1. 61 verh., 10 J. Lager
- Lisnjak* Ukrainer
- Lukjanenko, Lew Grigorjewitsch* geb. 1927, Ukrainer, Jurist, Mitbegründer der URSS, im Jan. 1961 verh., Todesstrafe, zu 15 J. Lager begnadigt
- Lupynis, Anatolij Iwanowitsch* geb. 1937, Administrator der Gebietsabt. der Musik- und Chorgesellschaft in Kiew, antisowjet. Prop. und Agit., 1956 verh., 6 J. ITL, im Lager zu weiteren 4 J. verurteilt, 1967 mit gelähmten Füßen entl., am 28. 5. 71 erneut verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Luzjik, Michail P.* Ukrainer, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 verh.
- Luzkow, Wasilij Stepanowitsch* geb. 1935, Ukrainer, Leiter eines Klubs, Mitgl. der URSS, am 20. 1. 61 verh., 10 J. Lager
- Martynenko, Alexandr Iwanowitsch* geb. 1935, Ukrainer, Ingenieur, antisowjet. Prop. und Agit., am 28. 8. 65 verh., 3 J. LSR, Ende Aug. 1968 entl.
- Maschtaler, Nikolaj* Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Masjutko, Michail Sawwitsch* geb. 1918, Ukrainer, Dichter, Lehrer, 1937 zu 5 J. Lager in Kolyma verurteilt, 1940 entl., beendete 1956 das Polygraphische Institut, antisowjet. Prop. und Agit., am 4. 9. 65 verh., 6 J. LSR
- Medwed, Pjotr* geb. 1953, Ukrainer, Schlosserlehrling, befestigte die ukrain. Nationalfahne am Wasserturm der Stadt Nowyj Rasdol, am 30. 4. 71 od. 1. 5. 71 verh.
- Melen (auch Melyn), Miroslaw* geb. 1929, Ukrainer, Chormeister, Mitgl. der UNF, im März 1967 verh., 6 J. Lager und 5 J. Verb.
- Melich* Ukrainer, Philologe, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 15 J. Freiheitsstrafe
- Melnitschuk, Nikolaj* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Menkusch, Jaroslawa Michajlowna* geb. 1923, Ukrainerin, Konstrukteurin, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. 8. 65 verh., 2½ J. LSR, am 25. 8. 66 entl.
- Minko* Ukrainer, Arbeiter aus Lemberg, Mitgl. des UNK, 1961 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Moros, Walentyn Jakowlewitsch* geb. 1936, Ukrainer, Lehrer, Historiker, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 5 J. LSR, am 1. 9. 69 vorzeitig amnestiert, am 1. 6. 70 erneut verh., 6 J. Gefängnis, 3 J. LOSOR und 5 J. Verb.
- Nabok, Walerij* Ukrainer, Teilnahme an dem Franko-Jubiläumsabend am 28. 5. 66, verh., Bedrohung des Lebens von Milizsoldaten, 15 Tage, am 15. 6. 66 entl.
- Nadtoka, Boris* Ukrainer, 1962 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, 1965 entl.
- Nagrobnyj, Josif* Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 verh., 12 J. Freiheitsstrafe

- Najdis, Dawid* Jude aus Odessa, Student, Anfertigung der Flugblätter über die Judenfrage, Mitte 1967 verh., 1½ J. Lager, im Herbst 1968 entl.
- Nasarenko, A.* geb. 1930, Ukrainer, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 25. oder 26. 6. 68 verh., 5 J. LSR
- Nedobora, Wladislaw Grigorjewitsch* (auch Georgijewitsch) geb. 1933, Ukrainer, Ingenieur, unterstützte die IG, am 27. 11. 69 verh., 3 J. LOR
- Nesdijmynoga, N. A.* Ukrainer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Okt. 1971 verh., 4 J. ITL mit SR und 3 J. Verb.
- Nikolajenko, Nikolaj Iwanowitsch* geb. 1932, Betonarbeiter, parteilos, antisowjet. Prop. und Agit., 1969 verh., 5 J. Freiheitsstrafe
- Ontman, Lilia Abramowna* Jüdin, Gesuch auf Aberkennung der sowjet. Staatsbürgerschaft, Ausreisegesuch nach Israel, im Okt. 1969 verh., 2½ J. Gefängnis
- Osadtschij, Michail Grigorjewitsch* geb. 1936, Ukrainer, Dichter, Kandidat der philologischen Wissenschaften, Parteizugehörigkeit seit 1962, vor der Verhaftung Lehrer für Journalistik an der Lemberger Staatsuniversität, antisowjet. Prop. und Agit., am 28. 8. 1965 verh., 2 J. LSR, Ende Aug. 1967 entl.
- Osernyj, Michail Dmitrijewitsch* geb. 1929, Ukrainer, Lehrer, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 6 J. LSR, Strafe auf 3 J. herabgesetzt, Ende Aug. 1968 entl.
- Palatnik, Rejsa* geb. 1937, Jüdin, Bibliothekarin, versuchte Verwandte in Israel zu finden, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 1. 12. 1970 verh., 2 J. Lager
- Paltschan, Maria* geb. 1927, Ukrainerin, Verbindungsperson der OUN, 1958 verh., 15 J. LSR
- Palichata* Ukrainer, »Sache der Fünf«, 1962 zu 4 J. Lager verurteilt, 1966 entl.
- Pastuch, Ostap* ca. 40 J. alt, Ukrainer, Lehrer, antisowjet. Prop. und Agit., am 27. 1. 71 verh.
- Ploschtschak, Miron* geb. 1932, Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 10 J. LSR, Ende 1968 entl.
- Ploschtschak, Wasilij* Ukrainer, weigerte sich, seinen Bruder Miron zu denunzieren, im Dez. 1958 verh., 2 J. LSR, Ende 1960 entl.
- Pokora, S.* Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, 1961 zu 12 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Pokrasenko, Jurij* Ukrainer, 1962 zu 6 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Polosko, Iwan* Ukrainer, 1960 zu 4 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Ponomarew, Wladimir Wladimirowitsch* geb. 1933, Ingenieur, unterstützte die IG, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 6. 12. 69 verh., 3 J. LOR
- Prijmatschenko* Ukrainer, 1963 zu 4 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Prokopowitsch, Grigorij* geb. 1928, Lehrer, Mitgl. der UNF, anti-

- sowjet. Prop. und Agit. und Zugeh. zu antisowjet. Org., im März 1967 verh., 6 J. Lager und 5 J. Verb.
- Proziew (Prozjw)*, Michail Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 zu 15 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Proziew (Prozjw)*, Nikolaj Ukrainer, »Sache der Sechs aus Chodorow«, 1962 Todesstrafe
- Pundik, Pawel* Ukrainer, »Sache der Fünf«, 1962 zu 5 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1967 entl.
- Rebrik, Bogdan Wasiljewitsch* Ukrainer, geb. 1937, Instrukteur der DOSAAF-Schule im Gebiet Iwano-Frankowsk, antisowjet. Prop. und Agit., 1967 zu 3 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1970 entl.
- Ruban, Nikolaj* geb. 1940, Ukrainer, Gründung einer »nationalist. Org.« und Verteilung von Flugblättern, Ende 1968 verh., 5 J. LOSOR
- Rusin, Iwan Inanowitsch* geb. 1937, Ukrainer, Ingenieur, Fernstudent des Inst. für Bauingenieure in Kiew, antisowjet. Prop. und Agit., am 28. 8. 1965 verh., 1 J. LSR, Ende Aug. 1966 entl.
- Rybak, Wasilij* Ukrainer, Mitarb. des Inst. für Gesellschaftswissenschaften, kehrte 1959 aus den USA zurück, im Sommer 1959 verh.
- Rybitsch* Ukrainer, 1963 verh.
- Ryschkowenko, Walerij* Ukrainer, 1962 zu 6 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Salywacha, Panas Iwanowitsch* geb. 1925, Ukrainer, Kunstmaler, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 5 J. LSR, 1970 entl.
- Sarametow, Kadyr Asanowitsch* geb. 1940, K-Tat, Bauingenieur, Versuch, als Zeuge im Prozeß gegen 2 Krimtataren aufzutreten, am 27. 8. 1968 verh., 15 Tage, am 12. 9. 1968 entl.
- Sarezkaja (Saryzka), Jekaterina Mironowna* geb. 1914, Ukrainerin, Ehefrau des polit. Häftlings Michail Soroka, Absolventin des Musik- und des Polytechn. Instituts in Lemberg, wegen des Attentats auf den Innenminister Polens 1934 in Polen verh., 4½ J., im Aug. 1939 entl., im März 1940 wegen der gleichen Sache vom NKWD erneut verh., Ende Juni 1941 entl., bis 1947 Leiterin des Untergrund-Roten-Kreuzes in der Westukraine, Verbindungsperson der OUN, 1947 verh., 25 J. Lager
- Sarmina, Maria Fedorowna* geb. 1935, Russin, Ehefrau des Krimtataren Fachri Ismailow, »geringfügiges Hooliganentum«, am 26. 6. 68 verh., 15 Tage, am 10. oder 11. 7. 68 entl.
- Satschuk, Jurij* Ukrainer, im Sept. 1963 zu 5 J. Lager verurteilt, Ende 1968 entl.
- Satwarskij, Wladimir* Ukrainer, Landesverrat, 1960 zu 7 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Sawtschenko, Wladimir* Ukrainer, 1962 zu 6 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Sawtschenko, W. W.* Ukrainer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, 1970 zu 2 J. verurteilt

- Selymasch, Alexej* Ukrainer, Kolchosbauer, Mitgl. des UNK, 1961 zu 12 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Selymasch, Grigorij* Ukrainer, Kolchosbauer, Mitgl. des UNK, 1961 zu 15 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Sergijenko, Alexandr* Ukrainer, Student, Teilnahme am I.-Franko-Jubiläumsabend in Kiew, Bedrohung von Milizsoldaten, am 28. 5. 1966 verh., 14 Tage, am 15. 6. 1966 entl.
- Sirentschisch, Janosch* geb. 1918, Buchhalter, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 verh., 7 J. Freiheitsstrafe, 1968 entl.
- Skira, Bogdan* Ukrainer
- Slischewskij, I. N.* Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Okt. 1971 verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Sokulskij, Iwan G.* geb. 1940, Ukrainer, Dichter, Student, antisowjet. Prop. und Agit., am 13. 6. 1969 verh., 4½ J. LSR
- Soroka, Michail* geb. 1911, Ukrainer, 1940 in Lemberg verh., 8 J., 1948 entl., 1949 verh. und in das Land Krasnojarsk verbannt, 1952 zum dritten Mal verh., Todesstrafe, zu 25 J. Lager begnadigt
- Soroka, Stepan* Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, 1961 zu 15 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1971 gestorben
- Strus, Pjotr* Ukrainer, 1960 zu 10 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1970 entl.
- Strutinskij, Iwan Wasiljewitsch* geb. 1937, Ukrainer, Chordirigent, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 10 J. LSR, Ende 1968 entl.
- Swaritschewskaja, Mirosława Wasiljewna* geb. 1936, Ukrainerin, Absolventin der philologischen Fakultät der Lemberger Staatsuniversität, antisowjet. Prop. und Agit., am 24. 8. 1965 verh., 8 Monate Freiheitsstrafe, am 18. 4. 1966 vorz. entl.
- Swetlitschnyj (Switlitschnyj), Iwan* geb. 1925, Ukrainer, Literaturkritiker, am 4. 9. 1965 verh., im Apr. 1966 entl.
- Scherschen* Ukrainer, 1962 zu 6 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1968 entl.
- Schewtschuk, Anatolij Alexandrowitsch* geb. 1937, Ukrainer, Schriftsteller, vor der Verhaftung Linotypist, antisowjet. Prop. und Agit., am 23. 5. 1966 verh., 5 J. LSR, 1970 entl. (vorz. oder amnestiert)
- Schmurak, Semen Schulimowitsch* Jude, Ausreisegesuch nach Israel, »geringfügiges Hooliganentum«, am 26. 9. 1970 verh., 15 Tage, am 12. 10. 1970 entl.
- Schumuk, Daniil* Ukrainer, »Gruppe um D. Schumuk«, 1957 zu 10 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1967 entl.
- Schust* Ukrainer, 1962 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt
- Tarnowskij (auch Tarnawskij), Nikolaj* Ukrainer, Mitgl. der marxistischen Gruppe in Odessa, 1965 zu 6 J. Lager verurteilt
- Tegiwex* Ukrainer, Arbeiter, Mitgl. des UNK, 1961 zu 12 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Terschiwskaja, Mirosława* Ukrainerin, Ehefrau Dikijs, antisowjet. Prop. und Agit., 1965 verh., 3 J. LSR und 3 J. Verb.

- Tichij, Alexej* Ukrainer, 1958 zu 5 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1963 entl.
- Tichij* (einer der beiden Brüder), Ukrainer, Sache der ukrain. Sprache, 1960 zu 10 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1970 entl.
- Tichij* (der andere Bruder), Ukrainer, Sache der ukrain. Sprache, 1960 zu 10 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1970 entl.
- Tkatschuk, Jeremej (Jarema) Stepanowitsch* geb. 1933, Ukrainer, Dreher, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 10 J. LSR, Ende 1968 entl.
- Trasjuk* Ukrainer, 1963 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt
- Tschakowskich, W. P.* Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Okt. 1971 verh., 4 J. ITL mit SR
- Tschebi (oder Nebi), Mustafa K-Tat*, Versuch, als Zeuge im Prozeß gegen 2 Krimtataren aufzutreten, am 27. 8. 68 verh., 15 Tage, am 12. 9. 68 entl.
- Tschernowol (Tschernowil), Wjatscheslaw Maximowitsch* geb. 1938, Absolvent der Fakultät für Journalistik an der Kiewer Staatsuniversität, Korrespondent des Kiewer Rundfunks und Fernsehens, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 8. 7. 66 verh., 3 Monate Besserungsarbeiten mit 20%igem Lohnabzug, am 3. 8. 67 erneut verh., 3 J. LOR, am 3. 2. 69 amnestiert
- Tschernyschew, Wladimir* Ukrainer, 1962 zu 4 J. Freiheitsstrafe verurteilt, 1966 entl.
- Tschobanow, Mamedi* geb. 1944, K-Tat, »geringfügiges Hooliganentum«, am 26. 6. 1968 verh., 15 Tage, am 11. 7. 1968 entl., wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt am 26. 8. 1968 erneut verh., 3 J. Freiheitsstrafe
- Tschobanow, Umerdschan K-Tat*, Bruder von Mamedi Tschobanow, am 26. 8. 1968 verh., festgehalten bis nach dem Prozeß des Bruders (einige Stunden), am gleichen Tag entl.
- Tschubatyj, Mefodij* geb. 1938, Ukrainer, Lehrer, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Aug. 1965 verh., 4 J. auf Bewährung
- Turik, Andrej* Ukrainer, Landesverrat, 1957 Todesstrafe, zu 15 J. LOSOR begnadigt
- Tymkow (Tymkiw), Bogdan Iwanowitsch* geb. 1935, Ukrainer, Student, Mitgl. der Vereinigten Partei zur Befreiung der Ukraine, im Dez. 1958 verh., 10 J. LSR, Ende 1968 entl.
- Wasyluk, Wladimir* geb. 1925, Ukrainer, Schmied in einer Kolchese, antisowjet. Prop. und Agit., 1967 zu 6 J. Freiheitsstrafe und 5 J. Verb. verurteilt
- Wercholjak, Dmytro* Ukrainer, Mediziner, zu 25 J. Lager verurteilt
- Wirun, Stepan Martynowitsch* geb. 1932, Ukrainer, Propagandist des Rayonkomitees der KP der Ukraine in Radechow, Gründer der URSS, am 20. 1. 1961 verh., 11 J. Lager
- Wodinjuk (Wodjanjuk), O. W.* Ukrainer, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 verurteilt
- Worobjow, Alexej* Ukrainer, 1962 zu 4 J. Freiheitsstrafe verurteilt.

Belorussische SSR

Prochorenkow, Alexej Nikanorowitsch geb. 1927, Russe, parteilos, Tischler, am 5. 6. 70 verh., 5 J. Freiheitsstrafe

Usbekische SSR

Abchairov, Sadi K-Tat, Ingenieur, Volksfest »Derwise«, wegen Verleumdung des Sowjetstaates und Widerstand gegen die Staatsgewalt am 21. 4. 68 verh., 2 J. LSR, Ende Apr. 1970 entl.

Abdulchakowa, Elmira geb. 1947, K-Tat, Studentin, Protest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. od. 2. 9. 67 verh., 3 J. auf Bewährung

Abduldshemilew, Dshepar geb. 1934, K-Tat, Kraftfahrer, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, Mitte Okt. 1968 entl.

Abduldshemilew, Fewser geb. 1939, K-Tat, Student, Kranzniederlegung am Lenin-Denkmal in Andishan, am 22. 4. 67 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, Ende April 1970 entl.

Abdulgasijew, Enwer geb. 1940, K-Tat, Ingenieur, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 1½ J. Freiheitsstrafe, Ende Okt. 1969 entl.

Abdullajew, Eswet geb. 1938, K-Tat, Student, Unterzeichnung einer Beschwerde gegen den Gebietssekretär der KP von Usbekistan in Fergana an das ZK der KPdSU, 3 J. Freiheitsstrafe, Ende Sept. 1968 entl.

Abduraimow, Nuri geb. 1940, K-Tat, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 8. 1. 70 verh., 2 J. LOR

Abduramanow, Abdugafar geb. 1929, K-Tat, Maurer, Unterzeichnung einer Beschwerde gegen den Gebietssekretär der KP von Usbekistan in Fergana an das ZK der KPdSU, 2 J. Freiheitsstrafe, Ende Sept. 1968 entl.

Abduramanow, Amet geb. 1913, K-Tat, Fahrdienstleiter, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.

Abduramanow, Mansur geb. 1936, K-Tat, Kraftfahrer, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, Mitte Okt. 1968 entl.

Abduramanow, Schewket K-Tat, Produktionsleiter einer Bauverwaltung in Taschkent, antisowjet. Prop. und Agit., am 10./11. 10. 61 zu 7 J. LSR verurteilt, im Okt. 1968 entl.

Abibullajew, Ibraim geb. 1926, K-Tat, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, Ende April 1970 entl.

- Abibulajew, Schewket* K-Tat, aus Taschkent, vor Nov. 1968 verh.
- Abljasisow, Abdurweli* geb. 1949, K-Tat, Kranzniederlegung am Lenin-Denkmal in Andishan, am 22. 4. 67 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, Ende April 1968 entl.
- Achtemow, Eschref* geb. 1927, K-Tat, Schlosser, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 3 J. auf Bewährung, darf in dieser Zeit die Stadt Tschirtschik nicht verlassen
- Alamanow, Rustem* geb. 1935, K-Tat, Tischler, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Alijew, Femi* geb. 1933, K-Tat, aus Jangjul, 1966 von Milizsoldaten erschossen
- Alimow, Reschat* geb. 1938, K-Tat, Kraftfahrer, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 2½ J. LSR, Ende Okt. 1970 entl.
- Altschikow, Arsen* geb. 1941, K-Tat, stellv. Abteilungsleiter des Bautrusts in Taschkent, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 2 J. LOR, im Sept. 1969 entl.
- Ametowa, Swetlana* geb. 1941, K-Tat, Krankenschwester, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 23. oder 24. 9. 68 verh., 10 Monate Untersuchungshaft, am 5. 8. 69 entl.
- Asanow, Achmed* geb. 1939, K-Tat, Kraftfahrer, am 8. 4. 62 verh., wegen Mangel an Beweisen nach einigen Tagen entl., Demonstration in Taschkent, »geringfügiges Hooliganentum«, am 1. 5. 69 verh., 15 Tage Haft, am 16. 5. 69 entl.
- Asanow, Parich* K-Tat, Bruder von Sampira Asanowa, Absolvent des Transportinstituts in Taschkent, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 2½ J. LOR, Anfang März 1970 entl.
- Asanow, Usejn* geb. 1930, K-Tat, Ladarbeiter, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 1 J. LOR. Anfang Sept. 1968 entl.
- Bajramow, Reschat* geb. 1943, K-Tat, Montearbeiter, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 13. 9. 68 verh., 3 J. LOR
- Barijew, Ajder* geb. 1938, K-Tat, Traktorenführer, Mechaniker und Baggerführer, antisowjet. Prop. und Agit., am 12./13. 9. 68 verh., 1½ J. LOR, Mitte März 1970 entl.
- Bekirrow, Ljutfi* K-Tat, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 8. oder 9. 10. 66 verh., 15 Tage, am 24. 10. 66 entl.
- Biljalow (Leljalow), S.* geb. 1935, K-Tat, Arzt, Widerstand gegen die Miliz, am 9. 4. 70 verh., 3 Monate Freiheitsstrafe, die Strafe wurde 1 J. auf Bewährung ausgesetzt
- Chairow, Isset Serwerowitsch* geb. 1938, K-Tat, Ingenieur-Physiker, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 13. 9. 68 verh., 1½ J. LOR, am 13. 7. 70 entl.
- Chajretdinowa, Chatisbe* geb. 1924, K-Tat, eine der 10 K-Tat, die mit

- Mikojan in Moskau zusammentrafen, am 6. 9. 65 verh., 6 Monate Freiheitsstrafe, Anfang März 1966 entl.
- Chalibajew, Sejdamet* geb. 1936, K-Tat, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 4. 11. 66 verh., 2 J. LSR, Anf. Nov. 1968 entl., Ende Dez. 1969 erneut verh., 1 J. LOR, Ende Dez. 1970 entl.
- Chalilowa, Munire* geb. 1943, Krankenschwester, antisowjet. Prop. und Agit., am 13. 9. 68 verh., 10 Monate Freiheitsstrafe, am 5. 8. 69 entl.
- Chodshajewa, Ulwije* geb. 1940, K-Tat, Stenotypistin, Kranzniederlegung am Lenin-Denkmal in Andishan, am 22. 4. 67 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, Ende April 70 entl.
- Dagdschijew, Ali-Risa* geb. 1937, K-Tat, Angest. eines Kraftwerkes, Widerstand gegen die Miliz, am 12. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Dinnuchamedow, Raschid* geb. 1929, 1969 zu 13 J. LOSOR verurteilt, im Dez. 1969 Selbstmord
- Dshemilew, Eskender* geb. 1937, K-Tat, Lehrer, wegen »Hooliganentum« am 6. 9. 65 verhaftet, 1 J. Freiheitsstrafe, Anfang Sept. 1966 entl.
- Dshemilew (oder Abduldshemil), Mustafa* geb. 1943, K-Tat, Student, »geringfügiges Hooliganentum«, am 9. 1. 66 verh., 15 Tage, am 24. 1. 66 entl., Wehrdienstverweigerung, am 12. 5. 66 erneut verh., 1½ J. LOR, Mitte Nov. 1967 entl. als Mitgl. der IG am 11. 9. 69 erneut verh., 3 J. LSR
- Dshemilew, Reschat* geb. 1932, K-Tat, Ingenieur, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 13. 12. 67 verh., 1 J. Besserungsarbeiten mit 20%igem Lohnabzug, Mitte Dez. 1968 entl., Demonstration der Krimtataren auf dem Majakowskij-Platz in Moskau, am 6. 6. 69 verh., am 7. 6. 69 unter Bewachung nach Nishne-Bakanskij abgeschoben, wegen »geringfügigen Hooliganentums« am 15. 6. 69 verh., 15 Tage, Ende Juni 1969 entl., Ende August 1969 wegen antisowjet. Prop. und Agit. neue Untersuchungen eingeleitet
- Dshepparow, Nuritdin* geb. 1940, K-Tat, Kraftfahrer, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Eminow, Ruslan Jakubowitsch* geb. 1939, K-Tat, Ingenieur, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, 6 Monate Besserungsarbeiten mit 15%igem Lohnabzug, im Febr. 1970 entl.
- Gafarow, Ridwan* geb. 1915, K-Tat, Elektromonteur, Rentner, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 15. 10. 66 verh., 1 J. LOR, am 15. 10. 67 entl., am 13. 9. 68 erneut verh., 1 J. LOR, im Sept. 1969 entl.
- Gugijew (Gulijew), Bose* geb. 1932, K-Tat, Schlosser, Kranzniederlegung am Lenin-Denkmal in Andishan, am 22. 4. 67 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, Ende Apr. 1970 entl.
- Gusejnowa, Lennara* geb. 1939, K-Tat, Ingenieur, Meeting zu Ehren

- des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 6 Monate Besserungsarbeiten mit 20%igem Lohnabzug, Mitte April 1967 entl., Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Okt. 1968 zu 1 J. auf Bewährung verurteilt
- Ibrahimow, Sejtulla* geb. 1938, K-Tat, Ingenieur, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 3 J. LOR, Anf. Sept. 1970 entl.
- Ismailow (Ismajlow), Refat* geb. 1926, K-Tat, Elektroschweißer, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 3 J. LSR
- Jasydshijew, Ismail Mustafajewitsch* geb. 1920, K-Tat, Lehrer, am 16. 5. 68 in Moskau verh. und unter Bewachung ausgewiesen, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 27. 12. 68 verh., 1 J. LOR, Ende Dez. 1969 entl.
- Kadyrow, Nariman* K-Tat, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 8. 10. 66 verh., am gleichen Tag entl., Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 2½ J. LOR, Anf. März 1970 entl.
- Kadyjew, Rollan Kemalwitsch* geb. 1937, K-Tat, Lehrer der Staatsuniversität in Samarkand, Wissenschaftler-Physiker, zwischen 16. und 18. 5. 68 in Moskau verh. und unter Bewachung ausgewiesen, antisowjet. Prop. und Agit., am 7. oder 8. 10. 68 verh., 3 J. LOR, am 8. 10. 71 entl.
- Kapranow, Michail Sergejewitsch* geb. 1944, Russe, Lehrer, am 5. 8. 69 verh.
- Karajew, Enwer* geb. 1930, K-Tat, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Karajew, Ismail* geb. 1915, K-Tat, Agronom, Unterzeichnung der Beschwerde gegen den Gebietssekr. der KP von Usbekistan in Fergana an das ZK der KPdSU, 1 J. Freiheitsstrafe, Ende Sept. 1967 entl.
- Karalijewa, Medine* geb. 1927, K-Tat, Malerin, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., Besserungsarbeiten mit 20%igem Lohnabzug
- Kasimow (Kasymow), Idris* geb. 1935, K-Tat, Schlosser, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, Ende Juni 1968 verh., 1 J. Untersuchungshaft, Ende Okt. 1969 entl.
- Kasymow, Diljaver* K-Tat, Rede auf dem Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 9. 10. 66 verh., 15 Tage, am 24. 10. 66 entl.
- Kontuganskaja, Tamara* Ehefrau des Krimtataren A. Altschikow, Lehrerin, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 1967 verh., 3 J. auf Bewährung
- Marachas, Nurfet* geb. 1942, K-Tat, Ingenieur, Informationen über Krimtataren, im Mai 1970 verh.
- Martynow, Muarrem* K-Tat, Dichter, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im März 1970 zu 2 J. auf Bewährung verurteilt

- Memetow, Enwer* geb. 1939, K-Tat, Mitarbeiter des Rechenzentrums der Akad. der Wissenschaften der UdSSR, Zugeh. zu antisowjet. Organisationen, antisowjet. Prop., Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 22. 11. 67 verh., 3 J. LUR, zu 1½ J. begnadigt, am 22. 5. 69 entl.
- Memetow, Sejdamet* geb. 1941, K-Tat, Schweißer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 3. 1. 68 verh., 6 Monate Freiheitsstrafe
- Molajew (Mollajew), Amet* geb. 1905, K-Tat, Rentner, Hochschulbildung, chem. Partisan, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. oder 24. 4. 68 verh., 3 J. auf Bewährung, darf in dieser Zeit die Stadt Tschirtschik nicht verlassen
- Muratow, Ramasan* geb. 1907, K-Tat, Invalide, chem. Partisan, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, 1 J. LSR, Anf. Nov. 1969 entl.
- Mustafajew, Enwer* K-Tat, Widerstand gegen die Miliz, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 1½ J. LSR, Anf. März 1969 entl.
- Nimetullajew, Weliulla* K-Tat, Lehrer, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 23. 10. 66 verh., 15 Tage, Anf. Nov. 1966 entl.
- Omerow, Marat* geb. 1937, K-Tat, Meister einer Traktorenfabrik, Sache des »Jugendverbandes der Krimtataren«, am 8. 4. 62 verh., 4 J. LSR, am 8. 4. 66 entl.
- Osmanow, Jusuf (Jurij)* geb. 1941, K-Tat, Ingenieur, Zugeh. zu antisowjet. Org., Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 5. 1. 68 verh., 2½ J. LUR, im Juli 1970 entl.
- Osmanow, Sabri* geb. 1936, K-Tat, Aspirant-Physiker, Lehrer an der Staatsuniversität in Samarkand, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 6. 2. 68 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, im Juni 1969 entl.
- Patel, Annas* geb. 1914, K-Tat, Kraftfahrer, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, Mitte Okt. 1968 entl.
- Rasinow, Jusuf* geb. 1908, K-Tat, Rentner, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 28. 6. 68 verh., 1 J. auf Bewährung
- Sachbat, Mustafa* geb. 1937, K-Tat, Ingenieur, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Saledinow, Chalil* geb. 1910, K-Tat, Offizier der Reserve, Rentner, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 3 J. auf Bewährung, darf in dieser Zeit die Stadt Tschirtschik nicht verlassen
- Schabanow, Eldwar* K-Tat, Kraftfahrer, eröffnete das Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 9. 10. 66 verh., 15 Tage, am 24. 10. 66 entl., Übertretung des Paßgesetzes, am 2. 5. 69 in Belogorsk auf der Krim erneut verh., 2 J. Verbannung außerhalb der Krim
- Seferow, Enwer* geb. 1924, K-Tat, Leiter der NOT in Leninabad, antisowjet. Prop. und Agit., im Okt. 1961 zu 5 J. LSR verurteilt, im Okt. 1966 entl.

- Seferow, Ridwan* geb. 1935, K-Tat, Leiter der Gruppe der NOT in Tschirtschik, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 21. 4. 68 verh., 2½ J. Freiheitsstrafe, Ende Okt. 1970 entl.
- Sejdametow, Refat* geb. 1941, K-Tat, Kraftfahrer, Hooliganentum, am 6. 9. 65 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, Anf. Sept. 1966 entl.
- Sejtablajew, Sejtchalil* geb. 1928, K-Tat, Elektroschweißer, Widerstand gegen die Miliz, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 3 J. auf Bewährung
- Sejtablajew (Seitablajew), Schewket* geb. 1941, K-Tat, Produktionsleiter einer Montagekolonne, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 28. 6. 68 verh., 1 J. Untersuchungshaft, Ende Okt. 1969 entl.
- Sejtbekiron, Adil* geb. 1938, K-Tat, Ingenieur, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. oder 11. 10. 66 verh., 2 J. LSR, Mitte Okt. 1968 entl.
- Sejtmerow, Sejtabla* geb. 1938, K-Tat, Kraftfahrer, geringfügiges Hooliganentum, am 10. 4. 68 verh., 15 Tage, am 19. 4. 68 entl., am 4. 10. 68 unter Mordverdacht erneut verhaftet, im Prozeß Unschuld bewiesen
- Sejtmuratowa, Chatidshe* K-Tat, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 10. 10. 66 verh., 15 Tage, am 25. 10. 66 entl.
- Sekerajew, Idris* geb. 1939, K-Tat, Ingenieur, Volksfest »Derwise«, am 21. 4. 68 verh., 1 J. Freiheitsstrafe, Ende April 1969 entl.
- Sulejmanowa, Sajde* geb. 1930, K-Tat, Arbeiterin, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, im Dez. 1967 zu 3 J. auf Bewährung verurteilt
- Trachtenberg, Emilia Riwwinowna* Jüdin, Bibliothekarin, Schreiben an den Vors. des Ministerrats der UdSSR und an das Außenmin. der UdSSR wegen der Unterdrückung der Juden in der Sowjetunion, verh., im Sept. 1971 zu 3 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Tschelebijew, Dsheljal* geb. 1936, K-Tat, Ingenieur, Massenprotest gegen das ZK der KP von Usbekistan, am 27. 8. oder 2. 9. 67 verh., 3 J. LSR, Anf. Sept. 1970 entl.
- Tschokmar, A. R.* geb. 1917, K-Tat, Arbeiter, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 1 J. LOR, Mitte Okt. 1967 entl.
- Tsykow, Lennar Ibrahimowitsch* geb. 1930, K-Tat, Mechaniker, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 1 J. LOR, Mitte Okt. 1967 entl.
- Umerow, Ljuman* K-Tat, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, im Juni 1968 zu 1 J. Freiheitsstrafe verurteilt, Ende Okt. 1968 entl.
- Umerow, Risa* geb. 1920, K-Tat, Elektroschweißer, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 25. 9. oder 28. 10. 68 verh., 2 J. auf Bewährung
- Umerow, Seit-Amsa* geb. 1939, K-Tat, Student, Sache des »Jugendverbandes der Krimtataren«, am 8. 4. 62 verh., 3 J. LSR, im April 1965 entl.

- Usejnowa, Salicha* geb. 1932, K-Tat, Arbeiterin, Meeting zu Ehren des 45. Gründungstages der Krim-ASSR, am 15. 10. 66 verh., 2 J. Freiheitsstrafe, Mitte Okt. 1968 entl.
- Weliullajew, Aider* geb. 1940, K-Tat, Elektromonteur, Kranzniederlegung am Lenin-Denkmal in Andishan, am 22. 4. 67 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, Ende April 1970 entl.

Kasachische SSR

- Altrechow, I. I.* aus Semipalatinsk, 1962 verh., 5 J. LSR oder Verb.
- Dolischnij, Ju.* Ukrainer, Vertreter der ukrain. Intelligenz, in Karaganda, zu einer Freiheitsstrafe in LSR verurteilt
- Schafer, Naum* Philologe, Jude, Verleumdung der sowjet. Staatsordnung, am 7. 9. 71 verh., 1½ J. Freiheitsstrafe

Georgische SSR

- Burstein, Semen* geb. 1917, Jude, nach Juni 1970 verh., vor Nov. 1970 Ausreiseerlaubnis nach Israel
- Dshanaschwili, Wenjamin Isakowitsch* Jude, am 9. 7. 70 in Tbilisi verh.
- Dshendshichanaschwili, Abram* Jude, am 9. 7. 70 in Tbilisi verh.

Litauische SSR

- Dragunas (Dragunis), Richard Iosewitsch* geb. 1949, Litauer, parteilos, Arbeiter, antisowjet. Prop. und Agit., im Dez. 1969 verh., 4 J. Freiheitsstrafe
- Gajauskas, Balis (Walis)* Litauer, nationale Befreiungsbewegung
- Gembutas, Justas* Litauer
- Griljus, Simonas (Simon) Aronowitsch* Jude aus Klajpeda, Ingenieur
- Jablaskus* Litauer, Verteilung von Flugblättern, 1970 verh., Zwangseinweisung in die PB in Kaunas
- Kodene, Berute* geb. 1919, Kolchosbäuerin, Mitgl. der nationalen Widerstandsbewegung vor 20 Jahren, deswegen 1968 verh., 10 J. Lager
- Kudirka, Simas* geb. 1929, Litauer, Funker eines litauischen Fischfangschiffes, Fluchtversuch, 1971 verh., 10 J. LSR

- Lankauskas, Juozas* geb. 1913, Litauer, 1950 verh., am 18. 12. 1969 im Lager Selbstmord
- Statkjawitschjus, Algis* geb. 1937, Litauer, Soziologe, antisowjet. Prop. und Agit., am 18. 5. 70 verh., Zwangseinweisung in eine PB
- Steno-Kjawitschjus, Jonas* geb. 1902, Litauer, im Dez. 1969 im Lager gestorben
- Telkenis, Albinas* geb. 1924, Litauer, Agronom, wissenschaftl. Mitarbeiter des Botanischen Instituts in Kaunas, Kritik an der Parteipolitik auf dem Gebiet der Landwirtschaft, am 29. 9. 69 verh., 3 J. LSR
- Wajwada* Litauer
- Waranawitschjus* Litauer

Moldau-SSR

- Dragosch (Dragisch), Nikolaj Fedorowitsch* geb. 1932, Russe, Direktor einer Schule für Arbeiterjugend, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 zu 7 J. ITL verurteilt
- Galperin, Alexandr* geb. 1946, Jude, Ingenieur aus Kischinew, Versuch einer Flugzeugentführung, am 23. 7. 70 verh., 2½ J. ITL mit SR
- Goldfeld, A. M.* Jude, Ingenieur, Versuch einer Flugzeugentführung, am 21. 6. 71 zu 4 J. ITL mit SR verurteilt
- Kirschnew (Kishner), Harry* Jude, Lehrer aus Kischinew, Versuch einer Flugzeugentführung, am 15. 8. 70 verh., 2 J. ITL mit SR
- Kutscherjans, Nikolaj Sergejewitsch* geb. 1941, Moldauer, parteilos, Student, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 zu 6 J. Freiheitsstrafe verurteilt
- Lewit, Semen Abramowitsch* geb. 1947, Jude, Ingenieur aus Kischinew, Verbreitung antisowjet. Literatur, am 15. 11. 70 verh., 2 J. ITL mit SR
- Mischener, Josif* geb. 1936, Lehrer, 1969 aus der KPdSU ausgeschl. und von seinem Posten entlassen, Brief an das ZK der KPdSU über die ČSSR, im Febr. 1970 verh., 6 J. Freiheitsstrafe
- Odobesku, Jakob Wladimirowitsch* geb. 1900, Moldauer, Bienenzüchter einer Sowchose, Briefe mit der Forderung, die mold. Kultur vor Russifizierung zu schützen, im Juli 1967 verh., 7 J. LSR
- Postalaki, Wasilij Wasiljewitsch* geb. 1936, Moldauer, Student, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 verh., 6 J. Freiheitsstrafe, Ende Dez. 1970 entl.
- Rabinowitsch, Dawid* geb. 1946, Jude, Ingenieur aus Kischinew, antisowjet. Prop. und Agit. und Zugeh. zu einer antisowjet. Organisation, Ende Juli 1970 verh., 1 J. ITL mit SR

- Suslonskij (Suslenskij), Jakow Michajlowitsch* geb. 1928, Lehrer, Briefe an das ZK der KPdSU über die ČSSR und das Fehlen der Redefreiheit, Aufnahme der BBC-Sendungen über Solshenizyn, im Febr. 1970 verh., 7 J. Freiheitsstrafe
- Tarnowskij, Nikolaj Andrejewitsch* geb. 1940, Ukrainer, Lehrer, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 verh., 7 J. ITL
- Trachtenberg, Lasar A.* Jude aus Kischinew, Verbreitung antisowjet. Literatur, am 15. 8. 70 verh., 2 J. ITL mit SR
- Tschemertan, Sergej* geb. 1938, Moldauer, parteilos, Student, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 verh., 5 J. Freiheitsstrafe, im Jan. 1968 begnadigt
- Tscherdynzew, Iwan Alexejewitsch* geb. 1938, Russe, Lehrer einer Schule für Arbeiterjugend, Gründung des »Demokratischen Bundes der Sozialisten«, 1964 verh., 6 J. Gefängnis und 4 J. Lager
- Tschernoglas, Dawid Iserowitsch* geb. 1939, Jude, Agronom, Ausreisegesuch nach Israel, auf der Dienstreise am 15. 6. 70 verh., 5 J. ITL mit SR
- Woloschin, Arkadij* Jude, Mitarbeiter eines Instituts in Kischinew, Versuch einer Flugzeugentführung, am 15. 8. 70 verh., 2½ J. ITL mit SR

Lettische SSR

- Alexandrowitsch, Ruta Isakowna* geb. 1942, Jüdin, Krankenschwester, Studentin, Ausreisegesuch nach Israel, am 7. 10. 70 verh., 1 J. LSR, am 7. 10. 71 entl., am 29. 10. 71 Ausreise nach Israel
- Bajkows, Witold* geb. 1939, Lette, antisowjet. Prop. und Agit., 1962 verh., 4 J. Freiheitsstrafe, 1966 entl.
- Bergs* polit. Häftling aus dem Baltikum, nach Entlassung aus dem Lager vor 1967 ermordet
- Bersin (Bersinsch), Gumar* Lette, Expeditur, Verbreitung von Flugblättern über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR, die ČSSR, die sowjet.-chinesischen Beziehungen und die Nationalitätenfrage, kurz nach dem 7. 11. 69 verh., 3 J. LSR
- Doronina, Lidia Andrejewna* Lettin, Ökonoministin, verbüßte in den 50er Jahren wegen »Versteckens einer Amtsperson der bourgeoisen Republik« und Verbreitung von Samisdat-Materialien 5 J. Lagerstrafe, wurde am 3. 8. 70 wegen Verleumdung der sowjet. Staatsordnung erneut verh., 2 J. Lager
- Fejgin, Hirsch Isakowitsch* Jude, aus Riga, im Kriege Major, Ausreisegesuch nach Israel abgelehnt, sandte am 4. 5. 70 seine 7 Auszeichnungen zurück, ersuchte am 30. 7. 70 um Aberkennung der

- sowjet. Staatsangehörigkeit, am 18. 12. 70 verh., Zwangseinweisung in eine PB, um den 8. 1. 71 entl.
- Gejlane, Biruta* Lettin, geb. 1950, hängte lettische Nationalfahne auf, im Juni 1969 verh., 1½ J. LSR
- Ginars, Astra* Lettin, nationale Befreiungsbewegung
- Jachimowitsch, Iwan Antonowitsch* geb. 1931, Pole, Absolvent der Lettischen Staatsuniversität, Philologe, Lehrer, Kolchosvorsitzender, am 22. 1. 68 Brief an Suslow, von seinem Posten entl., aus der KPdSU ausgeschlossen, am 24. 3. 69 verh., in die PB in Riga eingewiesen, 1971 entl.
- Kahinisch, Wiktor Janowitsch* geb. 1938, Lette, Journalist, »Baltische Föderation«, am 15. 4. 62 verh., 10 J. LSR
- Kapizinsch, Jan* geb. 1917, Lette, 15 J. LSR, am 16. 1. 1970 gestorben
- Liepin, E.* Jüdin, Schändung der Staatsfahne, am 7. 11. 69 verh., 1 J. Lager, im Nov. 1970 entl.
- Lietawistas, Imant* geb. 1945, Litauer, antisowjet. Prop. und Agit., 1962 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, 1965 entl.
- Lishbowski, Ewald* geb. 1939, Lette, Steuermann, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 verh., 4 J. Freiheitsstrafe, 1965 entl.
- Ljuk (Lik), Walerij* Lette, Expeditur, Verbreitung von Flugblättern über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR, die ČSSR, die sowjet.-chinesischen Beziehungen und die Nationalitätenfrage, kurz nach dem 7. 11. 69 verh., 1½ J. LSR
- Lutbarsch, Jan* Lette, am 5. 5. 70 im Lager gestorben
- Mafster (Mafzer), Boris* geb. 1944, Jude, Ingenieur, Landesverrat und Zugeh. zu antisowjet. Organisationen, am 5. 8. 70 verh., 1 J. LSR, am 4. 8. 71 entl.
- Markant (Markants), Laimonis* geb. 1951, Lette, Inspekteur einer Hochspannungsanlage, Verbreitung von Flugblättern über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR, die ČSSR, die sowjet.-chinesischen Beziehungen und die Nationalitätenfrage, kurz nach dem 7. 11. 69 verh., 1½ J. LSR
- Melnikans*, polit. Häftling aus dem Baltikum, vor dem 1. 7. 67 aus dem Lager entl., nach der Entlassung ermordet
- Menders, Fritz* geb. 1885, einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, 1940 verbannt, 1955 amnestiert, antisowjet. Prop. und Agit., im Herbst 1969 verh., 5 J. Verb.
- Misudowin* geb. 1949, Jude, sollte am 8. 11. 69 nach Israel auswandern, wurde am 7. 11. 69 verh., 1½ J. Lager
- Ofkints, Uldis Wiljamowitsch* geb. 1941, Lette, Kameramann des Rigaer Filmstudios, »Baltische Föderation«, am 18. 5. 62 verh., 10 J. Freiheitsstrafe
- Rijnisks, Dailis Janowitsch* geb. 1934, Lette, Kraftfahrer, »Baltische Föderation«, am 18. 4. 62 verh., 15 J. Lager, am 9. 6. 71 amnestiert
- Rijnisks, Jan Janowitsch* geb. 1908, Arbeiter, »Baltische Föderation«, am 14. 6. 62 verh., 7 J. Freiheitsstrafe und 4 J. Verb., 1967 begnadigt

- Rips, Ilja* geb. 1948, Jude, Student, am 13. 4. 69 Versuch einer Selbstverbrennung, verh., Zwangseinweisung in eine PB, im Apr. 1971 entl.
- Rode, Gumar Iskarowitsch* geb. 1934, Lette, Student, »Baltische Föderation«, am 15. 4. 62 verh., 15 J. Freiheitsstrafe
- Rosenberg, Siedonis Robertowitsch* geb. 1943, Lette, Arbeiter, »Baltische Föderation«, am 14. 6. 62 verh., 6 J. Freiheitsstrafe, 1965 begnadigt
- Rudsitis, Walter* geb. 1942, Lette, besuchte vor der Verhaftung eine technische Lehranstalt, antisowjet. Prop. und Agit., 1961 verh., 3 J. Freiheitsstrafe, 1964 entl.
- Scheffers, Karl* Lette
- Schepschelowitsch, Michail* geb. 1943, Jude, im Sept. oder Okt. 1970 verh., 2 J. LSR
- Sibaks, Ajna Martinowna* geb. 1933, Lettin, Abteilungsleiterin der Rigaer Bibliothek, »Baltische Föderation«, am 16. 4. 62 verh., 12 J. Freiheitsstrafe
- Silmale, Maja* Lettin, Übersetzerin, am 29. 12. 70 Zeugin im Prozeß gegen Doronina, am gleichen Tag verh.
- Skienieks, Knut Emiljewitsch* geb. 1936, Lette, Dichter, Journalist, »Baltische Föderation«, am 17. 4. 62 verh., 7 J. Freiheitsstrafe, im April 1969 entl.
- Spielberg, Aron (Arkadij) Abramowitsch* geb. 1938, Jude, Ingenieur, Gesuch auf Aberkennung der sowjet. Staatsangehörigkeit, am 5. 8. 70 verh., 3 J. LSR

Kirgisische SSR

- Isatow, Alles* Georgier-Meschete, Sekretär des Komsomolkomitees des Landwirtschaftstechnikums in Frunse, »geringfügiges Hooliganentum«, im März 1966 verh., 15 Tage, Mitte April 1966 entl.
- Odabaschew (auch Chosrawanadse oder Chosrewanadse), Emver* geb. 1912, Georgier, Historiker, Offizier der Reserve, Vorsitzender des provis. Organisationskomitees für die Rückkehr der Mescheten in die Heimat (GOKO), »geringfügiges Hooliganentum«, im März 1966 verh., 15 Tage, Mitte April 1966 entl., am 19. 4. 69 erneut verh., unter dem Druck der Mescheten entl., am 7. 8. 1971 zum 3. Mal verh., 2 J. Freiheitsstrafe

Armenische SSR

- Ajrikjan, Parujr A.* geb. 1949, Armenier, Student, nationale Befreiungsbewegung, im April 1969 verh., 4 J. LSR
- Amirdshanjan, Chatschik* geb. 1933, Armenier, Redakteur der Zeitung der Universität Jerewan, antisowjet. Prop. und Agit., 1964 verh., 5 J. Freiheitsstrafe, 1967 begnadigt
- Antonjan, Arist* geb. 1934, Armenier, Arbeiter, nationale Befreiungsbewegung, 1968 verh., 5 J. LSR
- Arutjunjan, Schajen* geb. 1939, Armenier, Student, nationale Befreiungsbewegung, 1968 verh., 3 J. Freiheitsstrafe
- Aruschhanjan, Lewon* geb. 1939, Armenier, Arbeiter, »Sache der Sieben«, 1968 verh., 1½ J. LSR, Mitte 1970 entl.
- Aschikjan, A. O.* geb. 1949, Armenier, Student, nationale Befreiungsbewegung, kurz nach dem 24. 4. 69 verh., 2 J. LSR
- Babajan, A. U.* geb. 1915, Armenier, Lehrer, Mitarbeiter der Samisdat-Zeitschrift »Wo imja Rodiny«, 1968 verh., 6 J. LSR
- Babajan, Wigen* geb. 1941, Armenier, Student, »Sache der Drei«, 1964 verh., 5 J. Freiheitsstrafe, 1969 entl.
- Barsegow, R. S.* geb. 1950, Armenier, Schlosser, nationale Befreiungsbewegung, kurz nach dem 24. 4. 69 verh., 6 Monate Freiheitsstrafe, im Febr. 1970 entl.
- Chatschatrjan, Ajk Karajewitsch* geb. 1920, Armenier, Kunstmaler, »Sache der Drei«, 1968 verh., 5 J. Freiheitsstrafe
- Chatschatrjan, A. S.* geb. 1951, Armenier, Student, nationale Befreiungsbewegung, kurz nach dem 24. 4. 69 verh., 6 Monate Freiheitsstrafe, im Febr. 1970 entl.
- Ekinjan, Georg R.* geb. 1936, Armenier, Schlosser, Mitarbeiter der Samisdat-Zeitschrift »Wo imja Rodiny«, 1969 zu 6 J. LSR verurteilt
- Gjumaschjan, Schirak P.* geb. 1939, Armenier, Ingenieur, Mitarbeiter der Samisdat-Zeitschrift »Wo imja Rodiny«, 1968 verh., 4 J. LSR
- Nawasardjan, A. Z.* geb. 1950, Armenier, Motorist, nationale Befreiungsbewegung, kurz nach dem 24. 4. 1969 verh., 2 J. LSR
- Safarjan, Chastur* geb. 1933, Armenier, Lektor der Gesellschaft »Snanije«, antisowjet. Prop. u. Agit., 1964 verh., 4 J. Freiheitsstrafe, 1968 entl.
- Satikjan, Stepan* geb. 1946, Armenier, Student, nationale Befreiungsbewegung, 1968 verh., 4 J. LSR
- Torosjan, Sarkis Ch.* geb. 1935, Armenier, Kraftfahrer, Mitarbeiter der Samisdat-Zeitschrift »Wo imja Rodiny«, 1968 verh., 6 J. LSR
- Wasiljan, Owik M.* geb. 1936, Ingenieur, Armenier, nationale Befreiungsbewegung, 1968 verh., 6 J. LSR

Turkmenische SSR

Kekilowa, Annasoltan Dichterin, Schreiben an den XXIV. Parteitag der KPdSU und an das ZK der KPdSU mit Kritik an versch. Mängeln in Turkmenien, am 26. 8. 71 verh., Zwangseinweisung in eine PB

Estrnische SSR

Eichwald, Wladimir Wasiljewitsch Ingenieur, im April 1971 Zwangseinweisung in eine PB

Hanson, Ants geb. 1913, Este, 1946 verh., am 28. 9. 69 im Lager gestorben

Kallas, Teet geb. 1942, Este, Prosaiker, Redakteur der Zeitschrift ›Looming‹, antisowjet. Prop. und Agit., am 16. 10. 69 verh., Zwangseinweisung in eine PB

Lapp, Rajwo geb. 1947, Este, Laborant, illegaler Waffenbesitz, am 11. 12. 69 verh., 5 J. LSR

Niklus, Mart (Mart, Niklus) geb. 1932, Este, Orientalist, antisowjet. Prop. und Agit., 1960 verh., 7 J. Freiheitsstrafe, 1967 entl.

Pauljus, Emm geb. 1947, Este, Schlosser, illegaler Waffenbesitz, am 11. 12. 69 verh., 2½ J. Lager

Soldatow, Sergej I. Lehrer des Polytechnischen Instituts in Tallin, am 23. 9. 69 verh., am 23. 9. 69 entl.

Tamm, Swen geb. 1940, Este, illegaler Waffenbesitz, am 11. 12. 69 verh., 3 J. auf Bewährung, Mitte Juni 1970 entl.

Tarto, Emm Augustowitsch geb. 1938, Este, antisowjet. Prop. und Agit., Ende Juni 1962 verh., 5½ J. Freiheitsstrafe, Ende 1967 entl.

Wysu, Andres geb. 1946, Este, Kraftfahrer, illegaler Waffenbesitz, Zugeh. zu antisowjet. Organisationen, am 11. 12. 69 verh., 3½ J. LSR

Verhaftungs- oder Prozeßort unbekannt

Ajdow, Wjatscheslaw Versuch, eine Untergrunddruckerei zu gründen, 1967 zu 2½ J. LSR verurteilt

Andrejew 1942 Zeuge der internationalen Kommission bei der Untersuchung der Erschießung polnischer Offiziere in Katyn im Jahre 1940, 1944 verh., Ende 1969 oder Anf. 1970 im Lager gest.

Aslanow, Jusuf Tscherkesse

Bareta in einem LSR inhaftiert
Belorusskij in einem LSR inhaftiert
Berg Versuch, eine Untergrunddruckerei zu gründen, 1967 zusammen mit Ajdow zu 2 J. LSR verurteilt
Dolnik, Solomon Borisowitsch geb. 1900, Jude
Ekinjan, Georg R. parteilos, Schlosser
Futman, Anatolij wurde in einem Kriminellenlager als polit. Häftling nochmals verurteilt, 1968 unter Aufsicht entl.
Jemelkina, Nadesbda geb. 1946, Studentin, Verbreitung antisowjet. Literatur, am 27. 6. 71 verh.
Kriwonosow, German 1962 verh., 5 J. Lager, 1967 entl.
Litwin polit. Häftling, vor dem 1. 7. 1967 entl., nach Entlassung ermordet
Nawasarjan, Aschot Z. Komsomolmitglied
Popow im Frühjahr 1969 in der SPB in Tschernjachowsk nach Mißhandlung gestorben
Samyschkin, Anatolij
Schimanow, G. geb. 1937, Autor des Artikels »Sapiski is Krasnogo doma« (Notizen aus dem Roten Haus) über seinen Aufenthalt in der Kaschtschenko-Nervenklinik, Zwangseinweisung in eine PB, vor dem 24. 2. 70 entl.
Semenjuk
Skjarowa, Lidia Versuch einer Flugzeugentführung, 15 J. LSR
Warzabjuk Ukrainer, polit. Häftling, vor dem 1. 7. 67 entl., nach Entlassung ermordet

VI Bibliographie

- Aleksandrow, I.: Nischtscheta antikommunisma (Armut des Antikommunismus), in: ›Prawda‹ vom 17. 12. 1970
- Allilujewa, S.: Only One Year, New York, 1969
- Allilujewa, S.: Twenty Letters to a Friend, New York, 1967
- Amalrik, Andrej: Involuntary Journey to Siberia, New York, 1970
- Amalrik, Andrej: Will the USSR Survive Until 1984?, New York, 1970
- Anderson, R.: Czech Ferment Spreads to the Ukraine, in: ›The New York Times‹, July 14, 1968
- Anderson, R.: Party in Ukraine Assails Protests, in: ›The New York Times‹, May 4, 1968
- Ashanin, C. B.: Open Letter to the Union of Soviet Writers; Expulsion of a Solzhenitsyn, in: ›Christian Century‹ 86, December 17, 1969
- Barry, Donald D.: Dissident Intellectuals. Views from Moscow, in: ›Survey‹ No. 10/11, Winter/Spring 1969
- Bernheim, Roger: Die sozialistischen Errungenschaften der Sowjetunion, Zürich, 1971
- Birch, J.: The Ukrainian Nationalist Movement in the U. S. S. R. Since 1956, London, 1971
- Blake, P., Hayward, M. (eds.): Dissonant Voices in Soviet Literature, New York, 1962
- Blake, P., Hayward, M. (eds.): Half-Way to the Moon. New Writings from Soviet Russia, New York, 1964
- Blake, P.: This is the Winter of Moscow's Dissent, in: ›New York Times Magazine‹, March 24, 1968
- Bociurkiw, Bohdan: Political Dissent in the USSR, in: ›Studies in Comparative Communism‹, II., April 1970
- Boiter, A.: A Program for Soviet Democrats, Radio Liberty Dispatch, April 6, 1970
- Bordeaux, M.: Eastern Catholics in the Ukraine, in: ›America‹, 116, March 11, 1967
- Brajtschewskij, M. Ju.: Pryjednannja tschy wossjednannja? (Einverleibung oder Wiedervereinigung?), in: ›Nowi dni‹ (Toronto), Dezember 1971
- Brodsky, L.: Ukraine: 1963, in: ›Ukrainian Quarterly‹, 19, Summer 1963
- Brown, D.: Moscow: The Defense Does Not Rest; Case of Siniavsky and Daniel, in: ›Reporter‹, 35, September 22, 1966
- Brown, D.: The Art of Andrei Siniavsky, in: ›Slavic Review‹, 29, December 1970
- Brown, Michael: Ferment in the Ukraine, London, 1971
- Brumberg, Abraham (ed.): In Quest of Justice, New York, 1970
- Brumberg, A.: Socialist Legality on Trial; A. Sinyavsky – Y. Daniel Trial, in: ›Reporter‹, 34, March 10, 1966
- Burbiel, Gustav: Like the Proverbial Phoenix, The Rich and Resilient Tatar Writing Re-emerges as a National Tool, in ›MID-EAST‹, Washington, Vol. IX, No. 5, October 1969

- Burnham, J.: More it Changes . . . ; Revelations Through Transcripts Smuggled Abroad, in: ›National Review‹, 21, August 26, 1969
- Carrington, D. (ed.): Conference on Soviet Jewry: Report of a Conference on Jews in the U. S. S. R., London, 1969
- Cattell, D. T.: Dissent and Stability in the Soviet Union, in: ›Current History‹, 59, October 1970
- Chalamow, V.: Recits de Kolyma, Paris, 1969
- Chalidze, V. N.: To the President of the U. S. S. R. Supreme Soviet: On the Persecution of Repatriate Jews, in: ›Saturday Review‹, 54, September 18, 1971
- Chornovil, Vyacheslav: The Chornovil Papers, New York, 1968
- Chornovil, Vyacheslav: Ukrainian Intellectuals Plead for Justice, Radio Liberty Research Paper No. 22, 1968
- Chukovskaya, L.: On the 15th Anniversary of the Death of Stalin, in: ›Survey‹ (London), October 1968
- Clarity, J.: Soviet Dissident Is Not Unified, But It Proves to Be Persistent, in: ›The New York Times‹, July 14, 1970
- Critchlov, J.: Moscow Trials, in: ›Commonweal‹ 87, March 1, 1968
- Daniel, Ju.: Stichi is Newoli (Gedichte aus der Gefangenschaft), London, 1971
- Decter, M. (ed.): A Hero of Our Time, New York, 1970
- Decter, M.: Jewish Political Prisoners in Russia, in: ›Jewish Frontier‹, 37, December 1970
- Decter, M.: Status of the Jews in the Soviet Union, in: ›Foreign Affairs‹, 41, January 1963
- Dmyterko, L.: Misce w boju (Platz im Kampf), in: ›Literaturna Ukraina‹ vom 5. 8. 1969
- Doemming, von, G. R.: A Guide to Proposals For Systematic Change in the USSR Offered By Soviet Citizens, Radio Liberty, 1971
- Dreyer, J. S.: Dissent in the U. S. S. R. and the Jewish Question, in: ›Midstream‹, 17, March 1971
- Dzyuba, Ivan: Internationalism or Russification?, London, 1970
- Feuer, L. S.: Conflict of Generations; Excerpts; Russian Revolutionary Student Movement, in: ›Saturday Review‹, 52, January 18, 1969
- Feuer, L. S.: The Intelligentsia in Opposition, in: ›Problems of Communism‹, XIX., 6. (Nov.-Dec. 1970)
- Fischer, J.: Tertz Case, in: ›Harper‹, 232, February 1966
- Fletcher, W. C.: Underground Orthodoxy: A Problem in Political Control, in: ›Canadian Slavonic Papers‹, 12, Winter 1970
- Fried, A.: Intellectual Ferment in Russia, in: ›New Politics‹ 6, Summer 1967
- Friedberg, M.: Defending Soviet Jews: Placards or Memoranda, in: ›Midstream‹, 11, September 1965
- Friedberg, M.: Soviet Jewry Today, in: ›Commentary‹, 48, August 1969

- Friedberg, M.: State of Soviet Jewry, in: ›Commentary‹, 39, January 1965
- Geyer, G. A.: A New Quest For the Old Russia, in: ›Saturday Review‹, December 25, 1971
- Gitelman, Z.: The Jews, in: ›Problems of Communism‹, 16, September/October 1967
- Goldberg, A. J.: Freedom of Information. A Basic Human Right: Statement, in: ›The Department of State Bulletin‹, 58, April 1, 1968
- Goldhagen, E. (ed.): Ethnic Minorities in the Soviet Union, New York, 1968
- Grigorenko, P.: Der sowjetische Zusammenbruch 1941, Frankfurt/M., 1969
- Grigorenko, P.: La deuxième guerre Mondiale et Staline, Paris, 1969
- Grose, P.: Archive Fires in Ukraine Stirring Suspicions of a Plot, in: ›The New York Times‹, February 20, 1969
- Grose, P.: 15 in Soviet Tried Secretly in 1966, in: ›The New York Times‹, February 9, 1968
- Guinzbourg, A.: Le livre blanc de l'affaire Siniavsky/Daniel, Paris, 1969
- Guinzbourg, A.: Le vertige, Paris, 1969
- Gwertzman, B.: Notes From the Russian Underground, in: ›The New York Times‹, August 22, 1971
- Gwertzman, B.: Soviet Finds '69 Kremlin Gunman Is Insane, in: ›The New York Times‹, March 21, 1970
- Gwertzman, B.: Soviet Party Official Says the West Spurs Dissidence, in: ›The New York Times‹, November 20, 1970
- Hamsik, D.: Writers Against Rulers, New York, 1971
- Harris, J.: The Dilemma of Dissidence, in: ›Survey‹, Winter 1971
- Hayward, M. (ed.): On Trial, New York, 1966
- Heath, G.: Despair in Russia, in: ›Reader's Digest‹, 98, June 1971
- Hodnett, Greg and Potichnyj, Peter: The Ukraine and the Czechoslovak Crisis, Canberra, 1970
- Hübner, Peter: Nonkonforme literarische Intelligenz in der UdSSR, in: ›Osteuropa‹, Nr. 10/1971
- Jakir, P.: Detstwo w tjurme (Kindheit im Gefängnis), London, 1971
- Joravsky, D.: Absurdity of the Jewish Condition, in: ›Nation‹, 204, May 22, 1967
- Kalb, M.: Soviet Trials, 1968, in: ›Saturday Review‹, 51, February 17, 1968
- Kamm, H.: Ukrainian Scores Nationalist Ideas, in: ›The New York Times‹, February 20, 1968
- Kandyba, I. O.: Ukraine's Right of Secession from the U.S.S.R., in: ›Ukrainian Quarterly‹, 25, Spring-Summer 1969
- Karavansky, S.: A Petition to the Council of Nationalities of the U.S.S.R. Supreme Soviet, in: ›Ukrainian Quarterly‹, 24, Summer 1968

- Karavansky, S.: Petition from a Soviet Writer, in: ›The New Leader‹ (New York), No. 2, January 15, 1968
- Katin, V., Bannov, B.: On Trial For Criminal Offences, in: ›New Times‹, 21, May 1971
- Klimenko, M., Radtschenko, Ja.: Sradoju tawrowanyj (Mit Verrat gebrandmarkt), in: ›Radjanska Ukraina‹ vom 30. 1. 1971
- Kolasky, John: Education in Soviet Ukraine, Toronto, 1968
- Kolasky, John: Two Years in Soviet Ukraine, Toronto, 1970
- Kopilenko, L.: Drusja i nedrugi ukraïnskoj literatury (Freunde und Feinde der ukrainischen Literatur), in: ›Literaturnaja gaseta‹ vom 24. 12. 1969
- Koszeliwec, Iwan: Ukraina 1956–1968 (polnisch), Paris, 1969
- Koval, A.: Open Letter to Deputies to the Ukrainian Supreme Soviet About the Need for Genuinely Representative Government, in: ›Washington Star‹, August 3, 1969
- Kovalsky, N.: Notes sur la resistance nationale en Ukraine, in: ›Est & Ouest‹, Paris, 1–15 Avril 1971
- Krasnow-Lewitin, A.: Nicht durch Schwert noch Spieß, in: ›Wiener Tagebuch‹, Nr. 2, Februar 1972
- Kucharsky, D.: Cries For Liberty Grow Louder, in: ›Christianity Today‹, 15, June 18, 1971
- Laber, J. L.: Trial Ends: Case of A. Tertz, in: ›New Republic‹, 154, March 19, 1966
- Leonhard, Wolfgang: Denkt daran: Leninismus – ja! Stalinismus – nein, in: ›Publik‹ Nr. 34 vom 20. 8. 1971
- Leonhard, Wolfgang: Hoffen oder Handeln?, in: ›Publik‹, Nr. 35, vom 27. 8. 1971
- Levytsky, B.: The Uses of Terror. The Soviet Secret Police 1917 to 1970, New York, 1972
- Lewytkyj, B.: Die Sowjetische Nationalitätenpolitik nach Stalins Tod, München, 1971
- Lichtheim, G., Laquer, W. (ed.): The Soviet Cultural Scene 1956 to 1957, New York, 1958
- Liehm, A. J.: Gespräch an der Moldau, Vienna, 1968
- Little, D. Richard (ed.): Liberalization in the USSR: Myth or Reality?, Lexington, 1968
- Litwinov, Pavel: The Demonstration in Pushkin Square, Boston, 1969
- Litwinow, Pawel: Delo o Demonstrazii na Puschkinskoj Ploschtschadi 22 janwarja 1967 goda (Sache über die Demonstration auf dem Puschkin-Platz am 22. 1. 1967), London, 1968
- Litwinow, Pawel: Prozess Tschetyrech. Sbornik Materialow po delu Galanskowa, Ginzburga, Dobrowolskogo i Laschkowoj (Prozeß gegen die Vier. Sammelband der Materialien in der Sache Galanskows, Ginzburgs, Dobrowolskijs und Laschkowas), Amsterdam, 1971; englische Übersetzung: Trial of the Four, London, 1971.

- Lowenthal, R.: *Russia and China: Controlled Conflict*, in: ›Foreign Affairs‹, New York, April 1971
- Luckyj, George: *Turmoil in the Ukraine*, in: ›Problems of Communism‹ July/August 1968
- Lyons, E.: *The Underground Moscow Fears Most*, in: ›American Legion Magazine‹, 80, April 1966
- Lyons, P. J.: *Torture in the U.S.S.R.*, in: ›National Review‹, 21, December 16, 1969
- Lypowtschenko, M.: *Sozialistyschna dijsnist' i nazionalni stytyschni wyhadky (Sozialistische Wirklichkeit und nationalistische diesbezügliche Lügen)*, Kiew, 1968
- Maloff, S.: *Poetry and Power*, in: ›Commonweal‹, 93, January 8, 1971
- Marchenko, Anatoly: *My Testimony*, New York, 1969; in deutscher Übersetzung: *Meine Aussagen*, Frankfurt/M., 1969
- Marko, Kurt, *Dissidenten in der Sowjetunion*, in: ›Österreichische Osthefte‹ Nr. 1/1972
- Martin, André: *Les croyants en U.R.S.S. L'Eglise officielle contestée, persecutions et proces*, Paris, 1970
- Marie, J. J., Head, C. (ed.): *L'Affaire Guinzbourg-Galanskov*, Paris, 1969
- McLeon, Hugh, Vickery, W. N. (ed.): *The Year of Protest 1956*, New York, 1961
- McNenly, P.: *Language Rights Battle in the Ukraine May Shatter Canada's Communist Ranks*, in: ›Daily Star‹ (Toronto), February 9, 1968
- Medvedev, Roy: *Faut-il rehabiliter Staline?*, Paris, 1969
- Medvedev, Roy: *Let History Judge – The Origins and Consequences of Stalinism*, New York, 1971
- Medvedev, Roy: *Stalin, His Times and His Indispensable Method – Terror*, 1972
- Medvedev, Zhores: *The Medvedev Papers. The Plight of Soviet Science Today*, London, 1971
- Medvedev, Zh., Medvedev, R.: *Kto sumasshedschij? (Wer ist geisteskrank?)*, London, 1971; amerikanische Ausgabe: *Question of Madness*, New York, 1971
- Medvedev, Zhores: *The Rise and Fall of A. D. Lysenko*, New York, 1969
- Morgenthau, H. J.: *Show of Support*, in: ›New Republic‹, 164, March 13, 1971
- Moroz, Valentyn: *A Chronicle of Resistance in Ukraine*, New York, 1971
- Moroz, V.: *Among the Snows*, London, 1971
- Moros, W.: *Reportash is sapowednika imeni Berija (Reportage aus einem Reservat namens Berija)*, Tel Aviv, 1970
- Nekritsch, A., Grigorenko, P.: *Genickschuß. Die Rote Armee am 22. Juni 1941*, Wien, 1969

- Osadtschjy, Mychajlo: Bilmo (Grüner Star), Neufahrn, 1971
- Parry, A.: Russia's Other Peace Movement, in: ›Nation‹, 203, August 22, 1966
- Parry, A.: Samizdat is Russia's Underground Press, in: ›New York Times Magazine‹, March 15, 1970
- Petrov, V.: Soviet Historians and the German Invasion, Columbia, North Carolina, 1968
- Petrovsky, I.: Letter to the CC of the CPSU Against Rehabilitation of Stalin, in: ›Washington Post‹, April 27, 1969
- Radschenko, Ja.: ›Apostol‹ i joho shtandarty (Der ›Apostel‹ und seine Normen), in: ›Radjanska Oswita‹ vom 14. 8. 1971
- Reve van het, Karel: Dear Comrade – Pavel Litvinov and the Voices of Soviet Citizens in Dissent, New York, 1969
- Reve van het, Karel: Letters and Telegrams to Pavel Litvinov December 1967–May 1968, Dordrecht, 1969
- Rostropovich, Mstislav: An Open Letter to ›Pravda‹, in: ›The New York Times‹, November 16, 1970
- Sakharov, Andrei D.: Le liberté intellectuelle en U.R.S.S. et la coexistence, Paris, 1969
- Sakharov, A.: Let Soviet Citizens Emigrate, in: ›The New York Times‹, October 7, 1971
- Sakharov, A., Turchin, V., Medvedev, R.: Letter to the CPSU/CC Members Brezhnev, Kosygin and Podgorny Suggesting a Reform Program Under the Aegis of the CPSU, in: ›Newsweek‹, April 13, 1970
- Sakharov, A., Tverdokhlebov, A., Chalidze, V.: Principles of the Committee on Human Rights, in: ›Saturday Review‹ (New York), January 16, 1971
- Sakharov, A. D.: Rasmyschlenija o progresse, mirnom sosuschtschestwowanii i intellektualnoj swobode (Gedanken über den Fortschritt, friedliche Koexistenz und intellektuelle Freiheit), Frankfurt/M., 1968; in englischer Übersetzung: Thoughts on Progress, Peaceful Coexistence and Intellectual Freedom, in: ›The New York Times‹, July 22, 1968
- Sasanskyj, W., Petriw, I.: Sa tschushym wosom (Hinter fremdem Wagen), Kiew, 1967
- Savor, G.: Ukraine 1965, in: ›Ukrainian Quarterly‹, 21, Spring 1965
- Schechtman, J. B.: New Stirrings in Soviet Jewry, in: ›Midstream‹, 15, December 1969
- Schwartz, Harry: Someone's On the Party Line, in: ›The New York Times‹, September 5, 1971
- Schwartz, Harry: The Effect of a Swelling Tide of Protest, in: ›The New York Times‹, January 3, 1971
- Shabad, T.: Moscow Denies Charges on Dissidents, in: ›The New York Times‹, October 24, 1971
- Shabad, T.: 9 Soviet Prisoners Ask Red Cross Intervention, in: ›The New York Times‹, December 31, 1971

- Shabad, T.: Soviet Liberalizing Hinted if West Acts, in: ›The New York Times‹, January 14, 1972
- Shenker, I.: A Duch Outlet for Banned Soviet Writers, in: ›The New York Times‹, July 2, 1970
- Shub, Anatole: *The New Russian Tragedy*, New York, 1969
- Shukhevych, Y. R.: Letter to the Ukrainian Supreme Soviet, in: ›The Ukrainian Quarterly‹ (New York), No. 3/1968
- Skilling, H. Gordon: Background to the Study of Opposition in Communist Eastern Europe, in: ›Government and Opposition‹, 3, Summer 1968
- Smith, H.: Soviet Is Said to Ban Dissident Journal, in: ›The New York Times‹, February 4, 1972
- Smith, H.: Tighter Soviet Internal Security Is Seen, in: ›The New York Times‹, January 19, 1972
- Smith, Paul A. Jr.: Protest in Moscow, in: ›Foreign Affairs‹, No. 1, October 1968
- Smolar, B.: *Soviet Jewry Today and Tomorrow*, Boston, 1971
- Soljenitsync, Alexandre: *Les droits de l'écrivain*, Paris, 1968
- Sorin, S., Aleksejew, N.: *Wremja ne shdet (Die Zeit wartet nicht)*, Frankfurt/M., 1970
- Sprayregen, J. J.: New Serfdom in the U.S.S.R.: A Visit with the Jews of Audacity, in: ›Christian Century‹, 87, November 4, 1970
- Starr, Frank: High Cost of Dissent in the USSR, in: ›The Chicago Tribune‹, August 22, 1971
- Stentschuk, Bohdan: *Schtscho i jak obstojuje I. Dsjuba? (Was und wie verteidigt I. Dsjuba?)*, Kiew, 1969; in englischer Übersetzung: ›What I. Dzyuba stands for and how he does it‹, Kiew, 1970
- Styranka, M.: Active Forces of Resistance in the U.S.S.R., in: ›Ukrainian Quarterly‹, 26, Spring, 1970
- Sullivant, R. S.: The Ukrainians, in: ›Problems of Communism‹, September–October 1967
- Swerstjuk, Jewhen: *Sobor u reschtowanni (Die Kathedrale im Gerüst)*, Paris, 1970
- Szamuely, Tibor: Five Years after Khrushchev, in: ›Survey‹, 12, Summer 1969
- Szamuely, Tibor: The Resurgence of Ukrainian Nationalism, in: ›The Reporter‹ (London), No. 11, May 30, 1968
- Taagepera, R.: Revolt of the Thinking Class, in: ›Nation‹, 212, May 31, 1971
- Tarnov von, Alexander: *Demokratie in der Illegalität*, Stuttgart, 1971
- Teltsch, K.: Human Rights Association Says Soviet Group Becomes Affiliate, in: ›The New York Times‹, June 30, 1971
- Tschornowil, Wjatscheslaw (engl. Transkr.: Chornovil, V.): *Ja nitschoho u Was ne proschu (Ich bitte Sie um Nichts)*, Brief an den Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, P. Je. Schelest, Toronto, 1968

- Tschornowil, Wjatscheslaw: Lycho s rosumu (Verstand schafft Leiden), Paris, 1968
- Tsukanov, F.: The Mask and the Face of Slanderers, in: ›Zorya‹ (Dnjepropetrowsk), February 7, 1970
- Varga, Je. S.: Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse (Das Testament von Varga – Konspekt), in: ›Schriften zum Klassenkampf‹, Nr. 20, München, 1972
- Varga, E. S.: Le Testament de Varga, Paris, 1970
- Vocse, T.: 24 Years in the Life of Ljuba Bershadszkaya, in: ›New York Times Magazine‹, March 14, 1971
- Wiesel, E.: The Jews of Silence. A Personal Report on Soviet Jewry, New York, 1966
- Wolfe, B. D.: The Government of Doctor Caligari, in: ›National Review‹, December 31, 1971
- Worthington, P.: Canadian Reds Slam Ukraine Policy, in: ›The Telegram‹ (Toronto), February 7, 1968
- Yakhimovich, I. A.: In Lieu of a Final Statement, in: ›The Times‹ (London), April 11, 1969
- Yakobson, Sergius, Allen von, Robert: Aspects of Intellectual Ferment and Dissent in the Soviet Union (Judiciary Committee U. S. Senate, Washington, 1968)
- Zurkan, W. I.: Okean nas ne rosdilyt (Der Ozean kann uns nicht trennen), in: ›Radjanska shinka‹, Nr. 12/1971, Kiew

- A Soviet Jan Palach, in: ›Atlas‹ (New York), No. 4, October 1969
- Appeal of Three Ukrainian Political Prisoners, in: ›Sunday Telegraph‹ (London), September 14, 1969
- Applying a Czarist Remedy. Dissenting Intellectuals Sentenced to Exile, in: ›Time‹, 92, October 18, 1968
- Aspects of Intellectual Ferment in the Soviet Union, D. C., U. S. Senate, Washington, 1966
- Canadian Union of Students. Report on Intellectual Dissent in Ukraine SSR, Lakehead, 1969
- C. P. Withdraws Report, in: ›Canadian Tribune‹ (Organ of Canadian CP), October 15, 1969
- Defiance in Red Square, in: ›Time‹, 92, September 6, 1968
- Degrees of Terror: House Foreign Affairs Subcommittee Hearing, in: ›Time‹, 98, November 22, 1971
- Der Fall Medwedew in der Sowjetunion, in: ›Neue Zürcher Zeitung‹, Nr. 166, vom 19. 6. 1970
- Discontent in Russia: Threat to the Kremlin?, in: ›U. S. News and World Report‹, 69, December 28, 1970
- Dissent in Russia: The Thin Wedge, in: ›Newsweek‹, 77, February 1, 1971

- Dissenter's Fate: Arrest of P. Grigorenko, in: ›Newsweek‹, 73, May 19, 1969
- Excerpts From Documents on Ukrainian Trials in '66, in: ›The New York Times‹, February 9, 1968
- Ferment in the Ukraine, in: ›The New York Times‹ (Editorial), February 10, 1968
- Filed and Forgotten: Appeal to U. N. by Intellectuals and Citizens, in: ›New Republic‹, 161, July 26, 1969
- Flowers for Irina; Labor Camp Sentence for Dissident Intellectual, in: ›Time‹, 93, February 28, 1969
- In Quest of Justice: Protest and Dissent in the USSR, in: ›Problems of Communism‹, No. 4, July-August 1968
- Jurysty pid sudom KGB (Juristen vor dem KGB-Gericht), München, 1968
- K. G. B. Is Said to Harass Ukrainian Intellectuals, in: ›The New York Times‹, February 8, 1968
- La Russie Contestataire. Documents de l'opposition sovietique, Paris, 1971
- Le dossier de l'affaire Guinzbourg-Galanskov, Paris, 1970
- Leningrad Nine, in: ›Time‹, 97, May 31, 1971
- Les geoliers en blouses blanches, in: ›Le Nouvel Observateur‹, 23-29 août 1971
- Let my People go, in: ›Newsweek‹, 77, January 1971
- Letter of 10 Addressed to the World Conference of Communist and Workers Parties Meeting in Moscow, in: ›The New York Times‹ June 4, 1969
- Letter of the Initiative Group for Human Rights in the USSR to the U. N. Human Rights Commission, May 1969, in: ›The Observer‹ (London), June 15, 1969
- Literatur und Repression. Sowjetische Kulturpolitik seit 1965. Herausgegeben von Helen von Ssachno und Manfred Grunert, München, 1970
- Nationalities and Nationalism in the U.S.S.R., in: ›Problems of Communism‹, 16, September-October 1967
- New Stalinism: Action Group for the Defense of Civil Rights in the U.S.S.R., in: ›America‹, 121, July 5, 1969
- Off With the Mask: Trial of Intellectuals Accused of Anti-Soviet Agitation, in: ›Time‹, 91, January 19, 1968
- Open Letter of 6 Political Prisoners in Potma, in: ›Time‹ (New York), June 6, 1969
- Open Letter to the Presidium of the Supreme Soviet of the U.S.S.R.: Y. Daniel and Others, in: ›National Review‹, 21, August 26, 1969
- Opposition. Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? Eine Dokumentation von Wladimir Bukowskij, München, 1971
- Papers and Proceedings of the McMaster Conference on Dissent in the Soviet Union, Edited by Peter J. Potichnyj, McMaster University, and the Canada Council, Hamilton Ont., Winter 1972


- Postscript to Babi Yar; Sentence of B. Kochubiyevsky, in: ›Time‹, 94, October 10, 1969
- Prohramowi dokumenty Demokratytchnoho Ruchu w Radjanskomu Sojuzi (Dokumente über das Programm der demokratischen Bewegung in der Sowjetunion), Abhandlung des Akademiemitglieds A. D. Sacharow, Verlag ›Ukrainski wisti‹, New Ulm, 1969
- Protest by Crimean Tatars Reported in Moscow, in: ›The New York Times‹, May 4, 1968
- Psychoadaptation; or, How to Handle Dissenters, in: ›Time‹, 98, September 27, 1971
- Report of Delegation to Ukraine: Central Committee Meeting – September 16, 17 and 18, 1967, in: ›Viewpoint‹ (Toronto), Discussion Bulletin by the Central Executive Committee, Communist Party of Canada, Vol. 5, No. 1, January 1968
- Report Says Soviet Mistreats Tatars, in: ›The New York Times‹, August 29, 1971
- Repression as Regression in: ›Christian Century‹, 86, August 13, 1969
- Sahalna deklaracija praw ljudyńy (Allgemeine Deklaration der Menschenrechte), Kiew, 1963
- Samizdat I. La Voix de L'Opposition Communiste en U.R.S.S., Paris, 1970
- Shaming Their Elders: Imprisoned Soviet Writers, in: ›Time‹, 91, January 5, 1968
- Sonderausgabe von ›Possev‹, Abdruck der ›Chronika tekuschtschich sobytij‹ Nr. 1–9
- Soviet Arrest of Ukrainian Nationalists Reported, in: The New York Times, January 15, 1972
- Soviet Censors on the Defensive; Fight Against Literary Censorship, in: ›Life‹, 63, July 28, 1967
- Soviet Dissidents' Appeal in Film Smuggled to West, in: ›The New York Times‹, September 19, 1971
- Soviet Legality in the Light of Trials and Detention of Ukrainians, in: ›Ukrainian Quarterly‹, 24, Autumn 1968
- Soviet Revisionism Heavily Besieged by Soviet and World's Revolutionary People, in: ›Peking Review‹ No. 24, June 13, 1969
- Televised Samizdat: CBS's Filmed Interview of Dissident Intellectuals, in: ›Newsweek‹, 76, August 10, 1970
- The New Tsars Are The Common Enemy of the People of All Nationalities of the Soviet Union (in Chinese), in: ›Renminribao‹ (Peking), in: ›Hsinhua‹ (in English), June 24, 1969
- The Plight of ›Unpeoples‹ of the Red Empire, in: ›Ukrainian Quarterly‹, 27, Spring 1971
- The Trial of Josif Brodsky. A Transcript, in: ›New Leader‹, No. 18, August 31, 1964
- The Ukrainians Argue Back, in: ›The Economist‹ (London), January 25, 1969

- The Writer and Soviet Law, in: ›New Leader‹, 49, February 14, 1966
- Three Jailed Churchmen Feared Dead in Ukraine, in: ›Christianity Today‹, 13, May 9, 1969
- Transcribed Notes on a Meeting on the Draft of the 3rd Volume of the History of the CPSU, held in the Institute of Marxism-Leninism with Participation of Old Bolsheviki, in: ›Survey‹ (London), April 1967
- Ukrainska intelihenzija pid sudom KGB (Die ukrainische Intelligenz vor dem KGB-Gericht), München, 1970
- Ukrainska RSR u mishnarodnykh widnosynach (Die Ukrainische SSR in den internationalen Beziehungen), Kiew, 1966
- Ukrainskyj Wisnyk, Zeitschrift, Ausgabe I-II, Paris, 1971, Ausgabe IV, London, 1971
- Ukrainian Political Prisoners in Soviet Jails, in: ›Ukrainian Bulletin‹, 21, July-August 1968
- Untergrundschritftum in der Sowjetunion, in: ›Neue Zürcher Zeitung‹, Nr. 293, vom 28. 6. 1970
- Voices of Human Courage. Appeal by V. Chornovil to the Soviet Authorities; A report from the Beria reserve by Valentyn Moroz, New York, 1968
- Vyacheslav M. Chornovil, in: ›Amnesty Action‹ (Washington), No. 3, August 1968
- Why Am I a Zionist?, in: ›Jews in Eastern Europe‹ (London), No. 2, July 1969
- Wild Mockery: Closed-Door Trial and Conviction of Four Soviet Intellectuals, in: ›Senior Scholastic‹, 92, February 1, 1968

OPPOSITION

**Eine neue Geisteskrankheit
in der Sowjetunion?**

**Eine Dokumentation von
Wladimir Bukowskij
198 Seiten. 14,80 DM**



Die authentische Dokumentation über die Verurteilung von sieben sowjetischen Oppositionellen. Der Fall Wladimir Bukowskij wurde eine Sensation. Dieses Dokument demonstriert, unabhängig von dem aktuellen Fall der Verurteilung Bukowskijs, den perfekten Mechanismus eines politischen Machtapparats.

(Aus dem Französischen von Wilhelm Thaler. 198 Seiten. Paperback 14.80 DM.)



HANSER

Literatur aus der Sowjetunion

Michail Sostschenko:
Das Himmelblaubuch

Wassili Aksjonow:
**Es ist Zeit mein Freund,
es ist Zeit. Roman**

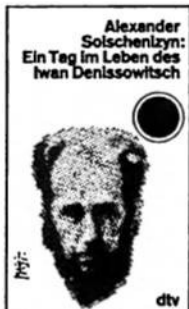
**Oktoberrevolution
Frühe sowjetische Prosa**

Isaak Babel:
**Die traurige Straße
Erzählungen
sonderreihe dtv**

Alexander Solschenizyn:
**Ein Tag im Leben des
Iwan Denissowitsch
Literatur und
Repression. Sowjetische
Kulturpolitik seit 1965
dtv-report**

Isaak Babel:
**Maria. Sonnenuntergang
Zwei Stücke
sonderreihe dtv**

Andrej Platonow:
**Die Kutschervorstadt
u.a. Erzählungen**



**Allgemeine Reihe dtv
sonderreihe dtv**

dtv

Erkenntnisse und Theorien maßgebender Wissenschaftler, Künstler, Philosophen und Politiker

David Cauter:
Frantz Fanon

Edmund Leach:
Claude Lévi-Strauss

George Lichtheim:
Georg Lukács:

John Lyons:
Noam Chomsky

Alasdair MacIntyre:
Herbert Marcuse

Conor Cruise O'Brien:
Albert Camus

David Pears:
Ludwig Wittgenstein

Andrew Sinclair:
Che Guevara

Richard Wollheim:
Sigmund Freud

John Lyons:
Noam Chomsky

moderne Theoretiker



Alasdair
MacIntyre:
Herbert Marcuse

moderne Theoretiker



Conor
Cruise O'Brien:
Albert Camus

moderne Theoretiker



David Pears:
Ludwig
Wittgenstein

moderne Theoretiker



Moderne Theoretiker

The logo for dtv, consisting of the lowercase letters 'd', 't', and 'v' in a bold, sans-serif font, each contained within its own square frame.

»Ich halte das Buch vor allem deshalb für wertvoll, weil erstmalig die innersowjetische Oppositionsbewegung mit der allgemeinen ökonomischen, politischen und kulturellen Situation in der Sowjetunion im Zusammenhang gebracht wird. Sowohl die vielen neuen informatorischen Angaben über die innersowjetischen Opposition als auch die enge Verknüpfung dieser Bewegung mit der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die ausgezeichnete ausführliche Bibliographie haben mich zutiefst beeindruckt.«

Wolfgang Leonhard

DM 6.80



**Deutscher
Taschenbuch
Verlag**